

Archiv der Gossner Mission

im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_1847

Aktenzeichen

ohne

Titel

Arbeitskreis Frieden und Abrüstung der Christlichen Friedenkonferenz (CFK)

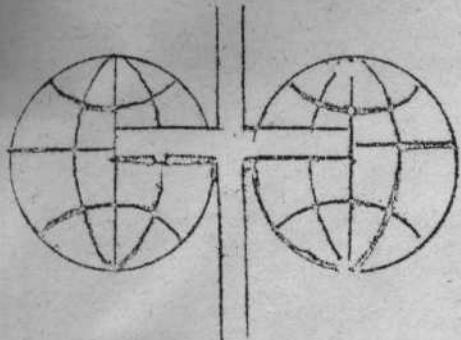
Band

Laufzeit 1964 - 1982

Enthält

Aktion Friedenswoche; Sitzungsprotokolle; Rundbriefe; Synoden zur Friedensfrage;
Vorträge zum Thema Frieden und Arbüstung

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH



CFK RUNDBLIEF

2/80

Liebe Freunde!

Die Vorbereitung auf die Tagung des AFA in Eisenach sind in vollem Gange. Vom 10. bis 12. März weilte Generalsekretär Dr. Mirejovský in der DDR. Er stattete Landesbischof Werner Leich in Eisenach einen Besuch ab. Dabei sagte der thüringische Landesbischof zu, die Predigt im Eröffnungsgottesdienst am 12. Oktober zu halten. Bei einer Unterredung im Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR versicherte Oberkonsistorialrat Dr. Stolpe, daß die Kirchen in der DDR die Abhaltung dieser wichtigen CFK-Tagung auf dem Boden der DDR begrüßen.

Inhaltlich wird es darum gehen, angesichts der weltpolitischen Situation die Erfahrungen der CFK zu aktualisieren und in das erfreulich lebendig und konstruktiv gewordene Friedensgespräch unserer Kirchen einzubringen. Ich denke dabei besonders an die Erfahrung, daß friedliche Koexistenz und Entspannung nur im Kampf gegen die Feinde des Friedens durchgesetzt werden können. Daß es solche Feinde gibt, haben die vergangenen Monate mehr als einmal offenbar gemacht. Wer die Errungenschaften der Entspannung verteidigen will, muß die Feinde der Entspannung identifizieren. Positive Stellungnahmen zur Notwendigkeit von Entspannung, Abrüstung und Vertrauensbildung sind zwar gut, reichen aber nicht aus.

Es ist wichtig, daß unsere Mitarbeiter und Freunde in dieser Sache mitdenken und auf diese Weise die Eisenacher Tagung vorbereiten helfen. Zahlreiche Gemeinden und Gruppen haben Mitglieder des AFA für den 19. und 20. Oktober zu Gemeindebesuchen eingeladen. Wir möchten an dieser Stelle herzlich dafür danken. Nach unserem bisherigen Überblick können alle Wünsche erfüllt werden. Sie können also mit der Vorbereitung beginnen. In den nächsten Tagen sollen wir aus Prag die bisher eingegangenen Anmeldungen erhalten. Im Juli sollen Sie dann eine erste konkrete Reaktion auf Ihre Einladung bekommen.

Der Rundbrief will einen Überblick über Aktivitäten der letzten Monate geben. Er bringt darüberhinaus eine Information über die Arbeit des Zwischenkirchlichen Friedensrates in den Niederlanden. Mit Holländern verbinden uns zahlreiche Arbeitskontakte.

gez. Carl Ordnung

REGIONALAUSSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ

1030 Berlin, Planckstr. 20

KIRCHLICHE FRIEDENSARBEIT IN DEN NIEDERLANDEN

1967 bildeten die großen Kirchen in den Niederlanden, einschließlich der Römisch-katholischen Kirche, einen Interkerkelyk Vredesberaad (IKV). Der folgende Text ist eine Selbstdarstellung der Arbeit dieses Zwischenkirchlichen Friedensrates.

Über die Kerngruppen in der IKV Kampagne gegen die Atomwaffen

10 Jahre nach seiner Gründung begann der Interkirchliche Friedensrat mit seiner Kampagne gegen die Atomwaffen. Mit einem Manifest wurden die Menschen aufgerufen, sich gegen die Atomwaffen auszusprechen und sich nach Kräften einzusetzen, um die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen. Das Motto dieser Initiative war und ist: Helft die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen, laßt uns damit anfangen in den Niederlanden. Die Zahl der "Kerne", wie diese Gruppen genannt wurden, die das Manifest unterschrieben, nahm schnell zu. Waren es im Jahre 1977 etwa 120, so sind es heute bereits 368 und die Zahl nimmt weiterhin zu. Die durchschnittliche Größe eines Kernes beträgt ungefähr 15 Personen.

Die Zusammenstellung der Kerne

Meistens kommen die Mitglieder der Kerne aus einem kirchlichen Zusammenhang. Die meisten Kerne bilden ein ökumenisches Ganzes. Vor allem die Reformierten, die Alt-reformierten und die Katholiken sind zahlreich vertreten. Politisch gesehen trifft man in den Kernen ein Spektrum von Christdemokraten bis zu radikalen Sozialisten. Viele Mitglieder der Kerne sind jedoch parteimäßig nicht gebunden. Die Kerne sind im allgemeinen sehr ausgewogen bezüglich ihrer Altersstruktur und der in ihnen vertretenen Geschlechter.

Zum Verlauf der Kampagne

Am Anfang ihrer Aktivitäten wandten sich die Kerne vor allem an die Kirchen. Man versuchte, die Kirchenvertreter zu gewinnen für das Problem der Atomwaffen.

Mit Hilfe von Gemeindeabenden, Gesprächen mit Kirchenräten, Kursen, Gesprächsgruppen, Friedensgottesdiensten wurde versucht, die Kernwaffen zu einem zentralen Thema des Gesprächs zu machen, wobei man den Vorschlag des IKV zur Gesprächsgrundlage machte. Man versuchte einen Prozeß der Meinungsbildung in Gang zu setzen mit dem Ziel, Entscheidungen der Menschen gegen die Atomwaffen zu erreichen. Eine Reihe von Kernen versuchte, sich einen offiziellen Status innerhalb der Kirchen zu erwerben, um ebenso wie der nationale Rat des IKV im Auftrag der Kirchen handeln zu können. Einigen Kernen ist dies auch gelungen (z.B. dem Kern Leersum), aber die meisten Gruppen bekamen von den Kirchen zunächst nur wenig Rückendeckung.

Im Zusammenhang mit der Friedenswoche von 1979 wurden von den Kernen an 120 Orten in den Niederlanden Umfragen unter der Bevölkerung durchgeführt, in denen man die Menschen nach ihrer Meinung zu dem Vorschlag des IKV fragte. ("Helft die Kernwaffen aus der Welt zu schaffen, laßt uns damit anfangen in den Niederlanden"). Die Ergebnisse waren im allgemeinen sehr positiv. Und mit diesen Ergebnissen in der Hand ging man dann zu den lokalen Vertretungen der großen Parteien, um mit ihnen über die Atomwaffen zu sprechen. Ziel dieser Kontakte mit den politischen Parteien ist es, um über die örtlichen Gremien Einfluß auszuüben auf die Parteiprogramme zum nächsten Wahltermin im März 1981. Neben der großen Hilfe, die die Ergebnisse der Umfrage für die Kerne darstellt in diesen Gesprächen mit den Politikern, erfahren die Gruppen vor allem auch die wachsende Solidarität von kirchlichen und anderen gesellschaftlichen Gruppen als außerordentlich hilfreich.

Der Herbst des letzten Jahres stand unter dem Zeichen der sogenannten "Modernisierungsdebatte", d.h. der politischen Diskussionen um die Einführung von SS 20, Pershing 2, cruise missiles, den neuen Mittelstreckenraketen der beiden Militärbündnisse. Der IKV hat sehr grossen Druck auf die Politiker ausgeübt, um eine Ablehnung der Modernisierung durch das Parlament zu erreichen. Mit Brief- und Kartenaktionen, durch die Organisation großer Diskussionsforen, durch die Mobilisierung der öffentlichen Meinung und schließlich die Vorbereitung einer großen landesweiten Demonstration zusammen mit anderen Gruppen hat man versucht, die Entscheidungen über die Modernisierung negativ ausfallen zu lassen. Dieses Ziel haben wir nicht erreichen können. Aber trotz der Enttäuschung hierüber und trotz aller Fragen, ob denn die parlamentarische Demokratie überhaupt noch ihrem Auftrag entsprechend funktioniert, setzte man die Gespräche mit den politischen Parteien unverdrossen fort.

Was die Kerne sonst noch alles tun

Die Kerne funktionieren, wenn sie gut funktionieren, innerhalb des Programms der Kampagne. Es finden allerlei meinungsbildende Aktivitäten statt, sowohl intern als auch nach außen gerichtet. Einen zentralen Stellenwert nimmt hierbei die jährliche Friedenswoche ein, die jeweils in der letzten vollen Woche des Septembers stattfindet. Die Kerne organisieren in dieser Woche eine Reihe von ökumenischen Veranstaltungen in ihren Gemeinden, wobei sich ihre Aktivitäten sowohl auf die Kirchen als auch auf die Menschen außerhalb der Kirche richten.

Gebetsgottesdienste, Friedensgottesdienste, Gesprächsgruppen, Gemeindeabende sind die Elemente ihrer kirchlichen Arbeit; Friedensmarkt, Demonstrationen, Ausstellungen, öffentliche Diskussionsformen, Filme, Musik- und andere Kulturveranstaltungen dagegen sprechen auch nicht-kirchliche Menschen an.

Zum Anlaß der Friedenswoche publiziert der IKV eine Reihe von Dokumentationen, unter denen sich auch jedesmal ein Projekt für den Schulunterricht befindet. So versucht man auch, den Unterricht in den Grundschulen zu erreichen, ebenfalls gibt es eine Reihe von Lehrern, die das Thema des IKV in ihren Fächern (Gesellschaftslehre, Religion) im Unterricht an den höheren Schulen behandeln.

Die Friedenswoche bildet oft den Auftakt für eine neue Saison in der Friedensarbeit. Mit Flugblättern und anderem Informationsmaterial ist man wieder einmal massiv an die Öffentlichkeit getreten, man hat neue Menschen kennengelernt in den zahlreichen Diskussionen, neue Kontakte geknüpft mit anderen Friedensinitiativen oder sonstigen potentiellen Bundesgenossen und einander Mut gemacht für ein weiteres Jahr mühsamer Friedensarbeit.

Die Begleitung der Kerne

Ursprünglich bestand die Begleitung in der Versorgung der Kerne mit Informationsmaterial (kleine Broschüren, Hefte und andere Schriften). Man bemühte sich, um in regelmäßigen Abständen ein "Logbuch" herauszubringen, in dem man die Hintergrundinformationen zu aktuellen Problemen, die in der Kampagne eine Rolle spielten, aufzuarbeiten versuchte. Man versuchte, den Kernen Hilfestellung zu geben in ihren Diskussionen mit den Politikern und den Kirchenvertretern. Umgekehrt sollten auch die Kerne ein "Logbuch" anfertigen über ihre eigenen Aktivitäten, mit dessen Hilfe dann der Kontakt zum Sekretariat und zu den anderen Kernen institutionalisiert werden sollte. Neben dem "Logbuch" ist in den letzten Jahren die "Kern-Zeitung" getreten, die, kurzgefaßt, schnell auf die Ereignisse in der Kampagne reagieren sollte, falls nötig.

In den vergangenen 3 Jahren sind landesweite und regionale Wochenenden organisiert worden, in denen die Begleitung der Kerne zu speziellen Themen sehr intensiv praktiziert werden konnte.

Außerdem ist jetzt das System der regionalen Begleitung von Kernen entstanden, innerhalb dessen eine Reihe von "Kernbegleitern" sich den Problemen einer begrenzten Anzahl von Kernen widmet, selbst wiederum begleitet durch eine zentrale Person aus dem Sekretariat.

Die Organisation der Kampagneaktivitäten

Zur Begleitung der Kerne und der Kern-Begleiter ist ein ständig wachsender Organisationsrahmen notwendig. Zentrale Arbeitsgruppen produzieren in enger Verbindung mit dem Sekretariat des IKV das inhaltliche Material und liefern ihren Beitrag an der Entwicklung der Strategie für die Kampagne und deren Aktionen. Wir hoffen, daß sie hierbei in Zukunft stärker, als es bis jetzt der Fall ist, getragen werden von der Arbeit der Kerne selbst. Es gibt 2 Arbeitsgruppen, die sehr direkt mit den Aktivitäten der Kerne zu tun haben:

1. Die Arbeitsgruppe "Politische Aktionen der Kerne" (PAK)

Diese Arbeitsgruppe versucht, die Strategien und Aktionsmodelle bezüglich der Arbeit mit den Parteien zu entwickeln. In dieser Arbeitsgruppe sitzen Mitglieder des Rates, Mitarbeiter des Sekretariats, Kern-Begleiter und sog. "Außenmitglieder"

2. Arbeitsgruppe zur Begleitung der Kerne

In dieser Gruppe wird versucht, um ein Netzwerk von Kernen zu organisieren, sie zu "schulen" und ihre systematische Begleitung zu sichern. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind ebenso wie die der PAK auf verschiedene Funktionen innerhalb des IKV verteilt (oder kommen selbst von außerhalb).

Die 4 anderen Arbeitsgruppen haben selbstverständlich auch mit den Kernen zu tun, richten sich aber in erster Linie an andere Adressaten:

1. Die Arbeitsgruppe "Kirchen" (gehört vielleicht noch zu anderen Kategorien wegen ihrer engen Beziehungen zu den kirchlichen Aktivitäten der Kerne).

2. Die Arbeitsgruppe "Internationale Kontakte"

3. Die Arbeitsgruppe "Friedenswoche".

Die Arbeitsgruppen 1 und 2 haben durch die Anwesenheit der Kern-Begleiter direkte Informationen über den Verlauf der Kampagne und die Arbeit der Kerne, sowie über ihre Bedürfnisse und Möglichkeiten.

Neue Entwicklungen:

Auch Gewerkschaften, Frauengruppen u.a. Organisationen werden von uns gelegentlich angesprochen. Gerade in die Arbeit mit Frauengruppen ist in letzter Zeit einige Bewegung gekommen, ausgehend von den zahlreichen Initiativen innerhalb und außerhalb der IKVs. Es sind meist individuelle Initiativen, durch die der Kontakt zu der "Frauen-Friedensbewegung" hergestellt wird.

Im Laufe unserer Kampagne kamen immer wieder Fragen nach dem Zusammenhang von Ökonomie und Aufrüstung, Arbeitslosigkeit und Abrüstung, Fragen nach den Beziehungen zwischen Nord und Süd im Zusammenhang mit der Atomwaffenfrage. Der Ruf, die internationalen Kontakte endlich auszubauen, unsere Kampagne gewissermaßen zu internationalisieren, wird auch stets hörbarer. All diese Fragen aus den Reihen der Kerne

sollten wir beantworten. Erste Schritte sind bereits getan: - Im Zusammenhang mit der Konferenz zur Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen im Herbst 1980 wird der IKV sein besonderes Augenmerk auf die Nord-Südbeziehungen richten. Zu diesem Zweck werden derzeit Verbindungen mit den Dritte-Welt-Gruppen in unserem Land gesucht. International werden wir Kontakte mit möglichen Bundesgenossen aus den Reihen der Kirche und außerhalb der Kirchen suchen müssen, um unsere Ziele auch international sichtbar zu machen. Mit unserer internationalen Arbeit möchten wir auch erreichen, daß unsere Kerne in Kontakt treten mit ausländischen Gruppen, um die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Friedensbewegung in anderen Ländern kennenzulernen.

Und so kommt es also, daß wir nun voll Spannung und Erwartung in der DDR sind auf der Suche nach Möglichkeiten für gemeinsame und kontinuierliche Gespräche auch in der Zukunft.

x - x - x

AUS DER CFK-ARBEIT IN DER DDR

1. Generalsekretär Dr. Mirejovský sprach am 11. März in Erfurt und Kapellendorf zu Freunden und Mitarbeitern der CFK über die gegenwärtige Weltlage und die sich daraus ergbenden Aufgaben für den christlichen Friedensdienst.
2. Vom 14. bis 16. März führten Mitglieder der Studiengruppe "Friede und soziale Gleichheit" in Berlin-Karlshorst ein gemeinsames Seminar mit Holländerinnen durch.
3. Am 28. und 29. März fanden sich in Berlin 40 Teilnehmer zu dem Seminar "Christlicher Friedensdienst und nichtidealistische Bibelinterpretation" zusammen. Es referierten Pfarrer Michael Knoch, Berlin, Dozent Dick Boer, Amsterdam und Dipl.-Theol. Brigitte Kahl, Berlin. Veranlaßt durch die Ermordung von Erzbischof Romero sandten die Teilnehmer die folgende Stellungnahme an die lateinamerikanische und karibische CFK:

"Wir die Teilnehmer eines Seminars der CFK in der DDR, das sich mit Fragen der nichtidealistischen Bibelinterpretation und des christlichen Friedensdienstes beschäftigt, sind erschüttert und betroffen über die Ermordung des Erzbischofs von El Salvador Arnulfo Romero.

Wir wissen von ihm als dem "Anwalt der Armen", der aus dem Zeugnis des Evangeliums heraus sich für die Rechte des Volkes eingesetzt und gegen Hunger und Unterdrückung gewendet hat. Das hat er mit seinem Leben bezahlen müssen, ebenso wie Hunderte von Menschen in Salvador, die in den letzten Monaten umgebracht worden sind.

Wir möchten Euch unsere Trauer und Anteilnahme am Leiden Eures Volkes und unsere Solidarität in Eurem Kampf um Gerechtigkeit bezeugen.

Die Freunde aus der CFK in Südamerika und der Karibik grüßen wir herzlich und bitten Euch, diese unsere Anteilnahme an die Christen und Kirchen in Salvador zu übermitteln."

4. Über ein gemeinsames Seminar der CFK-Gruppe Kapellendorf mit Vertretern der evangelischen Industrie- und Sozialarbeit Mannheim vom 31. März bis 12. April hat Peter Franz einen längeren Bericht geschrieben. Daraus folgen einige Auszüge:

"Vertrauen durch Begegnung, Zusammenarbeit und Aufbau" - so gaben wir dieser 12tägigen Begegnung ihr Thema, das damit zugleich die wichtigsten Bezugspunkte für unsere Seminararbeit nennen sollte.

Schon die Tatsache des Zustandekommens unseres Seminars wurde so zu einem echten Beweis für die Ernsthaftigkeit sozialistischer Friedenspolitik in Zeiten hysterischer Destabilisierungsversuche des Imperialismus. Daß sich etwa 70 meist junge Christen zu einem Seminar 'an der Nahtstelle der großen Machtblöcke' trafen, um einander zu begegnen und im Gespräch Ermutigung für ihr Leben zu suchen, stellt zugleich ein erstes, vielleicht das wichtigste Ergebnis dieser Begegnung dar. Die 'Erklärung des Bundes der evangelischen Kirchen zur gegenwärtigen weltpolitischen Lage', mit der die Kirchen und Gemeinden zu vertrauensbildenden Aktivitäten aufgerufen worden waren, fand hier eine konkrete Antwort an der Basis einer Gemeinde, die den Friedensauftrag des Evangeliums ernstzunehmen versucht. Wer freilich präzise Gesprächsergebnisse oder gemeinsam erarbeitete Papiere erwartet hatte, mußte sich enttäuscht fühlen; doch solche Erwartungen waren zu keinem Zeitpunkt angestellt worden angesichts der Erstmaligkeit und Besonderheit eines solchen Basis-Treffens für die Beteiligten.

An einem Abend stand stärker thematisiert das Anliegen des Seminars vom Gesichtspunkt der Friedensarbeit einer CFK-Gemeindeguppe im Mittelpunkt. Ich gab in einem Kurzreferat einen Überblick über die kirchliche Arbeit in unseren Landgemeinden und berichtete von den Bemühungen unserer CFK-Mitarbeiter, Christen zum Engagement für umfassendere Ziele wie Gerechtigkeit und Frieden zu ermutigen. Daß wir auf dieser Strecke keine gleichartigen Partner waren, lag auf der Hand, denn für die meisten unserer BRD-Gäste war die CFK etwas völlig Unbekanntes und die Arbeit einer christlichen Gemeinde vor Ort in solchem gesellschaftlichen und politischen Kontext etwas fast Unvorstellbares. Diese jungen Arbeiter mit ihrer nur losen Bindung an eine Kirchengemeinde hatten es offensichtlich verlernt, von ihren Kirchen in dieser Frage noch irgendetwas zu erwarten. In Richtung Kirche suchte niemand von ihnen den Schlüssel für gesellschaftliche Veränderungen oder weltpolitischer Entwicklungen - eine Einschätzung, die generell auch auf die Erwartungshaltung unserer Bürger (und Gemeindeglieder!) gegenüber unseren Kirchen zutrifft. Das Versagen der Kirche in der sozialen Frage stand ausgesprochen 'im Raum'.

Am Abschlußabend versammelten sich noch einmal Gemeindeglieder, vor allem der Jungen Gemeinde, zur Schlußrunde. In einer 'Stunde der Wahrheit' sollte jeder kurz seine Eindrücke zusammenfassen und Positives wie Kritisches zum jeweiligen Gegenüber formulieren. Summarisch: Die vernichtendste Kritik der automobilbewußten Gewerkschafter galt unseren vielen schlechten Straßen mit ihren unzähligen Schlaglöchern. Aber auch der Schmutz in und zwischen den Dörfern und Städten war ihnen eine große Anfechtung (haben wir uns vielleicht schon zu sehr an ihn gewöhnt?). Einer meinte, solche unterentwickelte Infrastruktur ursächlich zurückführen zu sollen auf eine offensichtlich weitverbreitete Lethargie und Gleichgültigkeit vieler Bürger angesichts einer gewisser Überorganisation durch zuviel Bürokratie. Solche tieferblickenden Erkenntnisse mußten wir uns schweren, aber unruhigen Herzens ins Stammbuch schreiben lassen. Auch die offenbleibenden Konsumwünsche spielen noch einmal ihre Rolle als Hemmnisfaktor für ein Wachstum an Sympathie für das sozialistische System. Nun, ja... Und daß 'die' Kapellendorfer meist nur zum Zuschauen an den Ort des manuellen Aufbaugeschehens kamen - anstatt Hand anzulegen - hat sie schon mächtig gewurmt.

Positiv wurde hervorgehoben, daß man über die Offenheit und Gastfreundschaft unserer Menschen hocherfreut und ganz und gar überrascht gewesen sei; nicht nur derer, denen man in Kapellendorf begegnete. Nein, simple Gespräche vor den Schaufensterauslagen und viele andere Beobachtungen hätten deutlich gemacht, daß in dem Land DDR viele soziale Beziehungen bestünden, die im Wohlstandsland BRD in der Kälte des Besitzdenkens längst abgestorben seien. Vor allem aber die Unmittelbarkeit und Direktheit, mit der man in Gesprächen gleich auf das Wesentliche zusteuerte, sei beeindruckend und bewegend gewesen.

Die Aufforderung zur 'Manöverkritik' brachte unsere DDR-Seminarteilnehmer in verständlich größere Schwierigkeiten als unsere Partner. Fiel uns doch damit die delikate Aufgabe zu, nicht ein benachbartes Land, sondern dessen Landsleute zu beurteilen, die 12 erlebnisreiche Tage lang unsere Gäste gewesen waren.

Freilich, herzliche Worte des Dankes waren zu sagen und wurden gesagt: für engagiertes Mitarbeiter und Dabeisein, für freundliche Mitbringsel und brüderliches Teilen. Doch wer bringt es fertig...? - Einer unserer Jugendlichen fand das offene Wort: 'Ihr seid zu sehr von euren momentanen Einfällen her bestimmt. Keiner weiß so richtig, wo's lang geht. Wenn man etwas zusammen unternimmt, muß man sich schon an einen Plan halten.' Der Genosse Staatsbürgerkundelehrer hätte seine helle Freude an seinen Schülern gehabt, wäre er Zeuge gewesen von dieser echt kommunistisch gedachten Anfrage an westlichen Individualismus und Spontanitätsglauben. Aber Ehre, wem Ehre gebührt: 'Die Jacke ziehen wir uns an, darüber müssen wir weiter nachdenken' - so das Echo auf unsere Offenheit.

Unter dem Strich haben die Tage wohl beider Seiten eine Menge eingebracht, wobei die vordergründigen Gewinne (z.B. eine Arbeitsleistung von etwa 2.000 Mark bei Schacht- und Betcharbeiten in der Kirche) von einem ganz bestimmten Zuwachs an Vertrauen noch weit übertroffen werden dürften. Unser Seminar hat die Notwendigkeit des Miteinanderredens, manchmal auf ernüchternde Weise, klargestellt. Aber auch die Chance, die in solchem Aufeinander-zu-gehen und Voneinander-lernen besteht, ist offenkundig von allen Seminarteilnehmern gespürt worden. Daß man die ausgetauschten Argumente neuer Prüfung und neuer Erprobung aussetzt, wird beiden Gruppen in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Situationen jetzt sicher notwendiger erscheinen als vor Beginn dieses Kapellendorfer Treffens."

5. Gespräch mit dem Großmufti

Im Rahmen seines Aufenthaltes in der DDR hatte der Großmufti von Syrien, Scheich Dr. Achmed Kaftarou auch eine Begegnung mit Vertretern des CFK-Regionalausschusses. Das in einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre geführte Gespräch mit dem islamischen Würdenträger und seiner Begleitung fand am 19. April in Berlin statt. Von Seiten des Regionalausschusses nahmen daran teil: Prof. Dr. Karl Heinz Bernhardt, Oberkonsistorialrat Dr. Johannes Althauser, Carl Ordnung, Pfarrer Gottfried Röttmann (Vorsitzender der gemeinsamen Studiengruppe "Ausrüstung" der CFK und der Gossner-Mission) und Dozent Dr. Karl-Wolfgang Tröger (Vorsitzender der Studiengruppe "Friede und die Religionen"). Sie informierten die Gäste über die Arbeit der CFK. Dr. Kaftarou berichtete, daß er seit 35 Jahren in der Friedensarbeit sei. Er sieht in der Annäherung der Religionen einen wesentlichen Teil dieser Arbeit. "Wenn wir nicht für die Annäherung arbeiten, verfehlten wir den Sinn unseres Glaubens", sagte er. Mit seinen Bemühungen stößt er bei manchen islamischen Kreisen auf Unverständnis.

Der Großmufti sieht die wesentliche Ursache für Aggression und Unfrieden in der Krankheit der Seele, in Gier und Egoismus. Der lebendige Glaube heile diese Krankheit und bilde aus Trümmern ein neues Haus. Als Gläubige sollten Christen und Moslems ihre Kräfte einsetzen, um den Frieden zu sichern. In diesem Sinne schlug er vor, eine christlich-islamische Befreiung als Auftakt für gemeinsames Wirken zu organisieren. "Ich appelliere an die CFK, daß sie christliche und islamische Kräfte, die sich für den Frieden engagieren, zusammenführt. Das wäre ein Beitrag für den Frieden für alle Menschen."

Eine Grundlage für gemeinsame Aktionen finde sich nach den Worten Dr. Kaftarous u.a. darin, daß der Islam nicht nur Abraham anerkenne, sondern auch in Jesus den Messias sehe. "Ein Moslem ist kein Moslem, wenn er nicht Jesus als Messias und die entsprechenden Aussagen der Bibel anerkennt."

C. O.

6. Am 31. Mai führte die gemeinsame Arbeitsgruppe "Abruistung" der CFK und der Goßner-Mission einen Studientag unter dem Thema "Auf dem Weg nach Madrid" durch. Dr. Rainer Hagen (IPW) referierte über "Europäische Abrüstungskonferenz - Möglichkeiten in der gegenwärtigen Situation" und Gerhard Kasper (Liga für Völkerfreundschaft) sprach über "Die Bedeutung der Vertrauensbildung für die politische Entspannung in Europa".
7. Am 13. Februar konstituierte sich in Schmetzdorf (Pfarrer SalzweDEL) eine übergemeindliche CFK-Basisgruppe.

Am 20. März nahm eine CFK-Gemeindegruppe in Lübbenau (Liedtke/Seeliger) ihre Arbeit auf.

x - x - x

EINDRÜCKE AUS DEN USA

Aus einem Brief von Bruno Schottstädt, der seit Januar 1980 mit seiner Frau in den USA weilt und in verschiedenen kirchlichen Einrichtungen Dienst tut:

"Wir sind nun schon vier Monate in diesem großen und schönen Land und erste Eindrücke verdichten sich. Die Menschen sind uns gegenüber freundlich und aufgeschlossen und dafür sind wir dankbar. Auch wenn TV und Zeitungen dem Volk den Russenhai einreden und einimpfen wollen, die einzelnen Menschen, die wir treffen, zeigen sich davon nicht so sehr beeindruckt. Hier und da gibt es mal einen Christenmenschen, der Angst vor den Russen hat und der denkt, daß die Kirchen in sozialistischen Ländern alle ausgerottet sind. Solche Typen aber sind die Ausnahme. Was allerdings alarmierend ist, das ist die Uniformiertheit der meisten Amerikaner. Wo sollen sie auch detaillierte Informationen holen? Das Fernsehen ist nur am Konsum-Geschäft interessiert es ist ja auch meist in den Händen der Konzerne. Und "New York Times" bringt wohl als einzige Zeitung mehr Meldungen aus der Welt als andere, aber längst nicht genug (ND bringt m.E. nach mehr!). Hinwiesen wird dann noch auf "Time" und andere Magazine, aber die werden nur von wenigen gelesen. Wir müssen also wissen: Amerikaner sind in der Regel über Vorgänge in der Welt schlechter informiert als wir. Und das wird uns auch überlegen lassen müssen, wie unsere Diakonie auf diesem Gebiet ihnen gegenüber aussehen kann! -

Amerikaner, die wir erlebt haben, sind in der Regel aber aufgeschlossene Menschen und bereit, jedermann zuzuhören. Wenn es ihnen zu lange dauert, dann gehen sie eben weg, das passiert bei allen Veranstaltungen. Und sie sind hilfsbereit, wenn man sie anspricht. Man muß sie ansprechen! M. E. haben die meisten Menschen in diesem Lande ein sehr eigenes "Weltgefühl", sie sind eben die "Ersten" Gottes und der Menschheit! Und was im Moment im Wahljahr und im Blick auf die Weltlage den Menschen eingeredet wird, ist eben, diesen "ersten Posten" ganz stark zu machen. "Wir haben die Welt zu führen". Dabei sind die meisten Menschen abgelenkt von der Tatsache, daß sie ja die ganze Welt mit ihren Problemen im eigenen Lande haben: die armen Schwarzen, ganz arme Mexikaner und andere Latein-Amerikaner ("Spanier"), die Indianer, die immer lauter für die eigenen Rechte kämpfen, die vielen Arbeitslosen, die ansteigende Kriminalität, die Slums, die Multis - (von ihnen sprach der Indianerführer in der General-Konferenz der United Methodist Church als Massenmörder). Hinzu kommt das nicht gute Schulsystem und das Massenaufgebot von Religionen.

Ich sehe, wie verliebt viele Christen hier in ihren Pluralismus und Individualismus sind. Und irgendwie müssen sie ja auch ein Ja zum Leben finden, wenn sie hier existieren wollen. Doch soweit denken natürlich die wenigsten. Man hat eben seinen - diesen oder jenen - kirchlichen Hintergrund und man glaubt an Gott. Und Gott ist mit uns! - Gott ist mit Amerika! - Schlimm mit anzusehen war für uns der Kult am Aschermittwoch. In allen Kirchen wurde auf dem Altar als feierliche Handlung in einem Silbergefäß Asche durch Verbrennen von Gesträuch hergestellt. Diese Asche wurde gesegnet und bebetet und durch die Bankreihen getragen, wo dann "Diener" im Kultgewand jedem ein Kreuz auf die Stirn malen. Ich habe mit meiner Frau vor dieser Handlung aus Protest demonstrativ die Kirche verlassen und am Abend in meinem Seminar (ich hatte auch zwei bemalte Studenten vor mir sitzen) über wahre Buße und Reue und über ein rechtes Fasten und Sich-Bereiten auf das Kommen des Herrn gesprochen.

In meinem ICUIS-Stab gab es auch eine lebendige Aussprache und dort kamen wir auf das Thema "individuelle Heilserwartung und Heil für die Welt". Ich habe bis heute noch nicht klar erkannt, wie man auf einer solch stark geprägten individuellen Glaubensbasis überhaupt soziale Arbeit treiben kann. Vielleicht ist eben die "Soziale Frage" in den USA bisher darum keine Frage, weil man so individualistisch und pluralistisch geprägt ist!? - Wie glücklich können wir uns da preisen, daß wir von den Marxisten die Klassentheorie gelernt haben, diese läßt uns die Gesellschaft tiefer analysieren und nach den Herausforderungen und den Bewegkräften zugleich fragen. -

Für mich ist erschreckend, wie wenig der Schrei der Indianer gehört wird (65 % ihrer Frauen in den Reservationen mußten wegen akuter Not sterilisiert werden, viele einzelne Indianer verkommen in den Ghettos der Großstädte) und wie wenig für sie getan wird. Für mich ist es auch schlimm zu sehen, wie zwar die Grenze zwischen den USA und Mexiko als eine offene bezeichnet wird, wie aber die Massen, die dort ins Land kommen, (ohne Dokumente), alle entwurzelt in den Großstädten in den schlimmsten Quartieren wohnen müssen und dort verkommen, wenn nicht Bürgerinitiativen die Menschen erreichen. Das wird mir klar: Die Gesellschaft als Ganzes denken hier die wenigsten Menschen. Von daher gibt es auf keinem Gebiet (es sei denn in der Ausrüstung und beim Militär) eine übergreifende gesamtstaatliche Aktion bzw. Einrichtung. Das ist von unserer Lebengswirklichkeit her gar nicht vorzustellen. Was haben wir den Menschen hier alles voraus?

Nicht nur die freie Arzt- und Krankenhausbehandlung, unsere gesamte Sozialpolitik ist ein so stabiler Pfosten, der hier nur Neid erregen kann. Ich mußte mir einen Zahn ziehen lassen: 35 \$. Eine ärztliche Untersuchung (nur Untersuchung, keine Medikamente) kostet von 300 \$ aufwärts, von Krankenhausaufenthalten und Operationen ganz zu schweigen. Natürlich kann man versichert sein, aber das kostet auch viel Geld. (Wir haben eine Krankenversicherung bei der Church of the Brethren - aber ohne Zahnarztkosten!).

Langsam geht mir auf, was wir im Blick auf die USA alles neu lernen müssen:

1. Es ist kein säkulares Land, es hat wahrscheinlich nie eine Säkularisation gegeben.
2. Die individuelle Frömmigkeit herrscht in allen Kirchen vor und der Pluralismus läßt das religiöse Geschäft gedeihen (verstärkt civil-religion).
3. Was zu vermarkten geht, wird vermarktet, der Mensch lebt sehr vom Markt auf allen Gebieten. (Im Moment diskutiert man den Ausbau der elektronischen Kirche - die Bürger wollen den Gottesdienst über Audio-Visio-Kassetten und die verschiedenen TV-Programme kaufen.)
4. Kulturell haben die USA noch kaum etwas zu bieten, da geht man nach Europa zurück und zu den Indianern.
5. Technisch ist vieles sehr perfekt. Und für Technik wird viel Geld ausgegeben. Von der technischen Seite kommt wahrscheinlich auch das starke politische Überlegenheitsgefühl."

X - X - X

A C H T U N G !

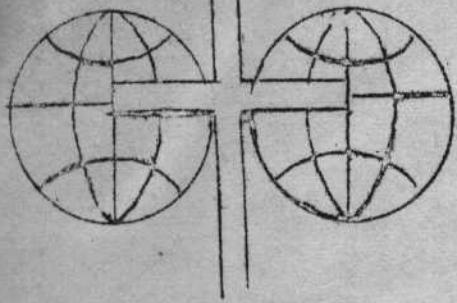
Die diesjährige Regionalkonferenz soll am 17. und 18. November in Berlin stattfinden.

Neue Adresse:

Der Sekretär des Regionalausschusses ist umgezogen. Er wohnt nicht mehr Wilhelm-Pieck-Straße 5 sondern:

1100 Berlin, Trelleborger Str. 50

Telefonisch ist er dort zunächst noch nicht erreichbar.



CFK GRUNDBRIEF 1/80

Liebe Freunde!

Das Jahr 1980 bringt der CFK in der DDR eine große Aufgabe: vom 12. bis 17. Oktober tritt in Eisenach der Ausschuß für die Fortsetzung der Arbeit der CFK (AFA) unter dem Thema "Gottes Verheißung und unsere Verpflichtung - Christen für wachsendes Vertrauen, Abrüstung und Gerechtigkeit" zusammen. Dazu kommen ca. 200 ökumenische Gäste aus allen Kontinenten in unser Land, von denen viele im Anschluß an die Eisenacher Tagung Gemeinden besuchen wollen. Bitte lesen Sie dazu das beiliegende Rundschreiben!

In den vergangenen Wochen hat sich die internationale Situation in einer Weise verschärft, wie viele von uns sich das gar nicht mehr haben vorstellen können. Freilich wird rückblickend deutlich, daß diese Entwicklung zielstrebig seit der Verabschiedung des NATO-Langzeitprogramms im Mai 1978 vorbereitet und betrieben wurde. Was mich persönlich am tiefsten erschreckt, sind die Erfolge, die die westlichen Massenmedien ganz offensichtlich bei der Anheizung einer antikommunistischen Kreuzzugsstimmung erzielt haben. Eine Meinungs-Umfrage in der BRD hat ergeben, daß fast zwei Drittel der westdeutschen Bevölkerung den NATO-Rüstungsbeschuß für richtig halten. USA-Studenten sagten einem Fernsehreporter, daß sie sich bei einem Kriegsfall im Nahen Osten sofort freiwillig melden würden, um dort das zu verteidigen, was sie die nationalen Interessen ihres Landes nannten.

Ich glaube, es ist höchste Zeit, daß wir uns in der CFK intensiver mit der Rolle von Information und Propaganda, mit der Wirkungsweise der Massenmedien im Ringen um den Frieden beschäftigen. Unsere Studiengruppe UNO befaßt sich seit einiger Zeit mit Fragen einer "Neuen Internationalen Informationsordnung", die von den Entwicklungsländern in der UNESCO vorgeschlagen wurde. Im Juni soll ein Seminar mit einigen westdeutschen Freunden durchgeführt werden, in dem wir einmal untersuchen wollen, welche unterschiedliche Funktionen das antiimperialistische und das antikommunistische Feindbild haben. Es ist wichtig, daß viele unserer Freunde diese Fragen aufnehmen und durchdenken. Ernesto Cardenal hat in seinem Antwortbrief an den Regionalausschuß, dessen Wortlaut Sie in diesem Rundbrief finden, auf die Bedeutung wahrheitsgemäßer Informa-

REGIONALAUSSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ

108 Berlin, Planckstr. 20

tion im Kampf gegen die Feinde von Gerechtigkeit, Ordnung und Frieden hingewiesen.

Wir sollten gerade jetzt festhalten, daß die Hauptgefahr für den Frieden von der NATO-Hochrüstung ausgeht. Das soll durch die westliche Propaganda um Afghanistan verdunkelt werden. Einige Hintergrundinformationen über Afghanistan, die für den Rundbrief zusammengestellt wurden, können vielleicht helfen, dieser Propaganda entgegenzutreten.

gez. Carl Ordnung

A f g h a n i s t a n

1. A. gehört zu den 40 ärmsten Entwicklungsländern. Sein 647 497 km² großes Territorium besteht zum überwiegenden Teil aus Gebirgen und Steppen. Nur 12 % des Bodens können landwirtschaftlich genutzt werden. Bis zum April 1978 befand sich mehr als die Hälfte dieses Ackerlandes im Besitz von 3000 Feudalherren. Die andere Hälfte mußten sich die 1,2 Mill. Bauernfamilien teilen. 36 % der Landbevölkerung waren völlig landlose Pächter und Landarbeiter. Nur etwas mehr als 10 % der Bevölkerung lebt in Städten. Die Feudalherren hielten als Sippen- oder Stammesälteste, als Träger staatlicher Gewalt oder auch als Geldverleiher die Landbevölkerung in einem dichten Netz sozialer Abhängigkeit. 90 % der Afghanen waren Analphabeten und lebten in kaum vorstellbarem Elend in mittelalterlicher Rückständigkeit.

2. Im April 1978 stürzten Revolutionäre aus der Armee und der Demokratischen Volkspartei die Regierung des Prinzen Mohammed Daud und öffneten damit den Weg für soziale, politische und ökonomische Umgestaltungen. Der an die Spitze der Demokratischen Republik A. tretende Nur Mohammed Taraki erklärte: "Wir erklären deutlich und bestimmt, daß wir fürs erste fordern: Essen, und sei es trockenes Brot; Kleidung, und sei sie selbst drittklassig; Bildung, im weitesten Maße echte, ernsthafte Volksbildung; Gleichheit für jeden Dienst an der Gesellschaft". Bis Ende 1979 gelang es beispielsweise, einer halben Million Afghanen Lesen und Schreiben beizubringen und an 300 000 Bauernfamilien Land zu verteilen.

3. Die revolutionären Maßnahmen, die eine Entwicklung zu mehr sozialer Gerechtigkeit einleiteten, stießen auf den Widerstand der alten Oberschicht und ihrer Gefolgsleute. Einige von ihnen verließen das Land.

In dieser Situation war es für die neue Führung offensichtlich nicht leicht, den Weg des schrittweisen Übergangs zu neuen Verhältnissen unter geduldiger Einbeziehung des Volkes durchzuhalten. Es kam zu Auseinandersetzungen innerhalb der Demokratischen Volkspartei, in deren Verlauf Hafizullah Amin im September 1979 die Macht an sich riß. Er versuchte, "mit einer brutalen, rücksichtslosen und gewalttätigen Umwälzung Afghanistan gewissermaßen eine Sofort-Revolution aufzuzwingen" (Deutsches Allg. Sonntagsblatt, 13.1.80). Westliche Zeitungen verglichen ihn mit Pol Pot. In der kurzen Zeit seiner Regierung richtete er ein Terrorregime auf. Er ließ Hunderte hinrichten und Zehntausende seiner politischen Gegner einkertern.

Mitglieder der Demokratischen Volkspartei konnten diesem Treiben am 27. 12. 79 ein Ende machen. Eine neue Regierung unter Barbrak Karmal wurde gebildet, die den Weg geduldiger Veränderungen fortsetzen will.

4. Seit 1917 bestehen freundschaftliche Beziehungen zwischen der Sowjetunion und A. Lenin hatte nicht nur die Versuche der Engländer, sondern auch die des zaristischen Rußland kritisiert, sich kolonial zu unterwerfen. 1921 schloß A. einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR. Seit dieser Zeit wird die afghanische Armee mit sowjetischen Waffen ausgerüstet, studieren afghanische Offiziere an sowjetischen Militärakademien und arbeiten sowjetische Militärinstitute in A. Sowjetisches Militär in A. ist jedenfalls keineswegs ein so ungewöhnliches Bild - wie westliche Medien es heutzutage hinzustellen versuchen. Diese freundschaftliche Verbundenheit der beiden Staaten wurde nie als Bedrohung der islamischen Tradition empfunden.

5. Was ist zur Stellung des Islam in A. zu sagen? Im November 1979 veröffentlichte die USA-Zeitschrift "Counter Spy", die von Persönlichkeiten der Bürgerrechtsbewegung und ehemaligen Vietnamkriegsgegnern herausgegeben wird, einen gut dokumentierten Artikel über "U.S. Intervention in Afghanistan" von Konrad Ege. Darin heißt es: "Behauptungen, der gegenwärtige Kampf sei ein 'Heiliger Krieg' moslemischer Rebellen, die fürchten, eine 'prorussische Regierung' würde ihre religiösen Freiheiten beschneiden, haben sich nie bestätigt. In Wirklichkeit haben Publikationen, die den Kampf als religiös motiviert schilderten, selten irgendwelche Beweise dafür erbracht, und im September 1979, nach einer halben Jahren 'gottloser Regierung', berichtet der prowestliche 'Economist', daß 'die Religionsausübung keinerlei Einschränkungen unterworfen wurde.' Offenbar liegt die Ursache für die Kämpfe und Terrorakte anderswo. In Afghanistan war der Islam stets eng mit einem sozialen, politischen und ökonomischen System des Feudalismus und Halbfeudalismus verbunden. Daher wurde die Auflösung der großen Landgüter, die den alten Aristokraten und Feudalherren gehörten und die teilweise Zerstörung des alten ökonomischen Systems durch die DVP als Angriff auf den Islam ausgelegt. Hinzu kam, daß viele der reichen Großgrundbesitzer tatsächlich der islamischen Geistlichkeit angehörten und finanzielle Verluste der Mullahs ein Motiv für ihre Propaganda gegen die 'gottlosen Kommunisten' war. Es ist kein religiöser Krieg, wie die westlichen Medien behaupten, um die Wahrheit zu verbergen. Es ist ein Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Und in diesem Falle, wie früher im feudalen Europa, gehören religiöse Führer der Ausbeuterklasse an. Diese Tatsache erleichtert die Erfindung der Legende vom religiösen Krieg."

6. Viele der Afghanen, die die gesellschaftlichen Veränderungen ablehnen, sind nach Pakistan gegangen, um dort an der Vorbereitung konterrevolutionärer Aktionen gegen ihr Land teilzunehmen. Dabei erhielten sie Unterstützung von Pakistan und den USA. Zwei Monate vor der sowjetischen Militärhilfe heißt es in dem Artikel in "Counter Spy": "Es ist interessant, daß zwei der afghanischen Rebellenführer, Ziya Nezri und Zia Nassery, in Wirklichkeit amerikanische Staatsbürger sind, und daß mindestens einer von ihnen Beziehungen zum US-Außenministerium hat. Ziya Nezri, ein Anhänger der gestürzten Monarchie, besuchte das US-Außenministerium Anfang März 1979 gerade vor dem Angriff auf Herat, um amerikanische Unterstützung zu erbitten. Nezri hatte lange Diskussionen mit dem Sachbearbeiter für afghanische Angelegenheiten, Ronald Lorton, und

anderen Beamten des Außenministeriums. Ebenso verhandelte er mit Gewärsleuten der Senatoren Frank Church und Jacob Javits. Javits ist für seine Freundschaft mit dem ehemaligen Shah von Iran bekannt. In einem Interview weigerte sich Lorton zu sagen, ob er mit Nezri über Waffenlieferungen an die Rebellen gesprochen habe, weil 'Mr. Nezri amerikanischer Staatsbürger ist'. Church und Javits weigerten sich ebenfalls, Auskunft über ihre Verhandlungen mit Nezri zu geben.

Der andere amerikanische Staatsbürger, der in die Kämpfe in Afghanistan verwickelt ist, Zia Nassery, ist Mitglied des Afghanschen, Islamischen und Nationalistischen Revolutionsrates, der in Peshawar in Pakistan sitzt. (Peshawar ist von strategischer Bedeutung; es ist die nächste Stadt am Khyberpass, der einzigen Straße, die über die Berge von Afghanistan nach Pakistan führt.) Nassery wurde von der 'New York Times' im April 1979 interviewt und behauptete damals, seine Gruppe habe '15 000 Kämpfer in Afghanistan'... Eine gleiche Linie entwickelt General Haig, ehemaliger Berater Nixons und NATO-Oberkommandierender in Europa, der dem belgischen Blatt 'Le Soir' erklärte, es sei wichtig, 'auf die wachsende Bedeutung von Afghanistan, Südjemen und Äthiopien für die Sowjetunion zu reagieren.'

Anders als Afghanistan hat sich Pakistan zu einem Paradies für Agenten ausländischer Regierungen entwickelt, die sich in afghanische Angelegenheiten einmischen wollen, und die pakistانية Regierung unterstützt diese Leute bereitwillig. In einem enthüllenden Artikel der Schweizer 'Neue Zürcher Zeitung' vom Februar 1979 wird dokumentarisch bewiesen, daß die pakistانية Militärregierung afghanischen Rebellen hilft, die Zuflucht und Operationsbasen in Pakistan suchen."

7. Nicht nur die USA, sondern auch China sind - nach "Counter Spy" - an der Vorbereitung der Konterrevolution beteiligt: "Ein Artikel über ausländische Einmischung in Afghanistan, der im kanadischen 'Mc Laens' Magazin erschienen ist, berichtet, daß amerikanische Agenten der Behörde für Rauschgiftbekämpfung in Pakistan, nahe der afghanischen Grenze, Chinesen entdeckt hätten. Erst glaubten sie, es handele sich bei diesen Chinesen um 'Rauschgifthändler aus Hongkong...' die in diesem Gebiet die große Mohnrente aufkaufen wollten'. Aber später erkannten sie, 'daß es sich hier um eines der bestgehüteten und gefährlichsten Geheimnisse Pakistans handelt, nämlich die Anwesenheit chinesischer Offiziere und Instrukteure. Sie waren dort, um bei der Ausrüstung und Ausbildung von rechtsgerichteten afghanischen Moslemguerillas zu helfen, in deren 'heiligem Krieg' gegen das von Moskau unterstützte Regime von Nur Mohammed Taraki in Kabul'... 'Mc Leans' berichtet weiter, daß der Krieg in Afghanistan teilweise durch den Verkauf von illegalem Opium finanziert wird: 'Feudale Grundherren, deren Besitz von der Landreform der Regierung Taraki bedroht ist, bringen die Produkte ihrer Mohnrente nach Pakistan und benutzen die Einkünfte, um Gewehre, Sprengstoff und andere Waffen zu kaufen. Pakistatische Waffenhändler berichten, daß ihre Kunden täglich kämen und das Geschäft blühe.' Ein anderer Bericht der japanischen Nachrichtenagentur 'Kyodo' stellt fest, daß '1000 von Chinesen ausgebildete pakistatische Guerillaexperten für ultrasubversive Aktivitäten abkommandiert wurden, um Blitzaktionen gegen afghanische Truppen durchzuführen, welche die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan bewachen und den afghanischen Rebellentruppen Schutz zu gewähren'. Kyodo stellt außerdem fest, daß nach indischen Gemeindienstberichten 'die Guerillas von ihren Ausbildungsbasen bei Kashgar in der Provinz

Xingjiang (in China) in die durchdringbaren Grenzgebiete von Afghanistan geschickt werden'. In derselben Agenturmeldung berichtet Kyodo, daß der indische Geheimdienst Beobachtungen über 'die Reisen von Generalleutnant Christi anstellte. Christi ist Korpskommandeur für den Norddistrikt der pakistanischen Armee... Er besuchte neulich die Grenzgebiete und sagte, daß er eine Reihe von Begegnungen mit chinesischen Kommandeuren in diesem Gebiet hatte. Generalleutnant Christi diskutierte Fragen, wie die der strategischen Stellungen der Guerillas, die Versorgungsroute für die bereits vereinbarten Lieferungen von chinesischem Kriegsmaterial und tauschte Ansichten über gemeinsame Bemühungen aus, eine Sondertruppe bereitzuhalten, um eine möglich sowjetische Hilfe für Afghanistan zu stören.' Eine andere Delegation von hohen chinesischen Militärs, geführt vom Chef der Luftwaffe, Chang-Ting fa, besuchte im Frühjahr 1979 Pakistan. Diese Delegation begab sich ebenfalls zum Khyberpaß und in einige Gebiete direkt an der afghanischen Grenze."

8. Von daher wird verständlich, warum die Sowjetunion der mehrfach geäußerten Bitte der Regierung der DRA um Militärhilfe am 28.12.79 nachkommt. Sie informiert 24 Stunden vor Beginn der Aktion die Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates und weitere Regierungen. Diese zeitlich begrenzte Hilfe gegen aggressive Aktionen von außen basiert auf Artikel 4 des Vertrages über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DRA von Anfang 1979. Er lautet: "Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden im Geiste der Traditionen der Freundschaft und guten Nachbarschaft sowie im Geiste der Charta der Vereinten Nationen Konsultationen zur Gewährleistung der Sicherheit, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität beider Länder aufnehmen und im Einverständnis beider Seiten entsprechende Maßnahmen ergreifen. Im Interesse der Festigung der Verteidigungsfähigkeit der Hohen Vertragschließenden Seiten werden sie die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet auf der Grundlage der zwischen ihnen abgeschlossenen entsprechenden Abkommen weiterentwickeln."

Die Tatsache, daß der afghanische Außenminister Dost in der Sitzung des UNO-Sicherheitsrates die Bitte um Militärhilfe an die Sowjetunion bekräftigte und daß von keiner Seite seine und seiner Regierung Legitimität angezweifelt wurde, macht deutlich, daß sich diese Militärhilfe im Rahmen völkerrechtlicher Abmachungen vollzieht.

9. Während die Sowjetunion Verpflichtungen nachkommt, die sich aus geschlossenen Verträgen ergeben, betreibt USA-Präsident Carter eine Politik des Bruches internationaler und bilateraler Verträge und Vereinbarungen, wie sie in diesem Maße ohne Beispiel in der Geschichte ist:

- Aufkündigung vertraglicher Abmachungen über Weizenlieferungen und technischen Ausrüstungen an die Sowjetunion
- Einschränkung des Kulturaustausches
- Beeinträchtigung des Flugverkehrs
- Boykottdrohung gegen olympische Spiele
- Verweigerung der Ratifizierung von SALT II.

Diese Politik des Vertragsbruches stellt einen schweren Schlag gegen die Grundlagen der internationalen Beziehungen dar. Ohne vertraglich geregelte internationale Beziehungen kann es keinen dauerhaften Frieden geben.

Diese Überreaktion der imperialistischen Kreise der USA auf die Vorgänge in A. macht eines deutlich: Hier wird versucht, Ursache und Wirkung umzukehren. Wenige Tage nach dem Brüsseler "Nachrüstungs"-Beschuß der NATO wurde in einem Gespräch von CFK-Mitarbeitern

festgestellt: Nun müsse man sich auf eine Wiederbelebung des kalten Krieges gefaßt machen; denn die NATO-Hochrüstung lasse sich ohne massive antikommunistische Demagogie gegenüber der Bevölkerung der westlichen Länder auf die Dauer nicht durchsetzen. Die Vorgänge in und um A. boten dazu einen Anlaß. "Gäbe es nicht A., so hätten gewisse Kreise in den USA und der NATO sicherlich einen anderen Vorwand gefunden, um die Situation in der Welt zuzuspitzen" (L. Brezhnev, Neue Deutschland 12.1.80). A. ist Folge und nicht Ursache der neuen Politik der Stärke und der Rüstungsskalation des USA-Imperialismus. Ziel der sozialistischen Außenpolitik war und ist es, die Bedeutung des militärischen Faktors für die internationalen Beziehungen (durch Abrüstung und Entspannung) zurückzudrängen. In einer Welt wachsender Entspannung hätten wahrscheinlich auch die Probleme A.s friedlich gelöst werden können. Für Christen, die in den letzten Jahren immer deutlicher erkannt haben, daß soziale Gerechtigkeit ein wesentlicher Aspekt des Friedens ist, stellt sich die Frage, ob dann nicht auch die Sicherung und Verteidigung des mühsamen Weges zu mehr sozialer Gerechtigkeit in A. als friedensfördernd charakterisiert werden muß.

x - x - x

Vertragsbruch als Mittel des kalten Krieges

Auf der Tagung des Präsidiums des Friedensrates der DDR am 31.1.80 gab die Völkerrechtlerin, Frau Prof. Dr. Edith Oeser folgenden Diskussionsbeitrag:

Ich schlage vor, daß wir jedes Forum, jede Aussprache, jede Aktion nutzen, um die strikte Einhaltung der Entspannungs- und Abrüstungsverträge zu fordern und allen die Notwendigkeit vor Augen zu führen, daß die Verletzung dieser schwer erkämpften internationalen Abkommen entschieden zurückgewiesen werden muß. Dazu gibt es alarmierenden Anlaß.

Die verschiedenen Vertragsbrüche der USA gegenüber der Sowjetunion gefährden den gesamten Entspannungsprozeß. Sie bedeuten die Erklärung des kalten Krieges, und sie verletzen die Fundamente jedes geordneten friedlichen internationalen Zusammenlebens der Völker und Staaten.

Die Tragweite dieser verantwortungslosen Handlungsweise der USA hat Leonid Brezhnev schonungslos offengelegt, als er in seinem Interview im Januar sagte:

"Die selbstherrliche Annahme Washingtons, sich das 'Recht' vorzubehalten, unabhängige souveräne Staaten zu 'belohnen' oder zu 'bestrafen', wirft eine prinzipielle Frage auf. Mit derartigen Handlungen versetzt die USA-Regierung faktisch dem ganzen geregelten völkerrechtlichen System der zwischenstaatlichen Beziehungen einen Schlag. Bedarf es denn einer Erklärung - fragt er -, welch gefährliche destabilisierende Wirkung dies auf die gesamte internationale Lage ausübt?" Das völkerrechtlich geregelte System der internationalen Beziehungen ist von unverzichtbarem Wert für die Sicherung der friedlichen Koexistenz. Dazu gibt es keine Alternative im internationalen vertraglichen Leben. Die Staaten legen nur diejenigen Rechte und Pflichten verbindlich fest, die für alle Partner gegenseitig verbindlich und vorteilhaft sind. Nicht alle möglichen Interessen, sondern nur die in verbindlichen Verträgen fixierten stehen unter dem Schutz des Völkerrechts, und können auch mit den Mitteln des Völkerrechts durchgesetzt werden. Weder der Urriff der USA nach den arabischen Ölfeldern noch ihr Interesse

an der Erhaltung oder Wiederherstellung feudaler oder neokolonialistischer Abhängigkeitsverhältnisse in Iran, Afghanistan oder sonstwo in der Welt ist durch völkerrechtliche Verträge geschützt. Deshalb kann sich die Regierung der USA auch nicht auf ein Repressalienrecht zur Durchsetzung dieser machtpolitischen Interessen berufen. Repressalien dürfen nur zur Durchsetzung des Völkerrechts und dann auch nur mit friedlichen Mitteln angewandt werden.

Auch die Vertragstreue der Sowjetunion gegenüber Afghanistan, von der die USA nicht betroffen sind, kann die Gewaltpolitik der USA nicht rechtfertigen und ist nur ein Vorwand für deren Rechtsbruch. Kein Staat, auch nicht die USA, hat das Recht, anderen souveränen Staaten und Völkern vorzuschreiben, was sie zu tun oder zu lassen haben, welche sozialen Systeme sie wählen sollen, mit wem sie Verträge schließen usw.

Der Hegemonismus, der in den Erklärungen und Handlungen der derzeitigen amerikanischen Regierung zum Ausdruck kommt, ist zutiefst völkerrechtsfeindlich, widerspricht der souveränen Gleichheit der Staaten, der internationalen Friedenssicherung und dem von alters her bekannten, in der UN-Charta und in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Prinzip pacta sunt servanda - Verträge müssen eingehalten werden.

Nicht nur, daß die USA sich selbst der Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen gegenüber der UdSSR entziehen, schon das ist schlimm genug angesichts der unbeschreibbaren Bedeutung, die friedliche bilaterale Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA für die internationalen Verhältnisse in ihrer Gesamtheit haben, Carter übt auch noch Druck auf die Verbündeten aus, es ihm gleichzutun. Fast kein Gebiet der internationalen Beziehungen wird ausgelassen, die politischen Beziehungen, der Handel, der Sport, der Verkehr und die Abrüstungsverhandlungen, alles wird von ihnen angetastet. Die USA gehen zur Politik der Stärke, des Vertragsbruches und, wie der NATO-Raketenbeschuß vom Dezember 1979 zeigt, zur Rüstungseskalation über.

Die Friedenskräfte müssen demgegenüber die Politik der gleichberechtigten friedlichen Zusammenarbeit souveräner Staaten, die Vertragstreue und den Rüstungsstop verteidigen. Wir wissen: Immer wenn die herrschenden Kreise imperialistischer Staaten zur nackten Gewalt übergehen, wachsen die Verantwortung der Völker für den Frieden und die Notwendigkeit ihrer Solidarität. Wir tragen die Verantwortung dafür, daß das schwer errungene System der Entspannungs- und Abrüstungsverträge konsequent zu verteidigen ist. Wir müssen mithelfen, daß es von allen Vertragspartnern nach Treu und Glauben erfüllt wird.

x - x - x

Antwort Ernesto Cardenals

=====

Nachdem die Mitglieder der CFK-Regionalkonferenz in der DDR im November in einem Brief an Ernesto Cardenal ihrer Solidarität mit der Sache der Revolution und des nationalen Wiederaufbaus in Nicaragua Ausdruck gegeben hatten, ist nun ein Antwortbrief des Ministers für Kultur in der Regierung des nationalen Wiederaufbaus eingegangen. Unter "Managua, den 15. Januar 1980" schreibt Ernesto Cardenal:

"Mit tiefer Bewegung empfing ich Ihren Brief mit den Glückwünschen zum Sieg unserer Revolution. Ihre Solidarität im Namen Christi war und ist ein Ansporn für die schwierige Aufgabe unseres nationalen Wiederaufbaus. Wir hoffen auch, daß diese Solidarität sich fortsetzen möge auf der Basis echter Verbundenheit, vermittelt durch wahrhaftige Informationen über unsere Revolution, um damit die Feinde von Gerechtigkeit, Ordnung und Frieden zurückzuschlagen.

gez. Ernesto Cardenal
Minister der Kultur"

X - X - X

Bischof de Carvalho dankt für Kondolenztelegramm

=====

Bereits Ende vorigen Jahres ist beim CFK-Regionalausschuß ein Schreiben des Bischofs der Vereinigten Methodistischen Kirche von Angola Emilio de Carvalho eingetroffen, das folgenden Wortlaut hat:

"Hiermit bestätige ich den Empfang der Botschaft der Anteilnahme und der christlichen Solidarität, die Sie uns aus Anlaß des unersetzblichen Verlustes gesandt haben, der uns mit dem Tod unseres Präsidenten Dr. Antonio Agostino Neto getroffen hat. Präsident Neto war ein bedeutender Kämpfer für die Befreiung des angolanischen Volkes vom jahrhundertealten Joch der Kolonialherrschaft. Er, der immer in unserer Erinnerung bleiben wird, und sein revolutionäres Handeln werden uns Richtschnur sein bei der Fortsetzung und Konsolidierung des Befreiungsprozesses, dem er die wesentlichen Anstöße gegeben hat. Wegen der Wichtigkeit der Sache und weil wir meinten, daß Sie uns darin zustimmen, haben wir uns die Freiheit genommen, Ihre Botschaft an das Zentralkomitee der MPLA-Partei der Arbeit weiterzuleiten. Sie ist dort entgegengenommen und später öffentlich bekannt gemacht worden.

Mit tiefer Dankbarkeit, in Christo
gez. Emilio J. M. de Carvalho"

X - X - X

H i n w e i s

=====

Das Referat, das Brigitte Kahl auf der Regionalkonferenz zum Thema "Frieden im Lernprozeß der Kirchen" gehalten hat, liegt im Wortlaut vor. Interessenten können es beim CFK-Sekretariat anfordern.

X X X X

CHRISTLICHE FRIEDENSKONFERENZ Regionalausschuß in der DDR

108 Berlin, 15.2.1980
Planckstraße 20, Tel.: 2081518

Liebe Freunde!

Wie Sie wissen, wird der Ausschuß für die Fortsetzung der Arbeit (AFA) der CFK seine erste Zusammenkunft nach der V. Allchristlichen Friedensversammlung vom Juni 1978 in diesem Jahr in der DDR durchführen. Der Regionalausschuß hat eine entsprechende Einladung ausgesprochen, nach dem sich die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen freundlicherweise bereiterklärte, entsprechende Häuser und Einrichtungen in Eisenach für die Unterbringung der AFA-Mitglieder zur Verfügung zu stellen. Die Tagung wird vom 12. - 17. Oktober in Eisenach stattfinden und unter dem Thema stehen:

"Gottes Verheißung und unsere Verpflichtung -
für wachsendes Vertrauen, Abrisstung und Gerechtigkeit.

Wir erwarten dazu ca. 200 ausländische Gäste, Kirchenmänner, Theologen und weitere Persönlichkeiten aus allen Kontinenten. Der Regionalausschuß ist der Meinung, daß die Anwesenheit dieser Vertreter der Ökumene für Besuche in Gemeinden genutzt werden sollte. Dafür kommt das Wochenende vom 18. und 19. Oktober in Frage. Es könnten Gemeindeabende, Gesprächsgruppen, Besichtigungen und vor allem natürlich ökumenische Gottesdienste organisiert werden. Dabei wäre es gut, wenn jeweils mindestens zwei Gäste an diesen Veranstaltungen teilnehmen könnten. Im Auftrag des Regionalausschusses frage ich bei Ihnen an, ob Sie bereit und in der Lage wären, ein solches Wochenende zu organisieren und dazu zwei oder drei AFA-Mitglieder einzuladen. Die Durchführung der Tagung in Eisenach nimmt verständlicherweise all unsere Kräfte voll in Anspruch, so daß der vorgeschlagene Gemeindebesuch gänzlich von Ihnen selbst und Ihren Mitarbeitern organisiert werden müßte.

bitte wenden!

An den Regionalausschuß
der CFK in der DDR

Wir sind bereit, mit ökumenischen Gästen das Wochenende vom 18. - 20. 10. 1980 zu gestalten.

Die Gäste sollten nach Möglichkeit Englisch, Russisch, Französisch, Spanisch sprechen. (Nichtzutreffendes bitte streichen!)
Besondere Wünsche:

(Unterschrift)

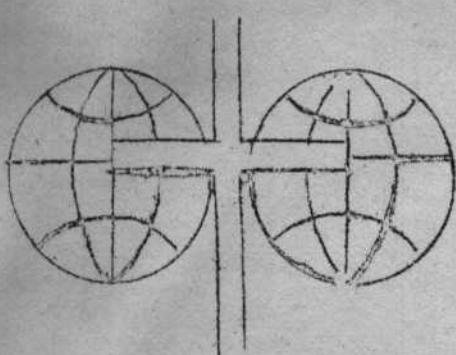
Das würde einschließen:

1. die Abholung der Gäste im Laufe des 18. Oktober in Eisenach (mit PKW oder Eisenbahn; wenn eine direkte Zugverbindung besteht und kein Umsteigen notwendig ist, könnten die Gäste evtl. in Eisenach von uns an die Bahn gebracht werden.)
2. die Besorgung von Dolmetschern.
3. die Organisation der Rückfahrt der Gäste am 20. Oktober nach Berlin.

Bei einer Tagung mit Teilnehmern, die aus allen Kontinenten anreisen, bleiben natürlich bis zuletzt Unsicherheitsfaktoren. Wir bemühen uns, diese so klein wie möglich zu halten, möchten aber doch darauf aufmerksam machen. Vor allem wird es schwierig sein, besondere Wünsche in allen Fällen zu erfüllen.

Wir möchten uns einen Überblick verschaffen, wo solche Begegnungen durchgeführt werden könnten. Deshalb bitten wir Sie, den beigefügten Abschnitt bis zum 10. März an den Regionalausschuß zurückzusenden. Sie erhalten dann weitere Informationen.

gez. Carl Ordnung



CHRISTLICHE FRIEDENSKONFERENZ

GRUNDBRIEF

4/80

Liebe Freunde!

Die Teilnehmer der Regionalkonferenz haben einen "Brief an unsere Mitchristen in der DDR" verabschiedet. Wir suchen damit das Gespräch mit Gemeinden und Gruppen über unsere Friedensverantwortung heute. Ein Exemplar des Briefes liegt bei. Sollten Sie weitere benötigen, dann melden Sie sich bitte.

Dieser Rundbrief enthält außer einigen informativen Reise-Berichten das Communiqué über unsere diesjährige Regionalkonferenz sowie Auszüge aus dem dort erstatteten Rechenschaftsbericht. Es geht darin besonders um eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Friedensaktionen unserer Kirchen. Das Referat von Dr. Kaltenborn, das viel Zustimmung gefunden hat, wird dankenswerterweise in Königswartha abgezogen. Wer Interesse daran hat, sollte sich direkt an Pfarrer Jan Laser, 8613 Königswartha, Kirchweg 1 wenden.

Die auf der AFA-Tagung in Eisenach gehaltenen Referate werden im Auszug, die verabschiedeten Erklärungen im Wortlaut im "Standpunkt" veröffentlicht, und zwar in den Heften 11/80, 12/80 und 1/81.

In diesen Tagen jährt sich die Verabschiedung des Brüsseler NATO-Beschlusses zum erstenmal. Dieses Jubiläum erinnert uns daran, wie groß die Aufgaben sind, vor denen wir zusammen mit allen anderen Friedenskräften stehen. Möge uns in der Advents- und Weihnachtszeit neue Kraft geschenkt werden, diese Aufgaben anzupacken!

In brüderlicher Verbundenheit

Ihr

gez. Carl Ordnung

REGIONALAUSSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ

1080 Berlin, Planckstr. 20

REGIONALKONFERENZ 1980

K o m m u n i q u é

Am 17. und 18. November führte die Christliche Friedenskonferenz in der DDR in Berlin ihre Regionalkonferenz 1980 durch. Mehr als 150 CFK-Mitarbeiter nahmen daran teil. Gäste waren aus der VR Polen, aus den Niederlanden, aus der BRD und West-Berlin gekommen. Zum Thema "Vertrauen, Entspannung, Sicherheit - was können wir tun?" referierten Dozent Dr. Carl-Jürgen Kaltenborn, Berlin, und Pfarrer Pieter Bouman, Leuven (Belgien). Den Rechenschaftsbericht erstattete Regionalsekretär Carl Ordnung. Die Abendveranstaltung stand unter dem Motto "Solidarität mit dem Volk von Palästina". Numan Basari von der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas informierte über die Situation in Nahost. In der Überzeugung, daß nur Anerkennung und Verwirklichung des Rechts des Volkes von Palästina auf Errichtung eines unabhängigen Staates unter Führung der PLO den Frieden in dieser Region fördert, gaben die Teilnehmer ihrer Verbundenheit mit dem Kampf der PLO Ausdruck. Sie sammelten 710,00 Mark zur Unterstützung palästinensischer Studenten in der DDR.

In einer Podiumsdiskussion, die vom Vorsitzenden Prof. Dr. Karl Heinz Bernhardt geleitet wurde, ging es um die Auswertung der Ergebnisse der Eisenacher Tagung des CFK-Fortsetzungsausschusses und des Weltparlaments der Völker in Sofia für die CFK-Arbeit in der DDR. Die Teilnehmer machten sich die Aussagen und Beschlüsse von Eisenach zu eigen. Angesichts der bedrohlichen Weltsituation betonten sie, daß Friedensarbeit heute mehr denn je von der konkreten Analyse friedensbedrohender und friedensfördernder Entwicklungen ausgehen müssen. In diesem Sinne bekämpften sie ihren Protest gegen den NATO-Rüstungsbeschuß vom Dezember 1979, für den führende Kreise der BRD eine besondere Verantwortung tragen. Sie wandten sich gegen die Direktive 59 des USA-Präsidenten, mit der ein atomarer Vernichtungskrieg wieder führbar gemacht werden soll. Nach ihrer Meinung weisen die Verhandlungsangebote der Staaten des Warschauer Vertrages von Mai d.J. und der Sowjetunion vor der UNO den Weg zur Verringerung der Kriegsgefahr.

Die Teilnehmer begrüßten Anzeichen einer möglichen Wende zu konstruktiven Gesprächen auf dem KSZE-Nachfolge-Treffen in Madrid und unterstrichen, daß dauerhafter Friede in Europa nur möglich ist bei volliger Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Staaten, was die längst überfällige Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft erfordert. Friedensworte und -aktionen, die diese Fakten und Zusammenhänge ignorieren, bleiben nach ihrer Auffassung nicht nur unwirksam, sondern sind auch geeignet, statt Frieden zu fördern, Verwirrung zu stiften.

Die Teilnehmer verabschiedeten einen "Brief an unsere Mit-Christen in der DDR".

Aus dem Rechenschaftsbericht von Carl Ordnung

Seit der letzten Regionalkonferenz hat sich die weltpolitische Situation akut verschlechtert. Die Gefahr für den Frieden ist gewachsen. Unsere Kirchen haben darauf reagiert. Sie haben seit dem 1. September 1979 mehr Worte und Erklärungen zu Fragen des Friedens formuliert als in den zehn Jahren vorher. Wir halten das für ein positives Zeichen; ist doch damit auf den verschiedenen kirchlichen Ebenen, vor allem auch auf der Gemeindeebene, ein Gespräch in Gang gekommen, das vielen Christen helfen kann, ihre Friedensverantwortung zu erkennen. Wenn ich im folgenden einige kritische Bemerkungen

mache, dann sollten sie vor dem Hintergrund dieser positiven Gesamteinschätzung verstanden werden. Die Kritik basiert auf unserer Erfahrung, daß der bloße Gebrauch des Wortes Frieden noch kaum etwas darüber aussagt, ob man wirklich etwas für den Frieden tut. In unserer Situation genügt der gute Wille allein schon lange nicht mehr. Man muß wissen, in welchen Zusammenhängen man spricht, in welcher konkreten Situation man steht und wo friedensfördernde oder friedensbedrohende Tendenzen sich zeigen. Es scheint, daß einige der kirchlichen Aussagen friedensfördernde Haltungen (vor allem der sozialistischen Staaten) eher ignorieren als unterstützen und friedensfördernde Entwicklungen eher verschleiern als aufdecken.

Dazu vier Bemerkungen:

1. Die Reihe der erwähnten Friedensaktivitäten beginnt und endet mit gemeinsamen Aktionen von DDR-Kirchenbund und EKD (1.9.79 und 9.11.80). Begründet wird diese Gemeinsamkeit damit, daß man an "der Nahtstelle zwischen den beiden großen Weltsystemen" eine besondere Friedensverantwortung hätte. Das ist sicher im Prinzip nicht falsch. Entscheidend aber dürfte sein, wie diese Verantwortung wahrgenommen wird. Liest man die entsprechenden Texte, dann zeigt sich, daß sie sehr allgemein bleiben und konkreten Fragen ausweichen. Man gewinnt an einigen Stellen sogar den Eindruck, daß hier unter dem Stichwort Frieden - vielleicht unbewußt - alte gesamtdeutsche Ambitionen wach werden. Im Text zum Friedensbittgottesdienst am 9. November ist die Rede von der "Einheit der Kirche" und davon, daß Christen in den beiden deutschen Staaten "über alle Grenzen hinweg aneinander festhalten, damit wir zum Frieden in der Welt beitragen können".

Ist diese Art des Aneinander-Festhaltens wirklich ein Beitrag zum Frieden? Kommt man damit nicht jenen politischen Lösungen vom "Offenhalten der deutschen Frage" entgegen, durch die - im Gegensatz zu Helsinki - jene Grenze an der Nahtstelle der Weltsysteme in Frage gestellt werden soll? Deutschland war in seiner Geschichte nur 74 Jahre lang ein einheitlicher Staat: von 1871 bis 1945. In dieser kurzen Zeit sind zwei verheerende Weltkriege von deutschem Boden ausgegangen. Ich kann die Existenz von zwei deutschen Staaten nicht anders als ein Gericht Gottes über diesen Weg der Deutschen ansehen - und zugleich als eine Chance und Herausforderung, in zwei Staaten etwas für den Frieden in Europa und der Welt zu tun. Voraussetzung dafür ist die radikale Absage an alle gesamtdeutschen Ambitionen und damit die konsequente Gleichberechtigung und Gleichachtung der beiden deutschen Staaten. Das erfordert die längst fällige Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft (worauf ja Bischof Schönherr und OKR Stolpe auf der Pressekonferenz während der Bundessynode hingewiesen haben). Wäre das nicht ein wichtiges Gesprächsthema für die Konsultationen zwischen EKD und Kirchenbund, wenn es um den Frieden in Europa geht?

2. Der Friedensbittgottesdienst am 9. November und die sich daran anschließende Friedensdekade wurden (wieder gemeinsam mit ähnlichen Aktionen in der BRD) unter das Motto gestellt: "Frieden schaffen - ohne Waffen".

Dazu muß folgendes gesagt werden:

- a) Eine Welt ohne Waffen ist eines der Hauptziele unseres christlichen Friedensengagements. Das sollten wir nie aus dem Auge verlieren. Die Frage ist, wie man dahin gelangt.
- b) Realistischerweise muß man sagen, daß bisher weithin das militärische Gleichgewicht den Frieden erhalten hat. Die soziali-

stischen Staaten sprechen es offen aus, daß dies keine dauerhafte Grundlage für den Weltfrieden ist. Deshalb laufen alle ihre Abrüstungsvorschläge darauf hinaus, das beiderseitige Waffenpotential proportional abzubauen. Was wir allerdings gegenwärtig von Seiten der USA erleben, ist das genaue Gegenteil, nämlich eine massive In-Frage-Stellung des erreichten Gleichgewichts durch das offene Streben nach militärischer Überlegenheit. Wie ist in dieser Situation ein Vorgang wie der folgende zu bewerten?

Das Amtsblatt der Evangelisch-methodistischen Kirche in der DDR druckt in seiner Ausgabe vom 31.10.80 unter Bezugnahme auf den Friedensbittgottesdienst am 9. November Auszüge aus einem Aufsatz des westdeutschen Evangelischen Pressedienstes über neue Ansätze zu einer christlichen Friedensethik ab. Kernsatz dieses Nachdrucks ist eine Frage die der Magdeburger Bischof Dr. Krusche vor über einem Jahr aufgeworfen hatte: "Müßte heute eine wirklich bekennende Kirche nicht den Mut zu einer ausdrücklichen Verwerfung haben, zur Verwerfung der falschen Hoffnung, daß durch das Gleichgewicht des Schreckens die eigene Sicherheit und der Friede auf Erden garantiert werden könne?"

Ist diese In-Frage-Stellung des militärischen Gleichgewichts, die in einer anderen Situation formuliert wurde und die in der BRD heute eine ganz andere Funktion gewinnt, jetzt in der DDR rezitiert, angesichts der Direktive 59 des USA-Präsidenten eine politisch verantwortliche und friedensfördernde Aussage? Ich bin ganz sicher, daß der Herausgeber des methodistischen Amtsblattes an diese Zusammenhänge nicht gedacht hat. Aber genau hier liegt die Frage, ob man so naiv, unter Absehung von Situationen und Zusammenhängen (wie das manchmal in unseren Kirchen geschieht) vom Frieden reden kann, wenn es einem wirklich um den Frieden zu tun ist.

- c) Wenn man aber schon dieses Motto wählt, müßte man dann nicht wenigstens konkret davon reden,
 - daß aus der DDR durch die Initiative der Sowjetunion 20 000 Soldaten und 1 000 Panzer abgezogen (also ein kleiner Schritt in Richtung auf eine Welt ohne Waffen getan) wurden,
 - während die BRD zur gleichen Zeit führend an der Durchsetzung des NATO-Beschlusses vom 12.12.79 beteiligt war (bei dessen Realisierung mehr und schrecklichere Waffen auf ihrem Territorium stationiert werden)?
- 3. Bei der Lektüre mancher kirchlichen Texte gewinnt man den Eindruck, als ob man nur die "Feindbilder" in den Köpfen der Menschen zu überwinden brauche, dann sei Friede. Im Wort des Kirchenbundes an die Gemeinden vom 1.11.79 wurde unter Hinweis auf die Botschaft der KEK-Vollversammlung gesagt: "Wir sollten uns die wohlbekannten Feindbilder mit ihrer Verzerrung und Verteufelung des Gegners nicht länger gefallen lassen". In der Tat: Kriterium für die Relevanz eines Feindbildes ist, ob es gesellschaftliche Realitäten widerspiegelt oder ob es sie verzerrt; ob es Konflikte rationalisieren hilft oder ob es sie emotionalisiert; ob es auf den friedlichen Wettstreit mit dem Feind orientiert, oder ob es ein Zusammenleben mit ihm als unmöglich erscheinen läßt. Legt man diesen Maßstab an, dann zeigt sich ein qualitativer Unterschied zwischen den Feindbildern des Antiimperialismus und des Antikommunismus.

Eine antiimperialistische Grundhaltung widerspricht nicht dem Friedensengagement, sondern ist häufig geradezu eine Voraussetzung für dessen Effektivität. Das haben uns unsere Freunde aus der Dritten

Welt in der CFK immer wieder eingeschärft. Auf der V. ACFV hat Metropolit Paulos Mar Gregorios unterstrichen, daß es für unsere Friedensarbeit unerlässlich ist, unsere Freunde und unsere Feinde zu identifizieren. Wer den Antiimperialismus als überholt abtun möchte, wie das in kirchlichen Verlautbarungen hin und wieder geschieht, muß sich fragen lassen, ob das wirklich dem Frieden dient, zumal der Antiimperialismus nicht auf die physische Vernichtung des Gegners zielt, sondern zum friedlichen Wettstreit und Kampf herausfordert, in dessen Verlauf Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen abgebaut werden sollen.

Der Antikommunismus dagegen zielt auf Konfrontation und schließt Wettbewerb und Koexistenz aus. Vor allem aber sollten Kirchen, bevor sie Ratschläge zum Thema Feindbilder erteilen, sich prüfen, inwieweit sie selbst in der Vergangenheit Feindbilder errichtet haben und inwieweit sie das heute noch bewußt oder unbewußt tun. Es geht darum, den Balken des Antikommunismus im eigenen Auge wahrzunehmen und zu entfernen. Denn das Feindbild des Antikommunismus ist ganz wesentlich mit von Christen gestaltet und ausgenutzt worden; es wirkt heute noch in unseren Kirchen und Gemeinden nach und beeinflußt ihre Äußerungen. Es dürfte kein Zufall sein, daß eine der sogenannten historischen Friedenskirchen, die Quäker, als sie in den 60er Jahren in den USA die Frage der Friedenserziehung aufgriffen, sich zuerst dem Thema des Antikommunismus zuwandten. 1969 publizierten sie einen außerordentlich instruktiven Bericht unter dem Titel "Anatomie des Antikommunismus", der in Auftrag der Abteilung Friedenserziehung des American Friends Service Committee erarbeitet worden war. - Wo bleibt bei den vielfältigen Friedenserziehungsbestrebungen unserer Kirchen dieses Thema?

4. Der Exekutivausschuß des Weltkirchenrates hat auf seiner Sitzung in Liebfrauenberg im Februar eine Erklärung mit dem Titel "Bedrohung des Friedens" verabschiedet. Darin wird ausdrücklich festgestellt, daß in einigen Weltreligionen religiöse Faktoren zur Erhöhung der Spannungen und zur zusätzlichen Vergiftung der Atmosphäre beigetragen hätten. Man verweist dabei auf Entwicklungen in einigen islamischen Ländern, aber auch in den USA. Im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen hat ein massiver religiöser Antikommunismus dort die giftigsten Blüten getrieben. Es sind vor allem evangelikale Kreise - unterstützt durch einflußreiche Kräfte der Wirtschaft -, die sich dabei hervortun. In unserem letzten Rundbrief sind dafür eine Anzahl Beispiele angeführt. Das alles passiert nicht erst seit heute und gestern. Lamar Gibble, der Vorsitzende der Kommission für Internationale Angelegenheiten beim Nationalen Kirchenrat der USA, hat in seinem Referat vor dem CFK-Fortsetzungsausschuß in Eisenach festgestellt: "Seit 1976 hat in meinem Land eine neue Welle antisowjetischer Hysterie begonnen." Sie habe die Ratifizierung von SALT II verhindert und sei verantwortlich für die steigenden Rüstungsausgaben.

Die religiösen Prediger des Antikommunismus berufen sich bei ihrem Geschäft immer wieder auch auf die Lage der Christen und Kirchen in den sozialistischen Ländern. Unter Berufung auf uns schüren sie die Kriegshysterie und vergiften sie die internationale Lage. Müßte nicht von unseren Kirchen das als eine Herausforderung für die Glaubwürdigkeit ihres Friedenszeugnisses angesehen werden? Wäre es nicht um des Friedens willen notwendig, offen und öffentlich dagegen Stellung zu nehmen? Ich denke dabei nicht nur an den Kirchenbund, sondern auch an die Freikirchen, weil manche ihrer Mitbrüder (vor allem baptistische) unter jenen Evangelikalen in den USA zu finden sind. Eine öffentliche Erklärung in dieser Sache würde auch ein

Indiz dafür sein, wie weit sich unsere Kirchen tatsächlich vom Gift des Antikommunismus befreit haben.

Der Präsident der CFK, Bischof Dr. Karoly Tóth, hat diesen Tatbestand in einen weiteren Zusammenhang gestellt. In seiner Eröffnungsansprache in Eisenach wies er auf "das Wiederaufleben reaktionärer religiöser Kräfte" sowohl im christlichen wie auch im nichtchristlichen Bereich hin. "Meine große Sorge ist", sagte er, "daß das Christentum nicht fähig ist, an der Seite der in die Zukunft schauenden und weisenden progressiven Kräfte zu stehen. Müssten wir der Vergangenheit angehören oder finden wir Kontakt zu den die Zukunft formenden Kräften? Das ist die große Frage."

Diese Frage steht hinter all den Fragen, die in diesem Bericht formuliert wurden. Wir richten sie nicht von außen her an unsere Kirchen, denn wir sind Glieder dieser Kirchen; wir sind Teil der Gemeinde Jesu Christ. Und an manchen Punkten sorgen wir uns um den Weg unserer Kirche, um ihr Verständnis des Evangeliums. Es ist diese Sorge, die uns treibt zu diesen Fragen und zu der darin eingeschlossenen Bitte zum Gespräch.

xxxx

BERICHTE

CFK in Köthen

"Impulse Dietrich Bonhoeffers für verantwortliches Christsein heute" - Unter diesem Thema hatte eine kleine Arbeitsgruppe der CFK eine Gemeindetagung vorbereitet, die auf Einladung der evangelischen St. Jakobsgemeinde am 28. und 29. Juni 1980 in Köthen stattfand. Etwa 30 Christen verschiedener Konfessionen bemühten sich gemeinsam, den Gedanken des bedeutenden Theologen und antifaschistischen Widerstandskämpfers nachzugehen.

Den Einstieg in das Seminar bildete die Bibelarbeit über den Brief des Paulus an die Galater Kapitel 5,1-12.

"Christusglaube - Religion - Ideologie" - unter diesen Stichworten stellte Dr. Carl-Jürgen Kaltenborn Leben und Werk Dietrich Bonhoeffers dar.

Kantor Martin Domke, Köthen, stellte in einer gelungenen Zusammenstellung Lieder und Texte vor, die zum tätigen Christsein, zum Engagement für den Frieden in der Welt auffordern.

"Kirche für andere" war das Thema des Informations- und Gebetsgottesdienstes. Dabei wurden Informationen zu drei aktuellen Problemen gegeben, die zur Fürbitte herausforderten:

1. Frieden und Entspannung - Pfarrer Donath, Dessau,
2. Gerechtigkeit im Nahen Osten - Kreisoberpfarrer Schindler, Köthen
3. Solidarität mit den Armen in Brasilien - Pfarrer Wagner, Köthen.

Erhard Schneider

Begegnungen und Erfahrungen in Nicaragua

Vom 17. - 23. 8. 1980 fand in Panama-Stadt ein von der ökumenischen Jugendverbänden Lateinamerikas (ULAJE) und dem Ökumenischen Jugendrat in Europa (EYCE) veranstaltetes gemeinsames Seminar unter dem Thema "Menschenrechte - Völkerrechte" statt.

Die europäischen Teilnehmer hatten Gelegenheit, im Anschluß an das Seminar Erfahrungen eines Landes, das gerade von Diktatur und Unterdrückung frei geworden ist, kennenzulernen.

Bereits das äußere Bild Nicaraguas ist beeindruckend. Ohne die Situation vor der Revolution aus eigener Erfahrung zu kennen, merkt man, daß sich das gesellschaftliche Klima total verändert hat. Die Bevölkerung ist zwar noch genau so arm wie vor der Revolution, vielleicht noch ärmer durch Krieg und wirtschaftliche Schwierigkeiten, beeindruckend ist aber, gerade an den Hütten der Armen Lösungen und Fähnchen zur Unterstützung der Sandinisten zu finden. Was aber in der Gesellschaft verschwunden ist, ist der extreme Reichtum, wenn auch die Wirtschaft zum großen Teil noch kapitalistisch organisiert ist.

Die sandinistische Armee ist wohl präsent und auch einsatzbereit, aber nicht nur am Alter, sondern auch am Verhalten der Soldaten wird deutlich, daß die Angehörigen der Armee aus dem Volk kommen und ihm treu geblieben sind. Trotz großer gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist im Volk eine neue Hoffnung entstanden. Dafür war eine kleine Hütte am Rande Managuas ein Beispiel, wo an der Wand Lösungen der FSLN standen, vor dem Haus ein Stück Fußweg aufgehackt war, und in dem Loch ein kleiner Baum stand, der vielleicht erst vor einigen Wochen oder Tagen gepflanzt wurde.

Die gegenwärtige Lage in Nicaragua

Die Revolution kann im Moment politisch und militärisch als gesichert angesehen werden, die Unterstützung für die FSLN ist so groß, daß in das Land eindringende Samozisten zwar Schaden anrichten können, aber bald unschädlich gemacht werden. Das Volk hat jedoch noch nicht die Macht über die Wirtschaft und Massenmedien des Landes. Kapitalistische Unternehmen arbeiten wie bisher im Lande und die Regierung versucht, mit ihnen zu kooperieren. Für eine Verstaatlichung der Wirtschaft gibt es zur Zeit weder die politische Möglichkeit noch die Fähigkeit, die Wirtschaft verantwortlich leiten zu können. Die Regierung versucht auch mit der bürgerlichen Presse zu kooperieren, jedoch ist dies nur mit Einschränkungen möglich. Die bürgerliche Presse läßt nichts unversucht, z.B. die Alphabetisierungskampagne und die Sicherheitspolitik in Mißkredit zu bringen.

1980 - Das Jahr der Alphabetisierung

Die erste Phase der Alphabetisierung wurde im August 1980 abgeschlossen. Sie wurde in der richtigen Annahme durchgeführt, daß nur ein gebildetes Volk die Revolution erhalten kann und die Wirtschaft des Landes verantwortlich übernehmen kann. Die bürgerliche Presse weiß das z.B. sehr gut und propagiert die "freie Entscheidung" der Eltern, ob und wie sie die Kinder bilden lassen wollen.

Dies ist blanke Demagogie, wenn man weiß, daß Alphabetisierung der aufwendigere und für die Familien ökonomisch schlechtere Weg ist.

Neben der Alphabetisierung wird versucht, das Volk zu organisieren, da nur ein organisiertes Volk einen effektiven Wiederaufbau vorantreiben kann und das Volk bisher überhaupt nicht organisiert war. So wurden in den staatlichen Betrieben Gewerkschaften gebildet und in den Wohngebieten die Komitees zur Verteidigung der Sandinisten (CDS), die sich dort der breiten politischen, kulturellen und gesundheitspolitischen Massenarbeit widmen.

Treffen mit dem Vorsitzenden des Staatsrates und Chef der FSLN, Bayardo Arce

Zum ersten Mal nach der Revolution kam es zu einer Begegnung mit dem Vorsitzenden des Staatsrates und Chef der FSLN, Bayardo Arce, und einer christlichen Gruppe. Von Arce erfahren wir einige wesentliche Grundzüge der Revolution und die gegenwärtigen Probleme des Landes. An erster Stelle steht dabei die Tatsache, daß Nicaragua dringend solidarische Hilfe aus allen Teilen der Welt braucht. Gegenwärtig gibt es eine große Arbeitslosigkeit, es fehlen Wohnungen, die Regierung unternimmt solche "unproduktive" Aktionen wie Alphabetisierung und Gesundheitskampagnen.

Arce führt aus, daß die beste Solidarität mit Nicaragua jetzt darin besteht, die Wahrheit über Nicaragua zu verbreiten. Vor allem angesichts der Tatsache, daß in der westlichen Presse eine Verleumdungskampagne gegen Nicaragua angelaufen ist. Diese Verleumding stützt sich vor allem auf die Behauptung, daß Christen in Nicaragua verfolgt werden. Arce erklärte, daß gerade auch Christen von Anfang an in der sandinistischen Revolution gekämpft haben und auch heute noch an verantwortlichen Stellen innerhalb des Staates sitzen. Es gibt keinen Gegensatz zwischen Sandinismus und christlichem Glauben, wohl aber einen zwischen sandinistischer Revolution und reaktionärer Politik. Immerhin gibt es ca. 45 von den USA beherrschte (Missions-) Kirchen, die versucht haben und mitunter noch versuchen, reaktionäre Politik in Theologie zu kleiden. Als diese Kräfte aktiv wurden, mußte gegen sie vorgegangen werden. Dies hat aber nichts mit einem Kampf gegen den christlichen Glauben und gegen Christen zu tun. Es ist beeindruckend, wie diese beiden Dinge, reaktionäre Politik und christlicher Glaube, so deutlich auseinandergehalten werden gerade auch von Angehörigen des Volkes, das zur Zeit noch über keine große Bildung verfügt.

Udo Münnich, Leipzig

Islamische Konferenz in Taschkent

Vom 9. - 12. September 1980 fand in der Hauptstadt der Usbekischen SSR eine "Konferenz der Muslime der UdSSR" statt, die unter der Losung stand: "Das 15. Jahrhundert der Hidschra muß ein Jahrhundert des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern werden." Die Muslime der Sowjetunion, die in den vier Geistlichen Verwaltungsbezirken Mittelasien und Kasachstan (Taschkent), Europäischer Teil der UdSSR und Sibirien (Ufa), Nordkaukasus (Machačkala) und Transkaukasien (Baku) leben, begingen mit dieser Konferenz den Beginn des 15. Jahrhunderts nach der Hidschra (622 A.D. = 1 H.).

Im November 1979 begann das Jahr 1400, im November 1980 beginnt das Jahr 1401. Aus diesem Anlaß hatte der Vorsitzende des Vorbereitungskomitees und führende Mufti in der UdSSR, Ziyautdin Khan ibn Ischan Babachan, profilierte Muslime aus der ganzen islamischen Welt und Vertreter anderer Religionen eingeladen. Nach dem Abschlußkommuniqué waren Abordnungen aus folgenden Ländern vertreten: Algerien, Afghanistan, Österreich, Benin, Bulgarien, Ghana, Jordanien, DDR, Jemenitische Arabische Republik, Zypern, Kuwait, Libanon, Libyen, Mauritius, Mali, Mongolische VR, VDR Jemen, Palästina, Senegal, Syrien, Sudan, Tansania, Togo, Türkei, Uganda, Finnland, Sri Lanka, Äthiopien und Japan. Als Gäste nahmen an der Konferenz teil Vertreter der Christlichen Friedenskonferenz, der Asiatischen Buddhistischen Konferenz für den Frieden und der Konferenz Europäischer Kirchen sowie aus der UdSSR Delegierte der Russisch-Orthodoxen Kirche, der Georgisch-Orthodoxen Kirche, der Armenischen Kirche, der Evangeliumschristen-Baptisten, der Lutheraner, der Katholiken und der Buddhisten.

Die CFK hatte Pastor Winfried Maechler, Berlin (West), delegiert. Aus der DDR nahmen im Rahmen der CFK Prof. Dr. Gerhard Bassarak und Dozent Dr. Karl-Wolfgang Tröger (beide Humboldt-Universität, Berlin) an der Konferenz teil. Aus der UdSSR und vielen anderen Staaten waren zahlreiche Journalisten und Fotografen (u.a. aus den USA, aus Frankreich, Schweden, Großbritannien und der Schweiz) gekommen.

Die Plenarsitzungen fanden an den Vor- und Nachmittagen in der neu erbauten großen Konferenzhalle "Uzbekbriljaschu" statt. Sie wurden in den Mittagsstunden durch den Besuch von Moscheen unterbrochen, wo die Muslime ihr Nachmittagsgebet verrichten konnten. Anschließend nahmen alle Teilnehmer innerhalb des Moscheegeländes, zuweilen in Pavillons, meist unter kühlenden Bäumen und an Springbrunnen, an langen Tischen sitzend - ihr Mittagsmahl ein. Zu solchen Mahlzeiten, auch bei denen im Hotel, gab es reichlich Gelegenheit, mit den Gastgebern und auswärtigen Teilnehmern ins Gespräch zu kommen. Dabei ergab sich im allgemeinen ein Grundkonsens in der Beurteilung der heutigen Weltlage, in Fragen der Abrüstung und Friedenssicherung, der Solidarität mit den im antiimperialistischen Kampf stehenden Kräften. Das Konferenzklima war ausgesprochen gut, der persönliche Meinungsaustausch zwischen den Teilnehmern wurde im Verlauf der Konferenz immer intensiver.

Die Konferenz wurde von Mufti Babachan eröffnet und abwechselnd von den führenden Muftis der 4 Geistlichen Verwaltungen in der UdSSR geleitet. Im Präsidium hatten außer führenden Repräsentanten des Islam aus der UdSSR und dem Ausland auch Vertreter des Staates und der Stadt Taschkent Platz genommen, so der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR und ein Vertreter des Taschkenter Stadtsowjets der Volksdeputierten.

In den Grußworten wurde die allen gemeinsame Aufgabe des Einsatzes für den Frieden und die Notwendigkeit eines verstärkten antiimperialistischen Kampfes betont. Themen der religiösen Beiträge - wozu auch Koranrezitationen gehörten - waren: "Der Islam als Religion des Friedens und der Freundschaft unter den Völkern"; "Das Leben unseres verehrten Propheten Muhammad (der Allmächtige segne ihn!) als Beispiel für die Muslime"; "Der Islam als Religion der Stärkung der Familie und richtigen Erziehung der Jugend"; "Platz und Rolle der islamischen Presse zur Stärkung der gegenseitigen Verständigung

und Achtung" (Themen nach der Einladung). Die meisten Vorträge wurden in arabischer Sprache gehalten und ins Usbekische, Russische, Englische und Französische übersetzt. Ein detailliertes Programm mit den Vortragsthemen und Referenten wurde nicht ausgegeben, auch keine Liste der Teilnehmer.

In seiner Eröffnungsansprache nannte Mufti Babachan die zentralen Anliegen der Konferenz: den Einsatz für den Frieden in der Welt in Abwehr aller antimuslimischen Aktionen des Imperialismus und Stärkung der friedlichen, brüderlichen Beziehungen zwischen den Völkern. In seinem Konferenzbericht ging Mufti Babachan auf die Bedeutung Muhammads, auf die Hidschra samt ihrer Vorgeschichte und das Anliegen des Islam ein. Der Islam ist eine Religion des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. "Frieden ist das Resultat von Gerechtigkeit." Im Blick auf die Madrider Nachfolgekonferenz sagte der Mufti: "Es ist die Aufgabe aller, die sich um die Zukunft unseres Planeten sorgen, den Frieden in Europa zu verteidigen und die Prinzipien der kollektiven Sicherheit auf alle anderen Kontinente und Regionen der Welt anzuwenden".

Die islamischen Organisationen in der UdSSR nehmen aktiv am Friedenkampf und an der Völkerverständigung teil. Über die Zukunft des Islam heißt es: "Ohne Zweifel ist der Islam eine universale Religion. Er ist gültig für alle Zeiten und Orte. Deshalb lebt er und wird immer leben". "Deshalb sind wir sowjetischen Muslime optimistisch hinsichtlich der Zukunft des Islam." Als Aufgaben der Muslime werden genannt: Die Stärkung der Einheit der Muslime des Planeten im Kampf gegen das imperialistische Diktat, für Frieden, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt; die Solidarität mit den Völkern der arabischen Staaten in ihrem Kampf gegen den zionistischen Aggressor; die Unterstützung der islamischen Völker Irans und Afghanistan bei ihren Bemühungen um sozialen und ökonomischen Fortschritt; die Zurückweisung von Imperialisten und Hegemonisten, welche versuchen, sich in die inneren Angelegenheiten dieser Völker einzumischen. Am Ende des über 12 Seiten umfassenden Berichts steht der Aufruf an alle Menschen guten Willens auf allen Kontinenten, wachsam zu sein und den nuklearen Wahnsinn nicht zuzulassen, der diese Erde zu vernichten droht.

Die Konferenz verabschiedete 4 Dokumente.

1. Das Communiqué faßt den Verlauf und die Ergebnisse der Islamischen Konferenz zusammen. - 2. Die "Erklärung zu Jerusalem" verurteilt den Beschuß der israelischen Regierung, Jerusalem zur ungeteilten und ewigen Hauptstadt Israels zu erklären und nennt diesen Beschuß eine "offene Beleidigung unserer hl. Religion" und "eine Herausforderung der ganzen islamischen und christlichen Welt", der UNO und der ganzen Menschheit. Alle Regierungen werden aufgerufen, ihre Botschaften aus Jerusalem abzuziehen und anderswohin zu verlegen. Die Erklärung schließt mit der Forderung, daß die hl. Stadt Jerusalem für alle Muslime der Welt zugängig bleiben muß. - 3. Die "Erklärung der Solidarität mit dem palästinensischen und libanesischen Volk - als Opfer der israelischen Aggression" zählt zunächst Israels militärische Aktionen gegen den Libanon mit ihren verheerenden Folgen auf, um danach zur festen Solidarität mit dem arabischen, palästinensischen und libanesischen Volk aufzurufen. Die Muslime werden beschworen, die "antiimperialistische und antizionistische Einheit" herzustellen und zu bewahren, um Israel Paroli zu bieten. Abschließend heißt es: "Dem arabischen Volk Palästinas muß die Möglichkeit eingeräumt werden, einen eigenen, unabhängigen Staat in seiner eigenen Heimat zu schaffen." - 4. Der "Aufruf an alle Muslime der Erde" nennt als islamische Ideale die soziale Gerechtigkeit, die Festigung des Friedens und die Mitarbeit an Fort-

schritt und Gedeihen der Menschheit. Diese Ideale müssen aber im Kampf des Guten über das Böse erst verwirklicht werden. Gegenwärtig sind überall in der Welt die "Kräfte des Bösen" am Werk. Daher ist es notwendig, daß sich die Muslime mit allen friedliebenden Kräften im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, Zionismus und Rassismus vereinigen, damit im 15. Jh. der Hidschra eine Wandlung zum Frieden in der Welt und zur Freundschaft unter den Völkern durchgesetzt werden kann. Zu jenen Kräften, die den "Prinzipien des hl. Koran" entgegenstehen, gehören u.a. die Ausbeutung der Entwicklungsländer, namentlich durch den USA-Imperialismus, die aggressiven kriegerischen Blöcke in verschiedenen Regionen der Erde, die Stationierung neuer Typen todbringender Waffen in Westeuropa und das "schändliche antiarabische und antislawische Camp-David-Abkommen". - Der UdSSR wird gedankt für die "ständige Unterstützung des gerechten Kampfes der arabischen Völker" und für ihre Bemühungen um einen gerechten Frieden im Nahen Osten. Die Muslime in der UdSSR und ihre Organisationen wissen sich solidarisch mit den um ihre nationale Unabhängigkeit und für sozialen Fortschritt kämpfenden Völkern.

Das Programm der Islamischen Konferenz enthielt außer den Plenarsitzungen auch einen Empfang beim stellv. Vorsitzenden des Ministerrates, dem Minister für auswärtige Angelegenheiten der Usbekischen SSR, einen Empfang in Form eines festlichen Abendessens seitens der Regierung der Usbekischen SSR und einen Empfang durch den Vorsitzenden der geistlichen Verwaltung der Muslime in Mittelasien und Kasachstan, ferner: den Besuch einer usbekischen Schule, eines Baumwollverarbeitungswerkes und der Akademie der Wissenschaften der Usbekischen SSR.

Nach Abschluß der Konferenz hatten die Teilnehmer Gelegenheit, eine Reihe von Städten in Usbekistan mit ihren Moscheen und Medresen, nationalen Gedenkstätten, Museen und Betrieben kennenzulernen, darunter Yangiyul, Akurgan, Andischan (mit einem der Syr-Darja-Katigungen der Mir-i Arab-Medrese) und Samarkand. Anschließend reisten die Delegationen in drei Gruppen, die noch Baku (Aserbaidschanische SSR) bzw. Duschanbe (Tadschikische SSR) oder Alma Ata (Kasachische SSR) und weitere Städte besuchten, in ihre Heimatländer zurück. Die Teilnehmer aus der DDR nahmen an dem zweitägigen Programm in Alma Ata teil.

Dr. Karl-Wolfgang Tröger, Berlin

x x x x

WELTKONGRESS ÜBER ABRÜSTUNGSERZIEHUNG

Vom 9. bis 13. Juni fand in Paris ein von der UNESCO einberufener Weltkongress über Abrüstungserziehung statt. Mit diesem Kongress, dem ein Vorbereitungstreffen im Juni 1979 in Prag vorausgegangen war, leistete die UNESCO einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Festlegungen der X. Sondersitzung der UNO über Abrüstung. An dem Kongress nahmen 129 Experten aus 48 Ländern - auch eine Delegation aus der DDR -, 107 Beobachter (die von 82 NGO's und 55 Mitgliedsstaaten kamen) sowie 7 Vertreter von UNO-Organisationen und 2 Vertreter von Befreiungsbewegungen teil. Es folgen einige Ausszüge aus dem am 13. 6. 80 verabschiedeten Bericht und Schlußdokument (Übersetzung: Carl Ordnung). In der Präambel heißt es: "Die Teilnehmer erschienen in ihrer persönlichen Verantwortung in Übereinstimmung mit den für solche Treffen festgelegten Regeln. Zu ihnen gehörten Erzieher, Massenmedienspezialisten, Wissenschaftler aus

den Bereichen Frieden und Abrüstung und Beamte, die in Mitgliedsstaaten für Erziehung und Information zuständig sind.“ In dem für den Kongreß gewählten Büro waren Columbien, Indien, Nigeria, die USA und die UdSSR vertreten.

Das Schlußdokument (SS-80/CONF. 401/37) nimmt u.a. Bezug auf die 1978 von der UNO verabschiedete "Deklaration über die Vorbereitung der Gesellschaften auf ein Leben in Frieden" (33/73). Darin heißt es:

"Der Weltkongreß ist der Meinung, daß Abrüstungserziehung von den folgenden Prinzipien und Überlegungen geleitet werden sollte:

1. Abrüstungserziehung ist eine grundlegende Pflicht aller Erzieher, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Kein Erzieher darf ignorieren oder zulassen, daß ignoriert werden; die Reichweite, Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit der Probleme, die mit dem Wettrüsten verbunden sind, sowie die Gefahren und die politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Konsequenzen, die damit verbunden sind.“ Deshalb gelte es, nach Informationen und höchstmöglicher Objektivität zu suchen.
2. Als Abrüstung werden definiert, "alle Formen internationaler Aktionen, die zu Rüstungsbegrenzung, -kontrolle und -verminde rung und schließlich zu allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter effektiver internationaler Kontrolle führen". Das sei ein Prozeß, in dem das gegenwärtige internationale System in ein neues verwandelt werde, in dem die Völker in Sicherheit leben können.
3. "Abrüstungserziehung kann sich jedoch nicht beschränken auf die Verbreitung von Informationen über Abrüstungspläne und deren Perspektiven oder darauf, die Hoffnungen und Ideale zu kommentieren, von denen diese Pläne inspiriert sind. Sie sollte Möglichkeiten schaffen, die bestimmenden Ursachen für das Wettrüsten und die Vorbedingungen für Abrüstung zu untersuchen. Indem sie die Dynamik des Wettrüstens erklärt, sollte sie dahin kommen, die Auffassung zurückzuweisen, daß das Wettrüsten unvermeidlich und unkontrollierbar sei. Abrüstungserziehung sollte den Skeptizismus, der in der Öffentlichkeit auf Grund der Verzögerung der Abrüstungsverhandlungen entstanden ist, transformieren in die Verpflichtung zu handeln und auf Regierungen einzuwirken, damit sie in einen echten und beschleunigten Prozeß allgemeiner Abrüstung eintreten."
4. Abrüstungserziehung sollte ohne Vorurteile die Wurzeln individueller und kollektiver Gewalt aufdecken. Sie sollte die objektiven und subjektiven Ursachen der Spannungen, Krisen und Konflikte, die das gegenwärtige System der internationalen Beziehungen und der Innenpolitik vieler Länder kennzeichnen, als Ergebnis solcher Faktoren wie Ungleichheit und Ungerechtigkeit begreifen.
5. In derselben Weise wie Friedenserziehung, wovon sie ein wesentlicher Bestandteil ist, sollte Abrüstungserziehung basieren auf den Prinzipien des Völkerrechts, wie es in der UNO-Charta formuliert ist, besonders auf dem Friedensrecht (law of peace), den Menschenrechten und dem internationalen humanitären Recht.
6. Erziehung für den Frieden und Abrüstungserziehung sollten sowohl ein tieferes Verständnis der politischen, ökonomischen und sozialen Faktoren ermöglichen, auf die die Sicherheit der Völker ge gründet werden kann, als auch der alternativen Sicherheitsansätze wie etwa der nichtmilitärischen Verteidigung und gewaltfreier Bürgeraktionen. Solche Maßnahmen können das internationale Vertrauen stärken und zu einer Formulierung einer Konzeption des Rechtes auf Frieden beitragen.

7. Frieden, Menschenrechte und Entwicklung gehören zusammen und müssen in Beziehung zueinander definiert werden.
8. Als Teil der Erziehung im breitesten Sinne sollte Abrüstungserziehung aus allen Entwicklungen im Erziehungsbereich Nutzen ziehen und eigene Erziehungs- und Lehrmethoden entwickeln.
9. Abrüstungserziehung sollte dadurch zur internationalen Verständigung, zu Toleranz und sozialer Gerechtigkeit beitragen, daß sie Schüler und Studenten zu einem kritischen Herangehen an Fragen der Abrüstung ermutigt und sie dazu erzieht, in strengem Respekt vor der Freiheit der Meinung, des Ausdrucks und der Information alle Kriegs- und militärische Propaganda abzulehnen.
10. Abrüstungserziehung sollte sich an alle Sektoren der Gesellschaft und der öffentlichen Meinung wenden. Schule, informelle Erziehungskreise, Familie, Arbeitswelt, Universität, Politik und Militär sollten an dieser Aufgabe teilnehmen.

Unmittelbar nach der Pariser UNESCO-Konferenz fand in Sofia die III. Konferenz der Bildungsminister der Mitgliedstaaten der europäischen Region der UNESCO statt: vom 12. bis 21. Juni 1980. Auf dieser Konferenz haben die Vertreter der sozialistischen Staaten eine Empfehlung zur Erziehung im Geiste des Friedens eingebracht. Der Minister für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Prof. Hans Joachim Böhme, hat dazu in seiner Rede in Sofia folgendes gesagt: "Wir halten den gegenwärtig in Paris stattfindenden Weltkongreß für Erziehung zur Abrüstung in diesem Sinne für eine beispielhafte Initiative der UNESCO. Die Erziehung zum Frieden und zur Abrüstung muß ein wesentlicher Bestandteil des gesamten Erziehungsprozesses sein, und auf allen Bildungsebenen müssen Vorstellungen und Einsichten geweckt, sittliche Eigenschaften und moralische Haltungen sowie soziale Gefühle und Gewohnheiten entwickelt werden, die mit der Bedeutung des Friedens im Leben der Menschen untrennbar verbunden sind. Wir gehen davon aus, daß ein wahrhaft humanistisches Bildungssystem seiner eigenen konstruktiven Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten muß und an diesem Beitrag wesentlich zu messen ist. Dieser Standpunkt veranlaßt uns, der Konferenz eine Empfehlung zur Erhöhung d.s Beitrages der UNESCO-Mitgliedstaaten der europäischen Region zur Erziehung der jungen Generation im Geiste des Friedens, der Entspannung und Abrüstung zu unterbreiten." (Das Hochschulwesen 10/80, S. 307)

THEOLOGISCHE STUDIENABTEILUNG
beim Bund der Evangelischen Kirchen
in der Deutschen Demokratischen Republik
Referat Friedensfragen

INFORMATIONEN UND TEXTE

Nr. 3

Januar 1982

Inhalt

1. Vorläufiger Bericht des öffentlichen Hearings über Atomwaffen und Abrüstung, Amsterdam November 1981
2. A.A.Bayev, Gründe für das Treffen von Entscheidungen über nukleare Probleme.
Votum auf dem öffentlichen Hearing in Amsterdam
3. Für ökumenische Beiträge zur Förderung von Abrüstung. ENA-Gespräch in Amsterdam

Theologische Studienabteilung
104 Berlin, Auguststraße 80, Tel. 2 886 245
Nur für innerkirchlichen Gebrauch

USB 109/82

Vom 23. bis 27. November 1981 fand in Amsterdam ein öffentliches Hearing des Ökumenischen Rates der Kirchen über Atomwaffen und Abrüstung statt. Im Verlauf des Hearings wurden 28 Vertreter aus Wissenschaft und Technik, Politik und Militärstrategie, Friedensforschung und Theologie als "Zeugen" gehört. Die Anhörungsgruppe des Ökumenischen Rates hat wichtige Aussagen und Anregungen aus diesen Zeugnissen zu einem ersten vorläufigen Bericht zusammengefaßt. Ein endgültiger Schlußbericht soll unter Aufnahme weiterer Gesichtspunkte später folgen. Er soll u.a. in die ÖRK-Vollversammlung 1983 in Vancouver und in das Programm des ÖRK für Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten Eingang finden.

In dieser Information dokumentieren wir den vorläufigen Bericht der Hearing-Gruppe ungekürzt. Außerdem geben wir aus der Vielzahl der Äußerungen und Stellungnahmen auf dem Hearing das Votum des sowjetischen Arztes und Biologen A.A.Bayev wieder. Es ist beabsichtigt, weitere Beiträge dieser ökumenischen Veranstaltung zu dokumentieren.

Die Zusammenfassung eines Gesprächs, das der Evangelische Nachrichtendienst (ENA) in Amsterdam mit Vertretern kirchlicher Friedensarbeit aus Holland und der DDR führte, schließt diese Information ab.

1 Vorläufiger Bericht des Öffentlichen Hearings über Atom -
waffen und Abrüstung

Freie Universität Amsterdam, 23.-27. November 1981

Das Internationale Öffentliche Hearing über Atomwaffen und Abrüstung ist vom Ökumenischen Rat der Kirchen für die Zeit vom 23. bis 27. November 1981 in die Freie Universität Amsterdam einberufen worden, um

1. die Probleme, die sich aus der Eskalation des atomaren Wettrüstens sowie aus dem Konzept der Abschreckung und eines begrenzten Atomkrieges ergeben, einzuschätzen und Ursachen und Auswirkungen des Stillstands in den Bemühungen um atomare Abrüstung zu untersuchen;
2. die christliche Reflexion über einige der wichtigsten Probleme in diesem Bereich weiterzuentwickeln;
3. nach Wegen zu suchen, wie Kirchen, christliche Gruppen und andere auf eine positivere Einstellung zur atomaren Abrüstung hinwirken und wie sie selbst am besten praktische Erfolge erzielen können.

Die Hearing-Gruppe (siehe Teilnehmerliste im Anhang) hörte Olof Palme, den Vorsitzenden der Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen, sowie die Zeugenaussagen von 37 weiteren Experten an. Die von ihnen vertretenen Fachgebiete reichten von Theologie über Technologie, Politikwissenschaften, Militärstrategie und -wissenschaften bis hin zur Friedensforschung. Zu diesem Zeugenkreis gehörten Personen, die auf höherer Ebene an der Formulierung von Militärstrategien, an politischen Entscheidungen und an Abrüstungsverhandlungen beteiligt sind; ferner Vertreter von Bürgerinitiativen für atomare Abrüstung und Frieden aus verschiedenen Teilen der Welt.

Vier Tage lang hörte die Gruppe die Aussagen dieser Zeugen aus Ost und West sowie aus Teilen der Dritten Welt an und stellte ihnen Fragen. Wir legen hiermit unsere vorläufige Stellungnahme zu dem Gehörten vor und planen, zu einem späteren Zeitpunkt einen ausführlichen Bericht zu erstellen.

Diesen ausführlicheren Bericht hoffen wir zusammen mit den Schlußfolgerungen in den kommenden Monaten veröffentlichen zu können. Sie werden dem Generalsekretär des ÖRK zur Prüfung vorgelegt, da sie ein wichtiges Element darstellen für

- die Vorbereitung des ÖRK-Beitrags zur Zweiten Sondersitzung der UN-Generalversammlung über Abrüstung, die im Juni 1982 stattfindet;
- die Vorbereitung der Mitgliedskirchen auf die Sechste Vollversammlung des ÖRK, die im August 1983 in Vancouver stattfinden wird;
- das laufende ÖRK-Programm für Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten;
- das ÖRK-Diskussionsprogramm mit Wissenschaftlern und Technologen über "Wissenschaft für den Frieden".

Die Zusammensetzung der Hearing-Gruppe wie auch die unterschiedliche Provenienz der Zeugen veranschaulichten deutlich den internationalen Charakter der Probleme, mit denen wir uns auseinandergesetzt haben. Wir leben in einer einzigen Welt, und die Anliegen Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit können nicht voneinander getrennt werden. Wir wurden wiederholt daran erinnert, daß es für niemanden Sicherheit geben kann in einer Welt, in der Menschen um ihre Sicherheit fürchten müssen, noch kann es einen dauerhaften Frieden geben, solange die gegebenen Ungerechtigkeiten weiterbestehen. Zwar ist man versucht, bei Atomwaffen in erster Linie an die Ost-West-Beziehungen mit ihrem Knotenpunkt Europa zu denken; Tatsache ist aber, daß die Ost-West-Beziehungen selbst nur Teil eines weitauß größeren und komplexeren Ganzen sind, in dem wirtschaftliche, politische, ideologische und strategische Faktoren ineinander greifen und nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können. Ferner ist uns bewußt geworden, in welchem Maße gegenseitige Unkenntnis, Angst und Rivalität Verhaltensweisen hervorrufen, die dem Mißtrauen nur noch weitere Nahrung geben. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht, das durch die Rüstungsprogramme noch verschärft wird, steigert Frustation und Ungerechtigkeiten, die letztlich einen Krieg auslösen könnten. Die Atomwaffen an sich stellen schon eine neue und gefährliche Entwicklung in der langen Geschichte der Kriegsführung dar, die ihrerseits in Frage gestellt werden muß, da sie in einer von Christus erlösten Welt nicht mehr länger akzeptiert werden kann. Selbst die Existenz vieler verschiedener Nationen muß letzten Endes von den Kirchen, die für die Einheit der Menschheit eintreten, in Frage gestellt werden.

Dies alles sind gewaltige und weitreichende Fragen, die wir an dieser Stelle nicht weiter untersuchen wollen. Wir möchten nur auf ihre Komplexität hinweisen und vor der naiven Auffassung warnen, Atomwaffen könnten isoliert betrachtet und behandelt werden.

Christen, die glauben, daß Gottes Welt und das menschliche Leben ein uns anvertrautes heiliges Gut sind, verabscheuen zusammen mit anderen Menschen guten Willens schon allein den Gedanken an einen Atomkrieg. Der tatsächliche Einsatz von Atomwaffen wäre eine absolute Sünde. Die Gruppe wurde an die moralische und praktische Fragwürdigkeit der Abschreckungsdoktrin erinnert, die die Grundlage für das Vorhandensein der Atomwaffen bildet; ihr wurden überzeugende Beweise für die Schwierigkeiten vorgelegt, selbst einen begrenzten Atomkrieg unter Kontrolle zu halten: so erhält sie zahlreiche beunruhigende Informationen darüber, wie ein solcher Krieg verlaufen würde, und erfuhr unter anderem, daß die Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen unter Umständen gar nicht von der höchsten politischen Instanz getroffen wird.

In Anbetracht dieser Zeugenaussagen verurteilen wir vorbehaltlos jede Strategie, die eine nukleare Kriegsführung beinhaltet oder befürwortet: ein begrenzter Atomkrieg kann nicht begrenzt bleiben. Wir glauben nicht, daß die atomare Abschreckung eine solide oder akzeptable Grundlage für den Frieden darstellt, und wir befürchten, daß die Doktrin vom begrenzten Atomkrieg nur die Gefahren erhöht. In der Zwischenzeit geht die Weiterverbreitung vertikal und horizontal weiter.

1) Vertikale Proliferation: fortschreitende Anhäufung und Weiterentwicklung von Kernwaffen in den Kernwaffen besitzenden Staaten.
Horizontale Proliferation: Weiterverbreitung von Kernwaffen auf Staaten, die keine Kernwaffen besitzen.

Über die komplexen treibenden Kräfte der vertikalen Weiterverbreitung berichteten Wissenschaftler, Technologen, Strategen und Politiker, von denen einige den Eindruck erweckten, als seien sie in einem System gefangen, in dem nicht ganz ersichtlich ist, wer die letzte Verantwortung trägt.

Es ist nicht immer leicht erkennbar, wann technologische Entwicklungen Militärstrategien diktieren und wann das Gegenteil der Fall ist. Es ist noch nicht einmal erwiesen, daß die Rüstungskontrollgespräche die Weiterverbreitung tatsächlich stoppen. Wir mußten hören, daß Verhandlungsperioden manchmal missbraucht werden, um Zeit für eine weitere Eskalation der Rüstungsentwicklung zu gewinnen, und daß neue Rüstungssysteme als Trumpfkarten für künftige Verhandlungen einkalkuliert werden. Aus den Zeugenaussagen lasen wir die Tendenz der verschiedenen Disziplinen heraus, sich in einem eher begrenzten Rahmen zu bewegen und den Großteil der Verantwortung für die vertikale Weiterverbreitung außerhalb ihres Fachbereichs anzusiedeln. Die Kirchen könnten eine nützliche Rolle spielen, indem sie die einzelnen Rahmen aufbrechen und erweitern und Möglichkeiten für einen interdisziplinären Dialog schaffen, wie er während des Hearings stattgefunden hat.

Die horizontale Verbreitung schreitet allem Anschein nach weiter fort. Zeugen berichten uns, daß sowohl Israel als auch Südafrika nuklearfähig sind, und wir verurteilen mit Nachdruck die nukleare Zusammenarbeit mit jedem Land, das sich diese Fähigkeit aneignen will. Es wurde uns nur wenig Hoffnung gemacht, daß der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen eine Ausbreitung der Atomwaffen verhindern kann. Wir wurden ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die Art und Weise, wie die Kernwaffenstaaten versucht haben, ihre Monopolstellung zu bewahren und gleichzeitig ihr Nuklearpotential weiter auszubauen, in der Mehrzahl der Länder auf starke Mißbilligung stößt.

Allerdings wurde uns auch über einige positive Ergebnisse der Gespräche über eine kooperative Rüstungssteuerung berichtet, die dem Wettrüsten gewisse Grenzen setzen könnten. Wir haben ferner festgestellt, daß solche Gespräche auch den Informationsaustausch zwischen den Nuklearmächten intensiviert und zu regelmäßigeren Kontakten zwischen den Verhandlungspartnern geführt haben. Wir drängen auf eine Weiterführung der Verhandlungen, auf eine Wiederbelebung der Gespräche über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT), die Formulierung und Ratifizierung eines Vertrages über ein umfassendes Verbot von Nuklearversuchen (CTB) sowie die Umwandlung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) in ein gerechteres und effizienteres Instrument. Wir möchten auch die Christen auffordern, dafür zu beten, daß die jüngsten Verhandlungen über Nuklearkräfte in und für Europa (Theatre Nuclear Forces - TNF) zu einem effektiven Abbau der Atomwaffen in Europa führen. Ferner möchten wir auf die Dringlichkeit der vorgeschlagenen Europäischen Abrüstungskonferenz hinweisen. Gleichzeitig sind wir uns aber auch der Tatsache bewußt, daß solche Verhandlungen allein wohl kaum zu einer wesentlichen Reduzierung und letztlich Abschaffung von Atomwaffen führen werden, worin wir das eigentliche Ziel all dieser Bemühungen sehen. Wir brauchen neue Sicherheitssysteme, die eher politischen als militärischen Charakters sind, und vertrauensbildende Maßnahmen spielen eine wichtige Rolle für die Schaffung der hierfür erforderlichen Voraussetzungen. Verhandlungen sollten nicht von dem besonderen Problem ablenken, daß Atomwaffen in den internationalen Beziehungen häufig als Machtmittel betrachtet werden. Das Bild, das

so vor unseren Augen entstand, ist düster; und unsere Informationen sind längst noch nicht vollständig. Seit Hiroshima und Nagasaki haben Kriege in vielen Teilen der Welt Millionen von Menschenleben gekostet, und eine Reihe von Konflikten dauert nach wie vor an. Das atomare Wettrüsten fordert auch ohne einen Atomkrieg Strahlenopfer - so im Pazifik. Doch obwohl die Abschaffung der Atomwaffen eine wesentliche Voraussetzung ist, würde diese Maßnahme allein nicht unbedingt die Welt sicherer machen oder auch nur die Rüstungsausgaben reduzieren. Die Meinungen darüber, ob atomare Abrüstung zwangsläufig zu einer Aufrüstung mit konventionellen Waffen führt oder eher eine allgemeine Abrüstung zur Folge hat, gingen auseinander.

Multilaterale Vorschläge für eine allgemeine Abrüstung werden zwar im Prinzip akzeptiert, doch haben sie in der Praxis offenbar keine erkennbaren Auswirkungen. In diesem Zusammenhang waren wir stark beeindruckt von den Argumenten der Zeugen, die sich für eine in jeder Hinsicht multilaterale Öffnung des UN-Abrüstungsausschusses und gegen die Praxis aussprachen, wichtige Fragen geheimen bilateralen Gesprächen vorzubehalten.

Nichtsdestoweniger gibt es Zeichen der Hoffnung, und es ist Teil unserer christlichen Berufung, diese Zeichen zu erkennen und guten Glaubens zu handeln.

Das erste dieser Zeichen ist die fast universelle Verdammung des Atomkriegs. Ferner wächst die Solidarität zwischen Völkern verschiedener Religionen und Kulturen. Der öffentliche Widerstand gegen Atomwaffen, der sich in vielen Ländern, sowohl des Ostens als auch des Westens, ausbreitet, schafft ein politisches Klima, in dem Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu zentralen Anliegen geworden sind. Einige Bewegungen stellen diese Fragen in einen weiteren Rahmen und gehen auch auf die Beziehungen ein, die zwischen Abrüstung und Entwicklung bestehen. Wir unterstützen diese Bewegungen, die sowohl Ausdruck der tatsächlichen Beteiligung einer großen Zahl von Menschen an lebenswichtigen Problemen sind als auch öffentliche Bewußtseinsbildung in Fragen des Friedens, der Gerechtigkeit und Sicherheit ermöglichen. Uns wurden eindeutig Beweise vorgelegt, daß einige dieser Bewegungen sehr erfolgreich arbeiten, insbesondere jene, die diese Bewußtseinsbildung schon seit vielen Jahren betreiben, und wir fordern Kirchen und Christen mit Nachdruck auf, sich, wo immer sie es für richtig halten, verantwortungsvoll zu engagieren.

Andere Zeichen der Hoffnung können wir in der Vielzahl praktischer Vorschläge sehen, die versuchen, einen Weg aus der Sackgasse zu finden. Uns wurden Beispiele von Kirchen genannt, die sich mit vertrauensbildenden Maßnahmen intensiv für den Frieden einsetzen.

Wir beabsichtigen, einen Vorschlag für neue Formen internationaler Verhandlungen weiterzuverfolgen, und hoffen, daß er, zusammen mit einem Vorschlag zur Umwandlung offensiver in defensive Stellungen in den Hauptkonfrontationsgebieten in Europa, eingehend untersucht wird. Ferner wurde auf den Vorschlag eingegangen, den auch der ÖRK bereits gemacht hat, Tests, Entwicklung und Produktion aller Atomwaffen einzufrieren, und wir hoffen, daß die Kirchen diesen Vorschlag mit Begeisterung unterstützen und daß die damit verbundenen Kontrollprobleme gründlich geprüft werden.

Ein anderer Vorschlag, den wir befürworten, sieht begrenzte einseitige Abrüstungsinitiativen (unabhängige nicht-ausgetauschte Aktionen) vor, die die andere Seite zu entsprechenden Aktionen auffordern und damit nicht von langwierigen Verhandlungen und den damit verbundenen Unsicherheiten abhängig sind. Der Hauptvorteil dieses Vorschlags liegt darin, daß er sofort verwirklicht werden und ein neues Klima für zukünftige Verhandlungen schaffen könnte. Ferner begegnet er der durchaus gerechtfertigten Kritik, daß "es einfach ist, Maßnahmen vorzuschlagen, die andere Länder ergreifen sollten". Weitere Vorschläge bezogen sich auf nuklearfreie Zonen in verschiedenen Teilen der Welt, und wir begrüßen diese Möglichkeit als ersten Schritt auf dem Weg zu umfassender Abrüstung, vorausgesetzt, daß die Nuklearmächte den kernwaffenfreien Staaten rechtsverbindliche Garantien für die volle Respektierung dieser Zonen geben. Es gibt deutliche Beweise dafür, daß sowohl der Westen als auch der Osten ein atomfreies Europa begrüßen würden, und wir können diesen Vorschlag voll und ganz unterstützen.

Ferner wurde der schnelle Wunsch nach einem atomfreien Pazifik geäußert, und wir hörten einmal mehr den Appell der Pazifischen Konferenz der Kirchen, in dem dieselbe Forderung gestellt wird.

Wir sprechen uns gegen die Fortführung der Atomtests im Pazifik aus. Als Christen suchen wir noch nach überzeugenderen Wegen, wie wir diese komplexen Probleme aus christlicher Perspektive angehen können, und wir erkennen die wichtige Rolle derer an, die aus anderen theologischen und politischen Kontexten als den unseren zu uns sprechen.

Die Kirchen lassen sich in ihrem Zeugnis jedoch nicht einschüchtern von der Komplexität der Fragen, die sich im Zusammenhang mit der atomaren Abrüstung stellen. Die christliche Theologie, die noch von traditionellen Denkstrukturen befreit werden muß, muß sich umgehend diesen dringlichen Fragen auf der Grundlage neuer oder neu überdachter Einsichten stellen, die aus dem christlichen Erbe gewonnen werden können.

Aber der in Jesus Christus lebendige Gott spricht nicht nur durch die Theologen. Die Kirchen müssen sich jetzt äußern und handeln, weil die Gefahr groß ist und weil das Leben der Menschheit auf dem Spiel steht. Die Hearing-Gruppe vertritt die Meinung, daß die Kirchen

- a. erkennen müssen, daß die entscheidende Frage nicht lautet, ob die Abschreckung den atomaren Krieg bisher verhindert hat oder nicht; entscheidend ist vielmehr, daß Gott in seiner Gnade den Tag des Jüngsten Gerichts hinausschiebt, um uns Zeit zu geben, unser Handeln zu bereuen und wieder zu Vernunft zu kommen;
- b. die Entlegitimisierung der Herstellung, des Besitzes und der Anwendung von Atomwaffen dringend prüfen und als Verbrechen gegen die Menschheit verurteilen müssen, genau wie sie es in der Frage des Rassismus und der biologischen Kriegsführung getan haben;
- c. vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Ländern und Völkern in der ganzen Welt höchste Priorität einräumen und in ihrem seelsorgerischen Amt wirksam gegen weitverbreiteten Zynismus, Verzweiflung und Gleichgültigkeit ankämpfen müssen; ferner müssen sie selbstsüchtigen Nationalismus, der von Christen oft als Realismus dargestellt wird, entlarven. Allzu viele Christen laufen Gefahr, sich

durch das Ausmaß und die Komplexität der Probleme einschläfern zu lassen und in lähmende Abgestumpftheit zu versinken.

Wir fordern unsere Brüder und Schwestern in Christus mit Nachdruck auf, sich diesen Fragen voller Entschlossenheit und Hoffnung zuzuwenden.

Anhang

Mitglieder der Hearing-Gruppe

Vorsitzender: Bischof John S. Habgood (GB)

Mitglieder:
Pfr. Alexei M. Bitschkow (UdSSR)
Botschafter Ollie Dahlén (Schweden)
Takako Doi, Abgeordnete (Japan)
Dr. Alan Goyer (USA)
Metropolit Paulos Gregorios (Indien)
Erzbischof Kirill (UdSSR)
Prof. Vera Kistjakowsky (USA)
Botschafterin Gwendoline Konie (Sambia)
Oberkirchenrätin Christa Lewok (DDR)
David MacDonald (Canada)
Pfr. Jacques Maury (Frankreich)
Dr. Yusif A. Sayigh (Libanon)
General T.B. Simatupang (Indonesien)
Bundesverfassungsrichter Dr Helmut Simon (BRD)
Suliana Siwatibau (Fidschi)
Bischof Karoly Toth (Ungarn)

Ökumenischer Rat der Kirchen
Öffentliches Hearing Amsterdam
23.-27.11.1981

2. Gründe für das Treffen von Entscheidungen über nukleare Probleme

A.A. Bayev

Mitglied der Akademie der Wissenschaften der USSR, Moskau

Herr Vorsitzender! Verehrte Kollegen!

Bevor ich meine Erwägungen zu den Problemen des nuklearen Krieges vortrage, sollte ich - so denke ich - Ihnen sagen, daß meine Haltung zu dieser Frage, zuerst und vor allem durch den Rahmen meiner wissenschaftlichen Kompetenz bestimmt ist.

Ich glaube jedoch, daß diese mit den Argumenten der Vernunft und ethischen Kriterien übereinstimmt und deshalb nicht nur als berufsmäßig betrachtet werden kann.

Ich bin Arzt und Biologe meiner Ausbildung nach, habe lange Zeit auf diesem Gebiet gearbeitet, und ich werde nicht unbefugt tiefer auf die technischen Aspekte von Kernwaffen oder das Gebiet der Politik eingehen.

Der Mensch wird die entscheidende Rolle in dem Drama spielen, das sich in der allernächsten Zukunft ereignen kann: Der Mensch und sein Schicksal als biologische Lebensform und als geistiges Wesen. Ich hoffe, daß eine solche Haltung Sympathie und Verständnis bei denen findet, die die christliche Kirche bei diesem Forum repräsentieren.

Die Geschichte der Menschheit bezeugt viele blutige Kriege, über 14 500 Kriege, die vier Milliarden Menschenleben mit sich wegriß. Gemessen an unseren Maßstäben erfaßten diese Kriege jedoch nur begrenzte Territorien, und nur konventionelle Waffen wurden dabei benutzt. Kriege erschienen ihren Zeitgenossen als Gipfel des Unheils und der Verwüstung. Trotzdem, für uns erscheinen die Kriege der Vergangenheit geringfügig im Ausmaß, gleichsam als eine Art bewaffneter Schläge. Und doch, niemand würde den ersten Weltkrieg oder den zweiten Weltkrieg als unbedeutendes oder harmloses Ereignis ansehen.

Während des zweiten Weltkriegs wurden 20 Millionen Menschen allein in der USSR getötet (bei 50 Millionen Gesamtverlusten an Toten und Verwundeten); viele Städte, Großstädte und Dörfer auf ihrem Territorium wurden zerstört, unberechenbarer Schaden entstand. Jetzt stehen wir vor der Möglichkeit eines Nuklearkrieges, der mit keinem Krieg in der Vergangenheit verglichen werden kann.

Die Revolution in Wissenschaft und Technik, die das Leben von Grund auf verbessert hat, könnte zumindest einem Teil der Menschen auch die Kehrseite zeigen, da sie zur Produktion von Massenvernichtungswaffen benutzt worden ist und weiter wird.

Politische und ökonomische Faktoren sind die treibenden Kräfte beim Voranschreiten der Militärtechnologie. Vor allem sind dies soziale und politische Intoleranz, eine Sucht nach Profit und ein immer weiter wachsendes Mißtrauen.

Waffenproduzenten und -händler, die bei ihrem Tun den Moralkodex und das Allgemeinwohl so wenig in Rechnung stellen wie Firmen, die Waschmaschinen oder Schuhzeug verkaufen, sind ein drohendes Unheil für die Menschheit.

Das Wettrüsten hat viele Triebkräfte ökonomischer, technischer, politischer und psychologischer Natur, die innerhalb des Landes und in den internationalen Beziehungen wirken. Traditionell ist Wettrüsten Folge einer Spannung in den Beziehungen zwischen Staaten. Im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution wurde die militärische Konkurrenz ein unabhängiger Faktor für Spannung, Ängste, Mangel an Vertrauen und Feindschaft zwischen Ländern. Jetzt dominiert das Wettrüsten oft in der Außenpolitik, es wurde eine mächtige unabhängige Ursache für Kriegsgefahr neben traditionellen, territorialen, religiösen und sozialen Motiven. In dieser Situation entwickelte das Wettrüsten seine eigene Dynamik, seine eigenen Ablaufmechanismen.

Es gibt eindeutige Organisationen und Leute, die starkes Interesse an der Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen haben. Darüber werde ich später mehr sagen.

Zuerst lassen Sie mich Ihre Aufmerksamkeit auf drei ziemlich neue Faktoren lenken, die das Wettrüsten antreiben.

Wir müssen diese Faktoren bei unserem Kampf gegen die Kriegsgefahr in Rechnung stellen.

Der erste Faktor: Moderne Flugzeuge, Raketen und U-Boote unterliegen Abnutzung und physikalischem Verschleiß. Der Faktor des moralischen Verschleißes ist noch wichtiger. Das Paradox des gegenwärtigen Rüstungswettkampfs ist, daß jede neue Waffe bei ihrer Einführung bereits veraltet ist. Wenn z.B. eine neue Rakete oder ein neues Flugzeug stationiert wird, sind bereits neue Waffenarten im Stadium der Entwicklung. So erzeugt der Erwerb irgendeiner neuen Waffe die Grundlage für ihre zukünftige Modernisierung und Ersatz durch höher entwickelte und teurere Waffen.

Der zweite Faktor: Die Entwicklung der Militärtechnologie ist jetzt hauptsächlich auf die Verbesserung der Fähigkeit gerichtet, militärische Kräfte des Gegners zu zerstören. Deshalb werden in regelmäßigen Abständen einige Waffensysteme des Gegners verwundbar. In den 60-er Jahren wurden Bomber verwundbar in der Luft und auf Flugfeldern, in den 80-er Jahren werden nach Meinung vieler Spezialisten ballistische Raketen, die in gehärteten Abschuß-Silos stationiert sind, in wachsendem Maße verwundbar. In den 90-er Jahren kann dasselbe mit Atom-U-Booten passieren, die ballistische Raketen tragen. Die Verwundbarkeit der Waffensysteme stimuliert ihre Veränderung. So werden die B-52 Bomber in den USA durch das B-1 Flugzeug ersetzt werden. Die Flugzeug-getragenen cruise missiles wurden entwickelt. Das neue MX-System wird vorbereitet, um die existierenden Minuteman-Raketen zu ersetzen.

Der dritte Faktor: Ungeachtet des Gesamtgleichgewichts der strategischen Streitkräfte der USA und der USSR, von West und Ost, sind die Arsenale der beiden Seiten aus verschiedenen historischen, technischen und geopolitischen Gründen asymmetrisch in ihrer Struktur und in den technischen Parametern. Größenverhältnisse zum eigenen Vorteil werden als selbstverständlich, aber Disproportionen zum Nutzen von Gegnern werden als nicht erlaubt und gefährlich angesehen. Man multipliziere alle diese Faktoren mit langer Laufzeit und dem gewaltigen Entwicklungs- und Produktionspreis für strategische Waffen. Man multipliziere sie mit dem Faktor Aktion - Reaktion, wo Waffenprogramme einer Seite die Überreaktion der anderen Seite hervorrufen - dann kann man den gewaltigen Antrieb des Rüstungsherrschers rufen.

wettlaufs ermessen, der seit langer Zeit alle vernünftigen und gut begründeten Grenzen überschritten hat.

Das folgende Beispiel ist sehr demonstrativ. Die USA entwickelten in den 60-er Jahren das MIRV-System unter dem Vorwand, daß es notwendig sei, das sowjetische Antiraketensystem zu überwinden. 1972 wurde das Abkommen zwischen den USA und der USSR unterzeichnet. Aber die USA setzten die MIRV-Stationierung fort, da sie als technisch effizient und als ein Verhandlungsobjekt für SALT-2 angesehen wurde. Als die Sowjetunion ihre eigenen MIRV-Raketen schuf, lancierten die Vereinigten Staaten eine enorme Kampagne über die angebliche Verwundbarkeit ihrer Silo-gestützten ballistischen Raketen. Diese Kampagne war einer der wichtigen Faktoren, der die SALT-2-Ratifizierung unterminierte.

Jetzt wird das Antiraketensystem mehr und mehr populär in den USA, für die Verteidigung ihrer Raketen-Anlagen. Dies kann den einzigen rechtsgültig wirksamen und verbindlichen SALT-1 ABM (Antiraketen)-Begrenzungsvertrag in Gefahr bringen. Hier kann man die gefährliche Logik und den Teufelskreis des nuklearen Wettrüstens sehen. Diese Situation wird von Leuten ausgenutzt, die am Rüstungswettlauf Interesse haben. Ich meine besonders all die militärisch-industriellen Komplexe der kapitalistischen Staaten, die industriellen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die in Waffenproduktion und -entwicklung einbezogen sind. Der größte Beitrag zum Wettrüsten kommt von der Militärbürokratie und von politischen Personen in den USA, deren erfolgreicher Aufstieg durch den Kalten Krieg ausgelöst wurde.

Daher ist der eine mögliche Weg zur Verhinderung des nuklearen Krieges der Kampf gegen alle Arten von militaristischen Formen des Denkens und Handelns, indem man den Menschen mit äußerster Aufrichtigkeit die schrecklichen Realitäten des Nuklearkrieges auseinandersetzt.

Die Richtung, in der Entscheidungen bezüglich Nuklearkrieg getroffen werden, ist von zentraler Wichtigkeit für das Schicksal der Menschheit. Ich teile die Ansicht vieler Leute, die glauben, daß es eine törichte und gefährliche Haltung ist, nuklearen Krieg als ein Mittel zur Verteidigung eines Staates oder eines Gesellschaftssystems, einer politischen oder anderen Doktrin anzusuchen, ebenso zur Realisierung territorialer oder ökonomischer Ansprüche, da es weder Sieger noch Besiegte in einem nuklearen Krieg gibt. Er würde nur Verwüstung und Katastrophe für jeden bedeuten. Irgendwelche Hoffnungen auf "begrenzte" nukleare Kriegsführung, die einen Konflikt mit kleinen Verlusten lösen könnte, sind grundlos, da alle entwickelten Länder miteinander durch ein verzwicktes Netzwerk von ökonomischen und politischen Interessen verbunden sind. Darüber hinaus ist das Arsenal der nuklearen Waffen so groß, mannigfaltig und zugänglich, daß es nur bis zum wirklichen Ende gebraucht werden kann. Ein nuklearer Krieg wird unvermeidlich zu einem totalen nuklearen Holocaust eskalieren - es gibt hier keine Alternative.

Der wichtigste Faktor beim Fällen von Entscheidungen in bezug auf einen nuklearen Krieg ist - ich bin sicher - der folgende: der totale nukleare Krieg wird die Menschheit ausrotten und ihre Degeneration hervorrufen; er wird die Zivilisation zerstören, zumindest diejenige, von der wir abhängen.

Wir können nur grob die Verluste und den an der Gesundheit angerichteten Schaden unter der Bevölkerung im Ergebnis eines Kernwaffenschlags abschätzen - nicht mit absoluter Genauigkeit. Verschiedene Nachwirkungen einer nuklearen Explosion sind schwierig vorauszusehen, und einige von ihnen sind sogar unvorhersagbar. Es wäre gefährlich, die

Konsequenzen eines nuklearen Krieges zu unterschätzen, wie es seine Apologeten zu machen versuchen, um Leute zu überzeugen, daß ein nuklearer Krieg möglich und zu gewinnen ist.

Die USSR-Delegation bei der 1. Internationalen Konferenz der Ärzte gegen nuklearen Krieg, die in Washington, DC, im März 1981 veranstaltet wurde, berichtete über ihre Schätzung der Verluste an Toten und der Schädigungen, die der Bevölkerung einer Stadt von angenommen 1 Million Einwohnern durch eine einzige Nuklearbombe von 1 Megatonne zugefügt würde. Die Berechnungen wurden durch Extrapolation der tragischen Erfahrung von Hiroshima und Nagasaki gemacht.

Es wurde angenommen, daß die Explosion entweder auf dem Boden oder in der Luft über dem Zentrum (ca. 300 km^2) der Stadt mit einer Bevölkerungsdichte von 200 Einwohnern pro km^2 (insgesamt 600 000), an einem Sommernachmittag bei gutem Wetter, stattgefunden hatte. In diesem Fall wurden die folgenden Verluste erwartet:

Bevölkerungskategorien	Explosion	
	in der Luft	auf dem Boden
getötet	310 000	200 000
verletzt	380 000	350 000
unverletzt	310 000	450 000

Der Tod der Bevölkerung wird durch alle verschiedenen Wirkungen der Nuklearbomben erzeugt: durch die Wirkung der Druckwelle, der Hitze und der durchdringenden Strahlung. Der tatsächliche Beitrag der einzelnen Faktoren würde vom Typ der nuklearen Waffe und von lokalen Bedingungen (Charakter des Terrains, Wetter usw.) abhängen.

Ich werde nicht im einzelnen das klinische Bild der Verletzungen beschreiben; jeder, der sich an die tragischen Ereignisse von Hiroshima und Nagasaki erinnert, weiß, wie schrecklich sie sind. Es sind hauptsächlich mechanische Verletzungen und tiefreichende Verbrennungen. Das Schicksal der Überlebenden Opfer würde davon abhängen, ob ihnen die höchst unwahrscheinliche Möglichkeit, geeignete medizinische Hilfe zu erhalten, zuteil würde.

Wenn eine Nuklearexplosion auf dem Boden stattfindet, würde ein weiterer Faktor wirksam werden, der Einfluß des radioaktiven Niederschlags (fallout). Entsprechend den Annahmen bei der Berechnung würden etwa 60% der gebildeten radioaktiven Produkte in das Explosionsgebiet auf die radioaktive Spurfallen, die die Form einer Ellipse mit einer Bevölkerungsdichte von 50 Personen pro km^2 hätte. Es wurde angenommen, daß die Schädigungen vor allem verursacht würden durch die Gamma-Strahlung des durch radioaktiven fallout verunreinigten Gebietes und daß sie durch Gebrauch verschiedenster Schutzmaßnahmen reduziert werden könnten. Wenn wir die optimale Version annehmen, wo die Strahlungsdosis durchschnittlich fünffach abgeschwächt ist, verglichen mit offenem Gebiet ($C = 5$), dann würde in einem Gebiet von 1700 km^2 die gesamte unter Einwirkung von Strahlung stehende Bevölkerung (85 000) sterben, und in einem Gebiet von etwa 4600 km^2 würde die Bevölkerung (230 000) unter akuter Strahlenkrankheit leiden. Wenn der Schutz der Bevölkerung gering ist ($C = 1.5$), würden die entsprechenden Werte höher sein:

Strahlenkrankheit mit tödlichem Ausgang bei 100 000 Einwohnern in einem Gebiet von 3750 km^2 , alle Arten von Strahlenkrankheit bei 510 000 Einwohnern in einem Gebiet von $10\ 200 \text{ km}^2$.

Die Gesamtzahl an Opfern, die medizinische Hilfe benötigen, würde im letzteren Fall 320 000 betragen, wobei die Überlebenschance gering wäre.

Ich will nicht die innere Strahlung diskutieren, die durch die Bildung von radioaktivem Jod 131 verursacht wird; Opfer dieser Art von Strahlung sind vor allem neugeborene Säuglinge, Kinder und schwangere Frauen.

Dies sind die Angaben der sowjetischen Experten. Die UNO-Experten berichten für ähnliche Bedingungen dieselbe Anzahl von Toten und etwas kleinere Werte für die verschiedenartigen Verletzungen. Doch stimmen die geschätzten Werte im wesentlichen überein. Trotzdem sollten alle Angaben als minimale Werte betrachtet werden.

Die Wirklichkeit wäre wahrscheinlich tragischer und katastrophaler als das obige Bild einer hypothetischen Großstadt und einer abstrakten, an einem schönen Sommertag auf eine ruhige Großstadt abgeworfene Nuklearbombe. In ausgedehnten Großstädten (die das hauptsächliche Ziel eines nuklearen Angriffs sein werden) und in den umgebenden Regionen werden alle lebenserhaltenden Systeme auseinanderbrechen, von allen zuerst die Wasser- und Energieversorgung, Kommunikations- und Transportwesen; die Bevölkerung wird ohne Obdach, ohne Wasser und Nahrung, ohne medizinische Hilfe sein. Hungersnot, Epidemien, körperliche und psychische Störungen würden das ungemilderte Leiden der Überlebenden vergrößern und so die unmittelbaren Wirkungen der Nuklearexplosion vervollständigen.

Man sollte sich das ungeheuere Ausmaß eines nuklearen Krieges ver- gegenwärtigen, für den Fall, daß es dazu kommt. Während des 2. Weltkrieges wurden 5 Megatonnen konventioneller Sprengkörper eingesetzt. Bis jetzt wurden 545 Megatonnen nuklearer Sprengkörper beim Testen gebraucht, und nach den Schätzungen enthalten die strategischen Vorräte mehr als 50 Tausend Megatonnen nuklearer Sprengkörper. Wieviel Sprengkörper würden bei massiven nuklearen Schlägen benutzt? Der größere Teil der Kernwaffen würde vermutlich in den ersten Stunden des Krieges eingesetzt werden. Militärische Analytiker betrachten verschiedene hypothetische Szenarien, einschließlich dem Abtausch von 10 - 20 Tausend Megaton-Kernschlägen zwischen den Gegnern.

Es gibt ganz verschiedene Wirkungen bei einer einzigen Kernexplosion und bei einer solchen von Tausenden von Bomben jeweils mit einer Zerstörungskraft, die viele hundertmal größer ist als die Kraft der Bomben, die Hiroshima und Nagasaki zerstörten. Wahrscheinlich würden Hunderte von größeren Städten zugleich angegriffen und zerstört werden. Die Folgen eines massiven Kernschlages würden geometrisch eskalieren.

Es ist unmöglich, im einzelnen zu beschreiben, was passieren würde. Ich werde mich beschränken und nur sagen, daß die sieben Engel in der Offenbarung, die die sieben mit den letzten Plagen Gottes gefüllten Schalen bei sich hatten, nicht mehr Verwüstung bringen könnten als die Wirkungen eines nuklearen Angriffs von diesem Ausmaß.

Eine der Folgen von massiven Kernschlägen wäre die radioaktive Verseuchung der Biosphäre. Ausführliche Information zu diesem Problem ist gesammelt, verallgemeinert und zugänglich gemacht worden dank den Aktivitäten des UNO-Wissenschaftskomitees.

Nukleare Spaltungsprodukte, die bei Atom- und Wasserstoffbomben gebildet werden, verunreinigen die Biosphäre. Und ich muß Sie daran erinnern, daß die Neutronenbombe das gleiche macht, da ihr Sprengkörper aus Uran 235 und Plutonium 239 besteht. Bei Kernwaffentests gehen 13 % der Spaltungsprodukte an der Teststelle ¹³¹I, ¹⁴⁰Ba, ⁸⁹Sr) nieder, werden in die Troposphäre gebracht (kurzlebiges ¹³¹I, ¹⁴⁰Ba, ⁸⁹Sr), und der Rest als langlebige Isotope in die Stratosphäre (¹³⁷Cs, ⁹⁰Sr). Lokaler fallout entsteht nicht bei Luftexplosionen.

Die Bevölkerung würde dem sogenannten weltweiten (globalen) fallout ausgesetzt werden, d.h. dem radioaktiven fallout, der die in die Stratosphäre injizierten Spaltungsprodukte enthalten würde. Fallout dieser Art würde langzeitig und weltweit auftreten und dabei Gebiete erfassen, die vom Explosionsort weit entfernt sind. Nach einer nuklearen Testexplosion in der nördlichen Hemisphäre gehen 30 % des fallout in der südlichen Hemisphäre nieder.

Langzeiteffekte der Strahlung (20 Jahre nach den letzten Berechnungen) führen zu genetischen Störungen, Tumoren und anderen Anomalien bei den Überlebenden.

Die Internationale Strahlenschutz-Kommission (Publikation No. 20) empfiehlt, daß die folgenden Risikoeffizienten bei Strahlung geringerer Dosis benutzt werden: für bösartige Tumoren $1,25 \cdot 10^{-4}$ per rem, für genetische Störungen $0,4 \cdot 10^{-4}$ per rem. Im Ergebnis der Schätzungen, die für eine hypothetische nukleare Explosion von 10 Tausend Megatonnen in der nördlichen Hemisphäre gemacht wurden, hätten die Überlebenden des gesamten Planeten durch Wirkung des globalen fallout 1 200 000 Fälle von Tumor und 380 000 Fälle von genetischen Störungen innerhalb von 20 Jahren zu ertragen.

Daneben würde lokaler und troposphärischer fallout in der nördlichen Hemisphäre 10 Millionen Tote durch bösartige Tumoren und 700 000 durch intra-uterine Strahlungsschäden verursachen. Bis zu 1 Million Kinder würden an psychischen Störungen erkranken. 3 Millionen Nachkommen von Eltern, die gefährlichen Strahlungsniveaus ausgesetzt wurden, würden genetische Fehler haben.

Die Nahrung wäre durch radioaktive Produkte verunreinigt (z.B. Jod 131), die in die Nahrungsketten eindringen würden. Es wäre äußerst schwierig, dieses Problem zu lösen, insbesondere in der ersten Zeit nach dem nuklearen Angriff.

Ein nuklearer Krieg könnte z.B. das Klima beeinflussen, auf Grund des Ozon-Abbaus, der durch bei Nuklearexplosionen entstehende Stickstoffoxyde verursacht würde.

Die oben erwähnten Angaben zeigen nicht alle Konsequenzen eines totalen Nuklearkriegs. Sie zeigen jedoch, daß tiefreichende und langfristige Wirkungen eines nuklearen Angriffs unvermeidlich sind. Für exakte quantitative Schätzungen würden die Forscher Risikoeffizienten für Tumoren und genetische Fehler benötigen. Solche Risikoeffizienten stehen bisher nicht zur Verfügung.

Es ist schwierig, exakt die Konsequenzen eines totalen Nuklearkrieges für alle Biota vorzusagen: Tiere, Pflanzen, Mikroorganismen, Biozönosen.

Untersuchungen, die in Gebieten mit hoher natürlicher Strahlung gemacht werden, können kein vollständiges Bild von dem geben, was nach einem totalen Nuklearkrieg passieren würde.

Es ist möglich, daß die natürliche Homöostase zerstört würde, die existierenden Biozönosen würden verschwinden und einige strahlungsresistente Organismen würden überhandnehmen. Die höheren Organismen einschließlich des Menschen sind nicht resistent gegen eine hohe Strahlungsdosis, deshalb dürften elementare Lebensformen auf der versengten Erde vorherrschen.

Wie würde ein Mensch in der tiefgehend veränderten Umgebung überleben? Man kann nur Vermutungen über den Grad seiner Anpassung an die neuen Bedingungen anstellen. Sind diese neuen Bedingungen vollständig unannehmbar, oder würde ein Mensch überleben um den Preis der Entartung, des Verlusts oder des Gewinnes neuer physiologischer Merkmale? Auf jeden Fall gibt es in dieser Hinsicht keinen Grund für Optimismus. Die Evolution vom primitiven Stadium bis zum gegenwärtigen Homo sapiens vollzog sich unter bestimmten Umweltbedingungen. Nach einem totalen Nuklearkrieg wäre diese Umgebung zerstört. Würde irgendjemand in der Lage sein, die für das eigene Leben durch sich selbst geschaffenen Hindernisse zu überwinden? Man weiß es nicht.

Wie dem auch sei, ich denke, die Wahrscheinlichkeit der Zerstörung des menschlichen Lebens, der menschlichen Gesundheit und der Umwelt müssen in Betracht gezogen werden, wenn die Menschheit vor der Notwendigkeit steht, eine Wahl für ihre Zukunft zu treffen.

Als Schlußfolgerung möchte ich feststellen, daß die Sowjetunion, unsere Regierung und unser Volk zusammen mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und den friedensliebenden Kräften, die die Gefahr und die verbrecherische Natur eines Nuklearkrieges erkennen, gegen die nukleare Katastrophe kämpfen. Unsere Prinzipien sind ausgedrückt in den Erklärungen unseres Führers L. Breschnew und in Regierungserklärungen, die zu verschiedenen Gelegenheiten abgegeben wurden. Ich möchte noch einmal die Aufmerksamkeit der Anhörungsgruppe auf die nach Frieden strebende Politik der Sowjetunion lenken, auf ihre Anstrengungen, entsprechend den Interessen der gesamten Menschheit die nukleare Katastrophe zu verhindern.

Übersetzung aus dem Englischen
(Theologische Studienabteilung
beim Bund der Evangelischen
Kirchen in der DDR)

3. Für ökumenische Beiträge zur Förderung von Abrüstung

Gespräch des Evangelischen Nachrichtendienstes (ENA) mit Vertretern kirchlicher Friedensarbeit aus Holland und der DDR.

Am Rande des Amsterdamer Hearings über Atomwaffen und Abrüstung von Ende November 1981 kam es auch zu Gesprächen zwischen Vertretern von Friedensinitiativen und mit Friedensarbeit befaßter kirchlicher Gruppen oder Werken. Eine solche gab es beispielsweise zwischen dem Interkirchlichen Friedensrat in den Niederlanden (IKV) und einem Mitglied der Arbeitsgruppe "Abrüstung" der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR.

Mit diesen Gesprächspartnern, dem Internationalen Sekretär des IKV, Wim Bartels, und dem Vertreter der Arbeitsgruppe "Abrüstung" bei der Theologischen Studienabteilung, Dr. Walter Romberg, konnte der engl-Berichterstatter in Amsterdam eine Unterhaltung führen, die der Auswirkung des Hearings auf deren weitere bilaterale Arbeit galt.

Dr. Romberg begrüßte dabei die Gelegenheit, im Rahmen dieser Konferenz auch den zweiseitigen Kontakt fortzuführen, und sagte: "Es zeigt sich, daß die Entwicklung in manchen Punkten heute so schnell vorstatten geht, daß man ohne Konsultation, ohne das gegenseitige Gespräch in gewissen Abständen nicht auskommt, auch um verschiedene Einschätzungen der Situation miteinander zu vergleichen und neu zu Abstimmungen zu kommen. Es ist bei dem Hearing deutlich geworden, daß die militärischen und politischen Fragen der europäischen Sicherheit, ihrer zukünftigen Entwicklung, im Hintergrund vieler Abrüstungsprobleme stehen. Das heißt, daß wir in Zukunft darüber nachdenken müssen, in welcher Weise hier jede Kirche, jede Bewegung für sich auf diese Fragen antworten kann, aber auch, daß wir den regelmäßigen Austausch darüber brauchen."

Walter Romberg ging in dem ens-Gespräch ferner auf die Frage begrenzter einseitiger Abrüstungsschritte ein, die bei dem Hearing ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt hat, und erinnerte an eine entsprechende, nicht unumstrittene Anregung der Theologischen Studienabteilung zum Verzicht auf nuklearfähige Trägersysteme im eigenen Bereich. Das Hearing habe gezeigt, und von den verschiedenen Seiten in der Konferenz sei es bestätigt worden, daß über diese Frage nachgedacht werden müsse: "Es ist zu einseitigen Schritten, die dann natürlich auf Gegenseitigkeit beruhen müssen, ermutigt worden."

Wim Bartels verwies seinerseits darauf, daß die vom Weltkirchenrat empfohlene Methode unilateraler Initiativen, kalkulierter Vorleistungen, auch zur Basis der bilateralen Zusammenarbeit zwischen dem IKV und der Theologischen Studienabteilung gehört. Er machte ferner aufmerksam auf die Aussage des Hearing-Dokuments, daß die Frage nach Sicherheit nicht nur eine Frage von Waffensystemen sei, sondern auch von politischen Sicherheitssystemen, an deren Aufbau gearbeitet werden müsse. Er sagte: "Ich denke, wir sind uns in unserer Zusammenarbeit sehr bewußt, daß wir es jeweils mit verschiedenen Gesellschaftssystemen zu tun haben und deshalb verschiedene Methoden brauchen, daß aber gerade der Austausch der Initiativen von Ost und West eine fruchtbare Methode ist."

Nach Ansicht Dr. Rombergs wird die Gesamtheit der Berichte des Amsterdamer Hearings, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht, in Zukunft zu den Grundlagen in wichtigen Teilbereichen der zweiseitigen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Konsultationen zwischen dem IKV und der Kirchenbund-Arbeitsgruppe gehören. Er fügte hinzu: "Und die Konferenzergebnisse sind ja auch für einen Dialog der Kirchen über diese Dokumente gedacht. Im Blick auf die Vorbereitung der UNO-Sondersitzung 1982 über Abrüstung würde es dazu gehören, daß wir versuchen, jeder auf seiner Seite, in unsere Kirchen hineinzuwirken, damit die im Hearing aufgeworfenen Fragen und die getroffenen Aussagen zur Unterstützung der Sondersitzung von den Kirchen aufgenommen und in entsprechender Weise beantwortet werden."

Wie Wim Bartels mitteilte, beabsichtigen Friedensinitiativen amerikanischer Christen, Ende Mai 1982 ein Wochenende der Besinnung und des Gebets für den Frieden mit Zusammenkünften und Konferenzen in der ganzen Welt zustandezubringen, wozu sie auch christliche Friedensgruppen anderer Länder zur Miterbeit eingeladen haben. "Wir haben vom IKV gesagt, daß wir das gut finden und es auch in andere Länder Europas hinein verbreiten möchten. Wir werden also sicherlich auch mit unseren Freunden in der Bundesrepublik und in der DDR darüber sprechen. Denn es könnte ein Modell sein, wie wir uns auch selbst näher kommen."

Auf die Frage, welche konkreten weiteren Überlegungen zur Entwicklung der Beziehungen zwischen dem IKV und der Theologischen Studienabteilung es gibt, sagte Walter Romberg, daß schon im Januar 1982 ein weiteres Gespräch geplant ist. "Es wird u.a. um die Frage gehen, wie man in Europa, in einer- wie wir hoffen - militärisch ebrüsten- den Europa, in dem es zu einer schrittweisen Entflechtung kommt, dann auch die politischen Strukturen finden kann, die eine Abrüstung dauerhaft und stebil machen können. Da gibt es auf beiden Seiten gewisse Vorstellungen - manches deckt sich, manches ist auch sehr unterschiedlich. Aber ich denke, wir sind beide der Meinung, so wie es auch das Hearing in seinem Report berichtet, daß wir uns eindeutig für ein nuklearwaffenfreies Europa einsetzen müssen, so wie es auch im Schlußbericht des Hearings zum Ausdruck kommt. Es geht dabei um Schritte. Der erste Schritt müßte eine atomwaffenfreie Zone von Nordeuropa über Mitteleuropa bis nach Südeuropa sein. Gleichzeitig müßten die Länder, die zu dieser atomwaffenfreien Zone gehören, schrittweise beginnen, ihre politischen Beziehungen auf der Grundlage der militärischen Entflechtung neu zu gestalten. Wie wir meinen, gäbe es da viele Möglichkeiten, natürlich auf der Grundlage der objektiven militärischen und politischen Sicherheitsbedürfnisse auf beiden Seiten."

8. Synode Berlin - Brandenburg
vierte ordentliche Tagung
16.- 20. 4. 1982

Drucksache 115
zu Ds. 16

Die Synode hat die Vorlage des ständigen Ausschusses "Friedensfragen" (Ds 16) dankbar zur Kenntnis genommen und einige Passagen in einem Tagungsausschuß überarbeitet. Sie wertet die Ausarbeitung als Hilfestellung zur Weiterarbeit unserer Kirche an der Friedensproblematik und bittet, sie in den Gemeinden zu besprechen.

20. April 1982

gez. Becker

8. Synode Berlin - Brandenburg
vierte ordentliche Tagung
16.- 20.4. 1982

Material zur Friedensproblematik

Vorbemerkungen

Auch wenn die Zahl der Christen in der DDR viel kleiner geworden ist, "werden sie auf den praktischen Dienst an der Gesellschaft nicht verzichten, wenn es um die Grundfragen des Überlebens, um Frieden und Gerechtigkeit geht. Dabei verleugnen sie nicht, daß sie durch ihr Ureigenstes, durch das Zeugnis des Neuen Testamentes zur Verantwortung für den Frieden aufgerufen sind. Das hindert sie daran, sich bedingungslos auf die eine oder andere Seite zu schlagen, macht ihnen aber zur Pflicht, jeden Schritt auf Frieden und Gerechtigkeit zu machen, wer ihn auch macht, auf seine Aufrichtigkeit und Effektivität hin sorgfältig zu prüfen und ihn - wenn sie es verantworten können - mitzugehen....".

(Aus dem Bericht von Bischof D. Schönherr vor der 5. Tagung der III. Synode des BEK vom 18. - 22.9.1981 in Güstrow.)

"Als Christen suchen wir nach überzeugenderen Wegen, wie wir diese komplexen Probleme aus christlicher Perspektive angehen können, und wir erkennen die wichtige Rolle derer an, die aus anderen theologischen und politischen Kontexten als den unseren zu uns sprechen.

Die Kirchen lassen sich in ihrem Zeugnis... nicht einschüchtern von der Komplexität der Fragen, die sich im Zusammenhang mit der atomaren Abrüstung stellen. Die christliche Theologie, die noch von traditionellen Denkstrukturen befreit werden muß, muß sich umgehend diesen dringlichen Fragen auf der Grundlage neuer oder neu überdachter Einsichten stellen, die aus dem christlichen Erbe gewonnen werden können."

(Aus dem "Vorläufigen Bericht des öffentlichen Hearings über Atomwaffen und Abrüstung, Amsterdam, November 1981)

"Wir wollen reden zu dieser Welt, kein halbes, sondern ein ganzes Wort, ein mutiges Wort, ein christliches Wort. Wir wollen beten, daß uns dieses Wort gegeben werde - heute noch - wer weiß, ob

wir uns im nächsten Jahr noch wiederfinden?"

(Aus der Rede von D. Bonhoeffer "Kirche und Völkerwelt", die er 1934 auf der Konferenz in Fanö gehalten hat.)

"Die Massenbewegungen gegen den Anstieg der Rüstung allgemein und der Atombewaffnung im besonderen haben in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen. Dies ist das einzige Hoffnungszeichen."

(Frank Barneby, langjähriger Direktor des Stockholmer Friedens-instituts "SIPRI".)

I. Einige Bemerkungen zur gegenwärtigen Rüstung

I.1 Fakten und Zahlen

Der heutige Rüstungsstand sprengt unsere Vorstellungskraft:

- Fast 500 Milliarden Dollar werden jährlich für die Rüstung ausgegeben. Das entspricht mehr als den dreifachen Ausgaben für Gesundheit, mehr als dem Doppelten der Ausgaben für Erziehung, mehr als dem Dreißigfachen der von den Industriestaaten abgegebenen Entwicklungshilfe.
- Die Warschauer Vertragsstaaten geben 26 % und die Nato-Staaten 43 % der Weltrüstungsausgaben aus, 9 % der Rüstungsausgaben rechnet man der VR China zu, auf die Dritte Welt entfallen 16 %, 6 % bleiben bei anderen industrialisierten Ländern.
- Man schätzt, daß etwa 50 Millionen Menschen in militärischen Zusammenhängen arbeiten, die Hälfte davon ist in Streitkräften erfaßt.
- ungefähr 50 % der Weltausgaben für Wissenschaft und Forschung dienen der Verbesserung der Rüstung.
- Amerikanische und sowjetische Atomwaffenarsenale
Quellen: Wochenzeitung "horizont", DDR, 8/1982, S. 11-22
SIPRI - Jahrbuch 1981/82

"horizont" 8/82 (Stand 1981) nach SIPRI (Stand 1980)

Gesamtzahl der Kernsprengköpfe der strategischen Waffen

USA	10.000	9.200
UdSSR	7.000	6.000

Strategische Trägersysteme

USA	2.300
UdSSR	2.500

Seegestützte Raketen mit Mehrfachsprengköpfen

USA	648	576
UdSSR	950 (aber mit nur 2.000 Kernsprengköpfen gegenüber 5.280 der USA)	950

Langstreckenbomber

USA	348
UdSSR	156

Anzahl aller Panzer

NATO	24.000
Warschauer Vertrag	25.000

- Die USA als führende Militärmacht in der Welt planen für 1981 bis 1985 einen 1-Billionen-US-Dollar-Verteidigungshaushalt. Sie können damit möglicherweise einen ökonomischen Niedergang erleiden, wie er kaum vorher bekannt war, oder sie stehen vor der ~~sequenz~~ eines Atomkrieges.
- Diese Voraussage kann auf alle Großwaffen-Herstellungsländer ausgedehnt werden - sie sind alle in der Gefahr, sich in einen Atomkrieg zu verwickeln, der wahrscheinlich in Europa austragen wird.
- Der internationale Waffenhandel trägt auf seine Weise zur Verschärfung der internationalen Situation bei. Man schätzt die jährlichen Kosten des weltweiten Waffenhandels in den späten 70er Jahren auf ca 120 Milliarden US-Dollar."Diese riesige Summe zeigt...: Selbst wenn diese Waffen letztlich nicht in einem Krieg verwendet werden, 'töten' sie indirekt, weil knappe Mittel von notwenigen Entwicklungsmaßnahmen, wie Ernährung, medizinischer Versorgung, dem Bau von Häusern oder Ausbildung, abgezweigt werden"(S. RI-Jahrbuch 1981/82, S.143). Die USA sind mit 43,3 % die größten Waffenexporteure der Welt.

An zweiter Stelle steht die UdSSR mit 27,4 %. Ihr folgen Frankreich mit 10,8 %, Italien mit 4,0 %, Großbritanien mit 3,7 % und BRD mit 3,0 %. Die Dritte Welt beteiligt sich mit 2,2 % am Großwaffenverkauf. Den übrigen Ländern verbleiben die noch restlichen 5,6 %.

(Quelle: SIPRI-Jahrbuch 1981/82)

Für die Bewußtseinsbildung in der Gemeinde bedürfen solche Zahlenangaben, die leicht erweitert werden können, der Verarbeitung und Deutung. Dabei muß klar sein, daß Zahlenangaben allein das Ausmaß der Bedrohung nicht erfassen können.

I.2 Triebkräfte der Aufrüstung

- Unverkennbar gehört handfester imperialistischer Machtwillen und ökonomisches Interesse der Rüstungsindustrie des Westens zu maßgeblichen Determinaten der derzeitig verstärkt erkennbaren Rüstungseskalation. Mit dem alten Slogan "Verhandlungen aus einer Position der Stärke" versuchen die USA offensichtlich eine Überlegenheit wiederherzustellen, wie sie in den 60er Jahren bestand. Wegen der unvermeidlichen sowjetischen Reaktion hat diese Position wenig Aussicht auf Erfolg. Jedenfalls kann man nicht in Verhandlungen gehen, wenn man die Unterlegenheit der einen Seite festschreiben will.
- Die Regierenden beider großen Weltblöcke sind an einer "Plausibilität der Bedrohung" interessiert. Militärausgaben in der Welt werden gerade durch diese Intention hochgetrieben. Die Verrechtung von Rüstungsindustrie, militärischer Führung und der für das Militär zuständigen Staatsorgane hat in den wirtschaftlich und militärisch hochentwickelten Ländern zur Bildung einflußreicher Gruppierungen geführt, die in wirksamen Abrüstungsschritten eine Verminderung ihrer gesellschaftlichen Bedeutung zu befürchten haben.
In westlichen Ländern werden Informationen aus dem eigenen militärischen Bereich zur Verfügung gestellt, aber der militärische Bereich, die letzliche Quelle dieser Informationen, hat einen starken Hang zur Einseitigkeit.

In den Ländern des Warschauer Vertrages dagegen gibt es in der Öffentlichkeit wenig "harte" Fakteninformationen über eigene militärische Angelegenheiten.

Hier fast gar nicht, dort falsch informiert - das sind denkbar schlechte Voraussetzungen für eine notwendige breite Diskussion dieser alle angehenden Fragen.

I.3 Wirtschaftliche Auswirkungen des Wettrüstens

- Die wirtschaftlichen Auswirkungen der ansteigenden Militarisierung liegen in der Vergeudung der begrenzten Ressourcen der Welt. "Würden die Ressourcen an Rohstoffen, Produktionskapazitäten und vor allem an menschlichen Fertigkeiten und menschlicher Erfindungskraft, die heutzutage in der Rüstungsindustrie eingesetzt sind, für die Zivilwirtschaft genutzt, hätte dies einen tiefgreifenden Effekt auf den Lebensstandard des Durchschnittsbürgers in der Welt. Besonders wichtig ist die Fehlleistung intellektueller Kapazitäten. Für den militärischen Bereich sind äußerst komplexe Probleme gelöst worden; die gleiche intellektuelle Anstrengung, unternommen, um Probleme wie etwa die Weltgesundheit oder die Weltagrarproduktion anzugehen, könnte zu bemerkenswerten Ergebnissen führen." (SIPRI-Jahrbuch 1981/82, S.33). Mehr als 30 Mill. Hungertote in der Dritten Welt bis 1981 sind die erschütterndste Folge dieser unmenschlichen Schwerpunktsetzung.

I.4 Militärisches Gleichgewicht

In Mitteleuropa gab es seit 36 Jahren keinen Krieg mehr. Häufig wird diese Tatsache als Beweis dafür angeführt, daß das bisherige "annähernde militärische Gleichgewicht" ("Horizont" 8/1982) den Ausbruch eines neuen Krieges verhindern konnte. Die Erhaltung und der weitere Ausbau dieses Gleichgewichts wird darum als praktische Friedenspolitik angesehen. Der Dienst mit der Waffe wird ausdrücklich Friedensdienst genannt. Mit dem Hinweis auf die militärische Bedrohung aus dem Westen werden z.B. in unserem Land neben dem direkten militärischen Bereich fast alle Kanäle des öffentlichen Lebens für eine Verstärkung der militärischen Kräfte des Volkes benutzt ("Der Friede muß bewaffnet sein!"). Bei der Wertschätzung des militärischen Gleichgewichtes wird aber offensichtlich zu wenig berücksichtigt, daß

- eine angebliche Sicherheit garantierende Hochrüstung zugleich höchster Unsicherheitsfaktor für die jeweils zu verteidigenden Menschen und Werte darstellt;
- verbesserte atomare Waffen (erhöhte Treffgenauigkeit, vermehrte Gefechtsköpfe pro Träger, scheinbar in Kontrolle zu haltende Auswirkungen) Kriege gewinnbar und wieder machbar erscheinen lassen;
- es Anzeichen für einen Zusammenhang zwischen dem anhaltenden Wettrüsten, der bedrückenden Unterentwicklung in der Welt und der beängstigenden Umweltverschmutzung gibt (Welchen Preis hat unsere Sicherheit?);
- die bis heute errzielte Verhinderung eines Kriegsausbruches in Mitteleuropa zum großen Teil auch der Einsicht aller Beteiligten in die Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz (Beispiel KSZE Helsinki) und dem steigenden Friedensengagement in der Bevölkerung zu verdanken ist.

Praktische Friedenspolitik wird darum immer stärker überall dort zu sehen sein, wo nach gemeinsamen Interessen und Kooperationsmöglichkeiten zwischen politischen Systemen, zwischen Staaten und Völkern auf allen Ebenen Ausschau gehalten, Spannung durch vertrauensbildende Maßnahmen (gerade auch einseitige Maßnahmen) abgebaut und Begegnung der Menschen untereinander gefördert wird.

I.5. Konventionelle Rüstung

Neben der nuklearen Aufrüstung der Großmächte beteiligen sich die Armeen kleinerer Staaten, wie auch die Nationale Volksarmee der DDR, an einer enormen Rüstung im konventionellen Bereich. Weiterentwicklungen und neue Technologien haben so die zerstörerische Wirkung der konventionellen Waffen vervielfacht und stellen auf ihre Weise für das Leben in Europa ungeahnte Bedrohungen dar. Verhandlungen zur Begrenzung konventioneller Rüstung haben nur wenig erreicht. Das Abschlußdokument der UNO -Abrüstungskonferenz 1978 stellt immerhin fest, "daß den Staaten mit den größten Militärarsenalen eine besondere Verantwortung für das Vorantreiben des Abrüstungsprozesses bei konventionellen Waffen zukommt, und betont im weiteren die Bedeutung, die regionale Abrüstungsabkommen haben können, wobei Europa und Lateinamerika besonders erwähnt wurden" (SIPRI- Jahrbuch 1981/82, S. 125).

I.6. Rüstung mit B- und C-Waffen

Über den Stand der Rüstung mit B- und C-Waffen sind kaum Unterlagen zugänglich, wiewohl bekannt ist, daß ständig an ihrer Weiterentwicklung gearbeitet wird. Sie stehen, so betonen Experten mit Nachdruck, in der Gefährlichkeit ihrer Wirkungen nicht hinter denen der Nuklearwaffen zurück.

I.7 Zu gegenwärtigen Abrüstungsvorschlägen

Die Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen hat im November 1981 erklärt:

"In der politischen Spannungssituation zwischen Ost und West ist es keinem von uns mehr durchsichtig, wo agiert und wo reagiert wird. Wir hören aber mit tiefer Beunruhigung, daß die Regierung der USA die Strategie verfolgt, nukleare Überlegenheit zu erreichen und das sozialistische Lager durch Forcierung des Wettrüstens ökonomisch zugrunde zu richten.

Wir danken dem Nationalen Rat der Kirchen Christi in den USA und unserer Partnerkirche, der Vereinigten Kirche Christi in den USA für ihre tiefgehende und deutliche Kritik an dieser Politik. Wir danken auch der Reformierten Kirche in den Niederlanden, unserer Partnerkirche in Holland, daß sie dafür eingetreten ist, durch den Verzicht auf weitere Hochrüstung und durch Vorleistungen in der Abrüstung Vertrauen zwischen Ost und West aufzubauen und so die Dynamik des Wettrüstens umzukehren.

Wir können diese Initiativen nicht stützen, indem wir ihnen bloß applaudieren, sondern nur, indem wir das Entsprechende und unserer Situation Angemessene tun.

So treten wir ein

- für kalkulierte und mit den Verbündeten abgestimmte Vorleistungen in der Abrüstung (z.B. Reduzierung der SS 20-Raketen),

- für Defensive, bedrohungsarme Sicherheitssysteme (z.B. Abbau der zahlenmäßigen Panzerüberlegenheit) und so für einen neuen Aufbau von Vertrauen in Europa von unserer Seite aus."

Das angebotene Moratorium über die Aufstellung von Raketen im europäischen Raum von Februar 1982 und andere vergleichbare Angebote und Vorleistungen der Sowjetunion in früheren Jahren verdienen in unseren Gemeinden und im ökumenischen Gespräch Beachtung und positive Würdigung.

II. Was eine aktive Friedensarbeit des einzelnen behindert:

- Abrüstungsgespräche der Politiker, so wenig bislang an konkreten Vereinbarungen erkennbar ist, bieten für viele den erwünschten Vorwand, die tatsächliche Gefahr eines neuen Krieges zu verdrängen und in eigener Untätigkeit zu verharren.

Es ist ernsthaft zu fragen, ob unter heutigen Voraussetzungen Gespräche über Abrüstung ihr Ziel wirklich erreichen können. Vielleicht sind zur Erreichung eines Klimas, in dem wirksamere Abrüstungsgespräche beginnen können, verstärkt vertrauensbildende Maßnahmen nötig. Das werden Versuche sein, die um die Mitarbeit jedes einzelnen Menschen ringen. Aber wann wird über Schritte dieser Art öffentlich nachgedacht?

- Bezeichnenderweise haben vor allem Physiker und Philosophen zuerst von der Notwendigkeit einer neuen Denkungsart für das Überleben der Menschheit gesprochen. "Die entfesselte Macht des Atoms hat alles verändert, nur nicht unsere Denkweise.... Die Menschen müssen ihre Haltung gegeneinander und ihre Auffassung von der Zukunft grundlegend ändern"(A.Einstein). Bisher, so kann wohl festgestellt werden, wird viel zu wenig an einer "neuen Denkungsart für das Überleben der Menschheit" gearbeitet. Stattdessen untergraben Kompromisse mit alten Denkungsarten neue Anfänge.

1. Der Glaube an die jahrhundertealte Gleichung "Rüstung = Sicherheit - bessere Rüstung = bessere Sicherheit" hat die Menschheit bisher ernsthaft daran gehindert, nichtmilitärische Sicherheitskonzepte zu entwickeln. Die Frage der Sicherheit wurde und wird an die Militäre delegiert. Wo wird über Alternativen zu militärischen Varianten, die das Mitdenken und Mitarbeiter breiter Schichten der Bevölkerung aller Länder erforderlich machen, öffentlich nachgedacht?
2. In Verbindung mit dem Glauben an die militärische Sicherung ist auch der Glaube an einen immer aggressiven Feind zu sehen. Die neu aufgeflamme internationale Spannung liefert uns den erdrückenden Beweis dafür, daß die Projektion eines Feindbildes uns die unangenehme Wahrnehmung der eigenen Verantwortung an der unerträglich werdenden Politik des Wettrüstens ersparen soll.

Der Rück-zug auf ein totales Feindbild ist noch immer nützlich, denn er soll das entschuldigen, was heute für die Sicherung des Lebens in der Zukunft getan werden müßte, aber nicht getan wird. Wie anders läßt sich sonst die Halbherzigkeit, die Umständlichkeit und das Schnekkentempo entschuldigen, mit denen Kurs auf politische Schritte zur internationalen Vertrauensbildung, ernsthaftes Bemühen um Umweltschutz, langfristige Friedenserziehung für Kinder und Jugendliche, wirksames und ehrliches Bemühen um Verringerung der Not in der Dritten Welt, verantwortlicher Umgang mit Energie und Rohstoffen u.a. genommen werden?

- Es fehlt in unserem Land, daß in den politisch relevanten Gruppierungen ernsthaft auch über nichtmilitärische Wege zu einer Welt ohne Waffen geredet und dafür eingetreten wird. Das macht die Situation unklar und führt immer wieder zu Verdächtigungen und Ängsten, die ein notwendiges gemeinsames Arbeiten an den schwierigen Fragen der Friedenssicherung belastet.

III. Akzente christlichen Friedenszeugnisses in der Gegenwart

Ausgangspunkt für das christliche Friedenszeugnis in unserem Raum ist die Einsicht in das Versagen angesichts zweier Weltkriege und das Bekenntnis unserer Schuld. Die Vollmacht zum Zeugnis kommt nicht aus der Haltung des Besserwissens sondern aus der Erfahrung und Annahme von Vergebung.

Es ist das vor über 35 Jahren gesprochene christliche Bekenntnis der Schuld, angesichts drohender Gefahr für viele Menschen "nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt (zu) haben" (Stuttgarter Schuldbekenntnis 1945), das eine große Zahl von Christen heute besonders nach den "Bedingungen des Friedens" fragen läßt. Diese Erkenntnis aus der Geschichte und die Entwicklung moderner Massenvernichtungsmittel haben ein neues Fragen nach biblischen Friedensaussagen eingeleitet und zu einem verstärkten Nachdenken über die Probleme des Friedens geführt.

Gottes Friede und der Friede der Welt sind zwar nicht identisch, aber auch nicht voneinander zu trennen. Weil der Frieden in der Welt ständig bedroht ist, ist ein ununterbrochenes Fragen nach dem Schalom Gottes notwendig. Durch die Erlösung und die Kraft Gottes werden wir befähigt, umzukehren von den Wegen, die die Zerstörung vorbereiten.

Versöhnung mit Gott und der Menschen untereinander in Gerechtigkeit und Liebe - das ist die zentrale Aussage der biblischen Botschaft. Frieden für alle ist möglich. Gott hat ihn verheißen.

Den Schalom Gottes zu bezeugen heißt in der jetzigen Situation für uns:

- Persönliche Bereitschaft zu zeigen zur Umkehr zu Gott und zum Leben in der Liebe zum Nächsten;
- Gott zu dienen mit dem intensiven Bemühen um Möglichkeiten der Friedenssicherung;
- Befreiung aus gottlosen Bindungen und dabei auch aus der Angst, die alle Eigenverantwortlichkeit lähmt, anzunehmen;
- eigenen Wunschträumen nach Wohlstand, Sicherheit und politischen Konzeptionen entgegenzutreten, wenn sie auf Kosten der Friedenserhaltung gehen;
- im Gehorsam gegenüber Jesu Gebot unsere Feinde zu lieben;
- zu lernen, nicht Gleiches mit Gleichen zu vergelten;
- Menschen neu verstehen zu lernen, die entgegenstehenden Ideologien verpflichtet sind, und ihnen verständlich zu machen, daß ihr Lebensrecht geachtet und ihr Bedürfnis nach Sicherheit und Wohlfahrt respektiert wird;

- alle offen und ohne Angst mit Wort und Tat zu bezeugen, daß die gewaltigen Mächte dieser Welt nicht das letzte Wort haben, vielmehr ihnen aufzuzeigen, daß Gottes Reich angefangen hat und daß schon jetzt unter uns gilt, was Gott vollenden will, nämlich: Versöhnung und Frieden;
- die Bereitschaft einzuüben, für die Verkündigung des Reiches Gottes zu leiden, die Jesus Christus uns vorgelegt und aufgegeben hat;
- das neutestamentliche Zeugnis von der Macht der Ohnmächtigen ernstzunehmen.

IV. Friedensförderndes Handeln unserer Kirche muß sich darum bemühen, daß...

- allen an unserer Kirche sichtbar wird, daß das Streben nach eigener Sicherheit und Wohlergehen erst hinter dem Bemühen um die Sicherheit und das Wohlergehen aller Menschen seinen Platz hat;
- vermehrt Informationen und Diskussionen über die bedrohliche Situation in offener Form in den Gemeinden stattfinden; dabei sollten auch bisher tabuisierte militärpolitische Fragen zur Sprache kommen;
- die Gefährlichkeit der Haltung erkannt wird, die den modernen Krieg als ein Mittel zur Verteidigung eines Staates oder einer Gesellschaftsordnung ansieht;
- über die Grenzen einer Zivilverteidigung (Pugwash-Konferenz 1980) informiert wird;
- Aktionen, Gottesdienste und Seminare unterstützt werden, die nach Beiträgen der einzelnen Christen gegen allgemeine Ohnmachtserfahrungen und Resignation suchen;
- von uns und anderen benutzte Feindbilder hinterfragt werden
- alle Menschen guten Willens, die nach neuen Wegen und Methoden zur Friedenssicherung suchen, in der Gemeinschaft der Kirche Stärkung erfahren;
- auf Diffamierungen von Konzeptionen zur gewaltlosen Friedenserhaltung in unserem Land verzichtet wird;
- Grenzen in der Gesellschaft und auf internationellen Ebenen die Vorurteile zwischen Menschen und Völkern bewirken, überschritten werden;
- Auch innerhalb der Kirche Gerechtigkeit und Frieden stärker zur Geltung kommen;
- Bemühungen unseres Staates um friedliches Nebeneinander, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa aktiv unterstützt werden;
- die militärische Durchdringung des öffentlichen Lebens in unserem Land abgebaut wird;

- in unserem Land die Einrichtung eines Instituts zur Erforschung von Friedensbedingungen und Konfliktbewältigung begonnen wird;
- auch ehemals aktive Wehrdienstleistende als Reservisten die Möglichkeit erhalten, als Bausoldaten zu dienen;
- die Überlegungen für einen zivilen Wehrersatzdienst im sozialen Bereich fortgesetzt werden;
- das Zeugnis vom Vertrauen auf Gott und ein Vertrauen auf die Sicherheit durch schreckliche Waffen als sich gegenseitig ausschließend erkannt wird.

V. Vorschläge für friedensförderndes Handeln in den Gemeinden und Kirchenkreisen unserer Berlin - Brandenburgischen Kirche

- In den Gemeinden und Kirchenkreisen sollte bei Zusammenkünften der Gemeindeglieder und Mitarbeiter verstärkt über christliche Möglichkeiten der Friedensförderung informiert und nachgedacht werden.
Dabei sollte der Zusammenhang zwischen Bereitschaft zum Friedensengagement und Bereitschaft zum Opfer und Verzicht unbedingt aufgenommen sein.
Ziel einer Behandlung der Friedensproblematik sollte sein, daß alle Christen mit den anstehenden brennenden Fragen vertraut gemacht werden und über die Konsequenzen christlichen Handelns angesichts dieser Herausforderungen je nach ihren Möglichkeiten Klarheit erhalten.
- Durch besondere Studienarbeit sollen Gemeinden größere Übersicht über die komplizierten Zusammenhänge internationaler Bemühungen um Frieden und über Inhalte nichtmilitärischer Sicherheitskonzepte erlangen.
- Alle größeren kirchlichen Veranstaltungen sollen der Friedensproblematik angemessenen Raum geben.
- Alle Gemeinden und Kirchenkreise sollen zur besonderen Beachtung der Friedensdekade 1982 vom 7.-17. November) aufgefordert werden.
- Zur Vertiefung christlicher Friedensbemühungen ist besonders zu Gesprächen und Begegnungen mit Christen anderer Konfessionen, Länder und Gesellschaftsordnungen zu ermuntern.
- Zwischen den Vertretern verschiedener Meinungen in der Friedensfrage soll das Gespräch stärker praktiziert werden.
- Junge Christen fragen nach Möglichkeiten eines waffenlosen Dienstes in der DDR. Sie sollen über die gesetzlichen Möglichkeiten informiert werden.
- Besondere Friedensinitiativen, so z.B. der Friedenskongress der Weltreligionen in Moskau vom 10.-14. Mai 1982, die UNO-Sonderkonferenz zu Fragen der Abrüstung vom 7.6. - 9.7.-1982 und der Weltfriedenstag am 1. September sind stärker im Gemeindeleben durch Fürbitte zu begleiten.

Plan der künftigen Arbeit der Ständigen Kommission

Friede und Abrüstung.

1. Nachdem die Kommission Friede und Abrüstung eine theologische Grundlegung erarbeitet hat, kann sie mehr als bisher sich mit Hilfe derselben den weltpolitischen Fragen im Zusammenhang mit der Abrüstung zuwenden.
2. Wir halten es für dringend erforderlich, daß die Kommission als ein selbständiges Arbeitsorgan der CFK auch nach der 2. Allchristlichen Friedensversammlung erhalten bleibt. Die Kommission sollte sich unseres Erachtens folgenden Aufgaben zuwenden:
 - a) Vertiefung der theologischen Grundlegung durch Zuhilfenahme neuester theologischer Erkenntnisse, anhaltendes Gespräch über die Grundlegung unter Theologen und in den Gemeinden, ständige Prüfung des Zusammenhangs von Theologie und praktischen Maßnahmen.
 - b) Studium der Pugwash-Dokumente und ständige Zusammenarbeit mit den Pugwash-Gelehrten.
 - c) Studium aller Vorschläge von Politikern, die zur Abrüstung gemacht werden.
 - d) Stellungnahmen erarbeiten zu den genannten Dokumenten und Vorschlägen, die die Verantwortung der Kirchen für die Welt deutlich machen und bei der Orientierung der Gemeinden helfen.
 - e) Kontaktnahme mit der Abteilung Internationale Angelegenheiten des Oekumenischen Rates der Kirchen, dem Rat Material liefern für die Arbeit in der Abrüstungsfrage.
3. In mehreren Ländern gibt es Studiengruppen der CFK, die sich mit der Frage der Abrüstung beschäftigen (besonders aktiv ist die Gruppe in der DDR), diese Gruppen sollten an der Arbeit bleiben und in Verbindung mit der Ständigen Kommission praktische Hilfen für die Gemeindearbeit anbieten.

Vorschläge von Krijn Strijd vom 2.2.1964

1. Angst und Mißtrauen lähmen alle neuen und fruchtbaren Initiativen.
2. Die CFK soll eine ernsthafte Aufforderung ergehen lassen zu einem Wagnis von unilateralen Abrüstungsmaßnahmen. Das Gleichgewicht der Mächte, das eine Illusion ist, aber dem wie einem ideologischen Glaubessatz, ja wie einem Götzen geglaubt und gedient wird, soll nicht als das Höchste und Heiligste anerkannt werden.
3. Der erste Schritt der getan werden könnte in Bezug auf die Abrüstung und der von der CFK Amerika und Russland vorgeschlagen werden könnte, wäre am besten zu vernehmen von den Fachleuten der Pugwash-Konferenz, weil sie als solche Fachkenntnisse über Atomphysik usw. haben.
Die CFK soll sich an diese Gelehrten wenden.
4. Die CFK soll durch diesen ersten Schritt fordern, daß das Gleichgewicht der Mächte zerbrochen wird, in einer solchen Weise, daß derjenige, welcher den Schritt unternimmt, als der Schwächere dasteht.
Diese Aufforderung soll an Amerika und Russland gleichzeitig gestellt werden.
5. Die Begründung davon besteht darin, daß das Mißtrauen jede aufbauende Änderung in der internationalen Lage verunmöglicht und ein Klima bestätigt, das alle gefährlichen Möglichkeiten in katastrophalen Ereignissen enden können.
6. Amerika soll China so rasch als möglich in die UNO aufnehmen lassen. Abrüstungsdiskussionen ohne China, welches vielleicht der nächste Kernwaffenbesitzer ist, sind eine nicht den geschichtlichen Tatsachen entsprechende Sache.
7. Die CFK soll zum Ausdruck bringen, daß für die Verwirklichung der Abrüstung - diese kann nicht stattfinden ohne eine starke Bewegung vom Volke her - die persönliche Militärdienstverweigerung von großer Bedeutung ist. Im Namen Jesu Christi wird es von uns als eine Unmöglichkeit betrachtet, daß Christen Anteil haben an der Verwendung von atomaren, bakteriologischen und chemischen Vernichtungswaffen. Diese Haltung wächst nicht aus dem "Gesetz" heraus, sondern stammt wesensmäßig aus dem Glaubensgehorsam.
Hierin ist der Einsatzpunkt für die Kirchen gegeben. Es handelt sich also nicht um eine negative Angelegenheit in Sachen Militärdienstverweigerung, sondern um eine positive Tat, weil sie den Weg öffnet zu einer wirksamen Friedensarbeit.
8. Die Staaten sollen aufgefordert werden durch gesetzliche Bestimmung die Militärdienstverweigerung in rechtliche Bahnen zu leiten und Möglichkeiten zu zivilem Dienst zu eröffnen.
9. Beide Anliegen:
 - a) unilaterale erste Schritte
 - b) persönliche Militärdienstverweigerung

sind wesentliche Mittel zur Verwirklichung einer Abrüstung, die dem Weg zum Frieden ebnet.

Z E B S E N

DES VERTRÄGENDS DER RUSSISCHEN ORTHODOXEN KIRCHE
IN AUFSCHUSS DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ
"FRIEDEM UND ABERÜSTUNG"

"Zweite Sitzung. - Februar 1964)

Theologische Gründe

"Daran ist erschienen die Liebe Gottes gegen uns, daß Gott seinen eingeborenen Sohn gesandt hat in die Welt" (1. Joh. 4, 9).

Mit diesen Worten bestimmt der geliebte Jünger Christi und Evangelist das Verhältnis des Schöpfers und des Verschönen zur Welt, das Verhältnis der Liebe und der Vorsehung.

An anderen Stellen der Heiligen Schrift wird gesagt: "Du sollst nicht töten" (2. Mose 20, 13) und "Du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst" (Markus 12, 31). In diesen Geboten des Alten und des Neuen Testaments gibt es eine göttliche Aufforderung an den Menschen und werden die Gründe seiner Aufführung in der Gesellschaft bestimmt. Die Widerstreubung diesem göttlichen Gesetz und der göttlichen Liebe verwandelt die Welt in das Jammertal des Schmerzens und Seufzens und erzeugt das Laster.

Aber also hat Gott die Welt geliebt, daß er seinen eingeborenen Sohn gab, den Friedefürsten, den Herrn Jesus Christus. Und wir, "die auf den Friedefürsten sehen" sind fähig, die Sünde zu besiegen, Söhne des Königreiches zu werden, worum wir täglich beten "Dein Reich komme!" und den Willen des himmlischen Vaters erfüllen, von welchem wir bitten, damit er "auf Erden wie im Himmel geschehe".

Wir wissen, daß der Dienst der christlichen Kirchen ist dazu berufen, die göttlichen Ideen des Lebens durch die Erklärung der Liebe Gottes an die Welt und an den Menschen und durch die Erweckung der Menschen zur Gegenliebe an Gott und aneinander zu bezeugen.

Die Teilnahme der Kirchen, der christlichen Vereinigungen und Gruppen am Kampf um den Frieden in der ganzen Welt ist eine Bekundung dieser tiefsten Gründe der Beziehungen zwischen Gott und Mensch.

Der gegenwärtige Zustand

Im Lichte der vorschenden Werke Gottes sehen wir mit Freude eine wahrlich allgemeine Anerkennung der Ideen des Weltfriedens als die kostbarste Frucht der menschlichen Weisheit in dieser Welt. Diese Ideen werden heute vom Munde vieler religiöser, öffentlichen und politischen Funktionäre ausgesprochen. Sie finden einen warmen Wiederklang in den Herzen der Menschen. Darin sehen wir sichtbares Zeugnis der vorschenden Fürsorge Gottes um die Welt, ein spürbares Zeichen der Gegenwart unseres Herrn und Heilands in der Welt, Seine lebensschöpferische Sorge für das Schicksal der Menschheit.

Die Teilnehmer im Ausschuss der CFK "Frieden und Abrüstung", die dazu berufen sind, über die Probleme der theologischen Begründung der friedfertigen Tätigkeit und über Wege zur Verwirklichung der Idee vom Weltfrieden zu denken, wozu vor allem und ganz vollkommen die allgemeine und vollständige Abrüstung dienen kann, sehen einen bestimmten Fortschritt auf dem Wege zum Weltfrieden, womit das vergangene Jahr gekennzeichnet wurde. Zum Zeichen dieses Fortschritts wurde die Unterzeichnung des Moskauer Vertrags von einer überwältigenden Mehrheit der Staaten über die teilhaftige Einstellung von Atomwaffentests, das Erreichen der UNO-Resolution über ein Verbot der Entsendung von Massenvernichtungsmitteln in den Weltraum, die Annahme von der 18. Sitzung der Generalversammlung der UNO einer Resolution an die Teilnehmer der Genfer Abrüstungskonferenz vom 18. mit dem Aufruf, so bald wie möglich die Frage zu beurteilen, ob eine internationale Konferenz einzuberufen für die Unterzeichnung einer Konvention über das Verbot der Kernwaffen, und endlich, eine starke internationale Unterstützung des

Neujahrsvorschlags des Oberhauptes der Sowjetregierung
N.S. Chruschtschow über die friedliche Lösung der territorialen Grenzfragen unter den Staaten.

Die Teilnehmer der christlichen Friedensbewegung wissen, daß die angebaute internationale Entspannung das Resultat eines wahrlich allmenschlichen Kampfes um Frieden ist, worin die christlichen Kirchen, Gemeinden und einzelne Christen eine wesentliche Bedeutung hatten, haben und haben werden.

Der Aufruf zur Abrüstung

Der Aufruf zur Abrüstung folgt aus der Forderung des Humanismus und aus dem Antrieb des natürlichen mittlichen Gesetzes. Die reale Gefahr einer unerwarteten, tragischen zufälligen Entfesselung eines Atomkrieges mit Katastrophenfolgen für das Leben der Menschheit, für die Früchte ihrer wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften veranlaßt die Völker den entschiedensten und schnellsten Aktionen um der Abrüstung willen.

Zur Abrüstung aufrufend, ist es notwendig, diesen Aufruf mit dem Aufschließen jenes kolossalen ökonomischen Gewinns zu vereinigen, den die Menschheit als Ergebnis haben wird.

Die technisch hochentwickelten und wirtschaftlich mächtigen Staaten geben heute einen großen Teil ihres National-einkommens auf die Rüstung aus und belasten damit ihre eigene Wirtschaft. Dabei herrschen in vielen Ländern der Welt Armut und kulturelle Rückständigkeit. Diese Ungerechtigkeit könnte in gewissem Sinne abgeschafft werden, wenn nur ein Teil der Mittel, die von den wirtschaftlich mächtigen Staaten für die Rüstung ausgegeben werden, für eine uneigennützige Hilfe den schwach entwickelten Ländern überlassen würde.

Der Aufruf zur Abrüstung ist zugleich eine politische Forderung. Es ist allgemein bekannt, daß das so genannte "Gleichgewicht der Mächte" auf der Weltbühne keine Panzese von der Entfesselung, des Weltkrieges ist. Die Tatsache, daß die Staaten megatonnenstarke Atom- und Wasserstoffbomben haben, macht die internationale Lage nicht sicher. Und die einzige vernünftige Politik unserer Zeit ist und bleibt die Politik der friedlichen Koexistenz der Staaten mit verschiedenen sozial-politischen Ordnungen in einer waffenlosen Welt. In der Tat kann nur die Abrüstung in Weltbeziehungen solche Atmosphäre einer friedlichen Mitarbeit aller Staaten auf Erden schaffen, die das Ziel der Bemühungen aller friedliebenden Mächte ist. Nur die allgemeine und vollständige Abrüstung ist im Stande, alle Kriege zu beseitigen als Methode der Lösung der Streitigkeiten unter den Völkern.

Eine bevorstehende Notwendigkeit

Aber die Aufrufe zum Frieden sind noch nicht gentigenderweise in die Tat umgesetzt. Außerdem ist es bekannt, daß sich manche Staaten dem Moskauer Vertrag nicht angeschlossen haben; man erwartet französische Atomwaffentests in der Atmosphäre, manche Länder streben mit Begierde nach den zerstörenden Atombomben. Das menschliche Blut fließt in Angola und Südafrika, in Südvietnam und Südkorea, auf dem Zypern, in Panama und in anderen Orten der Erdkugel; die Elementarrechte des Menschen werden unterdrückt.

Das ganze macht es immer nötiger für Christen, nach dem schleunigsten Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger Weltkontrolle zu streben. Alles das fordert von Christen, im Namen unseres Herrn und Heilands jene Glaubensbrüder zur friedfertigen Tätigkeit zu bewegen, die bis jetzt noch vom Suchen nach Friedenswegen abseitsstehen. Von den Bemühungen der Christen in

aller Welt, die unter dem Wirken des allumfassenden Gnadens des Heiligen Geistes vollbracht werden, von der Konsolidierung ihrer friedensstiftenden Bestreben, von ihrer Solidarität mit anderen aktiven friedliebenden Kräften hängt, wie wir glauben, zu meisten die Zukunft der Menschheit, ihr Leben in der abgerüsteten Welt, unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz und der Mitarbeit der Staaten ab.

Indem die Christen danach streben, brauchen sie immer tiefer in die Evangeliumsbegründung des Weltfriedens einzudringen und die Ursachen der gegenwärtigen ungelösten internationalen Fragen in ihrer deutlicher zu begreifen.

Die Aufgaben

Der Ausschuß der Christlichen Friedenskonferenz "Friede und Abrüstung" hat es nötig, das folgende zu unternehmen:

- a) die Wichtigkeit eines schleunigsten Abkommens unter den Staaten über ein Verbot unterirdischer Atomversuche, sowie auch die Notwendigkeit des Anschlusses an den Moskauer Vertrag aller Staaten, die sich noch nicht daran angeschlossen haben, und vor allem Frankreichs, zu betonen;
- b) die Gefahr der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen von einem Staat an den anderen oder der Koalition der Staaten hervorzuheben;
- c) den Arbeitsausschuß der CFK vorzuschlagen, vor dem Abrüstungsausschuß der 18 vorzusprechen mit der Forderung der tütigen Bemühungen im Ausarbeiten weiterer konstruktiver Schritte auf dem Gebiet des Verbotes der Kernwaffen und anderer Massenvernichtungsmittel, in der Richtung der Erleichterung des Erreichens einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter einer effektiven Weltkontrolle und der Sicherung des dauerhaften und gerechten Friedens auf Erden;

- d) für die Gruppe "Frieden und Abrüstung" der bevorstehenden Zweiten Altkristlichen Friedensversammlung klare und konkrete Vorschläge vorzubereiten, die der Zweckmäßigkeit ihrer Arbeit helfen würden und der Aktivierung aller Teilnehmer der christlichen Friedensbewegung zum Kampfe um die allgemeine und vollständige Abrüstung beistehen würden;
- e) mit eigener Arbeit mitzuwirken, damit jeder Christ, jede christliche Gemeinschaft, jede Kirche, im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit vor der Menschheit für die Sache des Weltfriedens, alle Bemühungen setzen, um die Regierungen ihrer Länder zu den konkreten Schritten in der Richtung des Abkommens von der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter der Weltkontrolle zu bewegen. Unter den praktischen Schritten dazu soll man eine günstige Atmosphäre für das künftige Abrüstungsabkommen schaffen, das durch eine allmäßliche Einschränkung des Rüstungswettrens erreicht werden kann. Diesem Zweck könnten dienen: die Schaffung der atomwaffenfreien Zonen auf dem Meere und auf dem Lande in verschiedenen Teilen der Erde, ein Nichtangriffspakt zwischen den NATO - Ländern und den Ländern des Warschauer Abkommens, ein Verbot der Weitergabe von Atomwaffen, ein Abkommen über das vollständige Verbot ihrer Tests, eine Konvention vom Verbot ihrer Erzeugung, eine Minderung der Regularstreitkräfte und der Militärausgaben, eine Minderung der Truppen auf dem fremden Boden und so weiter.

Früchte des Friedens

Indem die Christen nach dem Weltfrieden streben, müssen sie sich die Schlußergbnisse dieses Kampfes vorstellen; es ist gerade, was der ersehnte Frieden mit sich bringt.

Frieden unter den Menschen ist eine der Hauptbedingungen der Versöhnung des Menschen mit Gott.

Frieden unter den Nationen ist die wichtigste Grundlage für das Gedeihen der Freundschaft und Mithilfe der Völker.

Frieden auf Erden ist diejenige Atmosphäre, in der die menschliche Persönlichkeit die allseitigste Entwicklung haben kann.

Frieden auf Erden ist die notwendigste Bedingung für den wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Fortschritt der Menschheit, für das Wachsen des Wohlstandes der Völker.

Frieden und Abseitung sind eine Grundlage der friedlichen Koexistenz der Staaten mit verschiedenen sozial-politischen und wirtschaftlichen Systemen.

Frieden auf Erden ist die beste Bedingung für die Botchaft der christlichen Kirchen, für ihre ökumenischen Verbindungen und für ihren allseitigen Dienst an die Menschheit.

Vorschläge zur Konkretisierung des Versuchs einer theologischen Begründung für Frieden und Abrüstung vom 1. - 5.2.1964.

Betrifft: II,5 Seite 5 der Grundlegung der Studienkommission aus der DDR:

"Wir begrüßen jede Initiative in der Abrüstungsfrage und stellen uns hinter sie".

Wir geben nachstehend einige Beispiele von Konkretisierungsmöglichkeiten für eine Abrüstung, die dazu dienen könnten, Gemeinden sachliche Informationen zu verschaffen und die von der CTK benutzt werden können, um bei den Regierungen sachgemäße Vorstösse zu unternehmen.

A: Oekumenischer Rat, Tagung des Executivkomitees in Paris, August 1962 und August 1963 in Rochester

Die Oekumene hat in Paris bei der Tagung des Executivkomitees im August 1962 erneut das Thema "Abrüstung" aufgegriffen und sechs Punkte formuliert und dieselben der Öffentlichkeit übergeben:

1. Die Anforderungen an ein internationales Kontrollsyste m sollten auf das wissenschaftlich als notwendig erwiesene Mindestmaß beschränkt werden.
2. Ein bestimmter, möglichst baldiger Zeitpunkt, sollte für das Inkrafttreten eines Vertrages festgesetzt werden, der die endgültige Einstellung aller Atomwaffenversuche sichert.
3. Im Interesse des Friedens sollten die Verteidigungs- und die Abrüstungspolitik aufeinander abgestimmt werden.
4. Das Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung sollte im Auge behalten, inzwischen jedoch eine stufenweise Abrüstung, die das Gleichgewicht der Mächte nicht stört, unter internationaler Kontrolle zugestimmt werden.
5. Allgemein sollte anerkannt werden, daß die Abrüstung nicht nur eine rein technische, sondern auch eine Politische und ethische Frage erster Ordnung ist.
6. Politische Spannungen, wie sie beispielsweise in Berlin entstanden sind, sollten durch kurzfristige Lösungen gemindert werden, solange keine Vereinbarung über eine endgültige Regelung erzielt werden kann.

Das Zentralkomitee des Weltkirchenrates billigte am 31.8.1963 in Rochester eine Stellungnahme seines Exekutivkomitees zum Moskauer Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche; "Der Teststopvertrag und die nächsten Schritte".

Der Weltkirchenrat ruft die Nationen auf die Gunst des Augenblicks zu nutzen und Möglichkeiten einer Fortentwicklung der Koexistenz zu einer beginnenden Zusammenarbeit herauszufinden. Die öffentliche Meinung sollte die Regierungen wirksam unterstützen, der Wille der Völker müste den Vertrag ratifizieren.

Der Weltkirchenrat verweist fernerhin auf die notwendige Zusammenarbeit der Großmächte anlässlich des Eindringens in den Weltraum. Er ruft zur Prüfung weiterer gemeinsamer Schritte, Inspektionsgruppen zum Schutz gegen Überraschungsangriffe, Errichtung atomwaffenfreier Zonen, Nichtangriffspakte, Regelung der Deutschlandfrage, Kontakt zu China.

B: Pugwashkonferenz in Dubrovnik vom 11. - 25. September 1963

Das Continuing Committee teilt in einem Bericht die offizielle Zusammenfassung der 11. Pugwashkonferenz mit. Das Hauptthema der Konferenz war: "Heutige Probleme der Abrüstung und der Weltsicherheit".

Fünf Kommissionen beschäftigten sich mit folgenden Fragen:

1. Fragen der allgemeinen Abrüstung;
2. Folgen der Ausbreitung von Nuklearwaffen
3. Kernwaffenfreie Zonen, besonders in Zentraleuropa und auf dem Balkan; Afrika und Lateinamerika;
4. Die Rolle der neutralen Nationen bzgl. Abrüstung und Weltsicherheit
5. Das teilweise Kernexplosionsversuchsverbot, die Frage ihrer Feststellung und die nächsten Schritte.

Die wichtigsten Ergebnisse der Beratungen:

- ein Verbot Kernwaffen ins Weltall zu senden;
- eine Erweiterung des Teststopabkommens auf die unterirdischen Versuche ist unerlässlich;

- zur Frage des Schutzes vor einem Überraschungsangriff wird die Errichtung von Kontrollpunkten an den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten in gemeinsam festgelegten Gebieten vorgeschlagen;
- eine internationale seismologische Station sollte in einem geeigneten Gebiet errichtet und mit Fachleuten verschiedener Länder besetzt werden;
- es sollten alle Beförderungsmittel für Kernwaffen vernichtet werden, mit Ausnahme eines Minimalkontingents.

C: Vorschläge des Ministerpräsidenten Chruschtschow am 28.1.1964:

- Die Sowjetunion schlägt vor, sich über folgende Punkte zu einigen:
 - Abzug ausländischer Truppen aus fremden Gebieten;
 - Verminderung der Gesamtstärke der Streitkräfte der Staaten;
 - Kürzung der Militärbudgets;
 - Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Ländern der NATO und des Warschauer Vertrages;
 - Schaffung atomwaffenfreier Zonen;
 - Verhütung einer weiteren Verbreitung von Kernwaffen;
 - Maßnahmen zur Verhütung eines Überraschungsangriffes;
 - Vernichtung der Bombenflugzeuge und
 - Verbot der unterirdischen Kernwaffenversuche.

D: Vorschläge des Präsidenten Johnson vom 31.1.1964:

- Die USA schlagen vor in Bezug auf die "Einfrierung" sich auf folgende Punkte zu konzentrieren:
 - sie sollte alle strategischen Lenkwaffen und Flugzeuge umfassen;
 - sie sollte auch für die entsprechenden Abwehrwaffen gelten;
 - das quantitative Ziel läge darin, die Indienstnahme von Trägern neuen Typs zu verhindern, und der Wettlauf auch modernen und zahlreicheren Waffen würde aufgehalten;

- die Kontrolle wäre leichter als auf dem Gebiet aller "größeren" Rüstungen.

So könnten beispielsweise der größte Teil der bestehenden Produktion sowie die Möglichkeiten der Erprobung besser überwacht und eine bestimmte Zahl von Kontrollen an Ort und Stelle beschlossen werden.

E: Wirtschaftliche und völkerrechtliche Aspekte der Abrüstung.
(Nach einem Referat von Pfarrer Kobs, Zürich, vom 2.2.1964)

- a) Die CFK sollte durch Fachleute die Darlegungen des UNO-Berichtes vom 16.2.1962 über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Abrüstung prüfend zur Kenntnis nehmen und die zugrunde liegenden Tatsachen und ihre Schlußfolgerungen den Gemeinden aller Kirchen bekanntmachen, damit die Völker in gewissenhafter Verantwortung von ihren Politikern und Regierungen eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung fordern können.
- b) Mit Hilfe des Studienmaterials zur Abrüstungsfrage könnte die CFK mithelfen, daß der Weg zu einem internationalen Recht mit einer internationalen Weltsicherheitsbehörde unter den Völkern beschritten wird.
Die UNO sollte als ein weltweites Instrument Ordnungskräfte schaffen und mit Hilfe eines Weltgerichtshofes den Frieden unter den Völkern zu sichern trachten.

Entwurf eines Beitrages von Rev. J. Kielty über den
Unitarischen Standpunkt

Als Unitarier kann ich nur für mich selbst sprechen. Wir haben keine offizielle theologische Lehre. Aber ich kann sagen, daß für uns nicht die Geburt oder die Auferstehung Jesu das Entscheidende sind, für uns sind das Leben Jesu und die Nachfolge alles.

Wir akzeptieren nicht die Jungfrauengeburt oder die Dreieinigkeit, Gott ist einer. Meister Eckehard hat gesagt: "Als Gott den Menschen schuf, wurde das innerste Wesen Gottes in den Menschen gelegt".

So sind alle Menschen zugleich menschlich und göttlich. Jesus ist das Hauptbeispiel des Göttlichen im Menschen für uns, weil er so lebte, daß das Göttliche immer das Höchste war. Er nahm eine positive Haltung ein und wir akzeptieren seine beiden Gebote: "Liebe Gott und liebe deinen Nächsten" - als Lebensregel.

Und wenn wir die Menschen lieben dann haben wir auch ein Interesse an ihrem Leben und wir werden uns auch mühen den weniger glücklichen zu helfen.

Wenn wir unseren hohen Lebensstandard mit dem niedrigen Lebensstandard der nicht privilegierten und unterentwickelten Nationen vergleichen, dann müssen wir feststellen, daß wir nicht genug tun und wir müssen mehr tun.

Aber wir können wenig helfen weil wir zu viel Ausgaben für uns selbst und besonders für die Rüstung tätigen. Darum müssen wir unsere Regierungen zwingen, mehr zu tun. Sie antworten: "Wir haben uns selbst zu schützen".

Wir antworten: "Waffen können uns nicht schützen, weil die wirkliche Bedrohung von den unterentwickelten Ländern kommt und von denen die durch die soziale Ungerechtigkeit leiden".

Lasst uns gute Haushalter sein und unser Geld in einer klugen Weise ausgeben. Wir müßten den Mut haben Risiken für den Frieden einzugehen weil der Mensch nicht für ein bequemes Leben geschaffen ist. Aber mit Hilfe des Göttlichen bekommt er immer die Kraft, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Wir erinnern uns, Jesus sagte: "Seid vollkommen wie auch euer Vater vollkommen ist".

Wir glauben, daß uns dieses Wort aufruft, das Reich Gottes auf Erden zu bauen und wir sind sicher, daß dieses möglich ist. Paulus sagte: "Wir sind Gottes Mitarbeiter" damit ist uns auch gesagt, daß der Mensch verantwortlich für diese Welt ist und zwar vor Gott und er sollte ein Leben nach Gottes Willen führen wie es Jesus tat; dann sind ihm alle Dinge möglich.

Wir haben im Laufe der Zeiten private Armeen und private Waffen aufgegeben und wir stellen uns heute auf die Polizei und das geltende Recht in unseren Nationen ein.

Jetzt aber müssen wir den Entwicklungsprozeß weitertreiben. Aus diesem Grunde haben wir unsere nationalen Armeen und Waffen aufzugeben, um uns auf die UNO und das internationale Recht zu stützen, damit die Ordnung durch das Recht in der Welt hergestellt wird. Die Entwicklung des Menschen in der Geschichte zeigt aber, daß Jesus und Paulus richtig gesehen haben und unser Vertrauen rechtfertigt, daß wir eine Welt des Friedens bauen können, welche völlig abgerüstet ist, so daß wir umso besser unsere Nächsten lieben können.

Pressestimmen

1. aus ND vom 7.4.1964 Seite 2 "Note der Regierung der DDR an 27 Staaten"

"Die multilaterale Kernstreitmacht der NATO würde der westdeutschen Bundesrepublik die Mitverfügungsgewalt über Kernwaffen ermöglichen und den Zugang zu diesen Waffen eröffnen." ...

"Eine Mitverfügung der westdeutschen Bundesrepublik über das Kernwaffenarsenal der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland würde faktisch in die alleinige Verfügungsgewalt der westdeutschen Bundesrepublik über Kernwaffen hinüberweichen...."

"Die Mitverfügung Westdeutschlands aber würde einen besonderen Charakter tragen, da die westdeutsche Bundesrepublik als einziges europäisches Land die bestehenden Grenzen nicht anerkennt, umfassende Gebietsforderungen an andere Staaten stellt, die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges fordert, also eine Revanchepolitik betreibt. Die Beteiligung der westdeutschen Bundesrepublik an einer multilateralen Kernstreitmacht der NATO, die die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik mit allen Mitteln anstrebt, würde deshalb eine besondere Gefahr für den Weltfrieden mit sich bringen."

2. aus ND vom 28.5.1964 Seite 5 ("Was tut der USA-Kongress", TASS-Bericht aus Washington)

Im Mai 1964 informierte das State-Department der USA den Kongress, daß die Aufstellung der multilateralen Atomstreitmacht Abänderungen der gegenwärtigen amerikanischen Gesetzgebung erforderlich mache.

(Gemeint ist damit das Mc Mahon Gesetz von 1946, nach dem die Weitergabe von Atomgeheimnissen der USA und die Beteiligung ausländischer Mächte an der Kontrolle über die amerikanische Atombombe verboten ist und nur der Präsident der USA über den Einsatz der Atomwaffen entscheiden darf.)

3. Aus Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn vom 14.3.1963 S. 422 K.-U. v. Hassel "Atlantische Partnerschaft"

"In Anbetracht der besonderen Wirkung, die zwangsläufig dem amerikanischen Veto-Recht zukommt, habe ich einen Kompromißvorschlag gemacht, der, wie ich hoffe, vertieft werden wird. Danach ist die Bundesregierung damit einverstanden, daß in der Aufbauphase der MAP jedem Partner das gleiche Veto-Recht eingeräumt wird, in der Endphase aber, wenn die multilaterale NATO-Atomstreitmacht aufgestellt ist, eine Überprüfung des Problems mit dem Ziel vorgenommen werden soll, das System der Einstimmigkeit durch das System der Mehrheitsentscheidung zu ersetzen."

4. Aus "Wehrkunde" 1964 H. 7 S. 352:
Prof. Robert R. Bowie (Harvard-University Cambridge (USA))
"Strategie und das Atlantische Bündnis (II)"
Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich die Europäer auf die Dauer mit einer Lösung zufriedengeben, die alle Entscheidungen einem Präsidenten überlässt, der lediglich von einem der NATO-Mitglieder gewählt wird."
5. Aus Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn vom 1.12.61 S. 2097:
F.J. Strauß in einer Vorlesung am 27.11.1961 an der Georgetown University in Washington
"Es handelt sich darum, daß Eigentum und Verfügungsgewalt über Kernwaffen zum Symbol, ja zum Charakteristikum, zum bestimmenden Kriterium der Souveränität zu werden sich anschicken."

Pressestimmen

6. "Neues Deutschland" 31. Januar 1965 Seite 5
Aus Erklärung der Regierung der DDR an die XIX. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen

MLF bedroht Weltfrieden

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik lenkt die Aufmerksamkeit der Vollversammlung der Vereinten Nationen ferner auf die großen Gefahren, die für die Abrüstung aus der Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO, die vor allem von der westdeutschen Bundesregierung angestrebt wird, erwachsen. Dieses Projekt steht im offenen Widerspruch zu den Resolutionen 1576 (XV) und 1665 (XVI) der UNO-Vollversammlung. Seine Verwirklichung würde einer Regierung die Verfügungsgewalt über Kernwaffen einräumen, die territoriale Forderungen an andere Staaten erhebt und nach Revanche für die Niederlagen im zweiten Weltkrieg strebt. Die Völker, die im zweiten Weltkrieg große Opfer gebracht haben, um zu verhindern, daß Deutschland erneut Herd eines Krieges werden kann, dürfen einer solchen Entwicklung nicht tatenlos zuschauen.

Die Schaffung der multilateralen Kernstreitmacht der NATO unter aktiver Beteiligung der Wehrmacht der westdeutschen Bundesrepublik würde die Lösung der Abrüstungsfrage in weite Ferne rücken und insbesondere allen Bemühungen, die Weiterverbreitung der Kernwaffen zu verhindern, einen kaum wiedergutzumachenden Schlag versetzen.

7. "Sonntag", 6. Dezember 1964
aus Carl Friedrich Weizsäcker

MLF - Kitt oder Keil?

Der militärische Wert der MLF ist nicht Gegenstand der Fragen, die ich hier formulieren will. Erist in fachmännischen Kreisen, soviel ich sehe, in Wirklichkeit noch umstritten. Ich kann aber von diesem Streit hier abssehen aus einem einfachen Grund. Es ist kaum zu bezweifeln, daß der militärische Nutzen der geplanten 25 Überwasserschiffe mit je acht Polarisraketen, deren jede eine thermonukleare Sprengladung tragen soll, nicht abnehmen würde, wenn diese Flotte nicht multilateral, sondern als eine rein amerikanische Streitmacht innerhalb der NATO errichtet werden sollte; zu vermuten ist höchstens, daß die Vereinigten Staaten in diesem Fall noch einmal prüfen würden, ob sie nicht eine militärische effektivere Form der Einschiffung ihrer Raketen erreichen könnten. Die Frage, die uns beschäftigen muß, ist also nur, ob diese Streitmacht als multilaterale, europäisch-amerikanische errichtet werden soll. Dies ist eine politische Frage.

Kernwaffen haben in wachsendem Maße nicht unmittelbar militärische, sondern politische Wirkungen. Die beiden Weltmächte haben gelernt, daß es unmöglich ist, sie ohne selbstzerstörende Wirkung einzusetzen und suchen nach einer Politik, die ihnen selbst Sicherheit gegen diesen Einsatz gibt. Das komplizierte Gewebe der Abschreckungsdeoktrinen kann ich hier nicht beschreiben. Am äußersten herabhängenden Rand dieses Gewebes und doch politisch nicht ohne Wirkung ist die Meinung de Gaulles und anderer angesiedelt, nur Mitgliedschaft im nuklearen Klub bedeute Großmachtstatus. Die politische Frage für Deutschland ist: kann unser Anteil an Atomwaffen durch die MLF dazu bei-

tragen, unsere großen ungelösten Schicksalsfragen zu lösen? Es scheint hierzu notwendig, unsere außenpolitische Situation zu überprüfen. Ich beschränke mich auf knappste An- deutungen dessen, was unsere spezielle Frage betrifft.

In den letzten Jahren ist die Bundesrepublik weltpolitisch immer mehr in eine Isolierung geraten. Die Ursachen dafür liegen nicht in erster Linie bei uns, sondern in der welt- politischen Entwicklung: man kann nur sagen, daß es uns noch nicht gelungen ist, unsere eigenen Ziele und Verhaltens- weisen dieser Entwicklung anzupassen. Die Jahre von 1945 über 1960 hinaus waren vom weltpolitischen Gegensatz der zwei Blöcke bestimmt. In dieser Lage blühte die Bundes- republik als freiheitlicher Staat wirtschaftlich auf in immer engeren Kontakt mit Westeuropa und Amerika. Der Preis, der dafür gezahlt werden mußte, war die Unmöglichkeit der Wiedervereinigung. Ich vermute, daß wir keine Wahl hatten und daß uns selbst der Versuch einer neutralistischen Poli- tik die Wiedervereinigung in der Welt der zwei Blöcke nicht gebracht hätte. Der Aufstieg der außereuropäischen Länder, die Risse im kommunistischen Block und die eigen- willige Politik Frankreichs sind Symptome einer möglichen, wenngleich langsamem und unvollständigen Veränderung die- ser Lage. Vielleicht das schwerwiegendste Moment ist die objektive Nötigung, unter der Amerika und Rußland stehen, Spielregeln ihres Kampfes um die Welthegemonie zu finden, unter denen dieser Kampf nicht im nuklearen Krieg umschla- gen kann. Als Folge hiervon taucht eine West und Ost um- fassende, mehr oder weniger lockere Einheit Europas in manchen politischen Kombinationen auf. Ob sie sich je realisieren wird, ist völlig ungewiß. Die Außenpolitik der Bundesrepublik, die das Problem der Wiedervereinigung nie außer Acht lassen kann, gerät hierdurch in eine zunächst verwirrende Lage. Der bisherige Ansatz zur Wiedervereinigung basierte auf der Nichtanerkennung des Staates der Unfreiheit, der sich DDR nennt. Dieser Ansatz blieb – und wir alle wußten das – ein aufbewahrter, bis auf weiteres unrealisierbarer Anspruch auf künftige freiheitliche Ein- heit. Ihn in dieser Form festzuhalten, bringt uns in letz- ter Zeit unablässig in mißsame Spannungen mit unserem besten Freund, den USA. Die Nötigungen, unter denen die Politik der Bundesrepublik steht, zwingen uns, den amerikanischen Versuch, sich mit Rußland über die europäischen Probleme zu einigen, zu erschweren, vielleicht zu blockieren. Es ist nicht die Aufgabe dieses Aufsatzes, zu prüfen, ob viel- leicht gerade in einem besseren amerikanisch-russischen Verhältnis diejenige Öffnung Europas möglich wäre, die uns die erste reale Chance schrittweiser Wiedervereinigung er- öffnen würde. Diese Chance mag bestehen oder nicht; sicher sind wir in unserer gegenwärtigen Haltung gesunken, die ganze Welt unablässigt zu irretieren, indem wir Schritte der Annäherung der beiden Großen erschweren.

Die Konsequenz für das MLP-Problem möchte ich nur in die Ge- stalt einiger Fragen bringen. Besteht Aussicht, daß wir durch unseren MLP-Anteil eine Rückendeckung erhalten, die uns ge- stattet, unsere Anliegen auch gegen die Weltmeinung durch- zusetzen? Oder gefährden wir unsere Aussichten, indem wir der Welt das Bild des gefährlichen Mannes bieten, das der auf die Bundesrepublik konzentrierte MLP-Versuch wohl unwei-

gerlich erweckt? Oder wäre es schließlich denkbar, daß MLF-Projekt gegen gewisse bescheidene Fortschritte im deutschen Problem einzutauschen?

8. "Neues Deutschland" 15. November 1964 Seite 7
TASS-Erklärung zu MLF-Plänen der NATO

Die Pläne zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO in jeglicher Form sind eine Angerlegenheit, die durchaus nicht nur die Mitglieder der nordatlantischen Gruppierung angeht. Die Verwirklichung derartiger Pläne würde unausbleiblich die europäische Sicherheit als Ganzes, die nationalen Interessen aller Staaten Europas, und nicht nur Europas, berühren. Das Ergebnis wäre eine Ausdehnung des Atomwettbewerbs und die weitere Verbreitung von Kernwaffen, die Zulassung jener Kräfte zu diesen Waffen, deren ganze Politik auf die Aufrechterhaltung der internationalen Spannung und die gewaltsame Revision der in der Welt entstandenen Lage abzielt. Es wäre Blindheit, nicht zu sehen, daß auf dem Wege zur Abrüstung zusätzliche, schwer zu überwindende Hindernisse auftauchen würden und daß auch die mühsame Arbeit vieler Länder und Regierungen zur Gesundung der internationalen Lage und zur Festigung des Friedens untergraben würde.

Die westdeutschen Militaristen möchten ihre Ziele mit Erpressung und Drohungen erreichen. Die multilaterale Atomstreitmacht wird von ihnen als geeignetes Mittel angesehen, um ihre Verbündeten in die von ihnen ausgeklügelten Abenteuer hineinzuziehen und das militärische Potential der NATO in den Dienst ihrer Ziele zu stellen. Die Bonner Revauchisten stellen bereits das letzte Modell des amerikanischen Bösenbombers F 104 her. In Werken der deutschen Bundesrepublik werden bereits mehrere Arten von Kernwaffen auf Grund in den USA erworbener Dokumentationen produziert. Mit Hilfe der multilateralen Atomstreitmacht möchten die westdeutschen Militaristen nun Zugang zu den neuesten Mustern der Atomtechnik, zu den Geheimnissen der Herstellung von Atomwaffen erlangen. Beim jetzigen Entwicklungsstand der Wissenschaft und der Produktion würde es der deutschen Bundesrepublik keine große Mühe bereiten, auch eigene Atomwaffen zu bauen. Dazu brauchten die westdeutschen Militaristen nicht einmal Atomwaffenversuche durchzuführen - die Atomwaffen sind bereits auf amerikanischem Versuchsgelände einsatzreif gemacht worden.

In führenden Kreisen der UdSSR wird erklärt, daß die Sowjetunion auch weiterhin aufmerksam diese gefährlichen Pläne verfolgen und, falls notwendig, zusammen mit ihren Verbündeten die erforderlichen Schluffolgerungen ziehen und entsprechende Maßnahmen zum Schutz ihrer Sicherheit und der Sicherheit ihrer Freunde und Verbündeten treffen wird.

9. Faltblatt, herausgegeben vom Direktorium der Deutschen Friedens-Union.

Für den Inhalt verantwortlich: Karl Graf von Westphalen.
MLF-Schutz oder Gefahr

MLF. Diese drei Buchstaben sind die Abkürzung für die englische Bezeichnung "Multi-Lateral Forces" (zu deutsch: vielseitige Streitmacht). Bei uns gebräuchlich gewordene Bezeichnung: Multilaterale Atomstreitmacht der NATO.

Der MLF-Plan sieht vor: 25 Schiffe sollen, als Frachter getarnt, mit Atomraketen ausgerüstet, als schwimmende Raketenbasen auf den Meeren kreuzen. Im Laderaum jedes dieser Handelschiffe werden 8 Polarisraketen vom Typ A 3 (Reichweite 4 730 km) verborgen gehalten. Insgesamt würde also die MLF-Geisterflotte über 200 Polarisraketen mit Atomsprengköpfen verfügen.

Ein solcher Atomsprengkopf entspricht der Vernichtungskraft von 35 Hiroshima-Bomben. Die Gesamtbestückung der MLF-Flotte bringt also die Wirkung von 7 000 solcher Bomben.

Was ist die MLF?

Carl Friedrich von Weizsäcker, Professor an der Universität Hamburg sagt:

"Die MLF erscheint als der einzige Not, wie die Bundesrepublik der Verfügungsgewalt über thermonukleare Waffen nahekommen könnte. Die Bundesrepublik ist zugleich das einzige Land im zentraleuropäischen Bereich, das offen territoriale Ansprüche stellt."

Sebastian Haffner, Kolumnist im "SPIEGEL", stellt, bezugnehmend auf die Fehler Deutschlands im ersten Weltkrieg fest: "Die MLF ist ein neuer, an Wahnsinn grenzender Riesenfehler dieser Art. Ich würde mir gewissenes vorkeinen, wenn ich nicht wenigstens meine Stimme dagegen erhoben hätte, solange noch Zeit ist."

Der amerikanische Kolumnist Walter Lippmann nennt die MLF "amateurhaft, naiv und äußerst unklug".

Der britische Premierminister Harold Wilson sagt:

"Wir glauben, daß eine gemischt-bemannte Überwasser-Flotte die Stärke des Westens nicht erhöht. Sie würde wahrscheinlich nur zu einer Verzettelung der Stärke des Bündnisses führen und könnte die Schwierigkeiten, die einem West-Ost-Ubereinkommen entgegenstehen, vergrößern."

Der britische Feldmarschall Montgomery zur MLF-Idee:

"... äußerster und vollkommener Unsinn."

Der französische Ministerpräsident Pompidou erklärt:

"Wir müssen uns fragen, ob ein solches Projekt, eine solche multilaterale Streitmacht, nicht zerstörend für Europa, provozierend für gewisse andere Länder und letzten Endes mehr oder weniger gegen Frankreich gerichtet ist."

Wer will die MLF?

Großbritannien	n i c h t
Frankreich	n i c h t
Boglien	n i c h t
Holland	n i c h t
Norwegen	n i c h t .

Alle anderen europäischen NATO-Staaten, wie Italien oder Dänemark, halten sich vorerst zurück. Mit der MLF ließtugeln Türkei und Griechenland. Ausgerechnet jene beiden Länder, zwischen denen ein Krieg gerade noch verhindert werden konnte!

Die einzige Regierung, die die MLF bedingungslos durchsetzen will, ist die Bundesregierung. Sie will, wie Adenauer das ausdrückt: "irgendwie in die Nähe der Atomwaffen". Und Bundestagspräsident Gerstenmaier hofft, mit einer "hinreichend starken atomaren Abschreckung" die Sowjets zu einem "Ausgleich mit dem freien Europa" zwangen zu können.

"Spiegel"-Herausgeber Rudolf Augstein sagt:

"Wieder empfehlen deutsche Politiker, zu denen diesmal auch der reichlich ahnunglose Bundespräsident gehört, einen Krieg, der nicht so sehr auf Krieg wie auf einen von vornherein verlorenen Krieg hinführt. Wieder begeben sie sich sehenden Auges und besten Willens ans Schlittern, den Mund noch voller Rechtfertigung für die überheblichen und vernagelten Narren von 1914."

Was kostet die MLF?

Für die MLF müßte jeder Bundesbürger, vom Säugling bis zum Greis, 15.20 DM bezahlen. Denn die Bundesregierung will von den Gesamtkosten der MLF fast genauso viel übernehmen wie die Amerikaner, nämlich 32 Prozent (USA: 34 Prozent). 32 Prozent – das wären Steuergelder in Höhe von 6,4 Milliarden Mark. Wenn es dabei bleibt! Denn aus Erfahrung wissen wir, daß alle militärischen Projekte am Ende immer mehr kosten als ursprünglich für sie ange setzt wurde. So versicherte Professor Erhard 1955 als Wirtschaftsminister, daß die Aufrüstung der Bundeswehr jährlich 9 Milliarden nicht übersteigen werde, in Spannungszeiten könnten es höchstens 11 bis 12 Milliarden werden. Heute haben wir einen Wertat von 20,3 Milliarden Mark ausgewiesener Rüstungskosten.

Wenn heute die Bundesrepublik für die MLF vorerst einmal 6,7 Milliarden aufbringen soll, so bedeutet dies nicht und nichttern: höhere Preise, Verstärkung der inflations listischen Tendenzen, weiterer Abbau der Stabilität der Währung.

"Ein Volk, das nicht Maß hält in seinen Rüstungsausgaben, darf sich nicht wundern, wenn es wieder einmal Kanonen statt Butter erhält". (Gewerkschaftszeitung "Druck und Papier").

Aber die MLF kostet uns nicht nur eine Unmenge Geld. Kommt es aus irgendeinem Grunde, und sei es auch nur durch ein Versehen, zum Ab schuß einer einzigen Rakete, kostet sie uns alle auch noch das Leben. Denn dann bricht in Europa der Atomkrieg aus.

Warum MLF?

Konrad Adenauer, CDU-Vorsitzender, meint:

"Wir müssen innerhalb der NATO Vorkehrungen treffen, die den Entschluß, Kernwaffen zu gebrauchen, ermöglichen, noch vor der Ankunft einer Antwort des amerikanischen Präsidenten."

Franz Josef Strauß, CSU-Vorsitzender, brüstet sich:

"Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte verschwinden zu lassen."

Baron Freiherr zu Guttenberg, außenpolitischer Experte der CSU, schreibt:

"Um wirksam zu sein, muß die westliche Strategie der Ab stellung also auch die Bereitschaft einschließen, unter gewissen Bedingungen noch vor dem Gegner zu nuklearen Waffen zu greifen."

Rudolf Augustein fragt im "Spiegel":

"Ist es dann gelogen, daß Offiziere des Verteidigungsministeriums sich zu Amtszeiten des Ministers Strauß mit Studien beschäftigt haben, ob man gegnerischen Angriffsabsichten - wie erkennt man die? - mit einem vorbeugenden Atomschlag, einem preemptive strike, zuvorkommen könne?"

Der amerikanische Professor für Politik an der Columbia-Universität New York und ehemaliger Kennedy-Erater, Amitai Etzioni, sagte vor der Arbeitstagung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler:

"Es besteht in den Vereinigten Staaten eine ernsthafte Befürchtung, daß Westdeutschland Kernwaffen benutzen könnte, um die Wiedervereinigung zu erpressen."

Wen schützt die NLF?

Niemand. - Wen gefährdet sie? Uns alle. Die Gegensätze zum Osten werden verschärft. Unsere Bindungen zum Westen gehen verloren. Frankreich fühlt sich durch die NLF bedroht; Die Achse Bonn-Paris besteht nur noch auf dem Papier. Großbritannien hat sich in Washington gegen die Bundesrepublik stark gemacht. Bundeskanzler Erhard wollte den NLF-Vertrag noch in diesem Jahr, notfalls allein mit den USA, unter Dach und Fach bringen. Der gemeinsame Protest vieler Staaten hat das verhindert.

Aber nicht nur von den westeuropäischen Partnern, sondern auch von den Vereinigten Staaten selbst würden wir durch die NLF isoliert. Die NLF eröffnet nämlich die Möglichkeit, in Mitteleuropa jenen Atomkrieg zu beginnen, den die USA nicht wollen. Die Vereinigten Staaten sind nicht bereit, sich in einen solchen Krieg verwickeln zu lassen. Das veranlaßt Professor Etzioni von der New Yorker Columbia-Universität, zu folgern:

"Eine der wichtigsten Wirkungen der NLF ist, uns aus Europa rauszubringen, so schnell wie wir nur können. Dies ist nicht die Absicht, aber es wird das Ergebnis sein."

Die Politik der Bundesrepublik ist mit ihrem Drängen nach Atomwaffen und ihrem Ja zur NLF im Begriff, gerade dies für Mitteleuropa zu erreichen.

1c. "CHRIST UND WELT" 28. August 1964/Nr. 35
aus General a.D. Speidel:
Die Verteidigung Europas

Um der NATO ein stärkeres politisches und militärisches Mitspracherecht für den Einsatz von Mittelstreckenraketen zu geben, war 1960, noch unter der Eisenhower-Regierung die Aufstellung einer Polaris-U-Boot-Flotte zur Diskussion gestellt worden. Die hohen Kosten, die lange Bauzeit und das Kongressverbot, die für den U-Boot-Atomantrieb bestehenden US-Geheimhaltungsbestimmungen für die NATO freizugeben, haben dann zu dem Entschluß geführt, diese wirksamste Waffe der NATO nicht zur Verfügung zu stellen, sondern sich mit einer schnelleren verfügbaren und billigeren Überwasserflotte, bestückt mit Polaris-Raketen, zu begnügen. Der Vorteil eines

schwimmenden Missile-Systems - nämlich größere Handlungsfreiheit - gilt dabei auch für die MLF.

Die Rolle der MLF

Die USA haben darüber eingehende Studien mit folgendem Ergebnis durchgeführt: Die militärische Wirkung ("affectiveness") ist brauchbar, die Sowjets können bei einem Gegenschlag die MLF mit großer Wahrscheinlichkeit nicht vernichten. Die Bauzeit eines Überwasserschiffes beträgt 30 bis 60 Prozent der Bauzeit eines U-Bootes, die Ausbildungszeit der Besatzung nur 42 Monate gegenüber 48 bis 50; die Ausbildung der gemischten Mannschaft ("mixed manning") ist einfacher. Die Kosten eines Überwasserschiffes (10 000 Tonnen, 21 Knoten, 40 Tage auf See) betragen nur 70 bis 75 Prozent der Kosten für den U-Boot.

Die multilaterale Streitmacht soll der Festigung des Zusammenhalts in der Allianz, zu einer stärkeren Integration der Bündnispartner führen und das beruhigende Gefühl einer engeren Verbindung zu den amerikanischen Kernwaffen geben. Sie soll der wachsenden Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen entgegenwirken. Eine Ergänzung der MLF durch landgestützte Mittelstreckenraketen der NATO, wie sie gelegentlich von britischer Seite vorgeschlagen wird, ist erwügenswert. Keinesfalls sollte sich jedoch dadurch die ohnehin schwierige Aufstellung der MLF hinauszögern. Sie ist vom militärischen und bündnispolitischen Standpunkt eine notwendige zusätzliche Sicherheitsgarantie für Europa, wennauch nicht das Allheilmittel, als welches sie gelegentlich in der öffentlichen Diskussion hingestellt wird. Die Bedeutung der MLF liegt politisch vor allem darin, daß sie einen Weg zum weiteren Ausbau des NATO-Bündnisses aufweist.

Was sollte geschehen?

Um Sicherheit und Glaubwürdigkeit zu behaupten, erscheinen folgende neue Maßnahmen wesentlich: Reorganisation und Schaffung einer militärischen Spitze der NATO; Unterstellung sowohl mobiler landgestützter als auch seegestützter Raketen zur Feindbekämpfung im operativen Bereich (MLF) zur Verfügung des NATO-Oberbefehlshabers in Europa; zweckmäßige Regelung der Einsatzbefugnis für atomare Waffen innerhalb und außerhalb der NATO; personelle und materielle verstärkung der Landstreitkräfte in Westeuropa und unmittelbare Unterstützung durch entsprechende Luftstreitkräfte; Verbesserung der gegenwärtigen Dislozierung; Schaffung von Reserven; Erhöhung der bereits im Frieden der NATO unterstellten Verbände ("assigned forces") aller Kategorien; einheitliche Unterstellung aller Assigned-Verbände bereits bei einfachem Alarm ("simple alert") unter dem NATO-Oberbefehlshaber; Vereinheitlichung von Ausbildung und Dienstzeiten aller NATO-Partner; Vereinheitlichung der Logistik; Verkürzung der Mobilmachungszeiten, Ausbau und Integration der Luftverteidigung.

Die NATO hat in den 15 Jahren ihres Bestehens sicher manche Kriege erlebt, aber immer war das Gemeinsame stärker als alles Trennende. Der Atlantikpakt hat der Welt den Frieden bewahrt und die Unversehrtheit aller Mitgliedsstaaten gewährleistet. Nicht ohne Grund betrachtet deshalb die Sowjetunion

die NATO als das entscheidende Hindernis, das sich ihren Plänen entgegenstellt. Die Gründe der sogenannten akuten NATO-Krisen liegen nach meiner Ansicht darin, daß zwei neutrale Fragen ungelöst sind: die Verfügung über die Nuklearwaffen und die Abstimmung unter den Bündnispartnern über den Kurs in weltpolitischen Fragen. Wenn wir von einer latenten Krise sprechen wollen, so mag sie darin liegen, daß die NATO-Partner zwar von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Abwehr überzeugt sind, nicht aber vom unbeugsamen Willen zur Überwindung der sowjetischen Ideologie und ihrer expansiven Kraft. Wir leben in einer geteilten Welt, ohne weitere Teilung wäre gefährlich. Die gemeinsame Verteidigung Europas bedingt Einigkeit und gegenseitiges Vertrauen.

Wir stehen in der gewaltigen, oft sich überstürzenden Technik des Atomzeitalters, in einer neuen Welt. Unsere menschliche Aufgabe bleibt aber semper talis - so behält bei uns Soldaten der Satz oberste Gültigkeit: "Zuletzt ist es doch der Mensch, der sich schlägt." Es bedarf der Pflege, der Erziehung, der Führung, des Geleits. Dazu tun Hilfe, Mitarbeiter und Mitführen des Politikers, aller Bürger not. Auch sie kennen in allen Bezirken des Lebens die schwere, aber so schöne Aufgabe, anvertraute Menschen zu Persönlichkeiten und trotz Atomzeitalter zu ritterlichen Tugenden zu erziehen.

Wir müssen unsere im Bündnis aufgegangenen Streitkräfte in der Idee erziehen, daß unser nationales Schicksal sich nicht im eng nationalstaatlichen Denken entscheidet. Es beruht auf der gemeinsamen Behauptung der freien Welt, ihrerer Ordnungen der Freiheit und der Rechtsgleichheit, der ethischen Werte des Abendlandes gegen die Weltmacht des Kommunismus.

Die militärische Sicherheit für die gesamte Atlantische Gemeinschaft ist unteilbar.

11. "Christ und Welt" vom 23.10.1964
von Hassel in einem Interview:

"Die MLP steht im gemeinsamen Eigentum. Mehrheitsentscheidungen können sich nicht für den Abzug der Atomwaffen und damit gegen Europa ergeben. Die Gefahr eines nuklearen Disengagement ohne europäische Zustimmung ist damit weniger gegeben als früher."

12. "Die Welt" vom 26.9.1964
Dennis Healy, britischer Verteidigungsminister:

"Die nukleare Kampfkraft, die der NATO schon zur Verfügung steht, geht weit über das hinaus, was die Sowjetunion aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten 10 Jahren besitzen wird. Die NATO kann mit ihren Atomwaffen sämtliche Ziele in Rußland und Osteuropa erreichen."

13. "NEUES DEUTSCHLAND" 22. Januar 1965
Kommuqué der Tagung des politischen beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

14. "BULLETIN DES WELTFRIEDENSRATES" November 1964

Mit allen Kräften gegen die MLP

Die Ständige Kommission der CSSR, der DDR, der Volksrepublik Polen und der Sowjetunion zur Untersuchung der Probleme der europäischen Sicherheit führte vom 27. - 29. Oktober in Berlin ein Kolloquium über das Thema: "Die MLP - eine Bedrohung der europäischen Sicherheit" durch. Nach eingehender Analyse der Folgen des von der deutschen Bundesrepublik so hektisch forcierten Vertragsabschlusses über das MLP-Projekt richteten die teilnehmenden Wissenschaftler an die Öffentlichkeit aller Länder den dringenden Appell, "alle Kräfte zum Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu mobilisieren..."

"Es besteht ein organischer Zusammenhang zwischen dem von den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik erhobenen Programm zur Revision der bestehenden Grenzen", heißt es in einer Erklärung, "und dem Streben der Bonner Revanchisten, sich Zugang zum Atomarsenal zu verschaffen. Kernwaffen in den Händen westdeutscher Militaristen würden die Gefahr eines neuen Krieges beträchtlich erhöhen.

Wir wenden uns entschieden dagegen, daß die westdeutschen Revanchisten, die schlimmsten Feinde des Friedens, an Massenvernichtungsmittel herangelassen werden sollen. Es halb müssen all jene, die gegen die Entfesselung eines Kernwaffenkrieges auftreten, darunter auch die nichtkommunistischen Politiker in den westlichen Ländern, ihre Anstrengungen vermehren, um die gefährlichen Pläne zu durchkreuzen, die eine Kernwaffenkatastrophe herbeizuführen drohen. Es muß unverzüglich gehandelt werden, solange die MLP noch nicht geschaffen ist, solange die westdeutschen Militaristen noch nicht am Schaltpult der Kernwaffen stehen."

In der Diskussion hatte Dr. Adam Kruckowski (Polen), auf die Vorschläge hingewiesen, die neben dem Programm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung besondere Bedeutung für Mitteleuropa haben:

Der von der UdSSR vorgebrachte Plan des Abschlusses eines Niedertangriffpaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages;

die Pläne für eine atomwaffenfreie Zone (Rapacki-Plan) und für eine Zone des "Einfrierens" der nuklearen und thermonuklearen Rüstungen (Gomulka-Plan);

der vom Staatsratsvorsitzenden der DDR dem westdeutschen Bundeskanzler unterbreitete Vorschlag für eine Versichtserklärung beider deutscher Staaten auf Kernwaffen.

"Die Regierung der deutschen Bundesrepublik, auf diese Vorschläge einzugehen, ist eine zusätzliche Bestätigung der aggressiven Ziele, die sich die Bundesrepublik mit dem Projekt der MLP stellt", erklärte Dr. Kruckowski.

Aus einer Broschüre vom Präsidenten des britischen Friedenskomitees, Kronanwalt D. N. Pritt:

"Wir sehen daher, daß die NLF für Westdeutschland ein Mittel ist, rascher und vielleicht auch billiger als auf jedem anderen Weg in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Und wir wissen auch, daß es, sobald es das Geforderte erhalten hat, sein altes Spiel "immer mehr zu wollen" weiterspielen wird."

Empfehlung an den AA der CFK

Die Ständige Kommission Friede und Abrüstung hat sich in ihrer Tagung vom 1. - 5.2.1964 in Zürich den Versuch der Theologischen Grundlegung der Studienkommission Abrüstung aus der DDR zu eigen gemacht und bittet den AA diese Grundlegung zu prüfen und als Material der Arbeitsgruppe Abrüstung bei der 2. Allchristlichen Friedensversammlung zu übergeben.

Arbeitsvorlage der Studienkommission Abrüstung
in der DDR an die ~~ständige~~ Kommission Abrüstung
der Christlichen Friedenskonferenz bei ihrer
Tagung vom 1.-5.2.64 in Zürich

I Versuch einer theologischen Grundlegung für
Frieden und Abrüstung

1. Die CFK ist keine bloße Freundschaftsbewegung zum Zweck des unverbindlichen Gedankenaustausches. Es genügt auch nicht zu sagen, die CFK ist nur ein Zusammenschluß vernünftig denkender und handelnder ~~der Kirchen~~ Menschen, die guten Willens sind. ~~Die CFK ist eine Bewegung~~ "Frag" ist Kirche. Die Besinnung auf Wesen und Auftrag der Kirche ist das "Geschäft" der Theologie. Deshalb ist die Besinnung auf die Aufgabe der CFK grundsätzlich Theologie. Es kann nicht darum gehen, der CFK eine "Theologie der Friedensbewegung" anzubieten. Vielmehr geht es darum, daß sich die CFK unter ihrem speziellen Thema "Frieden" um theologische Grundlegung bemüht. Die theologische Grundlegung dient verbindlichen Entscheidungen. In solchen Entscheidungen kann die Kirche zu neuen Einsichten in ihr Wesen und ihren Auftrag geführt werden, hinter die sie nicht mehr zurück kann.
2. Die Kirche weiß um den Frieden, den Gott im Werk der Versöhnung mit der Welt aufgerichtet hat, darum ringt die CFK um die Verkündigung und Gestaltwerdung dieses umfassenden Friedens.

Weil wir um den einzigartigen Frieden wissen, den Gott in Christus mit der Welt geschaffen hat, und weil wir wissen, daß er der Grund für das Friedensreich Gottes unter uns ist, darum haben wir den Mut, den Frieden zu unserem 1. Thema zu erheben. Wir haben dieses Friedensreich Gottes nicht selbst geschaffen, aber Gott nimmt uns in sein Reich des Friedens immer wieder hinein. Von daher wissen wir, daß die Verkündigung der Friedenstat Gottes die Menschheit befreit zum Leben in Frieden. So wissen wir uns selbst aber schon befreit zum tätigen Dienen, zum Mithandeln und Mitratzen hinsichtlich der Gestaltung des Friedens.

3. Im Problem der Rüstung wird der Kirche ein spezielles Thema neben anderen gestellt. Die CFK sieht in der Aufrüstung nicht nur ein militär-technisches Problem. Vielmehr sieht sie ihren Dienst im Kampf gegen alle geistigen Mächte und Gewalten, die der Aufrüstung zugrunde liegen.

Es kann nicht darum gehen, daß wir uns anmaßen, sachliche Probleme der Abrüstung besser zu überblicken und zu behandeln als die verantwortlichen Stellen in den Völkern. Wir werden uns auch hüten müssen, uns in allgemeinen Redensarten zu ergehen. Wir müssen uns vor allem davor hüten, vorschnell theologisch verkürzt und gesetzlich Gebote und Verbote auszusprechen.

Wir werden uns aber unentwegt darum mühen, in dieser Welt der Selbstsicherung, der Angst, des Mißtrauens und des Hasses das Wort Gottes zu sprechen, das zur Befreiung von diesen Mächten und Gewalten hilft. Dies führt uns zum praktischen Einsatz, bei dem uns kein Dienst zu hoch oder zu niedrig sein kann.

4. Für uns gilt:

a) Wir bekennen uns zu Jesus Christus, der sich erniedrigte in seinem Sterben am Kreuz, der aber in dieser Gestalt zugleich - verborgen für die Welt - Herr der Kirche und Herr der Welt ist. Die Botschaft dieses gekreuzigten Herrn gilt der ganzen Welt.

"Das Revier der einen Kirche Christi ist die ganze Welt" (Bonhoeffer gesammelte Schriften Bd.I S.143). Zwar weiß die Kirche um ihr Versagen und ihren eigenen Ungehorsam, aber sie verfehlt ihren Auftrag, wenn sie aufhört, Christus als den Herrn der ganzen Welt zu verkündigen.

b) Das Herrsein Christi ist das einer besonderen Art: Es zeichnet sich vor allem anderen Herrsein dadurch aus, daß es das Herrsein des absolut gnädigen Herrn ist. Dieses gnädige Herrsein Gottes bezeugt schon die Erwählung des Menschen im Menschen Jesus Christus; und dann: die Menschwerdung Gottes im Menschen Jesus Christus; weiter: der Tod Jesu Christi für die Sünde des Menschen; und zuletzt: die Auferstehung für das Leben des Menschen. Diese Menschlichkeit Gottes ist der verpflichtende Grund der Mitmenschlichkeit des Menschen. Sie stellt uns den Menschen als von Gott erwählt, geliebt und umsorgt vor Augen. Diese Beschreibung des Herrseins Christi als des gnädigen Herrn deutet bereits auf den besonderen Charakter dieses Herrseins hin. Das Herrsein Christi läßt sich als ein Dienen am Menschen bestimmen. In seinem dienenden Leiden erweisen sich die Sorge Christi um den Menschen und die besondere Gestalt seiner Macht. Denn gerade in seiner Ohnmacht am Kreuz läßt er, der Herr und Richter ist, das Gericht Gottes am Menschen zuerst an sich selbst geschehen.

Im Namen dieses gnädigen Herrn ergeht unser Wort an alle Menschen für den Menschen.

1. An alle: weil Christus der Herr der ganzen Welt ist.
2. Für den Menschen: weil Christus der Gott für die Menschen ist.

c) Gott will das Heil des Menschen, den Menschen jedoch droht Unheil. Der von Gott erwählte, geliebte und umsorgte Mensch steht heute in großer Gefahr. Sein innerer und äußerer Bestand ist auf das höchste bedroht.

Sichtbarer Ausdruck dieser Bedrohung ist die gewaltige Aufrüstung in unserer Zeit. Durch die Friedenstat Gottes erkennt die Kirche, daß die Mächte und Gewalten der Selbstsicherung, der Angst, des Mißtrauens und des Hasses entlarvt und entmächtigt sind. Wir haben - zuerst in unseren eigenen Reihen - die Entlarvung und Entmächtigung zu verkündigen.

Im Bereich eines jeden Weltsystems sehen wir die durch Christus gewonnene Chance zu wahrem Menschsein, zugleich aber auch die durch den Menschen selbst heraufbeschworene Gefahr, das wahre Menschsein zu verfehlten.

- d) Gottes Gebot ist Hilfe gegen alles Unheil. Dieses verpflichtende Gebot des gnädigen Herrn suchen wir zu erkennen, zu hören und so zu verkündigen, daß es nicht als richtendes Gesetz, sondern als Hilfe des gnädigen Herrn verstanden wird.

"Die Kirche muß im Entscheidungsfall eines Krieges etwa nicht nur sagen können, es sollte eigentlich kein Krieg sein, aber es gibt auch notwendige Kriege und nun jedem Einzelnen die Anwendung dieses Prinzips überlassen, sondern sie sollte konkret sagen können: geht in diesen Krieg oder geht nicht in diesen Krieg. Ein Gebot muß konkret sein oder es ist kein Gebot (Bonhoeffer gesammelte Schriften Bd. I S. 146). Im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen gibt es keine Alternative mehr.

- e) Wir sind uns dessen bewußt, daß eine theologische Grundlegung nur dann rechte Hilfe ist für notwendige Entscheidungen, wenn wir in der Lauterkeit, zu der uns das Evangelium verpflichtet und ermutigt, forschen, prüfen, raten und entscheiden.

Wir fordern mit Bestimmtheit, daß die Wahrheit der Offenbarung in Jesus Christus zum Maßstab für jede theologische Grundlegung genommen wird. Ethische Entscheidungen können entsprechend ihrem existentiell-persönlichen Charakter einseitig sein; in jedem Falle müssen sie aber durch das Gebot Gottes begründet, erläutert und geprüft werden.

Zu diesem Dienst sind unseres Erachtens alle Kirchen in der Welt aufgerufen. Es wäre ein großes Geschenk und eine Hilfe für die Gemeindeglieder und für die Welt, wenn die Kirchen in der Friedensaufgabe eins werden könnten.

II. Möglichkeiten und Folgerungen

Diese theologische Grunderkenntnis eröffnet uns den Weg zum Menschen, macht uns Mut zum Einsatz für den Menschen und gibt uns die Antriebskraft zum konkreten Friedensdienst. Zugleich aber verpflichtet sie uns, dem Weg Gottes zum Menschen zu folgen und uns für den Frieden unter den Menschen einzusetzen.

Weil der Krieg dem Evangelium und dem Gebot Gottes widerspricht, haben wir allem entgegenzutreten, was einen Krieg psychologisch und materiell vorbereitet.

1. Wir haben in der durch zahlreiche Gegensätze auseinandergerissenen Welt einen Ort der Verständigung abzusehen, an dem das Verständnis für einander geweckt wird und wachsen kann.

Das bedeutet nicht die Aufgabe der verschiedenen ideologisch-politischen Standorte im Sinne eines billigen Kompromisses. Allerdings können wir in der Friedensfrage nicht neutral bleiben, sondern weil uns Jesus Christus für den Frieden in Dienst genommen hat, ergreifen wir für den Frieden Partei und wollen einen Weg für menschliche Beziehungen ebnen.

2. Dazu gehört, daß wir uns ständig um sachliche Informationen und Analysen der Weltsituation (Krisenherde, ideologische Entwicklungen, technische Fortschritte, Abrüstungspläne) bemühen. Schon sachliche Informationen können dazu beitragen, die Ursachen des Kalten Krieges zu beseitigen (Ressentiments, Antikommunismus, Rassendiskriminierung, Mißtrauen und Revanchedenken). Auch der Propagierung militärischer Überlegenheit sollten wir entgegentreten, weil sie die Gefahren eines Krieges verschleiert.

Für uns Deutsche ist von besonderer Wichtigkeit, daß wir uns diesen Problemen in Auseinandersetzung mit unsrer Vergangenheit stellen.

3. Der Friede in unserer Welt ist an mehreren Orten durch Haß und Mißtrauen zwischen Rassen und Völkern gefährdet. Die Kirchen in der Welt sollten überall den Mut haben, Gruppen einzusetzen, die die streitenden Parteien ins Gespräch bringen und damit zur Überwindung von Haß und Mißtrauen beitragen. Es sollten unseres Erachtens in allen Ländern der Welt unter

den Christen Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, die das Friedensproblem und alle mit ihm zusammenhängenden Fragen behandeln. Hierzu gehört das Gespräch mit allen, die als Experten (Wirtschaftler, Wissenschaftler) einen wichtigen Beitrag zu leisten in der Lage sind. Es ist auch ständig zu prüfen, mit welchen Gruppen und Bewegungen die Christen in der Welt zusammenarbeiten können. Alle, die sich echt für Frieden und Verständigung einsetzen, sind unsere Partner.

Wichtig ist der Dialog zwischen den Deutschen in beiden deutschen Staaten. Es muß gelingen, die Atmosphäre des Kalten Krieges zu beseitigen. Jeder Deutsche soll in seinem Staat verantwortlich mitarbeiten und sich vor Verleumdungen und eventuellen Mißverständnissen nicht scheuen.

4. Da der Krieg nicht mehr ein Mittel zur Lösung politischer Konflikte sein kann, ist die Wehrdienstverweigerung als ein Beitrag des Einzelnen zum Frieden anzusehen. Er kann aber faktisch kaum mehr sein als eine ständige Herausforderung und Mahnung an die jeweilige Regierung, konkrete Schritte für die Abrüstung zu wagen. Diese Möglichkeit des Friedensdienstes sollte von der CFK erkannt werden.
5. Wir begrüßen jede Initiative in der Abrüstungsfrage und stellen uns hinter sie.

Die CFK und andere Organe bieten Material an, damit die Gemeindeglieder über Möglichkeiten und Probleme einer allgemeinen Abrüstung sachlich informiert werden können.

Unsere verheißungsvollste Waffe im Kampf um Frieden und Abrüstung ist und bleibt die Verkündigung des Wortes Gottes in Evangelium und Gebot. Mit dem Gebot wollen wir die Christen für den Friedensdienst verpflichten. Mit dem Evangelium wollen wir die Welt zum Friedensdienst ermutigen. Unser Hauptanliegen sollte sein, Menschen zum Engagement für den Frieden zu rüsten.

III. Die Kirche als Diakon in den Bemühungen um Frieden und
Abrisstung in der gespaltenen Welt.

1. Christen sind berufen, den gerechten und barmherzigen Willen von Gott, dem Herrn der Menschen und Völker, zu bezeugen. Um Zeuge sein zu können, müssen sie sich mühen, die "technischen Faktoren" zu erkennen.
2. Kirchen könnten in allen Gebieten der Welt Gemeinschaften sein, in denen die ständige Analyse der Weltprobleme vorgenommen wird. Sie könnten in der Lage sein, jederzeit zu zeigen, was oder wer das Haupthindernis für den Frieden ist.

Zu dieser Arbeit gehört:

- a) ein Vergleichen der verschiedensten Abrüstungspläne (Rapacki-Plan, Eden-Plan u.a.)
 - b) ein Feststellen der derzeitigen Krisenherde
 - c) ein Daraufachten, daß gleiche Worte in der gleichen Sache doch verschiedene Konzeptionen bedeuten können.
3. Wir leben in einer Zeit des Gerichts, in der wir die Folgen der falschen Entscheidungen der Väter auszutragen haben.
 4. Falsche Entscheidungen lassen sich nicht durch Kriege korrigieren. Krieg ist heute keine Möglichkeit mehr. Krieg ist SÜNDE!

"Es gibt viele Gebiete in der Welt, wo jahrelang sogenannte "begrenzte" Kriege getobt haben. Aber die Übel, die sie in ihrem Gefolge mit sich gebracht haben - Subversion, Terror, Gegenterror, Korruption der Polizei und die Korrumperung der politischen Werte, Konzentrationslager, Flüchtlinge, selbst Völkermord - , waren deshalb nicht weniger schrecklich oder böse".

Wo Christen aus Gewissensgründen keinen Waffendienst leisten können, sollten die Kirchen dieser Haltung Verständnis entgegenbringen und sollte der Staat diese Haltung respektieren.

Auch der psychologische Krieg (Kalte Krieg) hat die gleichen Übel im Gefolge. Zur psychologischen Kriegsführung gehört auch Spionage. Diese führt immer zum Mißtrauen zwischen den Nationen und erhöht die Spannungen.

Kirchen sollen sich mit keiner der vorhandenen Ideologien identifizieren - dadurch helfen sie, den Kalten Krieg einzudämmen.

5. Das Ziel aller Abrüstungen ist:

..... mit Hilfe eines machtvollen internationalen Kontrollapparates das Leben der Menschheit gegen Kriege abzusichern.

Die Notwendigkeit der schrittweisen Entwicklung auf dieses Ziel hin ist der Menschheit bewußt zu machen.

Nachwort:

Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß unsere theologischen Einsichten politische Konsequenzen haben. Auch wenn wir aus Kirchen unterschiedlicher Traditionen kommen und die theologischen Akzente anders setzen, sind wir auf ein Ziel ausgerichtet: Wir wollen eine befriedete Welt. Friede ist unser Programm. In der Nachfolge Jesu Christi trachten wir alle danach, dieses Programm Gestalt werden zu lassen.

An den 18 Mächte-Abrüstungsausschuß in Genf

Die Ständige Kommission Abrüstung der Christlichen Friedenskonferenz hat vom 1. - 5.2.1964 in Zürich ihre 2. Arbeitstagung durchgeführt, sie hat von der Tätigkeit des 18 Mächte-Abrüstungsausschusses Kenntnis genommen und dankt dem Ausschuß für alle verantwortliche Arbeit, die er für den Frieden unter den Völkern leistet.
Wir hoffen, daß mit Ihrer Hilfe die Regierungen der Völker Möglichkeiten finden, weitere Abkommen im Blick auf die Einstellung der Kernwaffenversuche zu schließen.

Wir unterstützen alle Bemühungen, die uns einem dauerhaften Frieden in der Welt näher bringen.

In diesem Sinne gedenken die Mitglieder unserer Kommission - SU, Großbritannien, BRD, DDR, Niederlande, Schweiz, Ungarn, CSSR, VP Polen - in ihren Kirchen zu wirken.

Material zum Hiroshima-Tag

Prof. M. v. Ardenne: "Zur Weiterentwicklung der explosiven Kernwaffen seit Hiroshima"

I. "Damals und heute" (Auszug) Vortrag ist etwa 1956 gehalten

Fassen wir die seit Hiroshima erfolgte Kernwaffenentwicklung kurz zusammen, so sehen wir die Menschheit vor folgende Situation gestellt:

Damals betrug die Bombengröße c.02 Millionen Tonnen TNT.

Heute beträgt das Energiedäquivalent der größten im Versuch eingesetzten Bombe 45 Millionen Tonnen TNT. Das bedeutet also eine Größensteigerung der Bomben seit Hiroshima im Verhältnis 2200 : 1.

Damals betrug der Durchmesser der Kreisfläche völliger Vernichtung 2,4 km.

Heute beträgt der Durchmesser dieser Kreisfläche des Todes bei der größten Atombombe, noch geschätzt, etwa 34 km.

Das bedeutet also eine Zunahme der Fläche völliger Vernichtung seit Hiroshima etwa im Verhältnis 200 : 1.

Damals betrug die eingesetzte Bombenzahl 2.

Heute muß mit einem Vorrat an Atombomben von mindestens 50 000 gerechnet werden. Das bedeutet also eine Steigerung der Bombenzahl seit Hiroshima etwa im Verhältnis 25000 : 1.

II. "Über die Wirkung von Atomwaffen" v. Prof. M. v. Ardenne

Aus "Atomkraft Fluch oder Segen" Broschüre der Parteileitung der CDU, 1957.

<u>Waffe</u>	<u>Negatonnen TNT-Equivalent</u>
A-Bombe, taktisch	0,015
A-Bombe, Kaliber 28 cm	0,015
A-Bombe, strategisch	0,12
H-Bombe, Typ 1952	5
H-Bombe, Typ 1954	15
H-Bombe, Typ 1955	45

III. "Unesco Kurier" November 1964 Nr. 11

Linus Pauling: "Ein Gelehrter gibt Auskunft"

Ausschnitt aus der Ansprache prof. Paulings, in der er sich über das Testbanngesetz, die Atomwaffen und die Notwendigkeit einer Abrüstung äußert. (Sommer 1964, Paris)

"Das Standardmaß für eine moderne Atombombe ist 20 Megatonnen (1 Megatonne = 1 millionen Tonnen). Die Sowjetunion hat eine 60 Megatonnenbombe zur Explosien gebracht, die offenbar die beiden ersten Stufen einer 100 Megatonnen-Bombe darstellte. Eine 100 Megatonnenbombe enthält nur etwa 3 1/2 Tonnen explosives Material und kann wahrscheinlich in einer einzigen großen Rakete von einem Kontinent zum anderen befördert werden. Aber 100 Megatonnen-Bombe sind nicht sehr sinnvoll, da eine

20 Megatonnen-Bombe bereits so groß ist, daß sie jede Stadt der Erde zerstören kann. Eine 20 Megatonnen-Bombe, die über irgendeiner Stadt der Erde explodiert, würde sie vollständig zerstören und die meisten Bewohner töten, sie würde einen Kreis von 20 km Umfang bilden. Sie würde in einer Entfernung von 50 - 100 km Brände verursachen, deren Folge ein entsetzlicher Feuersturm wäre. Sie würde die Menschen durch die unmittelbare Strahleneinwirkung und durch den radioaktiven Niederschlag schädigen. Sogar Menschen, die sich 300 km entfernt aufhielten, würden getötet.

Im zweiten Weltkrieg wurde eine Reihe von großen Bombenangriffen auf deutsche Städte durchgeführt. 1000 Flugzeuge, jedes mit 4 furchtbaren "Hauerbleckknäckern" beladen, zerstörten einen großen Teil der Stadt Hamburg und töteten schätzungsweise 75 000 Menschen.

Wenn heute ein solcher Angriff - etwa auf Paris - geflogen würde, morgen ein weiterer Angriff mit 1000 Flugzeugen, ein weiterer am folgenden Tag und so fort, Tag für Tag, vierzehn Jahre lang, dann hätten die abgeworfenen Bomben die Zerstörungskraft einer einzigen 20 Megatonnen-Bombe".

"Nun schleudert eine 20 Megatonnen-Bombe, die in der Atmosphäre oder auf der Erdoberfläche zur Explosion gebracht wird, radioaktives Material in die Atmosphäre, das nach unseren zuverlässigen Schätzungen bei 550 000 ungeborenen Kindern schwere Schäden oder den Tod bewirkt.

IV. L. Pauling "Leben oder Tod im Atomzeitalter" S. 224
Aus der Botschaft Albert Schweitzers: (24.4.1957)

"Es gibt zwei Arten von Wasserstoff-Uranbomben und Wasserstoffbombe. Die Wirkung der Uranbombe beruht auf der bei dem Zerfallen des Urans frei werdenden Energie. Bei der Wasserstoffbombe beruht das Freiwerden von Energie auf der stattfindenden Umwandlung des Elementes Wasserstoff in das Element Helium.

Ihrer Art nach sind die Effekte der beiden Bomben die gleichen. Aber der einer der neuesten Wasserstoffbombe soll, nach manchen Schätzungen, zweihundertmal stärker sein als der Wirkungsgrad der Bombe von Hiroshima.

Zu diesen beiden Atombomben ist neuerdings die Kobaltbodyne als Superatombombe hinzugekommen. Ihre Wirkung soll die der stärksten bisherigen Wasserstoffbombe um ein Vielfaches übertreffen.

V. "Die Kirche" Nr. 27/65 (Kochßen statt Tempel)

Der Chemiker, der Dr. Hellstein durch die Stütze des Grauens führte, sagte:

"Als ich einen Tag nach der furchtbaren Vernichtung in Hiroshima stand, wußte ich mit einem Mal, daß ich nicht nur in meinem Fachgebiet arbeiten soll, sondern daß ich für die Veränderung der Gesellschaft mitverantwortlich bin und an der Situation in der Welt mitzuwirken habe."

Stellungnahme zur MLF

Mit Genugtuung hatten wir in der letzten Zeit zur Kenntnis genommen, daß die Einsicht in die Notwendigkeit allgemeiner und kontrollierter Abrüstung unter den Völkern gewachsen ist.

Die verschiedenen konkreten Schritte der Staaten auf dem Wege zu einer abgerüsteten Welt wurden von uns begrüßt (z.B. Moskauer Vertrag über Atomteststopp, freiwillige Beschränkung der Herstellung spaltbaren Materials durch die Großmächte, Einrichtung der Telefonverbindung zwischen Moskau und Washington).

Wir haben ferner zur Kenntnis genommen, daß die SU und die USA weiterhin um eine Politik der Entspannung bemüht sind. Umso mehr sind wir über Pläne beunruhigt, die die Gefahr eines Krieges in Europa nicht verringern. Mit Besorgnis stellen wir fest, daß die USA dem Streben bestimmter europäischer Regierungen nach Atomwaffen Rechnung tragen und ihrerseits einen Plan für eine multilaterale Atomstreitmacht in Europa entwickelt haben.

Die MLF ist unseres Erachtens in erster Linie ein politisches Problem, der militärische Wert ist in Fachkreisen noch sehr umstritten. Eine ganze Reihe militärischer Fachverständiger schätzt den militärischen Wert der MLF gering ein. Die Verwirklichung der MLF jedoch würde eine jede Entspannung und Sicherung des Friedens in Europa verhindern.

Für uns ist es erschütternd, feststellen zu müssen, daß mit der MLF und auch allen anderen Plänen zur Schaffung einer Atomstreitmacht die BRD Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu bekommen versucht. Damit setzt sie ihre "Politik der Stärke" fort. Die BRD ist das einzige Land in Europa, das offen territoriale Ansprüche stellt. Auch wenn die Regierung der BRD versichert, daß sie diese Ansprüche auf friedliche Weise durchzusetzen gedenkt, führt die Forderung nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen in der Weltöffentlichkeit zu großen Misstrauen. Die Völker haben nicht vergessen, daß von deutschen Böden in den letzten 50 Jahren zwei Weltkriege ausgegangen sind.

Der Atomphysiker Heinzäcker hat vor nicht allzu langer Zeit gesagt:

"Die Angst vor ausbrüchen deutscher Irrationalität sitzt für unser Jahrhundert unseren Nachbarn im Blut."

Die Pläne über die MLF und andere Pläne für eine atlantische Atomstreitmacht laufen der Sicherung des Friedens in Europa zuwider. Vielfach spielt das Argument der Verteidigung gegen den Kommunismus eine Rolle.

Es gibt aber auch Nato-Staaten, die auf eine atomare Verteidigung verzichtet haben.

Univierständlich hat der Politische Beratende Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in seiner Tagung vom 19. - 20.1.65 in Warschau vor der Verwirklichung der MLF gewarnt. Er hat zum Ausdruck gebracht, daß mit der Bildung einer NATO-Atomstreitmacht die BRD die Wiedervereinigung Deutschlands abschreibt. Die Alternative zu dem Plan der Bildung einer NATO-Atomstreitmacht ist die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, eine Verzichtserklärung beider deutscher Staaten auf Atomwaffen und die Vorbereitung und Durchführung einer Weltabstimmungskonferenz.

Die Regierungen der Großmächte und der europäischen Länder sollten alle Pläne, die einen möglichen Weg zur Abrüstung beinhalten, erneut prüfen und weitere Schritte zur Abrüstung gemeinsam beschließen.

Christen können zu allen den Frieden bedrohenden Plänen nicht schweigen. Wir wollen die Versöhnung der Menschen und ein Leben in Frieden um unseres Herzen Jesus Christus willen.
Wir wollen, daß die Regierungen im Ost und West miteinander sprechen und alles tun, daß die politischen Spannungen nicht verschärft, sondern abgebaut werden.

Ein Entscheid für die MLP ist unseres Erachtens gleichbedeutend mit einem Entscheid gegen eine Ost-West-Entspannung. Wer für den Abbau der Spannungen ist, muß sich gegen die MLP entscheiden und alles tun, daß Wege zur Inhaltung des Friedens in Europa gefunden werden.

Über die MLF (von Heinz Ludwig)

Vorgeschichte

Der Kommentator der "New York Times", C.L. Sulzberger, berichtete, daß bereits im Jahre 1958 der damalige Verteidigungsminister Strauß mit Paris ein Geheimabkommen schloß, demzufolge die BRD finanzielle Hilfe und technische Mittel für die Entwicklung der französischen Atomstreitmacht zur Verfügung stellen wollte. Als Gegenleistung sollten aus den französischen Beständen Atomsprengköpfe geliefert werden. Diese sollten vorerst in Frankreich gelagert werden.

Vermutlich war dieses Geheimabkommen überhaupt der Anlaß zu dem amerikanischen Plan, eine multilaterale Flotte aufzustellen. Die USA wollten das Streben der BRD nach eigenen Atomwaffen unter Kontrolle behalten.

Entstehung:

1960 Diesem Geheimabkommen folgte zunächst 1960 der Vorschlag General Norstads, die NATO als "Vierte Atemmacht" aufzubauen.

1961 Da dies unrealisierbar war, entwarf Kennedy 1961 seinen Plan der multilateralen Flotte (MLF).

Dieser sah den Bau von 25 Überwasserschiffen vor, die insgesamt mit 200 amerikanischen Polaris-Raketen bestückt werden sollten.
(Die USA verfügen über 40 000 Raketenwaffen.)

Es war vorgesehen, daß die kleinen Alliierten den Admiral auf dem Schiff und Teile der Besatzung stellen, die USA jedoch weiterhin allein die Verfügungsgewalt über die atomaren Sprengköpfe behalten.

Diese Verfügungsgewalt sollte durch ein Vetorecht wahrgenommen werden, d.h., es sollte allein dem amerikanischen Offizier der Code-Schlüssel für den Feuerbefehl bekannt sein.

1962 Im Juli 1962 änderte sich die Position.

Kennedy erklärte, daß die USA bereit wären, den kleinen Nebel - gemeint war die Verfügungsgewalt über die 200 Raketen - einem vereinigten Europa zu übergeben.

Damals erwarteten die USA, daß sich ein vereinigtes Europa in Form einer Föderation in den siebziger Jahren bilden würde. In diesem Anfangsstadium war der Plan der MLF noch harmlos, da die USA davon ausgingen, daß England ein Teil des vereinigten Europa sein würde und ein entscheidendes Gegengewicht gegen Frankreich und die BRD darstellen könnte.

Kennedy wünschte diese Einheit einerseits, andererseits aber fürchtete er sie, nämlich als Grundlage einer unabhängigen Atemmacht Europa. Dem vorzubeugen war der Sinn der "Hentel-Konzeption", deren wichtigste technische Funktion eben die MLF übernehmen sollte.

1963 1963 rückten alle Einigungschancen für Europa in weite Ferne, als General de Gaulle in seiner Rede vom 14. Januar 1963 die "Tür gegen England endgültig ins Schloß warf."

Überzeugt von der Unwiderstehlichkeit des gaullistischen Sieges auf das übrige Europa (vor allem auf die BRD) wollten nun die Amerikaner das MLF-Projekt benützen, um den "französischen Seuchenherd" zu isolieren, vor allem aber, um den letzten der Treuen, die BRD, enger an sich zu binden. Die BRD natürlich, besorgt um die amerikanischen Schutzgarantien und begierig nach nationaler Aufwertung griff bedenkenlos zu.

Eine Entscheidung über den Auslösemechanismus, über die Befehls-
gewalt war 1963 zwar nicht gefallen, jedoch ging der Trend dahin,
die MLF in europäische Verfügungsgewalt zu entlassen.
Diese Entlassung der MLF in europäische Kontrolle würde bedeuten,
daß die USA ihre bisherige alleinige Verfügungsgewalt über die
200 Raketen auf die europäischen Mitglieder übertragen, die eine
Entscheidung durch Mehrheitsbeschuß herbeiführen müßten.
Nach einer ineffizienten Meldung sollten dabei die Stimmen nach
dem Beitrag des jeweiligen Mitgliedsstaates zur MLF gewogen
werden. In bezug auf die BRD bedeuteten das bei einer Nichtbe-
teiligung Großbritanniens 80 %, bei einer Teilnahme desselben 70 %.
Nach einer anderen Meldung hätte die BRD die Hälfte aller
notwendigen Mittel stellen wollen.
Theoretisch hätte zwar die BRD keine eigenen Kernwaffen erhalten,
aber durch ihren hohen Beitrag besäße praktisch die BRD die über-
legene Majorität in der MLF und damit zugleich auch allein die
Verfügungsgewalt über den Einsatz der 200 Polaris-Raketen.
Damit bekam der ursprüngliche Plan der MLF, die BRD nicht an eigene
Kernwaffen heranzulassen, ganz andere Formen.

- 1964 1964 änderte sich das Bild noch einmal, zunächst zugunsten der
BRD.
Frankreich war – auf dem Weg, selbst Atomnacht zu werden – nie
begeisterter Anhänger der MLF. Es erklärte offen seine Nicht-
Teilnahme an diesem Projekt.
Das veranlaßte Ludwig Erhard zu der Erklärung, daß sich die
BRD notfalls auch bilateral an der MLF beteiligen würde. Die USA
entfalteten daraufhin eine rege Tätigkeit, um bis Jahresende
wenigstens den Vertrag über eine bilaterale Atomstreitmacht ab-
schließen zu können.
Der BRD gelang die Einführung einer im Oktober 64 bekanntgewor-
nen "Europäisierungsklausel", die vorsieht, daß die Befugnisse
der MLF-Organe auf die Organe einer europäischen Staatenverbündung
im Rahmen der NATO übertragen werden können. Dies hätte dazu
geführt, nicht nur das amerikanische Votorecht aufzuheben, sondern
Washington gänzlich aus der MLF hinauszudringen. General
Norstad's Plan einer "Vierten Atomnacht Europa" wäre damit auf
Umwegen realisierbar geworden.

Die BRD drängte ungestüm, den MLF-Vertrag noch vor Jahresende zu
unterzeichnen, um dem Bundestag die Möglichkeit zu geben, das
Vertragswerk bis zum Ende seiner Legislaturperiode im Juni 1965
zu ratifizieren ungeachtet der Tatsache, daß die anderen NATO-Part-
ner diesem Plan ablehnend gegenüberstehen.

Daß es 1964 nicht mehr so weit kam, ist lediglich dem Wahlsieg
der Labour-Party in England und dem Einsatz des neuen britischen
Außenministers P.G. Walker zu verdanken.

Bei seinen vertraulichen Gesprächen mit Johnson und Rusk erreichte
er, daß die USA zunächst die Unterzeichnung des bilateralen Ver-
trages der MLF unbefristet zurückstellten.

Das heißt nicht, daß das ganze Projekt der MLF – das ist deut-
bedeutsam – verworfen wurde. Lediglich die Unterzeichnung wurde auf
einen späteren Termin als Dezember 64 verlegt.
Außerdem hat Gordon Walker kein generelles Nein der neuen Labour-
Regierung zu einer mit Atomwaffen bestückten Streitmacht der
NATO ausgesprochen. Er versicherte lediglich der amerikanischen
Regierung, daß sein Kabinett den MLF-Vertrag in der jetzigen Form

nicht akzeptieren könne. Zugleich gab er zu verstehen, daß es aber bereit sei, einen Beitritt Englands wohlwollend zu prüfen, wenn einige britische Vorstellungen über die Bewaffnung und die Innere Struktur der MLF in den Vertrag aufgenommen würden.

Die militärische Seite der britischen Änderungswünsche sieht die Verringerung der Zahl der Polaris-Schiffe von 25 auf 10 vor. Daneben schlagen die Briten die Einbringung aller in Europa stationierten Mittelstreckenraketen in die MLF vor. Schließlich erklären sie sich bereit, ihre eigenen Bomber, atombombentragende Langstreckenflugzeuge der MLF ebenso einzugliedern, wie jene noch in Bau befindlichen Atom-U-Boote.

Damit würde England als zweite Atommacht neben den USA den entscheidenden Anteil an der Bewaffnung der MLF stellen. Das militärische Übergewicht der BRD, die nach dem bisherigen Plan nahezu die Hälfte der Polarisfrachter finanziert hätte, würde dadurch erheblich reduziert werden.

Noch wesentlicher aber sind die Einschränkungen, die das Bringen Bonns nach atomarer Verfügungsgewalt erfahren würde. Die Vorstellungen der Labour-Regierung basieren auf der Einführung eines doppelten Vetos. Das eine läge bei den USA und stünde außerhalb jeden Zweifels, da es verwaltungstechnisch nicht ansutzen wäre. Das andere läge bei den europäischen Teilnehmern, die durch Mehrheitsbeschluß entscheiden müßten. Wird dabei das Stimmrecht nach dem Anteil der eingebrachten Waffen bzw. Mittel bemessen, hätte sich Großbritannien eine deutliche Vorrangstellung gesichert.

Diese politischen Aspekte der britischen Vorstellungen haben die Kritik Bonns in ganz besonderem Maße herausgefordert. Die BRD sieht hier ihre Pläne und Hoffnungen im Raum bedroht.

So gewinnen wieder jene Kräfte an Einfluß, die sich den sichersten und schnellsten Machtgewinn durch eine Beteiligung der BRD an der französischen Ausrüstung versprechen. Bundestagspräsident Gerstenmeier stellte bereits im Oktober 64 die Frage, ob es angesichts der britischen Initiative und der bereitwilligen amerikanischen Reaktion überhaupt noch sinnvoll sei, sich weiterhin an das verweserte MLF-Projekt zu klammern. Er empfahl: "Wir sollten noch einmal alles durchdenken, ehe wir Frankreich durch ein einseitiges Abkommen mit den USA vor den Kopf stoßen."

Der Trend am Jahresende ist unverkennbar: nach der verhinderten Unterzeichnung des MLF-Vertrages eine klare Hinwendung zu Frankreich, der kontinentaleuropäischen Atommacht.

Haltung der einzelnen westlichen Staaten zur MLF

USA

Die USA sehen sich dem immer stärker werdenden Drängen der europäischen NATO-Staaten gegenübergestellt, Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen.

Es wurde das Argument vertreten, daß es das politische und wirtschaftliche Erstarken der westeuropäischen Staaten einfach nicht zulasse, daß das atomare Monopol der USA in "alle Ewigkeit" fortbestehe. Gedreht wurde mit einem Zerfall der NATO, wenn nicht Washington sich entschließen könnte, einen Teil der atomaren Verfügungsgewalt an die europäischen Partner zu delegieren.

So entstand das Projekt der MLF lediglich als Versuch, das atlantische Bündnis zu retten.

Folgende Beweggründe sprachen in Washington mit:

Wenn wir den Deutschen einige wenige nukleare Waffen geben, fragen sie nicht nach mehr.

Wenn wir den Deutschen einige Kernwaffen überlassen, unterstützen sie nicht die französischen Bemühungen um eigene Kernwaffen.

Wenn wir den Deutschen Erfahrungen mit Kernwaffen machen lassen, werden sie erfahren, wie gefährlich diese Waffen sind und aufhören, im Falle eines Konfliktes auf einen früheren Einsatz von Kernwaffen zu bestehen.

Außerdem erhofften sich die USA ein Aufhören des deutschen Druckes, wenn die BRD lernen müste, welche Entscheidungen mit dem Besitz des kleinen atomaren Hebels verbunden sind.

So verfolgten die USA ein doppeltes Ziel:

Das zweite Projekt der MLF soll den immer stärker gewordenen deutschen Drängen nach atomarer Mitsprache Rechnung tragen und doch gleichzeitig dieses Drängen soweit wie möglich entschärfen.

Dieses Entschärfen sollte zunächst durch das unantastbare amerikanische Veto geschehen, später, bei Entlassung der MLF in europäische Verfügungsgewalt war vorgesehen, die in Europa stationierten amerikanischen Truppen einzusetzen, um die BRD daran zu hindern, ein atomares Wagnis einzugehen. Notfalls wollen die USA sich mittels des "heißen Drahtes" innerhalb von 30 Sekunden von ihren europäischen Verbündeten distanzieren. Die USA scheinen trotz NATO-Bündnis und MLF-Projekt nicht bereit zu sein, wegen eines europäischen Konfliktes atomaren Selbstmord zu begangen.

BRD

Es wurde schon wiederholt auf das starke, ausschließlich deutsche Drängen nach atomarer Verfügungsgewalt hingewiesen. Die Motive sind verschieden.

Fritz Erler sieht in der MLF eine Chance für die Erziehung zu atomarer Rationalität.

Kai Uwe von Hassel dagegen sieht die damit verbundene nationale Aufwertung und Haltung, während Franz Josef Strauß hinsiederum einen Ansatz für die deutsche Rolle in einer künftigen Atomnach Europa sieht.

Der Verteidigungsminister v. Hassel forderte, daß eines Tages das amerikanische Veto durch eine Mehrheitsentscheidung innerhalb der NATO abgelöst werden müsse.

In einem Interview von "Christ und Welt" erklärte dieser am 23. Oktober:

"Die MLF steht im gemeinsamen Eigentum. Mehrheitsentscheidungen können sich nicht für den Absug der Atomwaffen und damit gegen Europa ergeben. Die Gefahr eines nuklearen Disangagement ohne europäische Zustimmung ist damit weniger gegeben als früher." Außerdem warnte v. Hassel auf dem Verteidigungspolitischen Kongreß der CDU in Kassel vor einer "Überbewertung der Entspannung."

Offensichtlich erhoffte man sich in Bonn durch die Beteiligung an der MLF vor allem ein deutsches Vetorecht gegen eine mögliche Entspannung in Europa.

Die strategischen Gesichtspunkte spielten dabei eine untergeordnete Rolle. So erklärte der jetzige britische Verteidigungsminister Dennis Healy in einem in der WELT am 26.9. erschienenen Aufsatz, daß das militärische Moment stark gegen die MLF spreche.

Wörtlich: Die nukleare Kampfkraft, die der NATO schon zur Verfügung steht, geht weit über das hinaus, was die SU aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten 10 Jahren besitzen wird. Die NATO kann mit ihrem Atommachten sämtliche Ziele in Rußland und Osteuropa erreichen.

Unter dem Gesichtspunkt der deutschen Sicherheit ist die MLF deshalb völlig überflüssig. Das Verlangen nach diesem Projekt beruht auch gar nicht auf dem Bedürfnis nach mehr Sicherheit, sondern lediglich auf dem starken "Willen zur Macht".

Großbritannien

Eine Beteiligung Großbritanniens an den Projekt war von Anfang an vorgesehen, vor allem unter dem Gesichtspunkt der europäischen Einigung. Durch die Erklärung de Gaulles im Januar 63 wurde jedoch England endgültig ausgeschlossen. Jetzt tritt die neue Labour-Regierung diesem Projekt wieder näher.

Sie tut dies aus folgender taktischer Überlegung: Verweigert die Labour-Regierung ihre Mitarbeit an der MLF, wäre es gewiß noch im Dezember 64 zur Unterzeichnung des Vertrages zwischen Washington und Bonn gekommen.

Damit wäre aus dem MLF eine bilaterale Atomstreitmacht entstanden.

Sie hätte zwar den deutschen Wünschen sehr genau, nicht aber den Vorstellungen der USA mehr entsprochen, die den Vertrag nur mit gemischten Gefühlen unterzeichnet hätten.

Das Anliegen der Labour-Politiker ist nun, das MLF-Projekt von der Seuche her wesentlich zu entschärfen. Deshalb ihre schon genannten Reorganisationsvorschläge. So hat Harold Wilson wiederholt festgestellt, daß eine Labour-Regierung es keiner deutschen Regierung in Ost und West erlauben würde, direkte oder indirekte Kontrolle über den Einsatz nuklearer Waffen zu erlangen.

Seine Formel in der Wahlkampagne lautete: Kein deutscher Finger am nuklearen Drucker.

Er betonte auch immer wieder, daß es notwendig sei, alles zu vermeiden, was von der SU mit Recht als Provokation ausgelegt werden könnte.

In diesem Sinne bemüht sich die Labour-Regierung mit ihrer Be-

teiligung an der NLF und ihrer Revision zu leich auch Raum für weitere Entspannungs- und Abrüstungsschritte zu schaffen.

Informierte Kreise sprechen davon, daß bereits interne britisch-sowjetische Gespräche stattgefunden haben, die eine gewisse Änderung der sowjetischen Haltung angesichts der Aktivität der Labour-Regierung im Rahmen der NLF-Planung denkbar erscheinen lassen.

Zusammengestellt:

Etzioni, Weltsicherheit ohne Abrüstung, Zeitschrift Atomzeitalter Heft 9/64

Koch, Fehlkonstruktion NLF, Zeitschrift Atomzeitalter Heft 10/64

Blätter für deutsche und internationale Politik:
Labour und die NLF S. 838

Der Notstand der Bonner Politik S. 849

Die Politik der neuen Labour-Regierung S. 873.

3) 1959 - 1967: 1959 wurde auf der 15. Vollversammlung der UNO der Gedanke der allgemeinen und vollständigen Abrüstung gutgeheissen, ein erstes Zeichen für eine internationale Verantwortung hinsichtlich der atomaren Bedrohung. Neue Probleme atomarer Rüstung: Absicherung durch Einbunkerung der atomaren Basen oder hohe Beweglichkeit (strategische Bomber und Atom-U-Boote) und dadurch veranlasst Produktion von Overkill-Kapazitäten für den "zweiten Schlag". Gleichzeitig die Entwicklung der McNamara-Strategie der abgestuften Vergeltung, des lokal begrenzten Krieges und seiner Eskalation. Erweiterung der Atommächte um Frankreich (1960) und China (1963). 1963: Moskauer Atomteststoppabkommen. Gründung eines neuen Abrüstungsausschusses der UNO (CCD). Weiterentwicklung der Rüstung: ABM-System, MIRV. Dieser Abschnitt ist durch erste Übereinkünfte und gleichzeitig ein vorläufiges Ende der weiteren Entwicklung der Waffen gekennzeichnet, da deren Installation die Wirtschaft jener Länder an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit bringen würde.

4) Ab 1968: 1968 - ein Vertragsvorschlag - seitens der UNO - über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, dem in der Folgezeit ausser China und Frankreich fast alle Staaten beigetreten sind. Während die CCD Kommission sich mit der regionalen Begrenzung der Beschränkung auch unterirdischer Versuche und dem Verbot der B- und C-Waffen beschäftigte, nahm auf Anregung der UdSSR (Ende 1968) nach den Präsidentenwahlen in den USA im November 1969 die bilaterale SALT-Kommission ihre Arbeit zur Begrenzung der Kernwaffenvorräte und Systeme auf. Zu einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer und toxischer Waffen sowie über deren Vernichtung kam es im April 1972. In den SALT-Verhandlungen ging es um den Begriff strategischer Waffen und eine möglichst umfangreiche Begrenzung derselben in Kombination mit der Begrenzung der ABM-Systeme. Eine erste Übereinkunft konnte im Mai 1972 unterzeichnet werden.

III. DER CHRISTLICHE ZUGANG

Die theologische Motivation der Förderung der Abrüstung ist in verschiedenen christlichen Kirchen und Gruppen verschieden akzentuiert. Die biblische Botschaft wird immer wieder neu und in neuen Dimensionen entdeckt. Das Gebot: "Du sollst nicht töten" erklingt angesichts der Massenvernichtungswaffen in einer noch nicht dagewesenen Tragweite. Die systematisch-theologische oder soialethische Orientierung zeigt, dass eine kirchliche Konzeption des "gerechten Krieges" prinzipiell nicht mehr haltbar ist. Eine allgemeine und totale Abrüstung ist unumgänglich geworden und zwar aus folgenden Gründen:

a) in einer Zeit der Rüstung von unerhörtem Ausmass geht es tatsächlich entweder um die Zukunft des ganzen menschlichen Geschlechts oder um die Möglichkeit eines allgemeinen und totalen Selbstmordes der Menschheit. Da hat sich jede sich auf Massenvernichtungsmittel stützende Macht als Ohnmacht in der realen Lösung der internationalen Probleme gezeigt. (Nota bene: Es ist ja letzten Endes ganz egal, ob man bei dem heutigen Stand der Wettrüstung pro Kopf nur eine Bombe oder Tausend Bomben hat).

b) die Allgemeine und totale Abrüstung ist der einzige Weg, auf dem die brennendsten Fragen der heutigen Menschheit (Beseitigung des Hungers, der wirtschaftlichen Probleme, Bewältigung der Probleme der Bevölkerungsexplosion, des Umweltschutzes usw.) zu lösen sind.

c) Die allgemeine und totale Abrüstung schliesst jede Möglichkeit eines katastrophalen ABC-Unfalls aus. Das Wettrüsten bedeutet dagegen nicht nur Unsinn, sondern - von christlichem Standpunkt aus - Sünde gegen Gott den Schöpfer, den Veröhner und den Erlöser der Welt.

IV. STELLUNGNAHMEN DER CFK ZUR FRAGE DER ABRÜSTUNG

Die Christliche Friedenskonferenz ist vor allem als Protest gegen das Wettrüsten, gegen die atomare Bedrohung der Welt in der Zeit des kalten Krieges entstanden. Die christliche Friedensbewegung hat Christen verschiedener Konfessionen zusammen geschlossen, darunter auch solche, die angesichts der politischen Probleme durchaus nicht einer Meinung waren. Desto bemerkenswerter ist es, dass die Stellungnahmen der CFK in der Sache der Abrüstung äusserst eindeutig sind, und dass diese Stellungnahmen Einmütigkeit widerspiegeln. Wir wollen einige wichtige Stellungnahmen in zeitlicher Reihenfolge anführen:

a) 1. CFK, 1958: "Angesichts der tödlichen Gefahr, die die Menschheit bedroht, lässt uns dafür eintreten und unsere Regierungen bitten, dass zur Entspannung eine atomwaffenfreie Zone errichtet wird, dass die Atomwaffenversuche eingestellt, alle Massenvernichtungsmittel geächtet und zerstört werden und dass die Staatsmänner zur Lösung der Weltprobleme bald auf höchster Ebene zusammentreten".

b) 3. CFK, 1960: "Wir bitten die verantwortlichen Staatsmänner dringend, im Interesse des Lebens der Menschheit in voller Verantwortung für die Versöhnung und die Verständigung zwischen den Völkern alles nur mögliche zu tun, die Prinzipien der auf der XV. Vollversammlung der Vereinten Nationen einmütig angenommenen Resolution von der allgemeinen und totalen Abrüstung konsequent zu verwirklichen, den kalten und heissen Krieg als politische Mittel für immer auszuschliessen."

c) I. ACFV, 1961: Die Aufgabe der Arbeitsgruppe "Abrüstung" "Die Gruppe wird sich nicht mit allgemeinen Stichworten über den Frieden zufriedengeben dürfen, sondern sie wird die der Weltöffentlichkeit bei verschiedenen Gelegenheiten vorgelegten Vorschläge studieren, ihre Vorteile und Mängel prüfen, um am Ende den vom Standpunkt der gläubigen Christen relativ besten Weg für die weiteren Bestrebungen um Abrüstung anzudeuten... So werden wir auch denen helfen, die die Verantwortung für politische und internationale Ordnungen auf ihren Schultern tragen, denen, die den heutigen Menschen in allen Ländern durchdachte Vorschläge zur Abrüstung und zur friedlichen Lösung der Weltprobleme vorlegen... Mit noch grösserem Aufwand werden wir rufen, dass alle Massenvernichtungsmittel schnellstens liquidiert werden, und dass unverzüglich mit der allgemeinen Abrüstung unter Kontrollmassnahmen begonnen wird, über die sich die Staatsvertreter einigen müssen." (Referat von J.L.Hromádka: Friede auf Erden).

"Wir müssen alle Christen, alle Völker der Welt aufrufen, auf die Regierungen und die Organisation der Vereinten Nationen einzzuwirken, mit möglichst bald allgemein und vollständig abgerüsstet und eine wirksame internationale Kontrolle hierüber ausgeübt wird, denn das hiesse durchaus im Sinne des Christentums handeln. Wir müssen fordern, dass bis zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung sämtliche Kernwaffenversuche unbedingt und sofort eingestellt und verboten werden, denn sie sind verhängnis-

voll und schädlich für die Gesundheit und das Leben der Menschen, und widerspricht dem eigentlichen Zweck der göttlichen Schöpfung."

(Metropolit Nikodim: "Friede in der Nachfolge Christi")

d) 1963, AA-Erklärung: Der Arbeitsausschuss der CFK stellt fest, dass "das Moskauer Abkommen ein Schritt zur Errichtung der Versöhnung und des Friedens zwischen den Völkern sein wird."

e) 1964, II. ACFV: "Wir sind froh über viele gute Entscheidungen von Staatsmänner in den letzten Monaten, die Anlass zu Hoffnung geben. Wir denken an das Moskauer Abkommen über die teilweise Einstellung der Kernwaffentests. Wir denken auch an die Reduzierung von Rüstungsetats. Wir rufen auf, alle Bemühungen, von welcher Seite sie auch immer kommen, zu unterstützen, die geeignet sind, die atomare Bedrohung auszuschalten und die Vorschläge für eine allgemeine, totale und kontrollierte Abrüstung zu verwirklichen".

(Botschaft an die Kirchen und Christen)

"Wir appellieren an Sie, die Anstrengungen der Genfer 18-Staatenkonferenz zu forcieren, damit ihre Arbeit zu baldigen weiteren Ergebnissen führt. Schon jetzt wären nach unserer Auffassung folgende Abrüstungsschritte möglich: Stop des Rüstungswettlaufs, weitere Verminderung des Militäretats, Einfrierung von Kernwaffenvorräte, Einstellung auch der unterirdischen Kernwaffenversuche, Schaffung atomwaffenfreier Zonen, Verzicht auf militärische Stützpunkte auf fremden Gebieten... Wir bitten Sie auch, dafür Sorge zu tragen, dass die UNO für ihre Verpflichtungen, die sie im Sinne der Charta der Vereinten Nationen wahrnimmt, die erforderliche Unterstützung erfährt".

(Aufruf an die Regierungen, Parlamente und massgebende Persönlichkeiten der Welt)

f) III. ACFV, 1968: Aus dem Bericht der Arbeitsgruppe für das Studium internationaler Probleme: "Es wurde festgestellt, dass die politischen und sozialen Probleme der gegenwärtigen Zeit durch eine weltweite effektive Abrüstung gelöst werden könnten... Der einzige erkennbare Schritt vorwärts wurde mit einem gemeinsamen Vorschlag der Sowjetunion und der USA zu einem Übereinkommen über einen Nichtweiterverbreitungsvertrag vorgenommen. Wir sind überzeugt, dass es theoretisch zwei Möglichkeiten für die Forderung nach Abrüstung gibt: Erstens das Verlangen einer totalen Abrüstung; zweitens die Forderung nach stufenweiser Abrüstung aller Waffen. Das Ziel muss die endgültige Beseitigung aller Waffen sein. In der Praxis jedoch müssen wir auf einer stufenweisen Abbau der Waffen drängen. In diesem Zusammenhang wurde der Nichtweiterverbreitungsvertrag als ein Meilenstein auf dem Weg zur Abrüstung angeführt."

g) IV. ACFV, 1971: "Drei Vorbereitungskonferenzen, die in Prag 1958, 1959 und 1960 stattfanden, haben ihre Aufmerksamkeit überwiegend der Abrüstung gewidmet, und insbesondere der Notwendigkeit, das Kernwaffenverbot herbeizuführen... Am 12. Juni 1968 gab es auf der 22. Sitzung der Vollversammlung der UNO bei der Abstimmung eine überwältigende Mehrheit für den Vertrag der Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen, welcher am 1. Juli 1968 dann von den Depositarstaaten (Sowjetunion, Großbritannien und

Vereinigte Staaten von Nordamerika) unterzeichnet worden ist. Eine grosse Zahl von Regierungen in aller Welt setzte in der Folgezeit ihre Unterschrift unter den Vertrag. In diesem Jahr konnte ein Vertrag geschlossen werden über das Verbot der Lagerung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln auf dem Meeresboden... Weil trotz mehrerer bedeutsamer Übereinkommen zur Begrenzung nuklearer Waffenproduktion ein entscheidender Durchbruch zur Beendigung der wachsenden Aufrüstung und zur Vernichtung der Vorräte nuklearer Waffen bisher nicht erreicht werden konnte, hat die Regierung der Sowjetunion der UNO einen Vorschlag über die Einberufung einer globalen Abrüstungskonferenz unterbreitet, an der alle Mächte teilnehmen sollen ... Jeder Schritt auf dem Wege zur Abrüstung ist ja zugleich ein grosser Erfolg für den Frieden..."
(Hauptreferat von Metropolit Nikodim)

"Das Hauptproblem der gesamten Menschheit in unserer Zeit ist nach wie vor die Abwendung eines militärischen Weltkonflikts, d.h. die Verhütung eines Atomkrieges. Wir haben daher dem Stand der gegenwärtigen Waffentechnik (ABC-Waffen, Produktion neuer Waffensysteme wie MIRV und ABM) besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Den Bemühungen der USA und der UdSSR in gegenwärtig laufenden SALT-Verhandlungen kommen insofern eine grosse Bedeutung zu, als hier der Versuch gemacht wird, den Rüstungswettlauf zu stoppen, ehe er wieder in eine neue Phase einmündet... Wenn wir auf die vollständige Abrüstung drängen, müssen wir doch zuerst die konkreten Schritte beachten, die dazu führen können. Ein Abkommen über die Begrenzung der strategischen Atomwaffen (SALT) ist ein solcher Schritt. Gewisse positive Entwicklungen hinsichtlich eines Abkommens zum Verbot der biologischen Waffen als ein Schritt auf dem Wege zum Verbot der chemischen Waffen können verzeichnet werden."
(Referat von E. Mochalski)

"Die Christliche Friedenskonferenz hat den Kampf gegen die Massenvernichtungswaffen und für die Abrüstung von Anfang an als eine ihrer wichtigsten Aufgaben angesehen. An dieser Richtung ihres Kampfes hat sich nichts geändert. Wir begrüssen daher alle Verträge, die sich auf dem Atomwaffenteststop, auf die Nonproliferation atomarer Waffen, auf Massnahmen gegen einen zufälligen Ausbruch oder gegen ein vorsätzliches Provozieren von Zwischenfällen unter Einsatz von Kernwaffen und auf das Verbot von bakteriologischen Waffen beziehen. Wir unterstreichen zugleich, dass weitergehende Schritte gegangen werden müssen - bezogen auf die strategische Rüstung, auf die chemischen Waffen und auf die konventionelle Rüstung. Aus diesen Gründen unterstützen wir den Vorschlag der Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz, den des Zusammentretens einer Konferenz aller fünf Kernwaffenmächte und die konstruktive Förderung der SALT-Gespräche, sowie der bereits laufenden Abrüstungsverhandlungen in Genf."
(Botschaft der IV. ACFV)

Abschrift

Prag, den 27.2.1970

An das Präsilium des Ausschusses über die Fortsetzung der Arbeit

An die Mitglieder des Arbeitsausschusses

An die Mitglieder des Internationalen Sekretariats

Liebe Brüder,

Indem wir unsere tiefe Verbundenheit mit dem Auftrag und der Bewegung der Christlichen Friedenskonferenz zum Ausdruck bringen und uns der Sache des Evangeliums und den Menschen im Osten und im Westen wie auch in der Dritten Welt und mit sehr vielen geliebten Brüdern für immer verpflichtet wissen, müssen wir zugleich die schmerzhliche Feststellung machen, daß uns gegenwärtig die weitere Mitarbeit in den Gremien des Arbeitsausschusses und des Internationalen Sekretariats durch die Ereignisse und Methoden der letzten Monate unmöglich gemacht ist. Wir haben uns also entschlossen, die Arbeit der Christlichen Friedenskonferenz fortzusetzen, ohne vorläufig an den Veranstaltungen dieser Organe der Bewegung teilzunehmen. Niemand darf hier und anderswo diese unsere Entscheidung als Preisgabe unserer Überzeugung auslegen, daß wir in Solidarität mit den sozialistischen Ländern für den Frieden in der Welt zu arbeiten haben und daß die Geister des Kreuzzuges des Antikommunismus und des kalten Krieges innerhalb und außerhalb der Kirchen ein Verrat an dem uns rufenden Evangelium sind.

Schweren Herzens treffen wir unsere Entscheidung am Abend einer der traurigsten Sitzungen, die wir in der langen Geschichte der Christlichen Friedenskonferenz erlebt haben. Es ging um die Überwindung der Krise, die durch die von außen aufgezwungene Resignation des Generalsekretärs J.N. Ondra und den darauf folgenden Rücktritt des Präsidenten J.L. Hromadka - kurz vor seinem Tode am 27. Dezember 1969 - hervorgerufen war. Es ging um die Neuordnung der Präsidentschaft und des Generalsekretariats.

Es wurde nicht nur die allgemeine Aussprache unterbunden bzw. jeder an die Wurzel der Dinge gehende Beitrag mit Argumenten beiseite geschoben, die an der Sache vorbeigingen, sondern es wurde in den letzten 10 Minuten der Abendsitzung eine Diskussion die Abstimmung über die Ernennung eines interimistischen Generalsekretärs, die

Ersatzung des beigeordneten Generalsekretärs und die Internationalisierung des Stabes erzwungen mit dem Ergebnis von 11 gegen 3 Stimmen von 26 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern! Der Resignationsbrief des Präsidenten, der Resignationsbrief des Generalsekretärs, der Resignationsbrief des Koordinierungssekretärs ebenso wie die Stellungnahme zahlreicher Regionalausschüsse wurden vollständig ignoriert und ad acta gelegt. Es sollte die Arbeit weitergehen, als ob nichts geschehen wäre.

Diese Verfahrenweise am Ende einer langen Reihe von Worten und Taten, die wir mit Geduld und in der Hoffnung auf einen neuen Anfang aus der gemeinsamen Busse und im Vertrauen getragen haben, überschritt die Grenze des Erträglichen:

Wir denken an die Sitzung des Arbeitsausschusses im Februar 1969 in Warschau, in der es unmöglich gemacht wurde, die innere Situation der Bewegung zu diskutieren, so daß schon damals die meisten von uns sich genötigt sahen, sich der Stimme zu enthalten.

Wir denken an die Sitzungen des Internationalen Sekretariats in Fisch und des Arbeitsausschusses in Buckow/DDR im Oktober 1969, in denen ohne vorherige Konsultation mit dem Präsidenten Hromadka ein sachlich nicht begründeter Angriff gegen den Generalsekretär erfolgte und der drin ende Ruf des Präsidenten nach der Einstellung einer Untersuchungskommission über die vermeintlichen Fehler des Generalsekretärs einfach ignoriert wurde.

Drei von uns sind Anfang Februar nach Moskau gefahren, nicht nur um ihren Versöhnungsgeist, sondern auch ihre Bereitschaft für die Zukunft der Bewegung und den Dienst am Frieden zum Ausdruck zu bringen. Sie mußten aber leider erleben, daß unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen ihr Geist durch manche Äußerungen des Internationalen Sekretariats desavouiert wurden.

Die Christliche Friedenskonferenz war in der Vergangenheit der Treffpunkt vieler Christen verschiedener Überzeugungen, die obwohl nicht gleicher Meinungen, durch einen gemeinsamen Glauben und eine gemeinsame Verpflichtung für den Frieden verbunden waren. Unsere heutige Entscheidung ist ein Ruf zur Rückkehr zu dieser Basis. Keiner von uns denkt daran, seine Funktionen in der Bewegung niederzulegen: wir werden aber nur dann die Freiheit haben, wieder an den Sitzungen des Arbeitsausschusses

und des Internationalen Sekretariats teilzunehmen, wenn es klar ist, daß die Christliche Friedenskonferenz bereit ist, sich den Herausforderungen unserer Zeit und dem Ruf der jungen Generation in demselben prophetischen Geist wirklich zu stellen, in dem es ihre Gründer O Hromadka, Iwand, Ullmann, Schmauch und andere/ zu ihrer Zeit taten, wenn es in ihr keine Tabus hinsichtlich von Personen und Problemen und Strukturen der Bewegung gibt. Bis dahin werden wir die Arbeit in unseren Regionalausschüssen in gegenseitiger Konsultation fortsetzen. Wir sind uns darüber klar, daß im äußeren Aufbau mancherlei Verbesserungen nötig sind und stehen solchen Maßnahmen, die unsere äußere Struktur betreffen, nicht gleichgültig gegenüber. Aber wir sind tief davon überzeugt, daß die Krise der Christlichen Friedenskonferenz nicht nur institutioneller Natur ist, sondern zutiefst geistliche Ursachen hat.

Es geht um die Glaubwürdigkeit der Christlichen Friedenskonferenz, um ihre Integrität und ihre Vollmacht. Deshalb der Entschluß, zu dem Sie uns gezwungen haben. Weil wir aber an den heiligen Geist glauben, denken wir, daß dies nicht das letzte Wort für immer ist.

G. Casalis

H. Kloppenburg

L. Franco

E. Louis

H. de Graaf

W.H. Row

I. Jacoby

M. Schwarz

J. Kanitz

Entwurf eines Entschlusses des AA der CFK

Bei der Sitzung des AA am 28. Februar 1970 wurde ein Brief, der an das Präsidium des AFA der CFK, an die Mitglieder des AA und IS der CFK adressiert wurde, vorgelesen, welchen die Mitglieder des AA, Vizepräsident Prof. G. Casalis, Vizepräsident Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg, Prof. Johannes de Graaf, und Dr. Row, die Mitglieder des IS Frau I. Jacoby, Vertreterin des Mitglieds des AA Canon Paton und Pfarrer M. Schwarz, sowie auch der Vertreter unanwesenden Mitglieder des AA Herr. L. France, Pfarrer J. Kanitz und Pfarrer E. Louis, am 26. Februar d.J. unterzeichnet haben, in welchem sie mitteilen, daß sie ihre Mitarbeit im AA und IS aus den Gründen, wie sie angeben, "der Geschehnisse und Methoden der Arbeit binnen letzten Monaten" unterbrechen.

Sofort nach der Annahme des Briefes, schaffte der AA eine Gruppe der Mitglieder des AA und IS in folgender Zusammensetzung: der Metropolit von Leningrad und Nowgorod Dr. Nikodim, Priester Paul Verghese und Prof. Dr. Gerhard Bassarak, welcher angeordnet wurde, ein Treffen mit den Personen zu veranstalten, welcher diesen Brief unterzeichnet haben, damit sie überzeugt entweder ihre Position zu prüfen und ihre Erklärung zurückzuziehen oder einverstanden zu sein, bei der Sitzung des AA gemeinsam diesen Brief zu besprechen. Aber dieses Treffen, an welchem von der Seite der Unterzeichner des Briefes Prof. G. Casalis, Prof. Johannes de Graaf und Herr Leonardo Franco teilnahmen, brachte keine positive Resultate.

Das zweite Treffen, welches von den Vertretern des AA vorgeschlagen wurde, wurde nicht angenommen.

Im Laufe einer gemeinsamen Aussprache und Analyse der Argumente, durch welche die Unterzeichner des Briefes ihren Schritt gerechtfertigen und erklären, wurde der Brief aufmerksam besprochen, hat der AA seine Antwort vorbereitet, wo er seine Position im Bezug auf die genannte Aktion einiger Mitglieder des AA und IS formuliert hat.

Der AA äußert sein tiefes Bedauern zu diesem Vorgehen, welches keine Präcedenz in der Geschichte der CFK hat, einiger Mitglieder des AA und IS, welche sie entschieden haben, die Einheit in der Mitarbeit zu stören, mit den Brüdern, welche einander verbunden sind, in einer Zeit, wo die Spannung der gleichzeitigen internationalen Lage die Einheit der Christen dringlichst fordert, damit sie ihre Verpflichtung im Friedensdienst erwirklichen.

Diese Tat, mögen die Brüder, die den Brief unterschrieben haben sie so rechtfertigen wie sie wollen, bezeugt, daß ihr Empfinden der brüderlichen Liebe zu ihren Mitarbeitern vermindert oder sogar verloren wurde, daß sie keine Ausgang aus der Krise zu finden wünschen und an der Erneuerung der CFK nicht mitarbeiten wollen, sogar mehr als dieses, daß sie sich von der Base de Base der CFK und ihrem Programm entfernen, welches durch die III ACFV formuliert wurde. Wir meinen, daß diese Aktion

unserer Brüder auch ein Resultat dessen ist, das sie sich durch ihre Emotionen richten. Da wir uns um die Vereinigung aller friedlichen Kräfte in der Christenheit bemühen, schließen wir nicht die Tür für ihre Rückkehr zu positiven Tätigkeit in der CFK in der Mitarbeit mit allen Mitgliedern des AA und IS.

Der AA legt das Zeugnis ab, daß er fest entschieden ist, die Prinzipien der christlichen Friedensbewegung zu erhalten, welche in die Base der CFK durch Dr. Bohuslav Pospíšil, Prof. Hans Iwand, Prof. Josef Hromadka und ihrer weiteren Schöpfer gelegt wurden.

Der AA versichert alle Teilnehmer der christlichen Friedensbewegung, daß er stets seine Tätigkeit im Geiste und Prinzipien der Entscheidungen der I., III and III ACFV fortsetzen wird. Der AA glaubt, daß die CFK, mit Hilfe Gottes mit Erfolg in seiner Friedensarbeit, welche zu Pflicht jedes Christen, ist, fortsetzen wird.

brought on "Disarmament and
Development"

Several doubts have grown
in the minds of the people of the
Third World and specially in
India as to whether cuts in the
World Arms Budget leading to
complete disarmament, if ever
that is possible, will
automatically lead to the
previons armament expenditure
being channelled to Third
World development. This
would happen in socialist
economies but to believe
that in free market economies
where arms production is
a necessary massive
investment, which if stopped,
~~the~~ ^{so-called} finance would be

diverted to development, is
far-fetched. It could only
happen that these arms
merchants would rather
to invest the money in
a global business that
world, as in the production
and proliferation in military
hardware, bring them
more money, when quick and
easy returns. What can then

be the relation between
Disarmament and Development

It should also be noted
that the Military Industrial
complex acts in collusion
and oftentimes parallelly with
the Multi-national Agribusiness
complex. One supports the
other and defends ~~each~~ other
with all its might. It is now a
matter of controversy as to
whether it is economically
profitable and wise to
invest funds in the M.I.C.
or in the M.N.A.C. Some financial
experts believe and act in the
conviction that the M.N.A.C. is more
stable and their investments
more secure in the M.N.A.C.

~~So~~ One should not overlook
the fact that the M.N.A.C. has a
deceptive hand on ~~the~~ even the
UN agencies of the FAO, WHO,
ILD etc.

The M.N.A.C. acts with food
outside the domain of hunger.
Tycoons who own the land, the
workers and even control ~~many~~ of the
governments of the Third World
are obviously interested in

3

massive profits and do not
rest on the unprofitable
charitable enterprise of feeding
the hungry.

Food is ^{today} used as a
threat and a political weapon.

Food production is in good
part used ~~to~~ for animal
feed rather than for the
struggling and poor people.
Is it any wonder that
over 10,000 persons die of
starvation every 24 hours, and
that $\frac{2}{3}$ of the world's population
of 4000 million are languishing
in below poverty level?

The controversy ~~goes~~ continues
in the Third World as to whether
the New International Economic
Order will bring some healing
and solution to this complex
problem. No doubt the NIEO
will demand a new set of
relationships and great
changes in the world economy.

But, ^{one} must not overlook
the fact that, without
determining the fundamental

4

fundamental proportionality
drives of the NIEO with
its noble initiatives of an
Integrated Programme of
commodities, transfer of
technology, monetary reform,
and a code of conduct for
Multi-Nationals; whether the
NIEO ~~can ever~~ will ever function
meaningfully within a
capitalist framework. The
question is also asked quite
relevantly whether there is a
sufficient fund of good-will
on the part of the affluent
North to implement the NIEO.

It is also asked in our
countries as to whether, even
if the NIEO becomes a reality,
its benefits will filter to the
masses of the starving, illiterate,
or disease ridden masses
whose only emancipation is
an early death.

Then is there a way out
for the people of the Third
World through the right

standing of "Disarmament and Development". It can only happen with the reality of a new set of relationships coming into being through revolutionary action which brings new property relationships and fresh institutions which will no more be anti-people but filled with possibilities for the development of the people.

The peoples of the Third World are well aware that neither private enterprise based on a free market economy nor a mixed economy of state-private cooperation will not bring the day of the end of exploitation and neo-imperialism, racism and apartheid. It is only through a revolution and change of the political and economic structures that there is hope for the people of the Third World.



From Rev. Christie Ross.

Deputy General

Secretary CPC

Aktion Friedenswoche
B: Roepke
1180 Berlin,
Baderseestr. 8
Gossner-Mission in der DDR

Berlin, im April 1981

Protokoll
der Sitzung am 2. April 1981

anwesend: Berger, Giering, R.-D. Günther, Menthel, Müller,
Ordnung, Peter, Orphal, Roepke, Rosberg, Schmidt,
Stoltz

1. Zum Protokoll der letzten Sitzung
Das Protokoll wird angenommen. In Zukunft soll das Protokoll
nur noch Zusammenfassungen und Beschlüsse enthalten.

2. Die Sitzung am 2. April ist durch eine Grundsatzdiskussion
gekennzeichnet. Dies nimmt so viel Zeit in Anspruch, daß die
Vorbereitung der Friedenswoche mit den vorgesehenen Beiträgen
in der nächsten Sitzung verhandelt wird (4. Mai, 9.00 Uhr,
Göhrener Str. 11, Hof rechts, Keller). An der Diskussion be-
teiligen sich alle. Folgende Punkte bleiben für die Weiterar-
beit wichtig:

- Beteiligung von Gemeinden mit ihren Pfarrern, das "Ja" der
Gemeindeleitung, nicht nur des Pfarrers ist entscheidend.
- Gemeinden müssen schon bei der Vorbereitung mitsprechen.
- Uns muß klar werden, welche Zielgruppe wir vor Augen
haben, "griffigeren Personenkreis".
- denkbare Modelle für unsere Arbeit sind:
 1. überkonfessionell und übergemeindlich mit einer Gruppe
arbeiten, Seminarform etwa 4 Tage
 2. vier Einzelgemeinden in 4 Tagen erreichen
 3. an Personen sich wenden, die als Multiplikatoren wirk-
ken, dann ein Seminar mit diesem Personenkreis
- Nachstehende Gemeinden werden nochmals um Mitarbeit ange-
fragt: Friedensgemeinde - Rottmann
Matthäus - Winkel
Johannesthal - Meinel
Schmöckwitz - Menthel
Stadtjugend- - (Müller stellt Kontakt her)
pfarramt
- Die Friedensproblematik ist als Dauerproblem in unseren
Gemeinden wachzuhalten.

Aktion Friedenswoche
z. H. E. Roepke
1180 Berlin
Baderseestr. 8
Gossner-Mission in der DDR

Berlin, den 12. April 1982

Protokoll der Sitzung vom 22. 3. 1982

anwesend: Hafa, Kölbel, Lübke, Menthel, Ordnung,
Orphal, Passauer, Roepke

1. Zu Beginn bat Roepke, einen neuen Geschäftsführer für die Arbeit zu bestellen. Er gehe demnächst in eine Pfarrstelle nach Potsdam und könne deshalb hier nicht länger mitarbeiten. Die Berufung eines neuen Geschäftsführers wurde auf die nächste Sitzung am 18. Mai verschoben, in der Hoffnung, daß dann mehr Mitglieder des Arbeitskreises anwesend sind. Roepke wurde gebeten, noch einmal die Sitzung zu leiten.
2. Passauer informierte über die inhaltliche Konzeption für die nächste Friedensdekade, die vom 7. bis 17. November stattfinden soll. Thema ist: "Angst, Vertrauen, Frieden". Dazu soll Material erarbeitet werden, das drei Teile umfassen wird:
 - I. Theoretisch-Grundsätzliches. Hier geht es um theologisch-ethische Aspekte und die Frage des Zusammenhangen von Angst und Vertrauen. Grundlage sollen die Seligpreisungen sein.
 - II. Dokumentation. Sie soll Äußerungen zum Thema etwa vom ÖRK-Hearing in Amsterdam und anderes enthalten.
 - III. Bausteine und Aktionsmodelle. Dazu gehören Entwürfe für einen Gottesdienst für einen Jugendabend. Ein Aktionswochenende und ein Friedensgebet für jeden Tag in der Dekade.

Am 7. November soll ein Friedensgottesdienst stattfinden, der gegebenenfalls gemeinsam mit der EKD erarbeitet werden soll.

Für den 17. November ist wieder eine Friedensminute geplant. Der Arbeitskreis Friedenswoche ist angefragt, ob er Vorschläge für den Dokumentationsteil machen kann. Das Material soll bis zum 1. 5. fertig sein, dann an verschiedene kirchliche Gremien gehen und Ende August ausgeliefert werden.

3. Es wurden folgende Aktivitäten des Arbeitskreises zur Vorbereitung der Dekade vereinbart:

- a) Am 26. 4. von 18.00 bis 21.00 Uhr ein Informationsgespräch in der Marienkirche. Ein geladen werden sollen vor allem diejenigen, die während der letzten Friedenswoche schriftlich ihr Interesse an der Weiterarbeit bekundeten (verantw. Mantel). Im Mittelpunkt sollen Informationen über die 2. UNO-Sondertagung zu Abrüstungsfragen stehen. Im Gespräch wird der Frage nachgegangen, was unsere Verantwortung im Blick auf diese Tagung ist.
- b) Nächste Zusammenkunft des Arbeitskreises am 18. 5., 17.00 Uhr, in den Räumen der Aktion Sühnezeichen. Alle Mitglieder sind aufgefordert, an diesem Tag Vorschläge für Angebote für die Friedensdekade vorzulegen.

gez. Carl Ordnung

R. Schuberg

Aktion Friedenswoche
E. Roepke
1180 Berlin, Baderseestr. 8
Gossner-Mission in der DDR

Berlin, den 20.2.81

Protokoll
der Plenarsitzung am 10. 2. 1981

anwesend: Berger, R. D. Günther, Herrbrück, Magirius, P. Müller,
Ordnung, Orphal, Peter, Ringeis, Roepke, Schmidt,
Stolt

Tagesordnung:

1. Zum Protokoll der letzten Sitzung
2. Einstieg in das Thema Friedensdienst
3. Zur Friedenswoche 1981
4. Verteilung neuer Aufgaben
5. Termine

Ordnung/Roepke

Zu 1. Das Protokoll wird ohne Änderungen angenommen. Es muß festgestellt werden, daß einzelne Anwesende die Post nicht erhalten haben. Adressen werden überprüft - Roepke.
Roepke verliest einen Brief von Menthel.

Zu 2. Carl Ordnung und Roepke stellen einige Sachpunkte zur Diskussion:

Ordnung: - Waffen abschaffen ist heute eine Existenzfrage. Abrüstung ist nur eines der aufgelisteten Probleme. Unser Engagement muß auch Rückwirkung auf unser persönliches Leben haben.
- Abrüstung konkret heißt heute, der Plan der Nato, Mittelstreckenraketen in Westeuropa, darf nicht verwirklicht werden.
- Primär geht es, aufs Ganze gesehen, um politische Fragen und nicht um militärstrategische Probleme.

Roepke: stellt verschiedenen Aspekten der Bedrohung die Hoffnung des Christen gegenüber
- Das Ende der Zusammenarbeit hat sich angezeigt, heute ist an vielen Stellen Entspannungsfeindlichkeit festzustellen. Dies wird am Natobeschluß vom 12. Dez. 79 deutlich: Allein in der Bundesrepublik Deutschland sollen ab 1983 108 Pershing II Raketen, Flugzeit für Ziele in der SU 5 - 6 Minuten, stationiert werden. Für europäische Basen sind 464 Marschflugkörper, ausgereiftes Produkt der Mikroelektronik, von Radar nicht zu erfassen, kleine Baueinheit, geringes Gesamtgewicht, vorgesehen.
- Dieser Beschuß hat qualitativ eine neue Phase des Rüstungswettrufs in Gang gesetzt.
- Politiker stellen eine gefährliche Kräfteverschiebung fest.
- Gefahren im einzelnen: Entweder schaffen wir die Rüstung ab, oder die Rüstung schafft uns ab (H. Gollwitzer).

- Der letzte Weltkrieg ist programmiert, es könnte ja auch eine verrückt spielen oder ein technischer Fehler den ersten Schlag auslösen.

Zum theologischen Aspekt:

In unserer Gruppe ist herauszuarbeiten: Ist der individuelle Ansatz festzuhalten oder unser Friedensdienst auf der Hoffnung für die Welt zu begründen. Hoffnung, ein wesentlicher Bestandteil unseres christlichen Glaubens - Hoffnung treibt die Liebe an, zum Menschen, zur Erde, weckt Erfindungsgabe und Elastizität. Hoffnung hat es nicht nur mit einer Person zu tun, nicht nur mit individueller Rettung, sondern immer mit der ganzen Schöpfung. Hoffnung läßt den Menschen dienen, damit die Welt nicht bleibe, was sie ist, sondern werde, was ihr verheißen ist (Moltmann).

An einer folgenden Diskussion beteiligen sich alle.

Orphal: auf Sprachgebrauch achten, 3. Weltkrieg ist nicht einfach der dritte, sondern ganz anders als 1. und 2. Es gibt für den Frieden keine Alternative. Gleichgewicht ist eigentlich nicht mehr zu beurteilen, es gibt keinen Schiedsrichter. Die Führungsrolle der USA stellt eine gefährliche Politik dar.

In unserem Kreis muß man sich auch der Tatsache stellen, daß sich in den Gemeinden kaum jemand für diese Probleme interessiert.

Günther: Gedankentabus sind heute aufgehoben - das fällt auf. Im allgemeinen ist seine Tendenz: Der Friede muß bewaffnet sein!

Müller: Frieden schaffen ohne Waffen, einzige Möglichkeit.

Berger: Nicht so sehr von augenblicklichen politischen Vorgängen leiten lassen. Langfristige Programme entwickeln.
- Frieden ist ein Prozeß der Konfliktbewältigung, darum nicht bei Schalom einsetzen.
- Es geht immer nur um den Frieden von einzelnen Interessengruppen.

Ordnung: Wir haben auch zu fragen, was sind die Ursachen der jetzigen Entwicklung. Zum Beispiel "friedliche Koexistenz" bedeutete für den Westen immer Zementierung des Einflusses, vor allem in der 3. Welt. Jetzt geschehen Veränderungen mit Unterstützung der sozialistischen Staaten, darum verstärken die USA die Konfrontation und militärische Abschirmung.

Zu 3. Es wird die Frage, ob die Friedenswoche an einem zentralen Ort oder dezentralisiert stattfinden soll, diskutiert. Das wird von der echten Beteiligung von Gemeinden und ihren Pfarrern abhängig gemacht. Nach Abstimmung ergibt sich 4 gegen 7 für dezentrale Veranstaltungen.

Der Themenvorschlag und die Gliederung der einzelnen Abende, Vorbereitungskreis (siehe Anhang!), wird übernommen.

Zu 4. Gesprächseinstiege in der Sitzung am 2. April 1981,
Sophienstr. 19 machen:

- | | |
|----------------------------|---------|
| 1. Abend der Friedenswoche | Peter |
| 2. Abend der Friedenswoche | Müller |
| 3. Abend der Friedenswoche | Ordnung |
| 4. Abend der Friedenswoche | Berger |

Menthel wird nach einem Fachmann für Gestaltung Plakat angefragt - Roepke.

Folgende Gemeinden werden um Mitarbeit befragt:

- | | | |
|----------------|---|----------|
| Eliasgemeinde | - | Roepke |
| Christuskirche | - | Ringeis |
| Marienkirche | - | ✓ Roepke |
| Method. Kirche | - | Ordnung |

Es wird festgestellt, daß dabei nach unserem Verständnis nicht nur ein Raum zur Verfügung gestellt werden darf und Gemeindekirchenrat sollen von Beginn an mitarbeiten.

Ein Liedheft evtl. mit Schlusgebet für den Frieden sollen erstellt werden. Lieder sammeln! - Alle

Einzelgespräche werden geführt:

- | | | |
|-------------|---|---------|
| Kern | - | Ordnung |
| Pritzkuleit | - | Ordnung |
| Huth | - | Ordnung |

Für den 4. Mai will Ordnung Dr. Desler um den Einstieg bitten.

Am 2. April evtl. El Salvador (Wer macht Einstieg?)

Zu 5. Nächste Termine sind:

2. April 1981, Sophienstr. 19, 17.00 Uhr (nicht 16. 4.81)
4. Mai 1981, Göhrnerstr. 11, 9.00 Uhr

Anlage

gez. Roepke

Anhang zum Protokoll "Aktion Friedenswoche"
vom 10. 2. 81

Friedenswoche 1981 Termin: 17., 18., 19., 20. Nov. 81
Thema: "Für welchen Frieden beten wir?"

Unterthemen:

1. Abend

"Für einen Frieden mit mehr sozialer Gerechtigkeit?"
Stichworte: Schalom, Friede und Wohlergehen,
Ausbeutung, zwei Weltsysteme, NIWO,
unsere Lebensweise

2. Abend

"Für weniger Waffen in der Welt"
Stichworte: Weltrüstungssituation, Stellung der Kirchen
in der Geschichte zum Krieg, Natobeschlüsse
und Stimmen der Kirchen

3. Abend

"Für mehr Vertrauen trotz Konflikten"
Stichworte: Schalom als Verheißung, Zusammenarbeit, Interessenkonflikte friedlich austragen,
ideologische Auseinandersetzungen

4. Abend (Abschlußgottesdienst)

"Für mehr gelebte Hoffnung"
Hoffnung - wesentlicher Bestandteil unseres
Glaubens (siehe Protokoll!)

Zur Gliederung der Abende:

Jeder Abend soll vier Elemente enthalten.

1. Vision Schalom
2. analytischer Informationsteil
3. Hinweise, Erziehung zum Frieden, Möglichkeiten des Engagements
4. Das Gebet für den Frieden.

7
ges. E. Roepke

Aktion Friedenswoche
H. B. Roepke
1190 Berlin
Raderseestraße 8
Gossner-Mission in der DDR

Berlin, den 9. Februar 1982

Protokoll,
der Sitzung am 25. 1. 1982

Anwesend: Berger, Giering, Hinter, Jacob, Lübke, Magirus,
Montrei, Gräning, Peter, Roepke, Romburg, Rottmann,
Schmidt

einiger Tagesordnungspunkt: Weiterarbeit 1982

Die Sitzung ist durch eine grundsätzliche Diskussion gekennzeichnet. Es geht dabei um die Fragen eines eigenen kirchlichen Konzeptes, um Möglichkeiten einer aktiveren Friedensarbeit und um Hilfen für Eltern bei der Friedensverzeichnung. Zwei Teilnehmer der letzten Friedenswochen eröffnen die Diskussion mit je einem eigenen Beitrag.

Die Diskussion, an der sich alle beteiligen, erbringt Hinweise, einige davon sind:

- intensiver als bisher biblisch-theologisch arbeiten, zusammen mit der politischen Analyse
- klarer über weltpolitische Fragen informieren
- Friede ist in erster Linie eine politische Frage
- dem einzelnen müssen Möglichkeiten der konkreten Mitarbeit gegeben werden
- nicht auf die historische und ökonomische Analyse vorrücken
- unter uns sollten ein paar Berichte formuliert werden, was wollen wir?
- wir sollten unsere verschiedenen Positionen auch darstellen können
- vielleicht müssen wir verschiedene Abende mit unterschiedlichen Themen durchführen.

Zur Weiterarbeit wird folgender Beschluss gefasst:

1. Die AG Friedenswoche sieht ihre zukünftige Aufgabe in der inhaltlichen und personellen Unterstützung der Friedensakade in Berlin
2. Dies geschieht durch gemeinsame Studienarbeit, durch Bereitstellung von Referenten, durch Rundzeitangebote für die Verantwortung in den Gemeinden
3. Die AG fühlt sich für einen gemeinsamen Abschlussgottesdienst mit verantwortlich.

Abstimmungsergebnis: dafür 11, dagegen 1, Enthaltungen 5

Nächste Termine: Montag, 22. März, 17.00 Uhr, Sühnemeeting,
Dienstag, 19. Mai, 17.00 Uhr, Sühnemeeting

ges. Roepke

Herrn Schützen

Aktion Friedenswoche
B. H. B. Rospke
1180 Berlin
Bauderstr. 8

Berlin, den 18. Dez. 1981

Protokoll der Arbeitsgruppe "Friedenswoche" vom 1. 12. 81

anwesend: Giering, Herrdruck, Magirus, Montel, Müller,
Ordnung, Peter, Ringels, Rospke, Romberg, Rottmann
Gäste: Frank Günter, Lübbe-Treptow, Schaffner-Zion

Eine erste Auswertung der Friedenswoche 1981 ergibt:
positiv war:

Durchführung einer Friedenswoche überhaupt,
Veranstaltung in Marien,
letzter Abend in Immanuel,
Meditation 1. Abend Ringels,
Plakate, Liederhefte.

kritisch wird festgestellt:

- zu wenig Information über kirchliche Aktivitäten - Synodalbeschlüsse
- zu wenig Werbung, Ankündigung in Gemeinden
- teilweise zu wenig Einführung in das Thema
- es war nicht immer klar, wer ist unsere Zielgruppe, wo kann die Gemeinde beteiligt werden
- zu wenig auf 18-20jährige eingestellt (vor allem 1. Abend)
- zu wenig Zusage, Vision, Interessiertmachen für das Thema
- an einigen Stellen zu wenig Zeit zur Diskussion
- besser wären, aufrüttelnde Thesen zu entwickeln und mit gewisser Stoßrichtung zu verfolgen.

Die Frage, ob 1982 wieder eine Friedenswoche vorbereitet werden soll, wird mit einem grundsätzlichen "Ja" beantwortet.
Dabei muß stärker mit der Friedensdeklaration kooperiert werden.
Es muß klarer politisch danach gefragt werden, was unsere Aufgabe sein kann.

Für den 25. 1. 82, 17.00 Uhr bei Stühnsen werden wird ein neues Treffen vereinbart. Hier werden Lübbe und andere unter dem Gedanken "Was erwarte ich von der Friedenswoche" einen Gesprächsauftrag vorbereiten. Ordnung trägt dann Gedanken zu "Was ist das Ziel einer Friedenswoche" vor.

ges. B. Rospke

Aktion Friedenswoche
z. H. E. Roepke
1180 Berlin
Baderseestr. 8
Gossner-Mission in der DDR

Berlin, den 10. Nov. 1981

Protokoll der Arbeitsgruppe "Friedenswoche" vom 2. 11. 1981.

anwesend: Berger, Giering, Gartenschläger, Menthel, Müller,
Ordnung, Orphal, Peter, Ringeis, Romberg, Schmidt,
Stolt, Roepke

Für die Friedenswoche 81 werden letzte Abschüttungen getroffen.

1. Zum Ablauf wird festgestellt:

1. Abend: soziale Gerechtigkeit - Christuskirche
2. Abend: Gottesdienst Hoffnung - Marienkirche, Predigt Forck
3. Abend: Vertrauen - Friedenskirche
4. Abend: Abrüstung - Immanuelkirche

Die Einberufer werden bestätigt:

1. Peter
2. Berger
3. Rottmann
4. Menthel

2. Plakate sind in Arbeit, Genehmigung liegt vor. Eine Veränderung im Ablauf muß schnellstens in den Plakatentwurf eingearbeitet werden. Sobald die Plakate fertig sind, führt Roepke sie auf Nachricht von Menthel aus.

3. Zur Struktur und Frage der Verantwortung

Die Gruppe stellt fest: Wir haben nicht einen Leiter der Friedenswoche. Die Verantwortung trägt die ganze Gruppe. Der Kreis beauftragt einen Geschäftsführer (1981 Roepke), der die Organisation und die Außenbeziehungen zu staatlichen und kirchlichen Stellen wahrnimmt.

4. Die Gruppe diskutiert, was zu tun ist, wenn die Veranstaltungen nicht so ablaufen, wie das von uns geplant ist. Texte der Buniessymode sollen für jeden Abend bereitstehen (verantw. Berger, Giering).

Es werden keine Reportagen von Filmen oder Fernsehaufnahmen von westlichen Nachrichtenagenturen zugelassen. Die Gruppe wird wachsam sein gegenüber Leuten, die die Veranstaltungen für sich missbrauchen wollen.

5. Lieder: Schmidt und Peter übernehmen es, einen Liederzettel mit zusätzlichen Informationen zusammenzustellen und schreiben zu lassen. Wenn dieser bis zum 9. 11. bei Roepke ist, wird dieser das technisch fertigstellen.
Begleitung der Lieder: In diesem Jahr suchen wir jemanden, der mit der Gemeinde neue Lieder einübt und singt. Diesen "Einzelkünstler" wird Berger werben.

6. Die Kollekte wird für 4 unterschiedliche Projekte angesagt:

1. Abend: Nicaragua
Vorstellung des Projektes: Peter
2. Abend: Kinderkrankenhaus Warschau
Vorstellung des Projektes: Peter
3. Abend: Kampuchea
Vorstellung des Projektes: Roepke
4. Abend: Indien
Vorstellung des Projektes: Roepke

7. Termin für ein Auswertungsgespräch wird für den 1. Dez., 17.00 Uhr, Sophienstraße, Jungmännerwerk festgelegt.

ges. B. Roepke

Aktion Friedenswoche
E. Roepke
1180 Berlin, Baderseestr. 8
Gossner-Mission in der DDR

Protokoll
der Plenumssitzung am 12. 12. 1980

anwesend: Berger, Braune, Giering, Günter, Gutsch, Herrbrück,
Magirus, Mentzel, P. Müller, Ordnung, Peter,
Pritzkuleit, Roepke

In einer ersten Runde wird die durchgeführte Friedenswoche im Nov. 1980 erörtert. Grundtendenz: Es war gut, ein solches Unternehmen durchgeführt zu haben, es gab aber schwerwiegende Mängel.

Die Analyse ergibt:

- Wir haben das gestellte Thema selbst nicht erfaßt.
- Wir haben die inhaltlichen Fragen unter uns nicht genügend ausdiskutiert.
- Die Leitung funktionierte nicht.
- Es gab organisatorische Schwächen.
- Die Veranstaltungen haben "neben" der Ortsgemeinde stattgefunden.
- Die Vorbereitung war sehr unterschiedlich. Alles ist schließlich an einzelnen Personen hängengeblieben.
- In der Aktionsgruppe stimmt noch nicht alles.
- Theologisch muß angefragt werden, was man sich mit der Zettelaktion am Schlußgottesdienst vorgestellt hat - Zettel nach etwa 20 Minuten auf den Altar - es betet?

Allgemein wird festgehalten, daß das Nebeneinander von mehreren Unternehmungen der Kirche zum Frieden unglücklich war.

In der zweiten Runde geht es um die Frage der Weiterarbeit. Alle Teilnehmer sind sich einig, daß die "Aktion Friedenswoche" fortgeführt werden soll. Das Thema "Frieden" ist wichtig, und das Interesse wächst in unserer Kirche.

Bedingung im Blick auf 1981:

- andere Organisationsstrukturen versuchen
- Leitungstruktur verbessern
- Zusammenarbeit mit anderen Unternehmungen anstreben, z. B. Jugendarbeit
- es wird die Frage gestellt, ob mehrere Friedenswochen in Bln.-Brandenburg angestrebt werden sollen
- die Materialfrage muß bedacht werden
- kann ein Arbeitskonvent mit engagierter Mitarbeit gebildet werden?

Da sich eine breite Mehrheit positiv zur Weiterarbeit äußert, wird beschlossen, in Berlin, 1981, wieder eine Friedenswoche durchzuführen. Das Thema soll in einer Vorbereitungssitzung

Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg
Missionarischer Dienst
"Aktion Friedenswoche"
Berger/Roepke
1058 Berlin, Göhrener Str. 11
Tel.: 448 40 50

den 11. 3. 1980

Protokoll
der Sitzung vom 4. 3. 1980

Beginn: 14.50 Uhr (geplant 14.30 Uhr),

Ende: 17.45 Uhr

Anwesend: Berger, Giering, Günther, Henkert, Herrbrück, Huth,
Jacob, Kern, Menthel, Ordnung, Peter, Pritzkulsit,
Roepke, Schmidt, Waziewik

ohne Nachricht fehlten:

Müller - Jungmänner Werk und Gemeindepfarrer aus
Gemeinden, die früher beteiligt waren. (Auf einen
Brief von Roepke hat keiner reagiert.)

entschuldigt: Stadtjugendpfarramt

Tagesordnung:

1. Zum Protokoll
2. Termine
3. Ort Friedenswoche 1980
4. Fond
5. Inhaltliche Arbeit der Gruppe
6. Presse/Werbung
7. Technisches

Zu 1

Protokoll der Sitzung vom 28/29. 1. 1980 wird angenommen.

Zu 2

Die Gruppe trifft sich am 15. Mai 1980, 14.30 Uhr, 1058 Berlin,
Göhrener Str. 11 (rechts über den Hof).

Zu 3

Eliasgemeinde hat abgesagt.

Berger hat darum mit Sophien gesprochen. Hier liegt für die
Tage 21/22/23. Oktober 1980 eine mündliche Zusage vor.

Sonnabend, 25. Oktober ist in Sophien schwierig.

Berger verhandelt weiter. Auf die Beteiligung der Gemeinde-
pfarrer ist Wert zu legen.

Zu 4

Ein finanzieller Fond für diese Arbeit konnte bisher nicht
geschaffen werden.

Günther wird Bischof Schönherr anfragen und Roepke Ergebnis
mitteilen.

Roepke schlägt vor, weiterhin bei Veranstaltungen der Friedens-
woche Kollektan zu erbitten. 25 % dieser Kollektan sollen für
einen "Friedensfond (bewußtseinsbildende Arbeit) einbehalten
werden.

Dieser Vorschlag wird von der Gruppe einstimmig angenommen.

Zu 5

Kurzreferate von Günther ("Vertrauen", theologische biblische Grundlage)

Ordnung ("Vertrauen", Instrumente, Sprache)

Herrbrück ("Vertrauen", Verträge, Organisationen)

Menthal ("Vertrauen" und die Möglichkeit des einzelnen)

eröffnen eine Sachdiskussion, an der sich alle Teilnehmer beteiligen. Vor allem an der theologischen Fragestellung wird bei nächsten Zusammenkünften weitergearbeitet.

Schmidt: Glaube als Vertrauen, Schalom – griechischer Begriff Glaube/Treue

Müller: biblische Meditation

Die inhaltliche Arbeit wird in kleinen Gruppen fortgesetzt:

Gruppe 1 Ordnung, Schmidt, Wazlawik
Vertrauen, Instrumente – Sprache

Gruppe 2 Herrbrück, Günther, Roepke
Termin 25. 4. 1980, 10.00 Uhr, Göhrener Str. 11
2 Treppen, rechts über den Hof)
Vertrauen, Strukturen – Verträge

Gruppe 3 Menthel, Huth, Peter, Giering, Henkert
Termin 1. April 1980, _____, Auguststr., 25.4.
10.00 Uhr, Göhrener Str. 11)
Vertrauen, wie kommt es zustande.

ges. Roepke

trächtig sind. (z.B. Automation im negativen Sinn).
Ebenso müßte sie die positiven Entwicklungen enthalten.

- 2) Ausgangspunkt für Herstellung von Analysen ist die Größe militärischer Denkfabriken. Dienen Instituten ist es möglich, alle Kriege bis 1990 durchzurechnen und die Folgen statistisch festzuhalten. Die Wissenschaft steht hier in der Versuchung, auch auf diesem Gebiet Macht zu gewinnen.
Zwar gibt es verantwortungsvolle Männer, die um des Friedens willen in diesen Instituten tätig sind. Doch es ist tragisch, die Vernunft von der Unvernunft bezahlen zu lassen, daß ehrlicher Friedenswill für Kriegsvorbereitung bezahlt wird.
Es müßte möglich sein, wie diese Kriegsforschungsinstitute Friedensinstitute einzurichten. (1964 waren allein 77 Teams mit Kriegsspielen beschäftigt!!!)
Dieselben Mittel und Möglichkeiten müßten besser dafür verwandt werden, Frieden zu spielen. So wäre zugleich eine Chance vorhanden, Krisen friedlich zu beseitigen.
In USA gibt es bereits kleinere Institute für Friedensforschung.
Mit diesen Dingen kann man wahrscheinlich nur in kleinen Details anfangen. Diese Menschen und Mittel müßten eine Art Bauerteg sein, die schließlich die ganze Welt erfasst.

In der sich anschließenden Diskussion bemerkte B. Schottstädt, daß Jungk's Strategie des Friedens nicht von der Wirklichkeit ausgehe. Er begründete seine Ansicht damit, daß reale Friedenspolitik es immer mit den Mächten zu tun habe. Wäre es nicht deshalb Aufgabe des Christen ein Mit-Mächtiger zu werden? Und zwar aus dem Wissen heraus, daß Politik gemacht werden muß.

H. Kobischke sah dagegen in den Instituten einen fruchtbaren Ansatz, da sie außerhalb der politischen Mächtegruppierungen liegen würden. Ihre Ergebnisse müßten für die Entscheidungen der Politiker wegweisend sein.

E. Schülzgen fragte, ob die Auffassung, Christen müssen Politik machen, nicht auch eine Utopie sei, da sie einfach unsere Kräfte und Möglichkeiten weit überschätze.

B. Schottstädt wollte seine Aussage als Real-Utopie verstanden wissen. In diesem Zusammenhang interessierte U. Wiener der Schnittpunkt zwischen Real-Utopie und Wirklichkeit, um frei von jeglichen Illusionen zu sein.

H. Ludwig nahm an, daß R. Jungk durchaus die Realität der Mächte sieht. Sein Anliegen sei jedoch, politische Entscheidungen nicht durch Emotionen (nationale, rassische, ideologische usw.) treffen zu lassen, sondern allein aus streng sachlicher, wissenschaftlicher Begründung, die ohne Computer-Arbeit in unserer Zeit nicht denkbar ist.

E. Schülzgen verwies auf die Bibelarbeit von Treblin und fragte, wie die Beteiligung an der Macht mit dem Ärgernis des Kreuzes zu vereinbaren sei, das auch den Mächtigen nicht erspart werden könne.

H. Kobischke und U. Semper verwiesen auf die Mitarbeit der Wissenschaftler bei politischen Entscheidungen, auf die die Mächtigen heute angewiesen seien und zu der die Wissenschaftler ermuntert werden müßten.

Nach der Mittagspause wurde die Diskussion unter dem Gesichtspunkt fortgesetzt, wie wir die Strategie des Friedens für unsere Verhältnisse fruchtbar machen können.

B. Schottstädt bemerkte dazu, daß die Zuordnung der Wissenschaftler zur Gesellschaft verschieden in Ost und West strukturiert sei.

E. Schülzgen ergänzte, daß die Struktur der soz. Gesellschaft eine ganz andere sei als die westlicher Verhältnisse. Der Wissenschaftler wird vom Staat hier ganz anders gefordert.

H. Ludwig erinnerte in diesem Zusammenhang an eine Bemerkung Prof. Steenbeck's, Jena, daß die Pugwash-Gruppe in der DDR nur eine winzige Minderheit darstelle, die über keinerlei Einfluß verfüge.

K. Metzner erwähnte, daß im Eblick auf die Strategie des Friedens die Marschrichtung UNO heißen muß. Es sei hier Utopie von Jungk, die Wissenschaftler frei und unabhängig vom Staat zu sehen. Er wies auf Prof. Wagner's Buch hin: Ethos der Wissenschaften.

U. Semper bestätigte, daß in unserer Volkswirtschaft kein Wissenschaftler frei und unabhängig arbeiten kann.

H. Kobischke sah das Problem in der Bewußtseinsbildung der Wissenschaftler. Ohne Mitarbeit der Wissenschaftler könne zwar heute kein Staat existieren, doch sei das politische wie gesellschaftliche Denkvermögen der Wissenschaftler oft noch sehr unterentwickelt.

P. Müller bezeichnete es als unsere Aufgabe, überhaupt ein Umdenken des öffentlichen Bewußtseins herbeizuführen. Auch Jungk wolle mit seinem Friedensministerium eine Art Modell für öffentliche Bewußtseinsbildung schaffen.

Frl. Spät warf die Frage auf, ob es überhaupt sinnvoll sei, neue separatistische Institute zu schaffen. Es wäre besser, in den schon bestehenden konstruktiv mitzuarbeiten, da den neuen Einrichtungen die Massen-Basis fehle.

K. Metzner dagegen begrüßte es, wenn das Friedensinstitut der EKU zustande käme, da so eine breite Information möglich wäre. Nach der konkreten Aufgabe dieses kirchlichen Friedensinstitutes fragte E. Schülzgen: Ein solches Institut würde nicht sehr wissenschaftlich arbeiten können. Außerdem hätte die UNO bereits eine umfangreiche Studienarbeit geleistet, so daß es an Informationen nicht fehle. Höchstens eine Propagierung dieser Informationen könnte von einem solchen Institut übernommen werden.

Zu 4: Zur Weiterarbeit wies B. Schottstädt auf die von der Internationalen Konferenz vorgeschlagenen Themen für die Studienarbeit hin. Diese sieht vor:

1. engere Fühlungnahme mit Mitgliedern der Regionalausschüsse und Vertretern der Pugwash-Konferenzen.
2. Fragen des Völkerrechtes.
3. Persönliche Abrüstung in der Form der Wehrdienstverweigerung.
4. Gomulka-Plan, Thirring-Plan.
5. Errichtung von Instituten zur Friedensforschung.
6. Beziehung der CFK zur UNO und anderen Weltorganisationen.
7. Studium der Begriffe wie Kolonialismus, Imperialismus usw.
8. Möglichkeiten einseitiger Abrüstung.
9. Koordinierung verschiedener christl. Aktivitäten auf internationaler Basis.
10. Katholizismus und CFK.

Für unser Interesse wären die Abrüstungsfragen in der UNO, auf dem Konzil in Rom wie in der Weltfriedensbewegung.

U. Semper schlug als weiteres Thema eine Erörterung über das Problem der Bausoldaten vor. Um ihnen zu helfen, sollte ein Vorschlag ausgearbeitet werden, der das Ansehen der DDR nicht schädigt.

Auf die damit verbundene Schwierigkeit wies H. Berger hin, da die Anerkennung eines aktiven Friedensdienstes das Zugeständnis beinhalte, daß der Dienst in der NVA kein Friedensdienst sei. B. Schottstädt wies auf die Handreichung der Kirchenleitung hin, zur Seelsorge an Wehrpflichtigen, die den Verdacht aufkommen lasse, daß die Christen in der DDR doch vom Westen manipuliert werden.

Um dem Mißverständnis zu wehren, daß Waffendienst kein Friedensdienst sei, schlug P. Müller die Sprachregelung vor:
Waffenleser Friedensdienst.

Für die weitere Studienarbeit wurden 3 Gruppen ernannt:

1. Sichtung der Protokolle
(Schwerpunkte: Theol. Grundlegung, Vietnam, MLF,
Deutschlandfrage)
Schottstädt, Mewes, Ludwig
2. Wirtschaftliche Folgen der Abrüstung (UNO, Winkler)
Semper, Konopatzki, Kunzendorf, Stolzenbach
3. Persönliche Abrüstung
Metzner, Spät, Müller, Semper.

Zu 5: Frau Dr. Gos-Mayr, Wien berichtete über ihre persönliche Arbeit im Rahmen des Internationalen Versöhnungsbundes. Sie wie ihr Mann gehören zur Kath. Kirche und sind internationale Sekretäre des Versöhnungsbundes. Sie nannte zwei Schwerpunkte ihrer Arbeit: das Vatikanische Konzil, Sozialarbeit in Südamerika. Seit 4 Jahren versuchen kath. Laien die Friedensfrage auf das Konzil zu bringen. Aus ihrer Eingabe nannte sie drei Punkte:
a) Absolute Verurteilung des modernen Krieges
b) Akzeptierung der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen.
c) Versuch positive Wege zum Frieden aufzuzeigen wie Entwicklung einer Friedenstheologie.
Ihre Friedensstrategie sah zunächst Diskussionen mit völlig Andersdenkenden vor. Von 2500 Bischöfen waren zunächst nur 6 bereit, die Friedensfrage auf das Konzil zu bringen. Ferner organisierten sie eine Ausstellung über die Gewaltlosigkeit von Ghandi bis King wie ein 10-tägiges Fasten einer internationalen Frauengruppe. Das schwierigste Problem war, daß zwar alle einverstanden waren, den modernen Krieg zu verurteilen, jedoch amerikanische wie englische Bischöfe warnten sehr ernst vor der Gefahr, wenn durch einseitige Abmilderung das Gleichgewicht des Schreckens erschüttert würde. Dadurch würde eine Aggression herausgefordert werden. So sollte in Text eine Aussage über das Gleichgewicht des Schreckens aufgenommen werden, das zwar kein echter Friede sei, jedoch den Ausbruch eines 3. Weltkrieges verhindere. Diese These wurde später herausgenommen, so daß im Text der Krieg radikal verurteilt wird. Dagegen ist die Friedenstheologie leider nur sehr kurz. Die größere Arbeit beginnt jetzt nach Beendigung des Konzils, damit diese Dokumente Realität werden und so in die politische Wirklichkeit hineingreifen. Frau Dr. Gos-Mayr nannte den Frieden als die ständige Aufgabe, bestehendes Unrecht zu überwinden. So sehen sie den tiefsten Sinn ihrer Versöhnungsarbeit in Südamerika. In Brasilien muß die wirtschaftliche und soziale Ordnung völlig umgestaltet werden. Es gibt eine kleine Minderheit, die alles besitzt und eine große Masse, die nichts besitzt. Für den Christen ergäbe sich die Frage, bezw. die Aufgabe zu zeigen, daß er den status quo nicht akzeptiert, sondern auf Veränderung drängt. Dabei zeige es sich, daß auch Christen oft nur eine ganz geringe Gewissensbildung haben. Sie üben zwar eine gute Caritas, aber übernehmen keine soziale Verantwortung. Deshalb praktizieren Christen in Lateinamerika wie Afrika das Ideal der Armut. Selbst Bischöfe lehnen Kreuz, Ring, Komfort ab, um sich ganz für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Dazu stoßen Laien aus der Studentenarbeit. Oft müssen diese jungen Menschen mit der Kirche brechen, aber sie realisieren echtes Christsein.

Diese Gruppen betreiben vor allem Erwachsenenbildung ,da es ohne Mitwirkung der einfachen Menschen nicht zur Revolution kommt. Diese Bewegung wurde nach dem Putsch im vergangenen Jahr verboten. Ihre Führer wurden verhaftet, 30 000 junge Menschen wurden verhaftet. Entweder zogen sie sich nach ihrer Entlassung von der Bewegung zurück oder gingen in den Untergrund, um mit Waffengewalt ihr Land zu befreien. Christen sagen zu der Anwendung von Gewalt Nein. Sie müssen versuchen, eine andere Form der Revolution zu finden. In Südamerika beeindruckte stark das Beispiel von Martin-Luther-King. Überhaupt liegt dem Brasilianer die Gewaltlosigkeit. So wurden Gruppen gebildet, die mit gewaltlosem Kampf gegen bestehendes Unrecht kämpfen. Auch gegen sie wurde bereits Militär eingesetzt. Sie halten sich aber an den Text des Konzils, der besagt, daß die Gewaltlosigkeit die Waffe der Armen sei.

Die nächste Sitzung der Unterkommission wurde auf den 2.4.66 10.00 Uhr festgelegt.
Ende der Tagung gegen 16.00 Uhr.

Berlin, 15.1.66

Protokoll

Am 15.1.66 fand die 21. Sitzung der Unterkommission Abrüstung der CFK in Berlin, Göhrener Str. 11 statt.

- Tagesordnung:
1. Andacht
 2. Alborg - Thesen zu Dialog
 3. Müller - Strategie des Friedens
 4. Unsere Weiterarbeit
 5. Informationen

Teilnehmer: B. Schottstädt, P. Müller, Frau Stolzenbach, Fr. Schreck, E. Schülzgen, Ritter (Schweiz), K. Metzner, Semper, H. Ludwig, H. Kobischke, Fr. Ehliert, Fr. Spät, Frau Volk, U. Wiener, Fr. Minor, H. Berger.

Gast: Frau Dr. Gos-Mayr, Wien (Internationaler Versöhnungsbd.)

- Zu 1) Als Andacht verlas B. Schottstädt einen Abschnitt aus dem Bonhoeffer-Brevier über Gottes-Wirklichkeit und Welt-Wirklichkeit.
- Zu 2) Die Thesen zu Hromadka-Dialog (W. Alborg) wurden zurückgestellt.
- Zu 3) P. Müller informierte die Gruppe über eine Bibelarbeit von Treblin sowie ein Referat von Jungk's, die beide das gleichlautende Thema: "Strategie des Friedens" hatten.
Treblin geht in seiner Bibelarbeit von der Forderung des Ökumenischen Rates nach schöpferischer Strategie des Friedens aus.
Er stellt 4 Thesen auf:

1. Christus selbst ist der Strategie des Friedens!
Nach dem NT ist Jesus der Christus, der von Gott bevollmächtigte Friedenskönig. Er hat Frieden zwischen Gott und Menschen, wie zwischen Menschen und Menschen gestiftet. Dieser wurde von Israel als Messias erwartet. Die Verheißung galt aller Welt.
2. Christliche Strategie des Friedens geschieht als Pro-Existenz auch im Ernstfall der Feindesliebe nur in der Nachfolge des Christus Jesus.
In der Selbsthingabe Jesu an uns Menschen hat er an seiner und durch seine Person die Königsherrschaft Gottes bezeugt. Als der Auferstandene erweist er sich mächtig für Juden und Heiden in der Berufung zu einer Friedensgemeinde. Durch diese Berufung werden wir zugleich auch zu Zeugen seiner Friedensbotschaft bestellt. Gehorsam gegen Gott muß auch im Ernstfall in Selbsthingabe bestehen. Friede ist da, wo alle Feindschaft getötet ist. Es ist kein Friede, wenn um des nahen Nächsten Willen, der ferne Nächste getötet wird.
Unsere Friedensbotschaft können wir nicht von den auferstandenen und gegenwärtigen Strategen des Friedens lösen.

3. Der christliche Kampf für den Frieden ist nicht ein passives Erleiden des Kreuzes zum Zwecke heilsgestalterischer Selbsterlösung.
Es geht nicht darum, daß wir uns nicht beschützen.
Es geht auch nicht um politische Aktivität, die von der Kreuzesnachfolge absicht. Christlicher Kampf ist diensttätige Liebe um die Mitmenschen aus ihrer Friedlosigkeit her zu erlösen.
Friedensdienst der Christen geschieht immer um der anderen willen. Das Beispiel des Einzelnen mag wichtig sein, doch wichtiger ist, dem anderen zu helfen. Dazu ist die Überlegung nötig, wie wir ihn aus Angst, aus Feindschaft, aus Selbstbehauptung herausführen können. Diese konkrete Hilfe besteht aus Mut zu kleinen Schritten.
Wir haben das Ärgernis des Kreuzes keinem anderen zu ersparen, aber keinem unserer Ärgernisse aufzuerlegen. Selbsthingabe ist allen Selbstbehauptern Torheit.
Zwischen den Fronten geschieht der Dienst des Christen. Nie darf die Situation für unser Handeln bestimmend sein, sondern einfach Christus und sein Wort. Die Situation ist vom Wort Gottes her zu sehen und zu deuten.

4. Außerhalb der Gemeinde Christi gibt es Friedensbemühungen, die den Krieg um des eigenen Lebens willen ausschalten wollen.

Diese Friedensbemühungen erkennen niemals die Wurzeln des eigentlichen Unfriedens. Trotzdem geschieht durch sie das bewahrnde Walten Gottes. Wir sagen darum zu diesen Friedensbemühungen Ja.
Ein Nein sagen wir zu aller Art von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Fragen: Gilt Jesu Frieden auch dem Völker-Frieden oder herrscht dort nur der Schwert-Friede?
Wie ist christliche Selbsthingabe mit weltlicher Selbstbehauptung vereinbar?

R. Jungk ging in seinem Referat von dem Begriffswandel des Wortes "Strategie" aus. Strategie ist eigentlich die Tätigkeit des Feldherrn, des Strategos. Heute jedoch dient Strategie nicht militärischer Kriegsführung ausschließlich, sondern vor allem der Erhaltung des Friedens. Zwar sei Friedensstrategie noch eine Utopie, doch niemals sinnlos.
Jungk entwickelt in seinen Ausführungen den Plan eines Friedensministeriums.

Drei Stufen seien dazu als Voraussetzung nötig:

1. umfassende Kenntnis der Wirklichkeit
2. daraus Herstellung von Analysen und Voraussagen
3. Aufstellen von Plänen für sofortiges und späteres Handeln.

Jungk bemerkt zu
1) daß es nötig sei, einen umfassenden Nachrichtendienst aufzubauen. Dieser führt zur Sammlung von zugänglichen und geheimen Tatbeständen.

Statt: wer den Frieden will, muß den Krieg vorbereiten – muß es heißen: wer den Frieden will, muß um Kriegsvorbereitungen wissen.

Dieses Wissen erstreckt sich auf Wissen um neue Waffen, um Vollzug von Abrüstungsvereinbarungen. In diesem Nachrichtendienst geht es um Spionage für den Frieden. Diese Form der Spionage muß breiteste Volkskreise erfassen. Spionage für den Frieden ist moralisch gut.
Dazu kommt das Anlegen einer sozialen wie politischen Wetterkarte. Sie müste das frühzeitige Entdecken von technischen, wissenschaftlichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Faktoren ermöglichen, die kriegs-

Aus dem Bericht
der Kommission der Christlichen Friedenskonferenz zum Studium
der internationalen Fragen (9. - 11.3.66) Geognserienblätte

I. In der Erörterung der Referate und Thesen standen folgende Probleme im Mittelpunkt:

1. Die krassesten und die den Frieden am stärksten bedrohenden Erscheinungsformen des Imperialismus der Gegenwart, nämlich die amerikanische Intervention im Vietnam, die Blockierung effektiver Abrüstungs- und Entspannungmaßnahmen und die Verhinderung der völligen Befreiung noch oder früher kolonial unterdrückter oder abhängiger Völker durch politische, wirtschaftliche und gar militärische Mittel.
2. Die angemessene Verwendung des Begriffes Imperialismus zur besseren Erkenntnis gesellschaftlicher und politischer Strukturen und Prozesse.
3. Die tiefgreifenden Veränderungen der Welt seit 1917 bis 1945 haben das Wesen des Imperialismus verändert.

Alle Mitglieder waren sich einig:

Es ist Aufgabe der Christlichen Friedenskonferenz, eine eigene Definition des Begriffes "Imperialismus" zu entwickeln, der für alle Christen verbindlich wäre.

Bei der Behandlung dieser Frage müssen die friedliche Koexistenz und die Intensivierung der Kooperation zwischen allen Staaten Ausgangs- und Richtpunkt unserer Überlegungen sein.

Als Christen wissen wir um den Auftrag und die Aufgabe, die Zusammenarbeit aller Völker zu fördern, zu unterstützen und möglich zu machen.

Die Kooperation zwischen den Völkern ist ein entscheidender Faktor für die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Jeder Vor- und eines Volkes, ein anderes Volk durch politische oder ökonomische Mittel in Abhängigkeit zu bringen oder zu beherrschen oder mit Waffengewalt sich zu unterwerfen, ist Imperialismus, das heißt Gegenteil von Kooperation.

Als Christen widerstehen wir jedem Imperialismus. Unsere Solidarität gibt den unterdrückten, ausgebetteten und in ihrer Entwicklung gehinderten oder mit Krieg überzeugenen Völkern. Darum stehen wir auf der Seite des leidenden und um seine Unabhängigkeit und Selbstständigkeit kämpfenden vietnamesischen Volkes.....

Koexistenz und Kooperation zwischen den Völkern und Staaten müssen erreicht werden, wenn die Menschheit am Leben bleiben will. Der Imperialismus, der sie verhindert, hat seine Wurzeln nicht nur in politischen, ökonomischen und militärischen Machtstreben. Seine tiefste Wurzel liegt darin, daß er sich

zwar mit der erkannten Koexistenz zwischen den Großmächten abfindet, aber nicht bereit ist, sie auch auf die kleineren Völker anzuwenden. Darum müssen wir fordern, daß das Entstehen und die Existenz sozialistischer Staaten, wo immer die Völker es wünschen, anerkannt, respektiert und nicht zu verhindern veracht wird. Das gleiche gilt für alle jungen Staaten, die nach eigenen Gesichtspunkten ihre Gesellschaftsordnung und ihr Staatsrecht entwickeln.

Christen dürfen heute nichts unterlassen, was dazu beitragen kann, die öffentliche Meinung zu stärken, die das Verbot der Weitergabe von Atomschiffen (in welcher Form auch immer) die vollständige und kontrollierte Abrüstung, militärisch verdünnte Zonen und Sicherheitsgarantien für alle Völker verlangt. Darum unterstützen wir nachdrücklich die Genfer Abrüstungskonferenz. Nach wie vor kommt den Fragen der europäischen Sicherheit eine besondere Bedeutung zu. Hier kann auf Grund vieler Vorschläge ein Gebiet bedrohlicher Spannungen in ein Modell für praktizierte Koexistenz umgewandelt werden.

Ermutigt werden wir dabei durch das Beispiel, das in Taschkent gegeben wurde.

Berlin, den 2.4.1966

Protokoll

Am 2.4.66 fand die 22. Sitzung der Unterkommission Abrüstung der CFK in Berlin, Göhrener Str. 11 statt.

- Tagesordnung:
1. Andacht Metzner
 2. Protokoll
 3. Bericht über internationale Tagung der Kommission für internationale Fragen
 4. Erklärung des Okumenischen Rates über Vietnam - Afrika - Abrüstung
 5. Entwurf der USA und SU für Ißer Ausschuß (Weitergabe von Kernwaffen)
 6. Bericht über Akademietagung über Polen
 7. Bericht über Studienleitertagung

Teilnehmer: B. Schottstädt, P. Müller, R. Chudoba, R. Schüllgen,
R. Strelow, K. Metzner, H. Kobischke, H. Luisig,
H. Bartos, U. Wiener, U. Semper, Frau Volk, Fr. Späth,
Fr. Minor, H. Berger, H. Konopatzki,
Dietrich Hauch, 6204 Barchfeld/Serra, Riedhügel

Zu 1. K. Metzner eröffnete die Tagung mit einer Andacht über den Text der Tagesordnung.

Zu 2. Auf S. 3 wird im 2. Absatz der Diskussionsbeitrag B. Schottstädt nicht als Bemerkung, sondern als Anfrage formuliert. Ebenfalls auf S. 3 wird der Letzte Absatz gestrichen und wie folgt neu formuliert: B. Schüllgen bemerkt, daß in unserer Zeit jede Gesellschaft auf eine wissenschaftliche Grundlage und damit auf den Wissenschaftler angewiesen ist.
Das Protokoll wird mit diesen beiden Änderungen angenommen.

Zu 3. B. Schottstädt berichtet von der Tagung der intern. Studienkommission für Internationale Fragen in Georgsmarienbüttel. Auf der Tagung, die schlecht vorbereitet war, wurden folgende Themenkreise besprochen:

Politische Lage - Frau Renate Riemann
Marxistische Analyse des Imperialismus - G. Ordnung
Thesen über spez. Probleme des Imperialismus - Dr. Heller
Theol. Analyse und unser christl. Beitrag zur Überwindung des Imperialismus - Prof. Rosker
Bericht über Vietnam

Die Tagungsteilnehmer verurteilten einstimmig den Krieg in Vietnam. Erwähnt wurden Briefe amerik. Christen, die auf die nötige Unterscheidung zwischen der amerik. Regierung und dem amerik. Volk aufmerksam machen.

In der Diskussion wurde vor allem über die Kooperation der Volker gesprochen. Enttäuschend sei nur, daß es wenig gelingt, westliche Mitarbeiter zur Übernahme von Verantwortung heranzuziehen. Vielfach haben sie die falsche Meinung, daß ihnen die CFK überantwortet werden soll.

Eine große Rolle spielte in der Diskussion der Sicht der RDA. Die CFK ist in der Relation zu Genf noch ihren speziellen Auftrag gefragt.

B. Schottstädt verlas das Referat der Frau Renate Riemerck zur weltpolitischen Lage, das sich auf 3 wichtige Probleme bezog:

Vietnam - Afrika - Abrüstung.

Zu Vietnam erwähnte sie eine Bemerkung des US-Generalinspekteurs U Thant, der aussagte, daß das amerikanische Volk mit einem Beendigung des Vietnamkrieges einverstanden sei, wenn es nur richtig informiert würde. Es sei eben die Frage, ob in Südvietnam die Freiheit gegen eine kommunist. Aggression verteidigt wird. Die Frage sei zu verneinen. In diesem Krieg, der bereits seit 20 Jahren kämpfen die Vietnamesen gegen eine aufgeregte gesch. Marionettenregierung. Es ist der Krieg eines ganzen Volkes gegen die herrschende Clique in Saigon. Durch das Rangreiten der USA wurde es ein Krieg der USA gegen Südvietnam. Da sich die Proteste in USA wie in der Weltöffentlichkeit mehrten, spricht die amerik. Regierung von einer Verteidigung der Freiheit. Die sogenannte Friedensoffensive der USA diente nur zur Bekämpfung des amerik. Eingreifens. Dabei stellten die USA unannehbare Forderungen, wie z... Verhandlungen mit Nordvietnam zu führen, um dies als Voraussetzung der Anerkennung der Vietcong und Verhandlungen mit ihnen.

In einem Brief Ho Chi Minh's an 50 Staaten (der Wortlaut wurde von einer der großen Presseagenturen weitergegeben) wurde ebenfalls gefordert, die Vietcong anzuerkennen und mit ihnen zu handeln. Die Antwort des amerik. Präsidenten lautete: Unsere Forderung ist Krieg!

In den USA selbst werden sogenannte Hearings durchgeführt, an denen sich führende Politiker wie Senator Fulbright und R. Kennedy beteiligen. Auf ihnen wird ebenfalls die Anerkennung der Vietcong als Verhandlungspartner wie ihre Aufnahme in die Regierung Südvietnams gefordert. Johnson dagegen sagt längeren Krieg voraus und beantragt in denkt größere Kredite. Dadurch wächst die Gefahr der ständigen Eskalation und des Zusammenstoßes der Atommächte.

Die USA werden das Problem nicht militärisch lösen können. Tschaenkent zeigt, daß Konflikte durch Verhandlungen gelöst werden können. Friedensgespräche in Vietnam würden sofort weltweite Entspannung und Friedensgespräche auslösen. So aber werden selbst die Abrüstungsverhandlungen in Genf blockiert.

Zu Afrika erwähnte Frau R. Riemerck die Militärputsche in 5 Staaten. Dabei böten die neuen Herrn keine bessere Garantie für die Lösung der austehenden Fragen. Lediglich gesetzte Voraussetzungen für westliche Kapitalanlagen. Außerdem sind es 5 Staaten weniger, die in der UNO für Aufnahme der VR China stimmen. Fest steht, daß bei dem Militärputsch in Ghana ausländische Geheimdienste beteiligt waren. Der Putsch wurde in London vorbereitet.

Die Lage in Afrika sei außerordentlich gefährlich. Es könnte dort leicht zu einer weltpolitischen Krise kommen. Die Geschichte des Kolonialismus sei leider noch nicht zu Ende. Und die USA stehen in dem Verdacht, eine neokolonialistische Macht zu werden.

Von den Abrüstungsverhandlungen in Genf nannte Frau Riemerck zwei Probleme: den Abschluß eines Vertrages über die Nicht-Eitergabe von Kernwaffen,

die Errichtung einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Die Erörterung beider Themen wird von Bonn blockiert. Die USA weigern sich, dieklärung abzugeben, daß die BRD keine Kernwaffen erhalten wird. Die Funktion MLF scheint fallen lassen zu sein, stattdessen wird jetzt erwartet, ob die BRD ein Mitsprecherecht im Führungstab der NATO erhalten soll. Ausdrücklich erklärte die Regierung in Bonn, daß sie einen Sperrvertrag ablehnt gegenüber-

In der sich anschließenden Diskussion fragte P. Müller nach einer event. Mitbestimmung der DDR über Atomwaffen im Rahmen des Warschauer Paktes. K. Ketzner vertrat die Ansicht, daß die DDR zur Zeit kein Verfügungsrrecht besitze, höchstwahrscheinlich aber nach einer Beteiligung Bonns. H. Bartos warf die Frage nach einer Beteiligung anderer Partner auf und wollte wissen, wer überhaupt über den Einsatzwaffen von Atomwaffen entscheide. B. Schottstädt verwies auf die andere gesellschaftliche Struktur. So ständen alle Volksdemokratien im Blick auf Kernwaffen unter der Führung der SED. Als einzelne Staaten sind sie im Warschauer Pakt integriert, während die BRD eigene Wege gehen kann und will. H. Kobischke erwähnte, daß in unserer Presse nur der Zusammenbruch der NATO berichtet wird. Zugleich entstünde doch die ernste Gefahr eines direkten Zusammengehangs der USA mit Bonn.

In diesem Zusammenhang verwies B. Schottstädt auf den Versuch, die Notstandsgesetze in Bonn durchzusetzen.

H. Bartos meinte, daß diesen bestrebungen einfach die Zeit davorlaufe, da durch das Ausscheiden Frankreichs die Verteidigungsstrategie der NATO ohnehin in Frage gestellt wäre. Doch wies H. Kobischke auf Spanien und Portugal hin, die selbst nach dem Verlust Frankreichs noch ein gutes Reservoir für die NATO darstellten und außerdem gut passende Partner wären. Abensee bemerkte dieser zu den Ausführungen über Afrika, daß er persönlich sich wundere, daß dem Sturz Nkrumahs kein Volksaufstand gefolgt sei. Wahrscheinlich bestünden die erhobenen Vorwürfe nicht zu Unrecht.

Frau Volk wies auf die mögliche Verzerrung der afrik. Verhältnisse in unserer Sicht hin. Dort wirke sich der polit. Einfluß der Führer nur auf die Städte aus. Es sei jeweils nur eine dünne Schicht, die politisch engagiert sei. Dabei spielen Stammes-Blicksichten eine große Rolle.

B. Schottstädt gab den Hinweis, daß die Leipziger Messe gezeigt habe, daß neben pol. Vertretern jetzt die Industriekapitäne aus der BRD Politik machen. Die Frage sei nur, ob ihre Politik eine bessere ist. Sie sei hoffnungsvoller, meinte H. Bartos. H. Kobischke machte dagegen auf die enge Verflechtung der Industrie mit der Rüstung aufmerksam. Für U. Wiener ergab sich daraus das Problem der Information. Er sah die Schwierigkeit fehlender oder nur gefilterter Information u d die Unmöglichkeit einer sachlichen-objektiven Meinungsbildung.

B. Schottstädt verlas den Abschlußbericht der internationalen Tagung. Es wurde vorgeschlagen, den Bericht auszugewiese als Anhang zum Protokoll den Mitgliedern unserer Kommission zugängig zu machen.

Daran entzündete sich nochmals die Diskussion, die H. Schülzgen mit der Bemerkung einleitete, daß die Einführung eines anderen Sprachgebrauches als des üblichen schwierig sei. Z.B. Imperialismus - Kooperation. Es sei doch die Frage, ob nicht Kooperation eine bestimmte Abhängigkeit einschließe.

B. Schottstädt meinte von der international. Tagung her, daß wir viel stärker in Positiv als in Negativ denken sollten. Unser Ausgangspunkt müsse die Praxis sein, nicht die Ideologie. Die Parxis erfordere heute Kooperation. Und nur so befrieden wir die Welt.

H. Bartos wollte unterscheiden wissen zwischen dem theor. Verständnis des Marxismus und dem prakt. Verständnis des Afrikaners, der vielleicht viel eher Neokolonialismus sieht.

Ergänzend nannte B. Schottstädt, daß Afrikaner wie Asiaten den Eindruck haben, daß sie von der weißen Gesellschaft manipuliert worden sind. In ihrem Streben nach politischer Unabhängigkeit sehen sie, daß sie wirtschaftlich abhängig bleiben. Christen in Afrika und Asien möchten die Brüderlichkeit und Gemeinsamkeit

im Nationalismus gehen mit ihren politischen Freiheiten zusammenbringen. In der Diskussion über den Begriff "Imperialismus" erwähnte B. Schottstaedt die Definition Prof. Haskins wie Carl Ordnungs. Prof. Haskins meinte, daß Imperialismus dort sei, wo ein Staat versucht, Einfluss auf ein anderes Volk zu haben. Carl Ordnung beweiste zu diesem Begriff, daß es bei dem Imperialismus um gesellschaftliche wie soziale Strukturen geht. Ferner, daß die Friedensbewegung keine antikolonialistische Bewegung sei und der Begriff selbst weiterhin geeignet sei, die Wirklichkeit zu beschreiben. B. Kowischko erwartete dazu, daß in westlichen Ländern der Begriff Imperialismus eindeutig durch den Begriff Kommunismus ersetzt sei. Nur die zeigen auch der heutige Imperialismus in Europa in Form der Antikommunisten. Außerdem würden sie von einem ideologischen Imperialismus. Die Amerikaner und Asiaten seien sicher nur vom westlichen Imperialismus bedroht gewesen.

Die Ursache der Szenenverirrung sieht B. Schottstaedt darin, wenn der Begriff Imperialismus von bestimmten Reaktionen abgeleitet wird. Er fragte nach der sozialistischen Sicht und Haltung gegenüber dem Imperialismus.

Zu 4. Die Erklärung des Zentralausschusses des Chinesischen Rates wurde von B. Schottstaedt vorlesen.

Darin heißt es z.B., daß die Kirchen an der Kriegslie von Vietnam Anteil nehmen und gemeinsam mit allen Menschen guten Willens an das Leid des vietnamesischen Volkes denken.

Als Tägliche Aufgabe und eigentliches Ziel wird gefordert, den Kampf in Vietnam zu beenden. Dabei sollen nicht die Kindermüne übersehen werden, die es bisher unmöglich machen, vom Schlachtfeld weg an den Verhandlungstisch zu kommen. So spielt auch die rass. Vereingenommerheit gegen die Weißen und den Westen eine Rolle.

Die lange Möglichkeit sei der Rückkehr auf die Teilnehmer an der Gedenk Andenktagen. Folgende Zielpunkte sollen so schnell wie möglich verwirklicht werden.

- 1) die USA und Südvietnam beenden die Bombardierung des Nordens, Nordvietnam die Infiltration des Südens.
- 2) die USA geben die Bereitschaft zum Abzug ihrer Gruppen bekannt.
- 3) Alle Parteien erkennen die Notwendigkeit an, daß der Regierung von Südvietnam wie der Befreiungskräfte Platz in den Verhandlungen zukommt.
- 4) Nord- und Südvietnam entwickeln eine größere Möglichkeit im Blick auf Verhandlungsangebote.
- 5) Alle Parteien gewähren Zivilisten größtmöglichen Schutz.
- 6) Alle Parteien erkennen an, daß die Krise in Vietnam Teil einer Sow.-Revolution ist.
- 7) Alle Parteien sehen die Möglichkeit ein, soz. wie wirtschaftl. Probleme durch milit. Maßnahmen zu lösen.
- 8) Um überhaupt die Spannungen zu vermindern, überprüfen die USA ihre Politik der Hindierung des Kommunismus wie der Befreiungskriege.
- 9) Es werden alle Anstrengungen unternommen, um die VR China in die UNO aufzunehmen.
- 10) Beide Seiten erzielen eine Übereinstimmung zwecks Neuerstellung von ungecasteter Macht, um Verhandlungsmöglichkeiten zu schaffen.

Zu Süd-Vietnam bemerkte der Zentralausschuß, daß der Versuch der weißen Minorität, über die schwarze Majorität zu herrschen, unverfuglich sei. Er schlug folgendes vor:

- 1) Gemeinsame Aktionen der Richt-Zusammenarbeit mit der herrschenden Regierung.
- 2) Das Ziel, eine Mehrheitsregierung zu bilden, wird von allen Gruppen eindeutig angenommen.
- 3) Angezichts dieses Ziels sind die führenden Persönlichkeiten bereit, gemeinsam die Veränderungen auszuarbeiten, von denen die Zukunft der Nation abhängt.

In der Abrüstungsfrage werden vom Zentralausschuss drei Maßnahmen genannt, die bei gutem Willen durchgeführt und beschlossen werden könnten:

- 1) Erweiterung des Teststopabkommen auf unterirdische Versuche.
- 2) Garantien gegen die Weitergabe von Atomwaffen.
- 3) Vorbereitung und Durchführung einer Weltabrüstungskonferenz unter Beteiligung der VR China.

Zu 5. B. Schottstädt verfasste die beiden Entwürfe, die dem 18er Ausschuss über die Nicht-Weitergabe von Kernwaffen vorliegen. Während der USA-Vorschlag lediglich vorsieht, Kernwaffen nicht der Verfügung eines nichtbunischen Landes zu unterstellen, schließt der Entwurf der UdSSR auch das Mitsprechrecht ein. Es wurde beschlossen, von beiden Entwürfen eine Abschrift dem Protokoll beizufügen.

Zu 6. H. Kobischke berichtete von einer Akademietagung über Polen, an der 5 polnische Katholiken teilnahmen. Nach ihrer persönlichen Einschätzung verfolge die GFK zwei Aufgaben, eine theologisierende und eine politisierende. Sie hätten gegenüber der politisierenden Gruppe, deren Schatzmacher aus der DDR kämen, gewisse Verbthalte. Sie kritisierten das Zuviel an Publicity und vermissten das christl. Engagement. Ferner fragten sie, ob auch die Bevölkerung der DDR positiv zur Oder-Neiße-Grenze stehst oder dies nur eine Abmilderung der beiden Regierungen darstelle. Für ihr Christsein sei das Wissen ausschlaggebend, daß Polen ein son. Land sei. Ihre Hoffnung sei weiters Demokratisierung.

H. Kobischke schlug vor, Verbindung zu den polnischen Gruppen SNAK und PAX aufzunehmen, wie überhaupt verstärkt Kontakte zu Polen aufzunehmen, weniger durch Touristen, als vielmehr durch geschäftlich engagierte Gruppen.

In der Diskussion erwähnte B. Schottstädt den Katholiken-Kongress, der eine Parallelbewegung zur GFK darstellt, doch mit einer viel größeren Dynamik. Die polnischen Gruppen ordnen sich dieser Bewegung zu. Offiziell sei die Bereitschaft des Kongresses zum Gespräch mit Protestanten. Die GFK sollte sich ebenfalls stärker dem interkonfessionellen Gespräch stellen. Ferner müßten wir ganz neu das Verhältnis GFK und Okumene durchdenken.

H. Berger meinte, daß wir die Frage der Friedensgrenze nicht nur an Westdeutschland delegieren dürfen, sondern sie auch in unseren Raum mit den Gemeinden durchdiskutieren müssen.

Zur Denkschrift der AKD erinnerte H. Metzner, daß es gut wäre, sie auch im Parteiblatt der CDU zu veröffentlichen.

E. Schüllgen wies in der Frage Polen auf den Komplex Europäische Sicherheit hin. Er fragte an, ob nicht auch die GFK eine Stellungnahme zur Denkschrift veröffentlichen sollte und regte eine Überprüfung an, inwieweit die Denkschrift zur Lösung der Europafrage beitragen kann. Abensee vermisste er eine Stellungnahme der GFK zum Briefwechsel der kath. Bischöfe.

Dazu erklärte B. Schottstädt, daß Krummede eine Stellungnahme zur Denkschrift gegeben hätte. Für E. Schüllgen erschien diese persönliche Stellungnahme ungenügend, zumindest hätte sie vom Arbeitsausschuss der GFK gegeben werden müssen.

Zu 7. Abschließend berichtete B. Schottstädt von einer kirchlich stattgefundenen Tagung der Studienleiter in der DDR. Er erwähnte, daß innerhalb der Gruppe Abrüstung folgende Referate vorliegen:

- 1) Theol. Grundlegung für Friede und Abrüstung
- 2) Wirtschaftliche und son. Folgen der Abrüstung
- 3) Dokumentation zu Vietnam
- 4) Zusammenstellung und Pressestimmen zur WLT
- 5) Zusammenstellung Deutsche Evang. Kirche zur Abrüstung
Okumene zur Abrüstung

- 6) Zahlen für Hiroshima - TAC
7.) Psychologie des kalten Krieges
8) Arbeit für Solidarität und Zusammenarbeit der Menschheit
9) Atom-Konferenz: Welt ohne Bombe
10) DKE-Vorschläge zur Abrüstung
11) Konsultation des RAKM. Noves in Gmf beim Iker Ausschuss
Material über Presse-Konferenzen
12) Thesen über Brundtland-Satz
13) Raporti - Gomulka - Thirring-Pläne zur Abrüstung
14) Thesen über Solidarität
15) die Abrüstungsfrage in Erziehung und Literatur
16) Mockauer Kongress für Abrüstung
17) Weltfriedenskongress
18) Weltfriedenskongress
Das Problem sei nun, was mit diesem Studienmaterial geschehen soll.
Ein weiteres Problem sei, was den Studiengruppen Themen zufalle.
Unförderlich sei eine gute Koordination der Studienarbeit.
Schottstaedt schlug vor, das vorhandene Material nicht nur am
DKE-Ausschuss weiterzuleiten, sondern selbst zu publizieren.
Er erwähnte ferner, daß die Studienarbeit der DKE eigentlich
nur in der DKE Laufe und da auch nur schleppend.
Zur Frage der Publikation steht die Frage offen, ob im Pfarrerblatt
oder in der Neuen Zeit oder in eigenen Schriften veröffentlicht
werden soll.
Der Regionsausschuss hatte die Erlaubnis erteilt, Papiere nach
Durchsicht und Überarbeitung zur Publikation zur Verfügung zu
stellen.
E. Schilligen vertrat die Ansicht, daß es wichtig sei, daß unsere
Arbeit in den Regionsausschuss eingingen. Außerdem wäre zu über-
legen, ob es nicht zulässig sei, Veröffentlichungen als offizielle
Zeitung der OFK in der Pfarre herauszugeben. Veränderungen müßten
dann mit den betreffenden Gruppen besprochen werden.
Eine weitere Schwierigkeit sah E. Schottstaedt in dem technischen
Problem. Es sei eine kleine Dienststelle der OFK unbedingt er-
forderlich. Für die Veröffentlichung schlug er folgende Arbeiten
vor:
1) Friedensgedanke in der Literatur.
2) Theologische Grundlegung (neu überarbeitet)
3) Wirtschaftliche und soz. Folgen der Abrüstung
4) Dokumentation über Kirchen und Abrüstung
5) Vietnam
6) MLP
7) Europäische Sicherheit
(Jungk, Gomulka, Thirring, Beitragschrift)
8) Imperialismus (Rückrichtung: Beratender Ausschuss)
Zur Durchsicht und Überarbeitung unserer Papiere werden folgende
Gruppen gebildet:
1) Vietnam: Schilligen, Ritter, Wiener, Volk, Ludwig
2) Europ. Sicherheit: Schottstaedt, Berger, Leibischke, Strelow
3) Persönliche Abrüstung
4) Wirtschaft und Abrüstung: Kunzendorf, Stolzenbach, Noves, Kroll.
Die Vietnam- Gruppe erarbeitet an einer Zusammensetzung bis Juni,
die Gruppe Europ. Sicherheit erarbeitet ihr Dokument bis zum Herbst.
Ergebnis wurde vorgeschlagen, daß beide Gruppen ihre Arbeiten bis
Juni vorlegen, um im September beide Sachen verabschieden zu können.
Die nächsten Tagungen werden wie folgt festgelegt:
25.6.1966, 10.00 Uhr Thema: Vietnam
17.9.1966, 10.00 Uhr Thema: Europ. Sicherheit
Schluß der Tagung gegen 16.00 Uhr.

Christl. Friedenskonferenz
Regionalausschuß in der DDR
Kommission für Internationale Fragen
Arbeitsgruppe Berlin

Berlin, am 14.10.1967

- 15 -
Zum 14. Mrz.

PROTOKOLL

Am 14.10.1967 fand eine Sitzung der Arbeitsgruppe in Berlin,
Göhrner Str. 11, statt.

Anwesend: Frau Lehtiö, B. Schottstädt, E. Schülzgen, H. Ludwig,
H. Berger, U. Semper, H. Kobischke, H. Wolff, Bähr,
Wiener.

Tagesordnung: lag nicht vor. Es wurden verschiedene Dokumentationen
zur Verabschiedung vorbereitet.

1. "Zur Frage der Oder-Neiße-Grenze" (Berger, Wiener).

Vorgelesen von H. Berger. Die Vorlage wurde nach Veränderungen
fertiggestellt und verabschiedet. Man legte fest, daß die Erklärung
des Ökumenischen Rates Polens zum gleichen Problem auf der nächsten
Sitzung zu referieren sei. Eventuell sollte diese Erklärung in der
Vorlage angemerkt werden (Schottstädt). Man will versuchen, durch
einen Juristen Informationen über Völkerrecht zu erhalten. --

2. "Initiativen der SED, der Regierung der DDR, der Volkskammer
und des Nationalrates der Nationalen Front zur deutschen Frage,
1946-1967" (Dokumentation von Frau Kroll, überarbeitet und vorge-
tragen von E. Schülzgen).

Es wurde festgelegt, den letzten Brief des Ministerpräsidenten der
DDR, Stoph, an den Bundeskanzler der BRD, Kiesinger, einzuarbeiten.
Ferner lagen zum gleichen Komplex und zu dem der europ. Sicherheit
vor: Stellungnahmen der ev. Kirche, der CFK und Einzelstimmen
(Reumann, Müller-Gangloff, Enzensberger), dazu eine Zusammenfassung
(Schülzgen).

3. Man kam überein, als Dokumentation zur europ. Sicherheit und zur
Deutschlandfrage folgende Erarbeitungen zusammenzufassen:

1. Dokument zur europ. Sicherheit

2. Zur Frage der Oder-Neiße-Grenze (eventuell mit entsprechenden
Stimmen dazu)

3. Stellungnahmen der DDR, der ev. Kirche, der CFK und Einzel-
stimmen zum Problem mit einer vorangestellten Zusammenfassung

Termin der Fertigstellung: eventuell 13./14.11.67 (Regionalkonferenz),

spätestens jedoch 20.11.67 (Konsultation zur europ. Sicherheit in Eisenach).

4. Die Vietnam-Dokumentation (mit einer Bewertung des Problems und einem Anschreiben) soll als Handreichung für die Gemeinden bis Weihnachten 1967 fertiggestellt sein.

Alle Unterlagen dazu sind an B. Schottstädt und E. Schülzgen zwecks Überarbeitung zu übergeben. H. Ludwig schlug vor, Vietnam-Fürbitten-gottesdienste in den Gemeinden abzuhalten und dazu vorformulierte Gebete abzufassen.

5. H. Wolff gab einen kurzen Einblick in seine Arbeit über Pläne zur europ. Sicherheit. Ein ausführlicher Bericht soll als einziger Programmpunkt auf der nächsten Sitzung der Gruppe vorgelegt werden. Diese Dokumentation wird als Sonderarbeit verstanden, die als 2. Teil zur Dokumentation über die europ. Sicherheit und Deutschlandfrage zu Anfang 1968 abgeschlossen sein sollte.

6. H. Berger, H. Kobischke, B. Schottstädt regten an, daß eine westdeutsche Gruppe der CFK eine Dokumentation mit Stellungnahmen der Regierung der BRD zur Deutschlandfrage erarbeiten sollte.

7. E. Schülzgen gab einen Kurzbericht über seinen Besuch bei der Magdeburger Gruppe der CFK und übermittelte deren Wunsch, mit der Berliner Gruppe im Blick auf die III. Allchristl. Friedenskonferenz in Prag zusammenzuarbeiten.

Ende der Sitzung: 15.10 Uhr.

Termin der nächsten Sitzung: 16.12. 1967, 10 Uhr in Berlin, Göhrener Str.

gez. Wiener
Wisch (Wiener)

Berlin, am 14.10.67

Protokoll

Am 14.10.1967 fand eine Sitzung der Arbeitsgruppe in Berlin,
Göhrener Str. 11, statt.

Anwesend: Frau Lehtiö, B. Schottstädt, E. Schülzgen, H. Ludwig,
H. Berger, U. Semper, H. Kobischke, H. Wolff,
B. Bähr, U. Wiener

Tagesordnung:

Lag nicht vor. Es wurden verschiedene Dokumentationen zur
Verabschiedung vorbereitet.

1. "Zur Frage der Oder-Neiße-Grenze" (Berger, Wiener).
Vorgetragen von H. Berger. Die Vorlage wurde nach Veränderungen fertiggestellt und verabschiedet. Man legte fest, daß die Erklärung des Ökumenischen Rates Polens zum gleichen Problem auf der nächsten Sitzung zu referieren sei. Eventuell sollte diese Erklärung in der Vorlage angemerkt werden (Schottstädt). Man will versuchen, durch einen Juristen Informationen über Völkerrecht zu erhalten.
2. "Initiative der SED, der Regierung der DDR, der Volkskammer und des Nationalrates der Nationalen Front zur deutschen Frage, 1946-1967" (Dokumentation von Frau Kroll, überarbeitet und vorgetragen von E. Schülzgen).
Es wurde festgelegt, den letzten Brief des Ministerpräsidenten der DDR, Stoph, an den Bundeskanzler der BRD, Kiesinger, einzuarbeiten. Ferner liegen zum gleichen Komplex und zu dem der europäischen Sicherheit vor: Stellungnahmen der ev. Kirche, der CFK und Einzelstimmen (Reumann, Müller-Gangloff, Enzensberger), dazu eine Zusammenfassung (Schülzgen).
3. Man kam überein, als Dokumentation zur europäischen Sicherheit und zur Deutschlandfrage folgende Arbeiten zusammenzufassen:

1. Dokument zur europäischen Sicherheit
 2. Zur Frage der Oder-Neiße-Grenze (eventuell mit entsprechenden Stimmen dazu)
 3. Stellungnahmen der DDR, der ev. Kirche, der CFK und Einzelstimmen zum Problem mit einer vorangestellten Zusammenfassung.
- Termin der Fertigstellung: eventuell 13./14.11.67 (Regionalkonferenz spätestens jedoch 20.11.67 (Konsultation zur europäischen Sicherheit in Eisenach)).
4. Die Vietnam-Dokumentation (mit einer Bewertung des Problems und einem Anschreiben) soll als Handreichung für die Gemeinden bis Weihnachten 1967 fertiggestellt sein.
Alle Unterlagen dazu sind an B. Schottstädt und E. Schüllzgen zwecks Überarbeitung zu übergeben. H. Ludwig schlug vor, Vietnam-Fürbittengottesdienste in den Gemeinden abzuhalten und dazu vorformulierte Gebete abzufassen.
 5. H. Wolff gab einen kurzen Einblick in seine Arbeit über Pläne zur europäischen Sicherheit. Ein ausführlicher Bericht soll als einziger Programmpunkt auf der nächsten Sitzung der Gruppe vorgelegt werden.
Diese Dokumentation wird als Sonderarbeit verstanden, die als 2. Teil zur Dokumentation über die europäische Sicherheit und Deutschlandfrage zu Anfang 1968 abgeschlossen sein sollte.
 6. H. Berger, H. Kobischka, B. Schottstädt regen an, daß eine westdeutsche Gruppe der CFK eine Dokumentation mit Stellungnahmen der Regierung der BRD zur Deutschlandfrage erarbeiten sollte.
 7. E. Schüllzgen gab einen Kurzbericht über seinen Besuch bei der Magdeburger Gruppe der CFK und übermittelte deren Wunsch, mit der Berliner Gruppe im Blick auf die III. Allchristliche Friedenskonferenz in Prag zusammenzuarbeiten.

Ende der Sitzung: 15.10 Uhr.

Termin der nächsten Sitzung: 16.12.1967, 10.00 Uhr in Berlin, Göhrener Straße 11.

gez. Wiener

19.1.68
Berlin, am 19.1.1968

- 20 -

- 21 -

Protokoll
der Sitzung vom 13.1.1968

Anwesend: Frau Stolzenbach
Frau Schreck
Frau Kroll
Herr Wiener
Herr Berger
Herr Bähr
Herr Schottstädt
Herr Kobischke
Herr Wolff
Herr Metzner
Herr Schülzgen

Entschuldigt fehlte: Herr Dr. Konopatzky

Das Protokoll der letzten Sitzung lag vor. Es wurde nicht verlesen. Es soll abgeschrieben und den Mitgliedern der Kommission zugestellt werden.

I. Zur Weiterarbeit

1. Es ist die Dokumentation "Zur Europäischen Sicherheit" einschließlich Anhang fertiggestellt.
2. Es ist die Dokumentation zu "Vietnam" fertiggestellt. Beide Papiere sollen endgültig im Februar abgeschlossen sein.
3. Zur Frage der persönlichen Abrüstung soll ein Extra-dokument angefertigt werden.
4. Danach soll die Kommission an einer begrenzten Aufgabe arbeiten.
5. Für die Mitglieder der Kommission sollen von der Kommission "Jugend" Exemplare der Hunger-Dokumentation beschafft werden.

II. Herr Wolff und Herr Metzner referieren eine Vorlage über Pläne "Zur Europäischen Sicherheit". Diese Vorlage ist im wesentlichen zusammengestellt nach einem 3-bändigen Werk von Heinrich von Siegler. Der Titel dieses Werkes: "Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit". Bonn - Zürich - Wien,
einzusehen in der Deutschen Bücherei Leipzig.

Die Referenten heben hervor, daß aus dem sozialistischen Bereich mehr Vorschläge vorliegen als aus westlichen Ländern, aber nicht alle Vorschläge in die Arbeit aufgenommen wurden.

III. Zur Diskussion

1. Die Vorlage soll als Anlage in die Dokumentation "Zur Europäischen Sicherheit" angearbeitet werden. Das Vorwort zur Dokumentation ist zu überarbeiten, so daß deutlich erkennbar ist, daß es sich bei den Plänen um eine Auswahl handelt.
2. Folgende Veränderungen sollen an der Vorlage vorgenommen werden:

Es ist zu prüfen, ob die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der BRD zugleich die Gründung der Bundeswehr war.

Es sollen die Daten der ersten Atombomben-Abwürfe aufgenommen werden.

Es soll das Datum des Grenzabkommens zwischen der DDR und der VR-Polen aufgenommen werden.

Es sollen ferner die Daten der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR und des Abschlusses des Österreichischen Staatsvertrages aufgenommen werden.

Bei Überschneidungen der einzelnen Anlagen - besonders in bezug auf die Erklärung der DDR - soll in der Vorlage auf die entsprechenden Stellen in anderen Anlagen verwiesen werden.

IV. Herr Wolff und Herr Schülzgen geben einen Kurzbericht von der Regionalkonferenz im November 67. Herr Schottstädt berichtet von der Konsultation über Europäische Sicherheit in Eisenach im November 67. Er verliest den Arbeitsbericht, in dem die wesentlichen Punkte der Referate aufgefangen worden sind.

Es lagen weiter Thesen zur Deutschen Frage vor, die die Magdeburger Kommission erarbeitet hat; sie wurden aber nicht verlesen.

Die nächste Sitzung wird für den 27.4.68, 10.00 Uhr festgelegt. Zu dieser Sitzung soll ein Vertreter der Magdeburger Gruppe eingeladen werden.

Schluß der Sitzung 15.15 Uhr.

Mühlbauer

Gossner - Mission

BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN
IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Für den innerkirchlichen
Dienstgebrauch.
Nicht zur Veröffentlichung
2320 - 561/82

1040 Berlin
Auguststr. 80
Tel. 28860

GRUNDFRAGEN EINES POLITISCHEN WIRKSAMWERDENS VON CHRISTLICHEM
FRIEDENDIENST

Vorwort

Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR hat im Januar 1981 die bisherigen Gespräche mit den Trägern staatlicher Verantwortung über Probleme der Sicherung des Friedens und Fragen des Friedensdienstes der Kirchen und Christen ausgewertet. Sie hielt es für erforderlich, zu ihrer eigenen Klärung die Frage eingehender zu studieren, wie der christliche Friedensdienst politisch wirksam wird, wie sich theologische Erkenntnisse und politische Analysen und Einsichten miteinander sachgemäß verbinden. Sie gab eine entsprechende Studie, in die auch die Problematik des Pazifismus einbezogen werden sollte, in Auftrag und diskutierte das Ergebnis im November 1981 und März 1982.

Sie beschloß auf ihrer Klausurtagung am 14. März 1982, die Studie den Gliedkirchen zur Verfügung zu stellen, damit auch sachbezogen an den aufgeworfenen Fragen arbeitende kirchliche Gruppen sich an dem Klärungsprozeß beteiligen können.

Gliederung

I. Die Fragestellung

1. Reflektiertes Friedenshandeln
2. Aktuelle Hintergründe
 - 2.1. Destabilisierung durch Rüstung
 - 2.2. Staatliches Sicherheitsbedürfnis und alternative Sicherheitsvorstellungen
 - 2.3. Innerkirchliche Meinungsvielfalt

II. Bezugsfelder christlichen Friedenshandelns

3. Biblisch-theologischer Bezug
 - 3.1. Frieden als Gabe
 - 3.2. Frieden als Verheißung
 - 3.3. Frieden als Aufgabe
4. Friedenswissenschaftlicher Bezug
 - 4.1. Frieden als Prozeß der Minimierung von Unfrieden
 - 4.2. Unteilbarkeit des Friedens
 - 4.3. Frieden als Gestaltungsaufgabe
 - 4.4. Friedenshandeln als umfassende Aufgabe
5. Politischer Bezug
 - 5.1. Friedenssicherung als politische Aufgabe
 - 5.2. Gefährdungen und Chancen politischer Friedenssicherung
 - 5.3. Christliches Friedenshandeln vor dem Dilemma traditioneller Sicherheitspolitik

III. Politisches Wirksamwerden christlichen Friedenshandelns

6. Kriterien politischen Wirksamwerdens
- 6.1. Was politisch wirksam werden soll, muß politisch sachgemäß sein
- 6.2. Zur Politik reden darf auch der, der keine unmittelbare politische Verantwortung zu tragen hat
- 6.3. Politisch vernünftig ist, was allgemein zugemutet werden kann
- 6.4. Was (noch) nicht politikfähig ist, muß nicht politisch unvernünftig sein
- 6.5. Politisch vernünftig kann auch sein, was politisch unbequem ist
- 6.6. Was politisch sachgemäß ist, kann auch pastoral bedeutsam werden
7. Kirchliches Friedenshandeln im Kontext der DDR-Gesellschaft

IV. Das Problem Pazifismus

8. Pazifismus als vielschichtiger Begriff
9. Pazifismus im marxistischen Verständnis
10. Pazifismus im Wortsinn
11. Versuch einer "Typologie" des Pazifismus
 - 11.1. Pazifismus als ethisch motivierte Haltung
 - 11.2. Politischer Pazifismus
 - 11.3. Christlicher Pazifismus
 - 11.4. Pazifismus vor der Atomwaffenfrage
12. Pazifismus als Attrappe und Vorurteil
13. Relevanz und Herausforderung des Pazifismus heute
14. Konkretionen für das Friedenshandeln der Kirchen
 - 14.1. Theologisch klärendes Gespräch
 - 14.2. Politisches reflektiertes Zeugnis
 - 14.3. Beratung des einzelnen

GRUNDFRAGEN EINES POLITISCHEN WIRKSAMWERDENS VON CHRISTLICHEM FRIEDENDIENST

I. Die Fragestellung

1. Reflektiertes Friedenshandeln

"Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst" werden in besonderer Weise zum Thema, wenn weltpolitische Herausforderungen, staatliche Erwartungen oder innerkirchliche Verunsicherungen nach einer grundsätzlichen Orientierung des eigenen Handelns verlangen. Ihr Bezugsrahmen ist die Praxis kirchlichen Friedenshandelns. Sie sind Ausdruck der Notwendigkeit, das eigene Friedenshandeln vorausschauend und begleitend zu reflektieren.

2. Aktuelle Hintergründe

Für die Kirchen des Bundes steht die politische Dimension ihres Friedenshandelns gegenwärtig aus mehreren Gründen zur Diskussion:

2.1. Destabilisierung durch Rüstung

Die Eskalation des Wettrüstens und die parallel dazu verlaufende politische Destabilisierung des Ost-West-Verhältnisses verlangen dringlich nach einer Lösung des Widerspruchs zwischen fortgesetzter militärischer Friedenssicherung durch Rüstung (die einen Krieg immer wahrscheinlicher werden lässt) und politischer Friedenssicherung durch Rüstungsbegrenzung und Abrüstung (die auf eine Welt ohne Waffen gerichtet ist).

Können und sollen die Kirchen ihr grundsätzliches Eintreten für Abrüstung und Entspannung in dieser Situation mit konkreten Vorschlägen an die politisch Verantwortlichen verbinden, um so bestimmte friedens- und abrüstungspolitische Tendenzen zu verstärken?

2.2. Staatliches Sicherheitsbedürfnis und alternative Sicherheitsvorstellungen

Die von der DDR verfolgte Praxis militärischer Friedenssicherung (Verteidigungsaufgaben, Sicherheitsinteressen, Bündnisverpflichtungen) und die in kirchlichen Verlautbarungen und Initiativen erkennbaren Tendenzen zu alternativen Formen der Friedenssicherung (Orientierungshilfe der Konferenz zum Wehrunterricht 1978, Friedensdekade 1980/81, Aktion 'Sozialer Friedensdienst' 1980/81) lassen einen Staat-Kirche-Konflikt hervortreten, auf den der Staat mit der Abgrenzung kirchlicher Zuständigkeiten und mit der Erwartung deutlicherer Parteinaahme für die sozialistische Friedenspolitik reagiert.

Wie können die Kirchen dieser Erwartung begegnen, so daß einerseits zwar das Sicherheitsinteresse des Staates berücksichtigt wird, andererseits aber der innovatorische Impuls kirchlicher Friedensinitiativen nicht verpufft, sondern in politisch relevante Handlungsimpulse überführt wird?

2.3. Innerkirchliche Meinungsvielfalt

Die Aufgabe christlicher Friedensverantwortung im politischen Bereich wird von Gemeinden, christlichen Gruppen und einzelnen Christen unterschiedlich erkannt, beurteilt und praktiziert. Darüber hinaus gibt es Christen, die den Friedensfragen indifferent, ja desinteressiert gegenüberstehen. Synoden und Kirchenleitungen sind daher genötigt, sich immer wieder neu darüber Rechenschaft zu geben, wie breit der innerkirchliche Konsens ist, auf dem sie zu friedenspolitischen Fragen Stellung nehmen und mit welcher 'Identität' sie öffentlich reden.

Wie können Kirchen Friedensverantwortung in einer auch politisch bedeutsamen Weise wahrnehmen, ohne daß Teile der christlichen Gemeinde aus dem vorausgesetzten Konsens herausfallen und dadurch die pastorelle Verantwortung für die Glaubwürdigkeit des christlichen Friedenszeugnisses und für die Einheit der Kirche Schaden nimmt?

II. Bezugsfelder christlichen Friedenshandelns

3. Biblisch-theologischer Bezug

Das Friedenszeugnis der Bibel verbürgt Gottes Nähe als Heil und Frieden inmitten der lebensbedrohenden und -zerstörenden Kräfte dieser Welt. Es ist daher für das Friedenshandeln von Christen Ausgangspunkt, Orientierung und tragender Grund. Die Erinnerung und theologische Reflexion dieses Zeugnisses ist eine ständige Aufgabe der Kirche. Sie wird besonders wichtig, wenn im Vollzug des Friedenshandelns die politischen Aspekte von Friedenssicherung und Friedensgestaltung in den Vordergrund treten und christliches Friedensverständnis mit säkularen Friedensbemühungen in einen Dialog tritt.

Die biblisch-theologische Grundlegung christlichen Friedenshandelns kann an verschiedene biblische und theologische Aussagen anknüpfen. In ihrer Vielfalt spiegeln sie den Reichtum der ganzen christlichen Tradition wider. Im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen steht die Reich-Gottes-Verkündigung Jesu.

Eine Vergewisserung des christlichen Friedenshandelns an der Reich-Gottes-Botschaft wird drei zentrale Aspekte des biblischen Friedenszeugnisses unterscheiden: Frieden als Gabe, als Verheißung und als Aufgabe.

THEOLOGISCHE STUDIENABTEILUNG
beim Bund der Evangelischen Kirchen
in der Deutschen Demokratischen Republik
Referat Friedensfragen

INFORMATIONEN UND TEXTE

Nr. 12

Juli 1984

Inhalt

Bischof i.R. Dr. Werner Krusche:

Schuld und Vergebung - der Grund
christlichen Friedenshandelns

Theologische Studienabteilung
1040 Berlin, Auguststr. 80, Tel. 2886 245

Nur für innerkirchlichen Gebrauch

Vorbemerkung

Auf einem von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Mitte Juni 1984 in Kiel veranstalteten friedenspolitischen Kongreß hat Bischof i. R. Dr. Werner Krusche (Magdeburg) über das Thema "Schuld und Vergebung - der Grund christlichen Friedenshandelns" referiert. Wir sind Herrn Bischof Dr. Krusche dankbar, daß er uns den Text seines Referates für die "Informationen und Texte" zur Verfügung gestellt hat.

Mehrere Gründe haben uns veranlaßt, dieses Referat ungekürzt aufzunehmen. Erstens macht es aufs Neue bewußt, daß von "Friedensverantwortung der Kirche" auch neununddreißig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges nicht jenseits und losgelöst vom Bekenntnis geschichtlicher Schuld der Kirche geredet werden kann. Das Wissen um den inneren Zusammenhang von schuldhaftem Versagen und aktuellem Zeugnis für den Frieden bleibt für kirchliches Friedenshandeln in beiden deutschen Staaten unverändert wichtig und notwendig.

Zweitens werden wir daran erinnert, daß wir als Deutsche aus der Schuldverflechtung nicht durch einen Akt politischer Selbstbefreiung aussteigen können. Christen und Kirchen in den beiden deutschen Staaten können den Satz "Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen" nicht als allgemeine politische Absichtserklärung gelten lassen. Sie können ihn nur als Selbst-Verpflichtung mitsprechen, die sie in letzter Ernsthaftigkeit an das Ziel des Friedens bindet. Wir bleiben auf lange Sicht "gebrannte Kinder", die aus ihrer Geschichte zu lernen haben. Diese Lernaufgabe ist weder in der BRD noch in der DDR ein für alle mal politisch "erledigt".

Schließlich stellt uns das Bekenntnis unserer Schuld als Kirchen unabweisbar vor die Frage nach der Wahrnehmung kirchlicher Friedensverantwortung heute. Die eigene Vergangenheit wird zur Folie, vor der sich die gegenwärtigen Gefahren für den Weltfrieden umso schärfer abheben. Aus und noch mehr zwischen den Zeilen spricht die Sorge, die Kirchen könnten in der Frage der atomaren Bedrohung durch ihr Zögern und Schweigen von neuem - und damit unentschuldbar - schuldig werden, "Schuld als politisch schuldhaftes Versagen einer Kirche" (Krusche).

Die Vergangenheit als Lehrstück für die Gegenwart - so ließe sich das Kieler Referat auf den "kritischen Punkt" bringen. Eine Provokation zum Frieden nicht nur in Kiel, sondern auch anderswo.

Joachim Garstecki

Bischof i. R. Dr. Werner Krusche

Schuld und Vergebung - der Grund christlichen Friedenshandelns

1

Das Bekenntnis der Schuld

Im Jahre 1940 - als unser Volk die Siege über Polen und Frankreich feierte (ich selbst hatte beide Feldzüge mitgemacht und hatte nicht das Gefühl, an einem Unrecht beteiligt gewesen und schuldig geworden zu sein) - schrieb Dietrich Bonhoeffer einen Abschnitt seiner Ethik über das Bekenntnis der Schuld¹⁾. Dabei ging es nicht um Schuld im allgemeinen, sondern um die deutsche Schuld. Schuld kann nie im allgemeinen, sondern immer nur konkret geschichtlich bekannt werden. Die Grundeinsichten Bonhoeffers sind die:

1. Schuld wird nur da wirklich erkannt, wo sie christologisch begriffen ist. Wirkliche Schulderkenntnis ist nur da zu gewinnen und auszuhalten, wo der verkündigt, geglaubt und angeufen wird, der in die Solidarität der Schuld eingetreten ist und die Schuld der Welt vollständig und bedingungslos auf sich genommen und sie so aus der Welt geschafft hat. "Schulderkenntnis gibt es nur auf Grund der Gnade Christi."
2. Die so gewonnene Erkenntnis der Schuld macht es möglich, Schuld uneingeschränkt und unabgeschwächt und unter Verzicht auf irgendwelche Erklärungsversuche zu bekennen. Natürlich wußte Bonhoeffer, daß man Schuld auch psychologisch verstehen kann als seelischen Komplex oder juristisch als vorwerfbare Unrechtstat oder moralisch als Versagen gegenüber einer sittlichen Norm, aber alle derartigen Auffassungen von Schuld führen geradezu zwangsläufig dazu, Schuld verstehbar und verständlich zu machen oder entlastende Gründe zu suchen in den besonderen biographischen, geschichtlichen oder schicksalhaften Bedingungen des einzelnen oder der Gruppe oder im Hinweis auf die Schuldanteile anderer oder auf die allgemeine menschliche Schuldhaftigkeit. Aber gerade so entzieht man sich der wirklichen Schulderkenntnis. Nur der Blick auf die Gestalt Christi befreit dazu, den Blick in die Abgründe der Schuld auszuhalten und sie ganz, total - unter entschiedenem Verzicht auch auf den sublimsten Versuch der Selbstentschuldung - zu bekennen.
3. Es ist zunächst die ganz persönliche Sünde des einzelnen, die hier erkannt und bekannt wird, aber nicht individualistisch, sondern in ihrer Sozialität, in ihren vergiftenden Auswirkungen auf das Leben der Gemeinschaft. "Ich kann mich nicht dabei beruhigen, daß mein Anteil nur ein verschwindend geringer sei; hier wird nicht gerechnet, sondern ich muß er-

kennen, daß gerade meine Sünde an allem Schuld ist ... Ich bin schuldig des feigen Verstummens, wo ich hätte reden sollen, ich bin schuldig ... der Unwahrhaftigkeit angesichts der Gewalt, ich bin schuldig ... der Verleugnung der Ärmsten meiner Brüder; ich bin schuldig des Abfalls von Christus. Was geht es euch an, ob andere auch schuldig sind? Jede Sünde eines anderen kann ich entschuldigen, nur meine eigene Sünde bleibt Schuld, die ich nie entschuldigen kann."

4. Das Ich des seine Schuld bekennenden peccator ist das Ich in der Gemeinschaft der peccatores. Im Bekenntnis und mit dem Bekenntnis des einzelnen bekennt die Kirche ihre Schuld. "Die Kirche bekennt, den Namen Jesu Christi mißbraucht zu haben, indem sie sich seiner vor der Welt geschämt ... und es mit angesehen (hat), daß unter dem Deckmantel des Namens Christi Gewalttat und Unrecht geschah. Sie bekennt, die willkürliche Anwendung brutaler Gewalt, das leibliche und seelische Leiden unzähliger Unschuldiger, Unterdrückung, Haß und Mord gesehen zu haben, ohne ihre Stimme für sie zu erheben, ohne Wege gefunden zu haben, ihnen zu Hilfe zu eilen. Sie ist schuldig geworden am Leben der schwächsten und wehrlosesten Brüder Jesu Christi."

5. Zur Erkenntnis der Schuld gehört auch die Erkenntnis des geschichtlichen Irrweges, der dahin geführt hat. Das Schuldbeckenntnis schließt also die Verantwortung für das Mitgehen dieses geschichtlichen Weges ein. "Die Kirche ist heute die Gemeinschaft der Menschen, die, gefaßt von der Gewalt der Gnade Christi, ihre eigene persönliche Sünde wie den Abfall der abendländischen Welt von Christus als Schuld an Jesus Christus erkennt, bekennt und auf sich nimmt." Dabei will die Kirche mit ihrem Schuldbeckenntnis auch das Schuldbeckenntnis der anderen ermöglichen. "Indem die Kirche die Schuld bekennt, entbindet sie die Menschen nicht vom eigenen Schuldbeckenntnis, sondern ruft sie in die Gemeinschaft des Schuldbeckenntnisses hinein." Das hat mit Kollektivschuld nichts, wohl aber damit zu tun, daß das Bekenntnis geschichtlicher Schuld öffentlich abgelegt sein will und daß ein Volk zur Erkenntnis geschichtlicher Schuld nur kommen kann, wenn die Kirche sie bekannt hat.

6. Nur solch ein konkretes, rückhaltloses, unabgeschwächtes Bekenntnis der Schuld erfährt Vergebung, führt ins Freie, eröffnet Zukunft, schafft Raum für neue Kommunikation. Weil und insofern die Kirche der Ort ist, wo Schulderkenntnis wirklich wird im Schuldbeckenntnis, ist sie auch "der Ort der persönlichen und gemeinschaftlichen Wiedergeburt und Erneuerung."

Wie gesagt: es war 1940, als Bonhoeffer das schrieb - als unser Volk noch seine Siege feierte und der Vernichtungskrieg gegen die Völker des Ostens noch nicht begonnen hatte.

Es hat lange gedauert, bis sich die Kirche zu solch einem Schuldbekenntnis bereitgefunden hat. Dazu kam es erst nach dem totalen Zusammenbruch Deutschlands und angesichts der uns von allen Seiten entgegenschlagenden Verbitterung, Empörung und Verachtung. Das später so genannte "Stuttgarter Schuldbekenntnis" vom 18./19. Oktober 1945 war zwar nicht "mehr oder weniger abgenötigt"²⁾, aber es kam auch nicht spontan³⁾. Dennoch war es ein präzedenzloser Vorgang in der Geschichte der evangelischen Christenheit in Deutschland, als die Mitglieder des neu gebildeten Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) den Repräsentanten der Ökumene bekannten: "Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden ... Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben".

Vergleicht man dieses Schuldbekenntnis mit den beschämenden Äußerungen der evangelischen Kirchen zur Frage der deutschen Schuld nach dem ersten Weltkrieg⁴⁾, so wird der ganze Unterschied deutlich, wobei sich freilich auch dies zeigt, daß Schuldzuweisung von außen Schulderkenntnis erschwert und zur Selbstrechtfertigung führt. Zur wirklichen Schulderkenntnis kommt es in der Tat nur angesichts der Gestalt Christi, vor der einem jede Ausflucht vergeht, nicht durch die bloße Konfrontation mit Normen und Fakten.

Das Echo, das das Schuldbekenntnis des Rates der EKD bei den Vertretern der Ökumene ausgelöst hat, zeigt, daß das Bekennen der Schuld in der Tat der Schritt ins Freie ist, neue Gemeinschaft ermöglicht und Wege in die Zukunft eröffnet. In dem Wort von Pierre Maury nach der Entgegennahme dieser Erklärung kommt dies bewegend zum Ausdruck. "Es kann Ihnen nicht leicht gefallen sein, dieses Wort zu sprechen. Nur in Jesus Christus können Sie dazu frei gemacht werden sein ... Vor Gott ist es gedacht, geschrieben und vorgelesen. Durch Gnade ist es bei Gott angenommen. Da wir nun diese Zeilen haben, ist es uns leichter, ... die Last (zu tragen), daß das Gift des Hitlerregimes nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt überflutet hat ... Euer Wort nun hilft uns zu der wahren Gerechtigkeit auch Deutschland gegenüber. Sie haben uns geholfen, Ihnen zu helfen."⁵⁾

Mit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis war ein neuer Anfang gemacht. Denn an der Frage, wie unser Volk sich zu seiner Schuld stellen würde, ob es sich zur Übernahme der Verantwortung und damit zur Haftung für seinen langen Irrweg bereitfinden würde, entschied sich schlechterdings alles, seine ganze geistige und politische Zukunft. "Wenn eine Schuld der res publica nicht erkannt, verurteilt und in irgendeiner Weise gesühnt wird, dann wird sie zu immer wiederkehrenden Formen

des Verhaltens und zerstört die politische Existenz" (Romano Guardini)⁷⁾. Und welchen Weg unser Volk gehen würde, würde entscheidend davon abhängen, wie und ob die Kirche die mit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis eingeschlagene Richtung einhalten würde.

Einer der Unterzeichner des Stuttgarter Schuldbekenntnisses - Martin Niemöller, der "das Wort von Stuttgart ... als die Freiheits-Charta der Evangelischen Kirche" bezeichnet hatte - urteilt 12 Jahre nach "Stuttgart": Mit der im Jahre 1946 einsetzenden Entwicklung sei deutlich geworden, "daß die Stuttgarter Erklärung für die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland keine konstitutive, sondern lediglich eine deklamatorische Bedeutung haben würde ... Das praktische Handeln der Kirche bewegte sich nicht mehr in der Sphäre des Glaubens, sondern im Rahmen des Möglichen."⁸⁾ Und Gustav Heinemann, der die Stuttgarter Schulerklärung immer wieder als den "Dreh- und Angelpunkt seiner politischen Anschauungen" bezeichnete, konstatierte 1950: "Dieses Bekenntnis ist, aufs Ganze gesehen, von unseren Gemeinden und unserem Volk nicht aufgenommen worden ... So wurde uns das in Hybris und Katastrophe, in Gericht und Gnade Erlebte aufs Ganze gesehen nicht ein Anlaß zur Umkehr und neuer Besinnung."⁹⁾

Man wird nach fast 40 Jahren um einiges differenzierter urteilen können. Aber "aufs Ganze gesehen" ist es so: Die evangelische Kirche und das deutsche Volk sind durch das Tor, das durch das Stuttgarter Schuldbekenntnis aufgetan wurden war, nicht hindurchgegangen und ins Freie gelangt zu einem wirklichen Neuanfang. Die bloße Berufung auf "Stuttgart" hilft uns also nicht weiter, sondern wir müssen uns der Frage stellen, was wir aus "Stuttgart" gemacht haben.

Dabei will und kann ich mich nicht als Richter aufspielen; wie ich mich damals in kirchenleitender Verantwortung entschieden hätte, ist mir keineswegs sicher.

Die Verdrängung der Schuld

Als die Stuttgarter Schulerklärung bekannt wurde, kam es zu empörten Reaktionen.¹¹⁾ Auch ich habe damals als Student zunächst dagegen aufgelehrt.

Es begann der Weg der Schuldverdrängung.

1. Die Ablenkung von der eigenen Schuld ("Die Schuld der anderen")

In den letzten Kriegsmonaten hatte Karl Barth seinen Schweizer Landsleuten gesagt, die Deutschen brauchten jetzt nichts nötiger als Freunde, aber Freunde, die ihnen die harte Wahrheit nicht vorenthielten. Man müsse nämlich damit rechnen, "daß die Deutschen es lieben, auf jede politische Anklage alsbald mit einer Gegenanklage zu antworten", so daß schließlich alle Welt, nur nicht die Deutschen selber für das gegenwärtige Unheil verantwortlich wären.¹²⁾

Und so kam es denn auch. Keiner wollte hinter die Stuttgarter Schulderklärung zurück, man beschwore, wir dürften und wollten nicht "in die alte Welt des gegenseitigen Aufrechnens zurückkehren", aber beiläufig kamen dann doch eben Hinweise auf das Diktat von Versailles, das unser Volk für den Nationalsozialismus empfänglich gemacht habe. Es fehlt nicht der Hinweis auf das Schweigen des Auslandes, von wo aus es doch sehr viel leichter gewesen wäre, sich von dem in Deutschland herrschenden Regime zu distanzieren. Aber zu diesen gelegentlichen Rückblicken kamen nun die sehr kräftigen Seitenblicke auf das Unrecht, das die Siegermächte jetzt an den Deutschen begingen: die Demontagen, die Behandlung der Kriegsgefangenen und der Internierten, die mangelhafte Versorgung mit ihren katastrophalen Folgen.

Daß angesichts dieses Leidensdruckes nicht mehr nur - wie in Stuttgart - von der eigenen Schuld gesprochen werden könne, sondern daß jetzt auch von der Schuld der anderen gesprochen werden müsse, schien aus seelsorgerlichen Gründen geboten: die Kirche habe nicht nur die Aufgabe, zur Buße zu rufen, sondern auch die Funktion der Tröstung. Die Kirche gerate in den Verdacht, Sprachrohr der Besatzungsmächte zu sein, sie verliere also ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie einseitig rede und nur die eigene und nicht auch deren Schuld zur Sprache bringe. Das war sicher ehrlich gemeint. Ich weiß nicht, ob ich mich damals nicht auch von dem Hinweis auf das "Trostamt der Kirche" hätte beeindrucken und verführen lassen.

Es hat damals leidenschaftliche Auseinandersetzungen über die "Schuld der anderen" gegeben.¹³⁾ In einer Predigt am Karfreitag 1947 hatte H. Thielicke nachdem er das ganze Unrecht, das den Deutschen durch die Siegermächte angetan wird, ausgebreitet hatte, erklärt: "Ich kann die Schuldbekennenisse der Kirche, unter die ich mich selbst als Erster stelle, solange in der Öffentlichkeit nicht mehr hören, wie nicht auch dieses Andere offen gesagt wird."¹⁴⁾ Mit Äußerungen wie dieser hat er, auch wenn er damit unserem Volk die eigene Schuldeinsicht erleichtern wollte, faktisch

zu der "unbußfertigen Selbstrechtfertigung unseres Volkes in stärkster Weise beigebracht" ¹⁵⁾.

Nur die eigene Not war konkretisiert worden, nicht aber die eigene Schuld. Die Aufzählung solcher "Gravamina" stehe im Gegensatz zu der Stuttgarter Erklärung, stellte der Reichsbrüderrat Anfang 1947 fest, und als eigentlichen Grund nannte er "die Furcht ..., daß die Kirche beim deutschen Volk den Kredit verliert, wenn sie jetzt nicht auch zu dem 'Unrecht von der anderen Seite' redet." ¹⁶⁾

So hatte sich schon ein reichliches Jahr nach Stuttgart unter der Hand aus einem Schuldbekenntnis ein Schuldvorwurf gegen die anderen entwickelt; aus sich selber Anklagenden waren Verkläger geworden. Als schließlich der Ost-West-Gegensatz unübersehbar wurde, war von der deutschen Schuld nicht mehr die Rede. Man brauchte die Deutschen wieder. Das Thema war vom Tisch, und die wechselseitigen Schuldvorwürfe der politischen Gegner bestimmten fortan die Tagesordnung.

Die evangelische Kirche - von der katholischen Kirche will ich nicht sprechen - hat in falsch verstandener Seelsorge und aus Angst vor nationalem Kreditverlust, indem sie den Blick von der eigenen Schuld auf die Schuld der anderen ablenkte, sich selbst und damit unser Volk um die Chance eines wirklichen Neuanfangs gebracht. Sie hat den Teufelskreis der gegenseitigen Schuldvorhaltungen nicht durchbrechen helfen können und hatte nichts dagegen einzusetzen, als das sterile, heillose Spiel mit Anklage und Gegeklage, Maßnahme und Gegenmaßnahme, Drohung und Gegendrohung zum beherrschenden politischen Stil wurde. Weil die evangelische Kirche "nicht in der Sphäre des Glaubens, sondern im Rahmen des Möglichen" und das heißt im Bannkreis bisheriger geschichtlicher Erfahrungen blieb, weil man in ihr nur damit rechnete, daß ein einseitiges Schuldbekenntnis wie bisher immer von den anderen politisch mißbraucht und zur Rechtfertigung entsprechender Gegenmaßnahmen ausgenützt werden würde ¹⁷⁾, m. a. W.: weil man nicht ernstlich mit dem rechnete, dem "alle Macht gegeben ist im Himmel und auf Erden" (Matth. 28,18), und der mit der kreativen Macht seiner Liebe auch Wandlungen in der Einstellung bei den Trägern politischer Macht bewirken und die politische Vernunft erweitern kann, weil man die Möglichkeit solcher Einbrüche des Reichen Gottes in das Reich der politischen Macht nicht einmal in Erwägung zog, sondern sich das Handeln Jesu Christi auch nur "im Rahmen des Möglichen" danken konnte, blieb die Welt Zukunftslos sich selbst überlassen.

2. Die Privatisierung der Schuld (ihre kirchliche Internalisierung)

Die Abkehr von Stuttgart, die Verdrängung der dort bekannten Schuld, geschah aber nicht nur durch die Ablenkung des Blickes von der eigenen Schuld auf die der anderen, sondern noch auf eine andere, noch folgenreichere Weise. Sie begann mit der - verdächtig eilfertigen - Versicherung (namentlich von lutherischer Seite), man habe in Stuttgart ein Schuldbekenntnis vor Gott und vor christlichen Brüdern, nicht aber vor der Öffentlichkeit abgelegt. Es sei nicht die politische Schuld unseres Volkes, sondern die Schuld der Kirche und der Christen bekannt worden, es sei ein rein geistliches, beileibe nicht politisch gemeintes Wort gewesen, es handle sich um einen rein innerkirchlichen Vorgang. Lilje: "Die erwähnte Erklärung ist keine politische, sondern eine kirchliche Erklärung. Sie ist ... niemals für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen." Landesbischof Marahrens zum Bußtag 1945: "Das Bekennen unserer Schuld ... ist ... ein Bekenntnis vor Gott und nicht vor Menschen ... Es kann nicht die Aufgabe unserer Kirche sein, Fragen der politischen Entwicklung und des Völkerrechts zu klären. Sie vermag nicht die Verflechtung von Schuld und Verhängnis im Hintergrunde des furchtbaren Geschehens dieser letzten Jahre und Jahrzehnte zu durchschauen." Die Kirchenleitung von Schleswig-Holstein: "Von hier aus wird klar, daß hier keine politische Schuld festgestellt wird. Feststellung solcher Schuld ist ein politisch-historisches Urteil ... Sondern es handelt sich um ein streng religiöses Schuldbekenntnis vor Gott, das als solches unanfechtbar ist."¹⁸⁾

Einen solchen Versuch, das Schuldbekenntnis kirchlich zu verinnerlichen, es zu privatisieren und zu entpolitisieren, hatte Visser't Hooft bereits 1943, als er sich über die Nachkriegsaufgaben des Weltrates der Kirchen äußerte, für unmöglich erklärt.¹⁹⁾

Schuld ist immer zugleich Schuld gegenüber Gott und gegenüber den Menschen, ist zugleich persönliche und politische Schuld, die Verantwortung für den mitgegangenen geschichtlichen Weg und für die unterlassene Warnung vor dem Weitergehen dieses Weges²⁰⁾. Der einzige den politischen Aspekt der Schuld ansprechenden Satz, der durch Niemöllers Initiative in den Text der Stuttgarter Erklärung aufgenommen worden war - "Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden" -, bedurfte dringend der Konkretisierung. Stattdessen schob sich der Satz der Selbstanklage mit seinen komparativen Formulierungen nach vorn. - "An die Stelle, wo harte Verantwortlichkeit für konkrete Spezifika hätte formuliert werden müssen, schoben sich Kategorien allgemein menschlicher Schwach-

heiten ... Die Unlust, die Schuld der Kirche als eine geschichtliche und politische in der Folgezeit immer spezifischer zu erkennen und zu verantworten, bedeutete so faktisch eine stille Annulierung von Stuttgart."²¹⁾

Die Konkretion des "politischen" Satzes der Stuttgarter Erklärung durfte nicht nur das von unserem Volk verursachte Leiden beinhalten, sondern mußte die Verantwortung für den falschen politischen Weg einschließen, der dahin geführt hatte. Der Nationalsozialismus war ja nicht aus heiterem Himmel über unser Volk gekommen - er war "nicht eine totalitäre Zwischenphase der deutschen Geschichte, ... sondern Endpunkt einer langen nationalen Entwicklung mit ganz bestimmten Ideen und Praktiken".²²⁾ Es hat einzelne Synoden gegeben, die dies ansatzweise erkannt haben, am deutlichsten die Spandauer Bekenntnissynode Juli 1945: "Wir müßten weit zurückgehen in der Geschichte des deutschen Geistes, um darzutun, warum wir uns so leicht haben verführen lassen. Eine Fehlentwicklung von langer Hand her hat uns dahingebracht,²³⁾ daß wir in der Stunde der Versuchung versagt haben."

Aber das waren vereinzelte Stimmen. Nicht die Konkretisierung der Stuttgarter Erklärung, sondern deren Privatisierung²⁴⁾ und Entpolitisierung waren der vorherrschende Trend. Eberhard Bethge hat pointiert formuliert: "Die geschichtlich-politische Schuld des Unpolitischen ist also konkret die Schuld der Kirche als einer Kirche in Deutschland; d. h. als einer Kirche, die notwendig in der Verquickung mit Deutschlands Schicksalsdaten von 1848, 1870, 1914, 1918, 1933 und 1945 lebt."²⁵⁾

Diese notwendige Konkretion der Schuld wird in dem "Darmstädter Wort" des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 8. August 1947 vollzogen²⁶⁾, das sich freilich der Rat der EKD nicht zu eigen gemacht hat. Es gibt kein anderes kirchliches Dokument, das so klar und eindeutig bestimmte Irrungen theologischer und politischer Natur beim Namen nennt wie dieses. Es macht die Schuld als politisch schuldhafte Versagen einer Kirche fest. Es setzt ein mit dem Wort von der Versöhnung der Welt mit Gott in Christus und erklärt: "Dieses Wort wird nicht ... angenommen, wenn wir uns nicht freisprechen lassen von unserer gesamten Schuld, von der Schuld der Väter wie von unserer eigenen, und wenn wir uns nicht durch Jesus Christus, den guten Hirten, heimrufen lassen auch von allen falschen und bösen Wegen, auf welchen wir als Deutsche in unserem politischen Wollen und Handeln in die Irre gegangen sind." Und dann wird viermal - jeweils eingeleitet mit den Worten "Wir sind in die Irre gegangen" - ein solcher Irrweg benannt:

1. Der Traum von einer besonderen deutschen weltgeschichtlichen Sendung, einer einzigartigen Macht- und Kulturrolle der deutschen Nation, mit dem der Weg nationalen Hochmuts, schrankenloser politischer Machtentfaltung eröffnet und das Verlangen nach einem militärisch starken Staat geweckt wurde.
2. Das Bündnis der Kirche mit den konservierenden Mächten und die Verneinung der Revolution und damit die Desavouierung aller Freiheitsbewegungen, die Sanktionierung eines hierarchisch-patriarchalisch-autoritären Ordnungsdenkens.
3. Damit zusammenhängend die weltanschauliche Frontenbildung und die theologisch-apokalyptische Überhöhung der Gegensätze als Kampf der Guten gegen die Bösen, des Lichtes gegen die Finsternis.
4. Die Blindheit gegenüber der vom Marxismus gestellten Frage nach der Verantwortung für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits.

Dieses die Stuttgarter Schulderklärung konkretisierende "Darmstädter Wort" ist kein kirchenoffizielles Dokument geworden. Es wollte, gerade indem es die politischen Verstrickungen der Kirchen aufzeigte, der Kirche heraus helfen aus ihren unerkannten einseitigen politisch-gesellschaftlichen Bindungen zur Freiheit des Evangeliums, das an keine Gesellschaftsordnung gebunden ist. Der die ganze heutige kirchlich-theologische Auseinandersetzung durchziehende und vergiftende Vorwurf der "Politisierung" der Kirche bzw. ihrer Verkündigung mit seinem Zögerungseffekt zeigt, wie aktuell dieses "Darmstädter Wort" geblieben ist. Zum Stichwort "Politisierung" hat H. Diem bissig, aber zutreffend erklärt: "Man bleibt der alten Tradition treu: Wo die Kirche Ja sagte zu der Politik der im Staat herrschenden Mächte, war das keine Politik. Wehrte sie sich aber dagegen, so war das noch immer und ist auch heute wieder ein unbefugter Übergriff in das politische Gebiet.²⁷⁾

Und zu der immer wieder empfohlenen politischen Zurückhaltung hat Gustav Heinemann gesagt: "Wer für den Kurs der Regierung oder der Parlamentsmehrheit ist, kann sich freilich mit Stillschweigen begnügen. Seine politischen Meinungen kommen ja sozusagen von selbst zum Zuge. Nur soll man solches Stillschweigen nicht als 'unpolitische Haltung' anpreisen. Das wäre in Wahrheit die allersublimste Form von Politisierung."²⁸⁾

3. Die Ausblendung von Schuld

Kam es nicht zu einer Konkretisierung der Stuttgarter Erklärung im Blick auf unser schuldhaftes Mitgehen des verderblichen politischen Weges unseres Volkes, so unterblieb auch das Eingeständnis unserer Schuld ausgerechnet gegenüber denen, die am schwersten unter uns gelitten hatten - gegenüber den Juden, den Kommunisten und den Völkern des Ostens.²⁹⁾

Gegenüber den Juden hat die Synode der EKD in Weißensee 1950 dann doch noch dieses Wort gefunden. Sie nahm einstimmig eine Erklärung an, in der es heißt: "Wir sprechen es aus, daß wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist." Der Präses der Synode, Gustav Heinemann, nahm in seinem Schlußwort Bezug auf die Stuttgarter Erklärung, die jetzt an dieser Stelle endlich konkretisiert worden sei.³⁰⁾

Zu einem Bekenntnis unserer Schuld gegenüber den Kommunisten und dem Sowjetvolk, also gegenüber denen, die dem Nationalsozialismus den entschiedensten Widerstand geleistet bzw. im Kampf gegen ihn die schwersten Opfer gebracht hatten, ist es indessen nie gekommen. Ein solches Schuldbekenntnis auszusprechen, fiel offenbar ganz besonders schwer, und zwar aus zwei Gründen:

1. Die Sympathie breiter Kreise der evangelischen Kirche für Hitler kam daher, daß man in ihm den Retter vor dem atheistischen Bolschewismus sah. Unter diesem Aspekt sah man dann auch den Krieg gegen die Sowjetunion. Der Geistliche Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche schickte am 30. 6. 1941 ein von Landesbischof Marahrens mitunterzeichnetes Telegramm an Hitler, in dem es heißt: "Sie haben, mein Führer, die bolschewistische Gefahr im eigenen Land gebannt und rufen nun unser Volk und die Völker Europas zum entscheidenden Waffengang gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländisch-christlichen Kultur auf. Die Deutsche Evangelische Kirche ist mit allen ihren Gebeten bei Ihnen und bei unseren unvergleichlichen Soldaten, die nun mit so gewaltigen Schlägen daran gehen, den Pestherd zu beseitigen, damit in ganz Europa unter Ihrer Führung eine neue Ordnung entstehe und aller inneren Zersetzung, aller Beschmutzung des Heiligsten, aller Schändung der Gewissensfreiheit ein Ende gemacht werde."³¹⁾ Auch wenn die Bekennende Kirche niemals solch ein Telegramm verfaßt hätte, - die in ihm enthaltene Beurteilung des Bolschewismus war nicht nur bei den deutschen Christen zu finden.

2. In der evangelischen Kirche war nicht in den Blick gekommen, daß die Zielsetzung und die Methoden der deutschen Kriegsführung auf den Kriegsschauplätzen im Westen und denen im Osten von qualitativem Unterschied waren: Während sich der Krieg im Westen im Großen und Ganzen im Rahmen "konventioneller" Kampf-führung gehalten hatte, zielte die Kriegsführung im Osten von Anfang an nicht nur auf die militärische Be-zwingung des Gegners, sondern hier wurde ein Ver-nichtungskrieg gegen die slawischen "Untermenschen" geführt. Wer diesen fundamentalen Unterschied nicht sah, konnte meinen, der Satz aus der Stuttgarter Er-klärung, durch uns sei unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden, schließe doch alle ein und reiche aus. Die Ausblendung der besonderen Schuld gegenüber dem zur Vernichtung bestimmt gewesenen Sowjetvolk ist der verhängnisvolle und folgenschwerste Vorgang in der deutschen Nachkriegskirchengeschichte.³²⁾ Eine Kirche, die diese besondere Schuld nicht sehen konnte und nicht sehen wollte, hatte und hat einer antikommu-nistisch emotionalisierten und ideologisierten Politik mit ihren Folgewirkungen nichts entgegenzusetzen.

Als der sehr bald zutage tretende Ost-West-Gegensatz sich immer mehr verschärzte, war von einer deutschen Schuld gegenüber dem Osten keine Rede mehr. Im Gegenteil: durch eine immer maßloser werdende moralische und politische Diskriminierung der Sowjetunion entstand ein Klima, in dem der Gedanke an eine deutsche Schuld diesem "Untier" gegen-über beinahe absurd erscheinen mußte.

Die Sowjetunion war der Unrechtsstaat par excellence, in dem Freiheit und Menschenwürde mit Füßen getreten wurden, der seine Gewaltherrschaft über ganz Europa ausdehnen will, jederzeit bereit zu einem Überfall auf das militärisch nicht ausreichend gerüstete Westeuropa, nichts anderes als die rote Version des Totalitarismus, ein aggressives Monstrum - der Koreakrieg war der Beweis -, gegen das man sich stark machen muß, um es schließlich kleinzu-kriegen.³³⁾

Und da es sich dabei um ein atheistisches Monstrum handelte, mußte der Ost-West-Gegensatz nun auch noch religiös aufge-laden werden. Der damalige Bundeskanzler erklärte 1950: "In unserer Zeit wird es sich entscheiden, ob Freiheit, Menschenwürde, christlich-abendländisches Denken der Mensch-heit erhalten bleibt oder ob der Geist der Finsternis und der Sklaverei, ob der antichristliche Geist für eine lange, lange Zeit seine Geißel über die hilflos am Boden liegende Menschheit schwingen wird." "Auf der einen Seite steht Sowjet-Rußland mit seinen Trabanten- und Sattelitenstaaten, seinen Fünften Kolonnen und den ihm blind gehorchnenden kommunistischen Parteien, hochgerüstet, überall in der Welt

das Feuer schürend, Religion und Christentum, europäische Sitten und Kultur, Freiheit und Würde der Person vernichtend. Auf der anderen Seite stehen die Atlantik-Paktstaaten unter Führung der Vereinigten Staaten, bereit und entschlossen, alles zu tun für den Frieden, aber nur für einen Frieden in Freiheit und Würde, bereit, ihre Rüstung aufs äußerste zu verstärken, um auf diese Weise den von Sowjet-Rußland drohenden Angriff zu verhindern." Es sei seine "tiefe Überzeugung, daß wir alle in einem Kampf zwischen Materialismus und Christentum, zwischen Gut und Böse mitten hineingestellt sind, und daß jeder von uns in diesem Kampfe sein Letztes hergeben muß, damit das Gute obsiegt und damit Gott obsiegt."³⁵⁾ Man wird bei diesen Äußerungen berücksichtigen müssen, daß sie in der Stalin-Ara gemacht worden sind. Aber sie blieben wirksam. Im Ost-West-Gegensatz handelt es sich um den Kampf des Lichtes gegen die Finsternis, des Guten gegen das Böse. Die Linie zu Äußerungen des gegenwärtigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, der sowjetische Kommunismus stelle die Inkarnation des Bösen dar, es sei möglich, daß wir vielleicht vor dem entscheidenden Endkampf von Harmagedon (Apc, 16,16) stünden, liegt auf der Hand.

Eine solchermaßen apokalyptisch ideologisierte Politik konnte dann nur heißen:

Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis-system, Wiederbewaffnung und eine Politik der Stärke treiben. Der damalige Bundeskanzler erklärte: "Erst wenn der Westen stark ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des eisernen Vorhangs zu befreien, in Frieden zu befreien." "Dann wird auch der Tag gekommen sein, wo wir mit unseren Brüdern und Schwestern im Osten in Freiheit wiedervereint sein werden."³⁵⁾

Was konnte eine Kirche, die die deutsche Schuld gegenüber dem Osten aus ihrem Bewußtsein ausgeblendet hatte, in dieser Situation tun? Hier schieden sich in ihr die Geister. Für die einen stand fest, daß Kommunismus und National-Sozialismus gleichermaßen totalitäre Systeme sind; die Stuttgarter Erklärung ernstnahmen hieß für sie, den gott-losen und menschenfeindlichen Kommunismus entgegenzutreten und also die westliche Politik zu rechtfertigen. Die andere Gruppe ging von der Solidarität der Schuld aus, die die Deutschen in "Stuttgart" bekannt hatten. Die dort geforderte Umkehr verstanden sie als Umkehr des Sinnes gegenüber allen fremden Völkern. Darum waren sie außenpolitisch auf einen Ausgleich bedacht.

Die Gegensätze in der Deutschlandfrage prallten hart aufeinander: Aßmussen warf Niemöller vor - beide hatten die

Stuttgarter Erklärung unterzeichnet -, unter seiner Leitung sei im Kirchlichen Außenamt "die Gefahr der Politisierung und die Gefahr der Propagierung des Totalitarismus" größer als im Dritten Reich geworden, das Sowjetsystem werde verharmlost, die Kirchen in der Welt gerieten in tödliche Gefahr, sich durch die Leitung der ökumenischen Arbeit in Deutschland mit dem Kommunismus abzufinden. Landesbischof Wurm - auch ein Unterzeichner von "Stuttgart" - warf Barth vor, er unterschätze "in fast perverser Weise die 'moskowitzische Gefahr'. Und Eugen Gerstenmeier verkündete auf dem Essener Kirchentag 1950: im Osten, "da ist die Unfreiheit, da ist der Staat im Kern wider Gott und den Menschen". Angesichts der Aggressionstendenzen des Ostens sei eine Aufrüstung Westdeutschlands "christlich geboten".³⁶⁾ Während der Rat der EKD 1950 in Essen sich in seiner Mehrheit noch gegen eine Wiederaufrüstung erklärt hatte - "einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten betrifft", erklärte derselbe Rat ein knappes Vierteljahr später: "Die Frage, ob eine wie immer geartete Wiederaufrüstung unvermeidlich ist, kann im Glauben verschieden beantwortet werden."³⁷⁾

Die Gruppe um Niemöller, Heinemann und Barth hatte dagegen das besondere Unrecht von uns Deutschen gegenüber den Völkern der Sowjetunion nicht aus dem Blick verloren. Ohne die Unterschiede zwischen den politischen Systemen zu verwischen und ohne die Vorgänge in der Stalinzeit zu bagatellisieren oder gar zu rechtfertigen, konnten sie die politische Entwicklung nicht ohne den Zusammenhang gesamtdeutscher Schuld sehen. Darum haben diese Männer weder die Sowjetunion verteufelt, noch die Vereinigten Staaten verhimmelt, sondern sie nüchtern als politische Gegner mit ihren je eigenen Machtinteressen gesehen. Natürlich wußten sie, daß die sowjetische Politik unter ideologischem Vorzeichen geschah, aber sie zogen daraus nicht den Schluß, daß daraufhin eine antikommunistische "christliche" Gegenideologie aufzubauen sei. Ihnen lag daran, das Ost-West-Verhältnis zu entideologisieren, es aus der Hochstilisierung zu einem weltgeschichtlich-pokalyptischen Entweder/Oder herunterzuholen auf die Ebene rationaler Politik.³⁸⁾ Diese Gruppe sah klar, daß die Christen im Osten von ihrem Staat als fünfte Kolonne des Westens angesehen werden würden, wenn der politische Kampf vom Westen aus unter christlicher Parole geschehe. Sie sah also die Folgen, die die Zustimmung zu einer derartigen Politik für die Kirchen und ihre Glieder in der DDR haben müßten und wehrten sich dagegen, daß die Last der gemeinsamen Schuld nur von einem Teil der Kirche getragen werden sollte.³⁹⁾

Das Entscheidende scheint mir freilich dies: für sie war Gott nicht der Anwalt eines weltanschaulich-religiösen Prinzips, nicht die Legitimationsfigur für eine bestimmte

Politik, sondern der lebendige Gott, der sich im Tod und in der Auferweckung Jesu Christi für den Menschen erklärt und das Ja seiner Liebe zu dieser Welt gesprochen und sie mit sich versöhnt hat, der die Geschichte in Fluß hält und sie in das Kommen seines Reiches hineinzieht und der sich dabei nicht "im Rahmen des Möglichen" - des Status quo - des von den Politikern für realistisch Gehaltenen hält, sondern seine eigenen schöpferischen Möglichkeiten hat. Sie hielten es für realistisch, auch in der Politik mit dieser Realität zu rechnen und sich für sie offenzuhalten und sich nicht von den als realpolitisch ausgegebenen Denkschemata beherrschen, sondern sich von Gott die Freiheit zum rechten Tun geben zu lassen.

Ich habe die Folgegeschichte der Stuttgarter Schuldeklärung so ausführlich dargelegt, weil sich in der Interpretation dieser Erklärung während der ersten acht Nachkriegsjahre Entscheidungen in unserer Kirche vollzogen haben, die bis heute nachwirken und den geistigen und politischen Weg unseres Volkes mitbestimmt haben. In der Auseinandersetzung um die Atomwaffen und die Nachrüstung sind die Grundeinstellungen, die sich in jenen Jahren gebildet haben, durchaus wiederzuerkennen. Die drei Formen der Schuldverdrängung wirken weiter. Wo man um Schuldvergebung weiß, kann die eigene Geschichte unbeschönigt gesehen werden. Es geht mir nicht um die Produzierung oder Perennierung von Schuldgefühlen. Wäre das der Fall, hätte Werner Dollinger recht, wenn er 1981 erklärte: "So richtig und gut das Stuttgarter Schuldbekenntnis nach dem Kriege war, irgendwann muß mit solchen Bekenntnissen Schluß sein"^{39a)}. Aber die Geschichte realer Schuld wird nicht dadurch beendet, daß wir unter sie einen Schlußstrich ziehen. Im übrigen wäre es ungerecht und undankbar, wenn vergessen würde, daß es in der evangelischen Kirche immer wieder Aufbrüche und Neuansätze gegeben hat. Ich nenne nur die 1958 gegründete "Aktion Sühnezeichen", die Ostdenkschrift der EKD vom Jahre 1965, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, auf die verschälichende Friedensdenkschrift der EKD vom Jahre 1981 mit ihren über die Heidelberger Thesen hinausführenden Denkansätzen und die neueren Friedensaktivitäten in den evangelischen Kirchen.

Leben aus der Schuldvergebung

Inzwischen sind 30 Jahre seit den ersten 9 Nachkriegsjahren vergangen, in denen die entscheidenden Weichenstellungen erfolgt sind; das bedrückende Ergebnis haben wir vor Augen. Nichts von dem, was damals politisch verheißen worden ist,

ist eingetreten. Stattdessen sind die beiden deutschen Staaten in die beiden einander feindlich gegenüberstehenden Mächtegruppierungen integriert. Das tödliche Wettrüsten ist forciert ingang gekommen und geht unentwegt weiter. Auch wenn die befürchtete Eiszeit nicht - noch nicht? - eingetreten ist und es zwischen den beiden deutschen Staaten auf wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet erfreulicherweise sogar zu Verbesserungen gekommen ist, kann das nicht darüber hinweg täuschen, daß auf dem heute entscheidenden Gebiet - dem der Erhaltung des Friedens - die zukunftslose Politik militärischer Friedenssicherung unbirrt weiter betrieben wird und die Gefährdung des Friedens von Tag zu Tag wächst. Die Schuld hieran einfach den Politikern anzulasten, hilfe nicht weiter. Könnte in dieser Situation die Grundüberzeugung der Stuttgarter Schulderklärung weiterhelfen, daß da, wo Schuld erkannt und vergeben ist, Denken und Handeln nicht mehr blockiert sind, sondern Wege frei werden und sich Zukunft auftut?

1. Die Freisetzung zu neuen Anfängen

Es gibt im Neuen Testament zwei bemerkenswerte Stellen, in denen das Bekenntnis und die Vergebung von Schuld in einer indirekten Weise geschehen - ohne ein "Domine peccavi" und ein "absolvo te". Als Petrus, der seinen Herrn verleugnet hatte, dem Auferstandenen begegnete, wurde er nur durch dessen dreimalige Frage nach seiner Liebe behutsam an die Schuld der dreimaligen Verleugnung erinnert. Das Schuldbekenntnis signalisiert sich in der Traurigkeit über diese ihm gegenüber offenbar notwendige Befragung, und die Vergebung bestand in der Zuweisung neuer Verantwortung, in der Beauftragung mit der Leitung der Gemeinde (Joh. 21, 15-17). - Und als eine Ehebrecherin vor Jesus gebracht wurde und er ihre Ankläger durch die Aufforderung "Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!" zum Verstummen und zum Verschwinden gebracht hatte, sagte er zu ihr: "So verdamme ich dich auch nicht; gehe hin und sündige hinfert nicht mehr!" (Joh. 8, 1-11). Hier signalisiert sich das Schuldbekenntnis in dem offensichtlichen Verwundern der Frau darüber, daß Jesus ihr nicht ihre Schuld vorhielt; die Vergebung bestand in der Ermöglichung eines Lebens, das die alte Schuld nicht wiederholte.

Darin, daß Schuldbekenntnis und Schuldvergebung in dieser indirekten Form geschehen kann, liegt für mich eine Hilfe, wenn ich an den Umgang mit Schuld im Bereich des Politischen denke. Schuld geschieht hier ja nicht einfach nur zwischen Mensch und Mensch - etwa im Verhalten gegenüber dem politischen Gegner -, sondern im Mitverantworten von Entscheidungen, die sich auf Menschen auswirken, wobei

diese Mitverantwortung nicht nur dann besteht, wenn ich an solchen Entscheidungen unmittelbar beteiligt gewesen bin, sondern auch, wenn ich in sie eintrete und sie übernehme, sie vertrete und den damit beschrittenen Weg mitgehe und keinen Widerspruch erhebe. Und Schuldvergebung geschieht hier ja nicht in ritualisierter Form. Umgang mit schuldhafter Geschichte - und es gibt keine andere - würde also im Sinne der Stuttgarter Schulderklärung so geschehen, daß ich frage (weil Christus, dem nichts mehr als der Mensch am Herzen liegt, mich so fragt): wo sind Entscheidungen getroffen worden, durch die Schaden entstanden ist für die Menschen und ihr Zusammenleben, Entscheidungen unter Ausblendung der eigenen Schuld (der Schuld meines Volkes oder meiner Gruppe), aus egoistischen Sicherheitsbedürfnissen, auf Kosten der anderen, in unversöhnlicher Behauptung eines starren Rechtsstandpunktes, aus Angst vor der herrschenden Meinung, unter dem Druck handfester Interessen, in Ignorierung der Not in der Dritten Welt, unter falschen oder inzwischen nicht mehr zutreffenden Voraussetzungen und mit ungeprüften Argumenten? Wo kommen in ihnen alte Fehlhaltungen meines Volkes wieder zum Durchbruch?

Genau das meinen diejenigen, die heute im Blick auf von ihnen für verhängnisvoll gehaltene politische Entscheidungen erklären: wir möchten nicht noch einmal ein Schuldbekennen ablegen müssen. Sie wollen damit ja nicht sagen, daß sie schuldfrei handeln möchten, so daß sie keiner Vergebung mehr bedürften - ein solches Handeln gibt es nicht -, sondern sie möchten nicht noch einmal an der alten Stelle schuldig werden; sie möchten, daß erkannte Irrwege nicht einfach besinnungslos weitergegangen werden, daß vielmehr im Lichte Christi, der das Leben des Menschen will und dafür das seine hergegeben hat, der inzwischen zurückgelegte Weg kritisch bedacht wird und als irrig, nämlich als menschenschädlich erkannte Unterwegsentscheidungen aufgegeben werden und neue, menschendienliche Schritte getan werden.

Ich halte die Denkschrift der EKD über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" vom Jahre 1965 für einen solchen Schritt. Hier wird es aufgegeben, die Vertriebenen und Umgesiedelten weiterhin in der illusionären Hoffnung auf Rückgliederung und Wiederbesiedlung dieser Gebiete zu belassen⁴⁰⁾. Und zugleich wird es unterlassen, weiterhin von unverzichtbaren Rechtsansprüchen auf die einstigen deutschen Ostgebiete zu reden, so daß - auch wenn ein förmlicher Rechtsverzicht noch nicht ausdrücklich empfohlen wird -, den Befürchtungen und Verunsicherungen der polnischen Bewohner dieser Gebiete keine neue Nahrung mehr gegeben wird. Die "Schuld der anderen" - der Polen also - wird nicht verschwiegen; aber sie wird deutlich

als ein zweites Wort ausgesprochen, das erst gesagt werden kann, wenn die eigene Schuld als deren Ursache genannt worden ist. Es wird die Einsicht der Polen in ihre Schuld erwartet, aber nicht zur Bedingung für das Eingeständnis eigener Schuld gemacht." Vom Unrecht der Vertreibung kann ... nicht gesprochen werden, ohne daß die Frage nach der Schuld gestellt wird. Im Namen des deutschen Volkes wurde der Zweite Weltkrieg ausgelöst und in viele Länder getragen. Seine ganze Zerstörungsgewalt hat sich schließlich gegen den Urheber selbst gekehrt. Die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung und das Schicksal der deutschen Ostgebiete ist ein Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk über sich selbst und andere Völker gebracht hat ... Wir müssen ... daran festhalten, daß alle Schuld der anderen die deutsche Schuld nicht erklären oder auslöschen kann."⁴¹⁾

Hier ist - nach 20 Jahren - das Stuttgarter Schuldbekenntnis im Blick auf Polen konkretisiert worden. Daß das Eingeständnis von Schuld den Weg freimacht zu neuer Kommunikation, zeigt der Brief der katholischen Bischöfe Polens vom 18. Nov. 1965, in dem Vergebung für deutsche Schuld gewährt wird und um Vergebung für polnische Schuld gebeten wird.⁴²⁾ Freilich ist dies ein Vorgang zwischen Christen. Aber wenn sie nicht beginnen, wird überhaupt nicht begonnen. Vergebung im eigentlichen Sinne gibt es freilich nur in der Kirche Jesu Christi; zwischen den Völkern entspricht dem die "Vernarbung" (D. Bonhoeffer). "Die Kirche erfährt im Glauben die Vergebung aller ihrer Sünden und einen neuen Anfang durch Gnade; für die Völker gibt es nur ein Vernarben der Schuld in der Rückkehr zur Ordnung, zum Recht, zum Frieden ... Die Kontinuität der vergangenen Schuld, die im Leben der Kirche und der Gläubigen durch Buße und Vergebung abgebrochen wird, bleibt im geschichtlichen Leben der Völker erhalten. Nur darauf kommt es an, ob die vergangene Schuld tatsächlich vernarbt ist, und an dieser Stelle gibt es dann auch innerhalb der geschichtlichen außen- und innenpolitischen Auseinandersetzung der Völker so etwas wie Vergebung, die doch nur ein schwacher Schatten der Vergebung ist, die Jesus Christus dem Glauben schenkt ... Voraussetzung für diese innergeschichtliche Vergebung bleibt, daß die Schuld vernarbt ist, indem aus Gewalt Recht,⁴³⁾ aus Willkür Ordnung, aus Krieg Friede geworden ist."⁴⁴⁾

Die Ostdenkschrift der EKD hat den Prozeß der Vernarbung eingeleitet, indem sie bewußtseinsmäßig den Boden vorbereiten half für die neue Ostpolitik der Bundesregierung. Insofern ist der Satz Eugen Kogons, die Stuttgarter Schulerklärung der Evangelischen Kirche habe konkrete Politik nicht zur Folge gehabt⁴⁴⁾, in dieser Allgemeinheit nicht

zutreffend; denn die Denkschrift ist eine Konkretisierung von "Stuttgart".

Vergebung ist nicht nur Entlastung von der alten Schuld, sondern auch Entlassung in neue Möglichkeiten, nicht nur Befreiung von der Vergangenheit, sondern zugleich Befreiung zur Zukunft. Leben aus der Vergebung heißt: das, was einem als Schuld - als das Leben der Menschen beschwerend oder gefährdend - aufgegangen ist oder aufgedeckt worden ist, nicht fortzusetzen, sondern ihm zu widerstehen und neu anzusetzen.

Im 40. Jahr nach dem Stuttgarter Schuldbekenntnis scheint es mir an der Zeit zu sein, den Weg, der mit der Wiederbewaffnung beschritten worden ist, kritisch zu überdenken und ggf. zu einem Neuansatz zu finden. Im Jahre 1950 hat der Rat der EKD seine Aussage, "einer Wiederbewaffnung können wir das Wort nicht reden", zurückgenommen. Im selben Jahr ist Gustav Heinemann als Minister zurückgetreten und hat in seinem letzten Brief an den damaligen Bundeskanzler u. a. folgendes geschrieben: "Wenn das Wort von der Politik aus christlicher Verantwortung unter uns nicht eine Phrase sein soll, dann werden wir gerade in dieser entscheidenden Frage bedenken müssen, was in unserer Situation Gottes Wille ist. Wir sind in zwei blutige Kriege und zwei nationale Katastrophen hineingeraten, weil wir allzu sehr bereit waren, unser Vertrauen auf die Kraft der Waffen zu setzen. Gott hat uns gezeigt, daß diese Rechnung eine Fehlrechnung ist. Haben wir, wenn wir jetzt schon wieder zu den Waffen greifen wollen, gelernt, daß Gott uns die Geduld und den Mut beibringen will, in gefahrvoelster Situation im Vertrauen auf seine Hilfe die von uns nicht vorher zu sehenden Möglichkeiten seines Weltregiments real in Rechnung zu stellen?" Der Bundeskanzler hatte zuvor an Heinemann geschrieben: "Während Sie der Auffassung sind ..., daß man, nachdem uns Gott das Schwert zweimal aus der Hand genommen hat, es nicht zum dritten Mal in die Hand nehmen dürfe..., bin ich der Auffassung, daß der Frieden nur dadurch erhalten werden kann, daß man durch Aufbau und Bereitstellung einer entsprechenden Streitmacht dem allein als Angreifer in Betracht kommenden Staate Sowjetrußland, vor Augen führt, daß ein Bruch des Friedens auch für ihn selbst ein sehr hohes Risiko bedeutet."⁴⁷⁾

Diese Auffassung hat sich durchgesetzt. Das Argument ist geblieben; es wird von beiden Seiten zur Begründung für ihre Rüstung benutzt - der "allein als Angreifer in Betracht Kommende" ist jeweils der andere, wofür jeder seine den Gegner anschuldigenden Argumente parat hat. Wohin diese Entwicklung geführt hat, brauche ich nicht zu sagen. Die Situation, in der wir uns befinden, ist ohne jedwede Perspektive, es sei denn die des Todes. Muß die Kirche des

Stuttgarter Schuldbekenntnisses heute nicht ein entschiedenes Nein zum Weitergehen auf diesem Weg sagen, nachdem ihr durch die neue Waffenqualität endlich die Augen dafür aufgegangen sind, was das heißt: Krieg führen, und daß es ein iustum bellum gerere (Art. XVI der Augsburger Konfession) jedenfalls heute nicht mehr gibt. Unsere evangelischen Kirchen in der DDR haben dem Geist, der Logik und der Praxis des Abschreckungssystems abgesagt - abgesagt im Sinne einer abrenuntiatio diaboli - und stattdessen dem politikfähigen Konzept gemeinsamer Sicherheit zugestimmt. Muß die Kirche nicht im Sinne der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver fordern, daß völkerrechtlich nicht nur die Anwendung von Atomwaffen, sondern schon deren Besitz als Verbrechen beurteilt werden muß, da der Besitz dieser Waffen militärisch nur dann einen Sinn hat, wenn die Bereitschaft vorhanden ist, sie notfalls auch einzusetzen, und also die Bereitschaft zu dem Verbrechen, wahllos Millionen von Menschen grauenvoll umzubringen? Muß die Kirche nicht erklären, daß es heute keinen Wert gibt - weder die westliche Freiheit noch die sozialistischen Errungenschaften -, der es rechtfertigen könnte, daß zu seiner Verteidigung Atomwaffen eingesetzt werden und also millionenfacher Mord verübt würde? Macht sich die Kirche, wenn sie wegen einer fehlenden Alternative das Abschreckungssystem als Mittel der Friedenssicherung noch für vertretbar erklärt, nicht faktisch schuldig am ungehinderten Fortgang der Aufrüstung, auch wenn sie das Gegenteil will?

Angesichts der neuen Tötungssysteme ist natürlich auch die Frage des Waffendienstes neu gestellt. Die Kirchen bei uns haben erklärt, daß Christen es auch unter den gefährlicher gewordenen Bedingungen wagen könnten, bewaffneten Dienst in einer Armee zu tun. Es könnte "gewagt" werden, haben sie gesagt. Und das heißt: es muß jeder gewissenhaft prüfen, ob er den Dienst mit der Waffe tun kann bzw. ob er ihn noch weiterhin tun kann. Nicht wer den Dienst mit der Waffe ablehnt, sondern der, der ihn zu tun bereit ist, muß dafür ausdrücklich Gewissensgründe fühlend machen können.

Dem Soldaten, der sich für den Dienst mit der Waffe entschieden hat, wird nicht unterstellt, daß er gewissenlos gehandelt habe. Wer könnte behaupten, daß einer nicht im Gewissen überzeugt sein könnte, in der noch nicht erlösten Welt und angesichts der weltpolitischen Situation würde er durch Verweigerung des Waffendienstes ein friedensgefährdendes Vakuum schaffen helfen? Die Kirche ist nicht die Richterin über die Gewissen. Jeder steht und fällt seinem Herrn. Die Soldaten bleiben also in der Kirche Brüder, die wie die anderen der Vergebung bedürfen und mit denen also die Gemeinschaft am Tisch des Herrn erhalten bleiben muß. Aber die Kirche darf ihnen die Frage nicht ersparen, ob sie sich getrauen, die Sündenvergebung in Anspruch zu nehmen, wenn sie gezwungen sein sollten, in einem mit Atomwaffen geführten Krieg aktiv mitzuwirken.

In diesem ganzen schwierigen Fragenkomplex wird es mir immer mehr zur Frage, ob die Kirche nicht neu schuldig wird, wenn sie Gott nur im Rahmen der Sündenstruktur dieser Welt handelnd denkt als den, der sich dem Chaos entgegensezten und ihm wehrt, und nicht auch als den, der mit seinem kommenden Reich Möglichkeiten in die Geschichte bringt, die den bisherigen Erfahrungsrahmen öffnen für neue Erfahrungen, z. B. die, daß bestimmte Automatismen nicht zwangsläufig eintreten müssen ("zwangsläufig" ist eine atheistische Kategorie), daß also z. B. Verzichte nicht mit Erpressung beantwortet werden müssen. Eine aus Schuldvergebung lebende Kirche ist befreit von der Verhaftung an das Vergangene, von der Fixierung auf das bislang für realistisch Gehaltene und das jetzt für politisch machbar Erklärte; sie empfängt die Wahrnehmungsfähigkeit für politische Möglichkeiten, die in dieser Fixierung überhaupt nicht in den Blick kommen konnten. Sicher ist Politik die Kunst des Möglichen, aber die Kirche wird daran zu erinnern haben, daß Gott nicht nur innerhalb des vorgegebenen Erfahrungsrahmens zu handeln vermag, sondern ihn öffnen will für die Wahrnehmung neuer, in Politik umsetzbarer Möglichkeiten. Daß damit ein irrationales Element in die Politik eingeführt werde, wäre doch nur dann ein Einwand, wenn die heutige Politik für rational gehalten werden könnte und wenn unterstellt würde, daß Gott in seinem Handeln unvernünftig oder widervernünftig sei. Natürlich wird die Kirche das, was sie sagt, politisch plausibel machen müssen, aber sie wird sich dabei eben gerade nicht davon bestimmen lassen, was bislang für möglich und realistisch gehalten worden ist, sondern sie wird Gottes Möglichkeiten zu entschlüsseln versuchen, die auch der politischen Vernunft einleuchten werden, sofern sie sich aus ihren bisherigen Fixierungen befreien läßt. Auch wenn die Bergpredigt kein politisches Handlungsprogramm ist, so enthält sie doch sehr viel mehr politische Vernunft, als wir bisher wahrgenommen haben. Daß z. B. den "Sanftmütigen" - denen, die nicht mit dem Gegenschlag drohen, die dem anderen entgegenkommen und zu dem Fisiko des ersten Schrittes bereit sind, der Besitz des Erdreiches - des Erdreiches! - verheißen wird, das wird sich immer mehr als politisch vernünftig herausstellen. Es geht schlicht um die Frage, die G. Heinemann gestellt hatte, ob in der Politik Gottes unvorhersehbare Möglichkeiten real in Rechnung gestellt werden sollen oder ob man lieber im Rahmen der alten Erfahrungen bleiben will.

Leben aus Schuldvergebung ist Leben-dürfen aus geschenkter Zukunft und nicht Leben-müssen aus verfehlter Vergangenheit. Eine Kirche, die so lebt, weiß: Gottes Reich kommt nicht aus der Geschichte, aber es kommt in die Geschichte; es erweitert die politische Vernunft und macht wahrnehmungsfähig für Lösungen, die in der Richtung dessen liegen, was Gott zu bringen verheißen hat.

2. Ermöglichung konkreter Unterscheidung

Leben aus der Schuldvergebung im Blick auf das Denken ist Ausbruch aus angeerbten Voreingenommenheiten und ideologischen Denkzwängen in die Unbefangenheit konkret unterscheidenden Urteilens.

In wie starkem Maße die Nachkriegspolitik ideologisiert gewesen ist und wie wenig die Kirche dieser Ideologisierung hat wehren können, habe ich anzudeuten versucht. Der Westen hat dem atheistischen Kommunismus einen "christlichen" Antikommunismus entgegensezten zu müssen gemeint, und diese Gegenideologie, hat sich mit ihren groben Rastern tief ins westliche Bewußtsein eingeschliffen.

Schuldvergebung wird wirklich in der Abkehr von Irrwegen, also auch von Irrwegen, in die sich das Denken verlaufen hat. Karl Barth hat in seiner Antwort an Emil Brunner, der ihn an sein Nein gegenüber dem "braunen" Totalitarismus erinnert und ihm ein gleiches Nein gegenüber dem "roten" Totalitarismus abgefordert hatte geantwortet: "Die christliche Kirche hat es nicht zeitlos mit diesen oder jenen -ismen und Systemen, sondern mit den jeweils in das Licht des Wortes Gottes und des Glaubens tretenden geschichtlichen Wirklichkeiten zu tun. Sie ist nicht irgendeinem Naturrecht, sondern ihrem lebendigen Herrn verpflichtet. Sie denkt, redet und handelt darum gerade nie 'prinzipiell'. Sie urteilt vielmehr geistlich und darum von Fall zu Fall. Sie verweigert sich darum jeder Systematisierung der politischen Geschichte und ihrer eigenen Teilnahme daran."⁴⁶⁾

Als ich 1954 - vor genau 30 Jahren - auf den Ruf des sächsischen Landesbischofs hin von Heidelberg nach Dresden übersiedelte, hatte ich natürlich auch ein bestimmtes Bild von einem kommunistischen Staat mitgenommen. Und es war ja nicht alles einfach nur eine böswillige Verzerrung, Ich habe es erst allmählich gelernt, mich von diesem Bild zu lösen. Natürlich wird von der Partei, die den Marxismus-Leninismus vertritt, erklärt, daß es eine ideologische Koexistenz mit anderen Weltanschauungen nicht geben könne, weil diese nicht als gleich wahr angesehen werden können. Damit ist für uns nicht mehr ausgesagt, als wovon auch wir überzeugt sind, daß nämlich der Marxismus-Leninismus nicht den christlichen Glauben und der christliche Glaube nicht den Marxismus-Leninismus integrieren kann. Ein Konflikt entsteht erst dann, wenn aus der Verneinung ideologischer Koexistenz mit dem christlichen Glauben die Bestreitung seines Rechtes auf Existenz würde. Hier liegt natürlich ein Konfliktfeld bereit. Aber wir haben allmählich gelernt, zwischen dem Kommunismus bzw. Sozialismus als gesellschaftlicher Wirklichkeit und als Ideologie zu unterscheiden. Die

Ideologie ist zwar ein entscheidender, aber doch eben nur ein Faktor in der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen verändern auch die Ideologie. Das Verhältnis des christlichen Glaubens zur Ideologie des Marxismus-Leninismus ist weder als totale Konfrontation, noch als partielle Identifikation beschreibbar, sondern ist ein dialektisches: "Zustimmung und Zurückweisung, lernbereites Aufnehmen und kritisches Prüfen ..." sind hier stets in Tateinheit zu praktizieren.⁴⁷⁾ Im Blick auf den gekreuzigten Herrn und in Erwartung seines Reiches versuchen wir also unseren Weg zu gehen im ständigen konkreten Unterscheiden unter der Frage: was ist dem von Gott geliebten, zur Freiheit der Kinder Gottes berufenen Menschen dienlich, wo und wie haben wir uns also zu engagieren oder eben auch zu versagen, uns einzusetzen oder auch zu widersetzen? Wir errichten also gerade keine Gegenideologie, sondern urteilen "geistlich und darum von Fall zu Fall" (K. Barth). Wir sehen den Kommunismus als ein offenes System in einer offenen Geschichte. Hier sind wir aus einer ideologischen Befangenheit - einer Gefangenschaft des Denkens - befreit worden, so daß wir der Wirklichkeit⁴⁸⁾ des Kommunismus sachlich und ungeängstigt begegnen können.

Die Herauslösung aus antikommunistischen Denk- und Verhaltenszwängen ist zugleich der Bruch mit einer langen schuldhaften Vergangenheit der Kirche, auf die das Darmstädter Wort aufmerksam gemacht hat. Es geht dabei nicht um eine Idealisierung oder gar Propagierung des kommunistischen Gesellschaftssystems und seiner Machtstrukturen durch die Kirche. Dazu besteht keinerlei Veranlassung. Sondern darum geht es, daß die Kirche in der Auseinandersetzung um den Frieden nur dann hilfreich sein kann, wenn sie alte Schuld nicht wiederholt und sich in dem politisch-ideologischen Antagonismus nicht auf die eine Seite dieses Gegensatzes stellt, also nicht eine ideologische Verstärkerrolle spielt. Sonst fällt sie als Potential zur Konfliktlösung aus.

3. Die Ermutigung zur Übernahme von Verantwortung

"Sündige hinfert nicht mehr", so hatte Jesus die Ehebrecherin entlassen. Er hatte damit ja nicht gemeint, daß sie in Zukunft überhaupt nicht mehr sündigen würde, sondern daß sie in Zukunft diese bestimmte, erkannte Sünde nicht wiederholen, daß sie ihr vielmehr widerstehen und nicht wieder an dieser Stelle schuldig werden sollte. Aber es wird nicht ausbleiben, daß sie an anderer Stelle schuldig werden wird.

Es geht uns nicht anders. Auch wenn wir einen erkannten Irrweg nicht fortsetzen werden, so werden wir doch auch in Zukunft in Schuld geraten. Wer in Entscheidungen lebt, wird unausbleibbar schuldig.

Wie soll man leben angesichts dieser Tatsache? Zweierlei scheint mir ausgeschlossen zu sein: einmal der vielleicht zunächst bestechend erscheinende Gedanke, die Fragen der Friedensverantwortung seien so weitreichend und setzten ein so hohes Maß an Expertenwissen voraus, daß hier unmöglich allen zugemutet werden dürfe, die Last der Verantwortung zu tragen, daß vielmehr die demokratisch gewählten Verantwortungsträger für das politische Handeln bereit sein müssen zur Übernahme möglicher Schuld. Eine solche gleichsam institutionalisierte proleptische Schuldübernahme durch eine Gruppe ist theologisch ebenso unmöglich, wie die Schuldzuweisung durch die anderen an diese Gruppe. Es gibt zwar eine abgestufte, aber keine abgetretene Verantwortung. Als die für die ganze Nachkriegsweltgeschichte schicksalhafte Entscheidung über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu fällen war, hat Gustav Heinemann dem Bundeskanzler, der den Bundestag als zuständig für die Frage der Aufrüstung erklärt hatte, vorgeworfen, daß er "in den Formen autoritärer Willensbildung und des stellvertretenden Handelns denke"; Heinemann wußte natürlich, daß im Grundgesetz ein Volksentscheid oder andere Plebisizitäre Elemente nicht vorgesehen sind, aber er erklärte: "Streiten wir nicht ... um Verfassungswortlaute. Wo ein Wille zur Mitbeteiligung des Volkes vorhanden ist, gibt es auch Wege, um diese Mitbeteiligung aufzuschließen."⁴⁹⁾ Die Bereitschaft einer Regierung oder eines Parlamentes zur potentiellen Schuldübernahme bei Entscheidungen, in denen es um Gedeih und Verderb des Volkes geht, dürfte das eigene Verantwortungsvermögen überziehen und die vorhandene Bereitschaft und Fähigkeit der Bürger unterschätzen, an solch einer Entscheidung mitzuwirken und sie mitzuverantworten.

Die andere Haltung, die mir angesichts des unausbleibbaren Schuldigwerdens ausgeschlossen zu sein scheint, ist die gegenteilige: die Flucht vor der Verantwortung durch den Rückzug in einen unpolitischen Innerlichkeitsraum oder der Ausweg in einen Entscheidungsindifferentismus. Wenn wir dem Schuldigwerden nicht entgehen können und in jedem Falle, mit allen unseren Entscheidungen auf Vergebung angewiesen sind - läuft das dann nicht darauf hinaus, daß es im Grunde gleichgültig ist, welche Entscheidung ich treffe? Keineswegs! Die Zuversicht, daß ich auch in Zukunft mit Gottes Vergebung rechnen darf, macht mir Mut, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen. Aber das Wissen um Gottes Vergebungsbereitschaft bedeutet keinen Freibrief für die Beliebigkeit meines Tuns, sondern läßt mich erst recht nach Gottes Willen fragen, dem ich mit meinem Entscheiden und Tun entsprechen möchte. Gerade, wenn ich Schuldvergebung nicht mißverstehe als die Beschwichtigung, daß alles nicht so schlimm gewesen sei, sondern sie verstehe als Beseitigung dessen, womit ich durch mein Tun und seine Auswirkungen auf das Leben der Gemeinschaft behaftet bin, werde ich sehr intensiv darum bitten,

daß Gott mich durch das Licht seines Wortes beim Abwägen des Für und Wider, bei der Gewichtung der Argumente, im Bedenken der Folgen, im Erkennen eigener Vorurteile und Denkzwänge, so leiten möchte, daß sich mir ein klarer Weg zeigt. Ich möchte ja nicht irgendeine Entscheidung treffen, sondern die möglichst beste, nämlich diejenige, die dem Reiche Gottes, in dem "Gerechtigkeit und Friede sich küssen", in dem die Friedensstifter und die nach Gerechtigkeit Hungernden selig gepriesen werden, am besten entspricht. Da ich aber kein göttliches Wissen habe, sondern immer nur "nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens" (These 5 der Barmer Theologischen Erklärung) entscheiden kann, ist auch eine solche unter sorgsamster Prüfung getroffene Entscheidung dem Risiko des Irrtums ausgesetzt und der Vergebung bedürftig. Aber wo ich, unausweichlich vor einer Entscheidung gestellt, in dieser Weise verfahren bin, darf ich dann auch eine Entscheidung wagen und zu ihr stehen. Man wird es mir anmerken, ob ich vor dem lebendigen Gott gestanden und ihm mein geängstetes Gewissen hingehalten habe. Dann darf ich mich an Luthers "Pecca fortiter" halten - sündige kräftig, erschrick nicht vor dem Risiko, nimm die mögliche Schuld auf dich! Aber Luther hat diesem gefährlichen Satz sofort hinzugefügt: "sed crede fortius!" - aber glaube noch kräftiger, nämlich daran, daß Gott deine Entscheidung in seine Hand nimmt und sie, wenn sie trotz allen sorgfältigen Prüfens irrig war, vereiteln oder unwirksam machen und ihre Schadenswirkung eingrenzen kann oder dich neue Einsichten gewinnen läßt und den Mut, den Irrweg aufzugeben. Pecca fortiter sed crede fortius - wage es, dich zu entscheiden, und traue es Gott zu, daß er Möglichkeiten hat, an die du - fixiert auf das Bisherige - noch nicht zu denken gewagt hast!

4. Die Bewahrung der Gemeinschaft

Die Einsicht in die Unentrimbarkeit des Schuldigwerdens muß uns weder zur Leichtfertigkeit verführen noch in die Resignation treiben. Auszuhalten und zu bestehen ist diese Situation, wenn die 5. Bitte des Vater-Unser unser tägliches Gebet wird: "Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern." Schuld ist immer dasjenige, was die Gemeinschaft beeinträchtigt, behindert oder zerstört - die Verweigerung oder Unterlassung der geschuldeten Liebe. Die Bitte um Gottes Vergebung könnten wir nicht wagen, würden wir die Versicherung verweigern, unsererseits den anderen vergeben zu wollen, und diese Versicherung könnten wir nicht geben, dürften wir Gott nicht um Vergebung bitten⁵⁰⁾. Weil wir Gott, den Vater des gekreuzigten Sohnes, als

unseren Vater anrufen und darum bitten dürfen, die Gemeinschaft mit uns und untereinander wiederherzustellen, indem er von uns fortnimmt, was sie zerstört hat, können wir die anderen entlasten von dem, wodurch sie unsere Gemeinschaft beeinträchtigt oder zerbrochen haben. Aber wir können Gott nicht um die Wiederherstellung der Gemeinschaft mit uns bitten, ohne in Entsprechung hierzu die Gemeinschaft mit denen wiederherzustellen, die durch deren Verhalten Schaden gelitten hat. In der Kirche als der Gemeinschaft der der Schuldvergebung Bedürftigen und zur Schuldvergebung Verpflichteten werden in bestimmten Situationen - z. B. heute in der Friedensfrage - die einen die anderen mit letztem Ernst fragen dürfen und fragen müssen, ob in der Nachfolge Christi jetzt nicht der eine Weg als der einzige geboten und der andere also auszuschließen und vor Christus, dem Herrn, nicht zu verantworten sei. Sie werden die richtige Aussage, daß die Einheit der Kirche nicht in der Gleichheit politischer Überzeugungen und Entscheidungen bestehe, nicht im Sinne eines prinzipiellen Sowohl-als-auch verstehen; sie werden also fragen, ob der von den anderen für möglich gehaltene Weg nicht in Gefahr steht, aus der Einheit mit Christus herauszuführen. Sie werden erklären dürfen und müssen, daß sie diesen Weg aus Glaubensgehorsam nicht mitgehen können. Aber sie werden das nur tun können und tun dürfen, wenn sie sich ihrer Entscheidung geistlich ganz gewiß sind und nachdem sie sich geprüft haben, daß andere Motive, Ressentiments oder Animositäten nicht mit im Spiel sind. Sie werden sich klarmachen müssen, daß die Nachfolge Christi ein ganzheitlicher Lebensvorgang ist, der nicht nur in politischen Entscheidungen und Vollzügen besteht, für den nicht nur das 5., sondern beispielsweise auch das 6. oder das 8. Gebot gilt und gleich ernst genommen sein will. Irgendwo werden wir alle - wird auch der konsequenteste Pazifist - an der Gemeinschaft schuldig und bedürfen wir und bedarf er der Vergebung Gottes und der der Brüder und Schwestern. Unter der 5. Bitte des Vater-Unser wird also eine Aufkündigung der Gemeinschaft und also die Versagung der Vergebung nur dann infrage kommen können, wenn der andere sich dem Hören verweigert und nicht mehr zum Gespräch vor dem Angesichte Gottes bereit ist. Wo die 5. Bitte gebetet wird, werden auch Zerreißproben der Gemeinschaft zu bestehen sein und wird der Friede Gottes Herzen und Sinne im Guten bewahren (Phil. 4,7).

Anmerkungen

- 1 D. Bonhoeffer, Ethik. Zusammengestellt und herausgegeben von E. Bethge, 1953, S. 47 ff. - Dazu E. Bethge, Schuld bei Dietrich Bonhoeffer (in: Am gegebenen Ort. Aufsätze und Reden, 1979, S. 83 ff)
- 2 R. Scheerer, Evangelische Kirche und Politik 1945 - 1949, 1981, S. 219 f. Auch D. Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, 1972, spricht davon, daß die Ratsmitglieder "durch die überraschend auftauchenden Christen aus der Ökumene ziemlich direkt zu dieser Erklärung gedrängt" worden seien.
- 3 vgl. den Brief K. Barths an M. Niemöller vom 28.09.1945, abgedruckt in: M. Greschat (Hg.), Die Schuld der Kirche. Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945, S. 86 f.
- 4 M. Greschat, a.a.O. S. 102; dort auch S. 91 ff. Einzelheiten über die Begegnung des Rates der EKD mit Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen.
- 5 vgl. Kirchliches Jahrbuch, 46. Jg. 1919, S. 307 ff. - G. Besier, Krieg-Frieden-Abriistung. Die Haltung der europäischen und amerikanischen Kirchen zur Frage der deutschen Kriegsschuld 1914 - 1933, 1982, S. 97.104.128 f.
- 6 M. Greschat, a.a.O. S. 103
- 7 zit. bei E. Bethge, a.a.O. S. 84
- 8 D. Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, 1972, S. 38: "Die Hauptfrage der deutschen Nachkriegsgeschichte (war) die, was der Rat der EKD, was jeder einzelne, was wir alle aus 'Stuttgart' gemacht haben."
- 9 M. Niemöller, Wo steht die Kirche 1958? (in: Stimme der Gemeinde 3/58). Vgl. auch Niemöllers Urteil 25 Jahre nach Stuttgart in dem wichtigen Aufsatz von E. Bethge, Geschichtliche Schuld der Kirche. Anmerkungen zum Stuttgarter Schuldbekennnis (in: Am gegebenen Ort, S. 117)
- 10 D. Koch, a.a.O. S. 27.426
- 11 M. Greschat, a.a.O. S. 110 ff.
- 12 ebd. S. 40
- 13 ebd. S. 165 ff.
- 14 H. Diem, Die Schuld der Anderen. Ein Briefwechsel zwischen H. Thielicke und H. Diem, 1948, S. 10 ff.

- 15 ebd. S. 31.21
- 16 M. Greschat, a.a.O. S. 292
- 17 vgl. die Passagen bei H. Thielicke (Greschat a.a.O. S. 167 ff): "Das politische Interesse besteht in der Geschichte immer darin, die Schuldfrage taktisch auszunützen und sich selbst die Freiheit einer richterlichen oder auch scharfrichterlichen Funktion zu verschaffen!" Immer liegt die "taktische Schlinge" bereit, "die man meint, mit Recht zuziehen zu dürfen, sobald der Angeklagte bekannt hat ..." Wir Menschen mischen "Wahrheit und Zweck, Krieg und Moral, Gericht und Berechnung so grauenvoll miteinander ..., so daß es unendlich schwer geworden ist, ... ein schuldbeladenes Herz einfach einmal bloßzulegen. Denn die Augen, unter die es dann zu liegen käme, wären nicht die Augen des göttlichen Richters, der zugleich unser Vater sein will,... sondern ... die Augen von Menschen, die sich verständnisvoll zunicken würden und deren Gedanken schon fieberhaft darauf sinnen, welche Möglichkeiten sich nun für sie ergeben."
- 18 Die Zitate in der gegebenen Reihenfolge bei M. Greschat, a.a.O. S. 225. 224. 229.
- 19 M. Greschat, a.a.O. S. 29
- 20 Vgl. dazu K.G. Steck, Schuld und Schuldbekenntnis, Ev. Theol. 1947, H. 7/8, S. 373 ff
- 21 E. Bethge, a.a.O. S. 123
- 22 G. Brakelmann, Kirche in Konflikten ihrer Zeit, 1981, S. 165
- 23 M. Greschat, a.a.O. S. 73. Auch die westfälische Provinzialsynode (Mitte 1946) hat davon etwas erkannt (S. 259). Wichtig auch die vorläufige Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen (Anfang Februar 1946), S. 239.
- 24 Vgl. Das bittere Fazit, das K. Barth zog, ebd. S. 214
- 25 E. Bethge, a.a.O. S. 127. Vgl. auch das harte Urteil von R. Scheerer, a.a.O. S. 223. Er spricht von dem "Versuch einer Leugnung einer konkreten Schuld des organisierten deutschen Protestantismus, insbesondere in seiner politischen Dimension."
- 26 G. Brakelmann, a.a.O. S. 162 ff. Dort ist der Text abgedruckt und ein ausgezeichneter Kommentar gegeben, an den ich mich im Wesentlichen halte, ohne immer anzugeben, wenn ich zitiere. Vgl. dazu auch D. Koch, a.a.O. S. 40 ff.

- 27 zit. bei D. Koch, a.a.O. S. 215
- 28 zit. bei D. Koch, a.a.O. S. 293 f.
- 29 Vgl. die Rede W. Niemöllers vor den Studenten in Erlangen 1946, zit. bei: M. Greschat, a.a.O. S. 191. Die Bekennende Kirche hatte sich während der Hitlerzeit zwar vorwiegend für die Judenchristen eingesetzt, aber keineswegs nur für sie, vgl. W. Niemöller, Die evangelische Kirche im Dritten Reich, 1956, S. 376 ff, bes. S. 384 und 386. Dagegen die beschämenden Äußerungen auf Seite 383. 380. 386.
- 30 D. Koch, a.a.O. S. 119. 121. Das Kirchl. Jb. 1950, S. 5 bringt den Text des Wortes zur Judenfrage, nicht aber die Ansprache des Präses der Synode.
- 31 W. Niemöller, a.a.O. S. 393
- 32 Hierauf hat D. Koch nachdrücklich hingewiesen, a.a.O. S. 19. 43., bes. S. 124 ff. 266. 470. Sehr wichtig der Vortrag von Prof. Erdmann "Deutschland und der Osten - zur historischen Einschätzung der gegenwärtigen Lage", Kirchl. Jb. 1966, bes. S. 43 f.
- 33 Belege bei W. Koch, a.a.O. S. 204, 160 ff. 262. 144 ff. 322. Vgl. den aufschlußreichen Briefwechsel zwischen E. Brunner und K. Barth in Ev. Theologie 1948/49 H. 1/3
- 34 zit. bei D. Koch, a.a.O. S. 178. 419
- 35 zit. bei D. Koch, a.a.O. S. 179. 262
- 36 Diese Zitate bei D. Koch a.a.O. S. 353 f. 217. 157 f
- 37 D. Koch, a.a.O. S. 158. 219
- 38 a.a.O. S. 491. 457. Vgl. die Äußerungen auf der Elbingeröder Synode 1952, ebd. S. 367. 369.
- 39 D. Koch, a.a.O. S. 366 f. 350. 356. 362
- 39a zit. nach: Lutherische Welt-Information Nr. 52/1981
- 40 Ludwig Raiser hat auf den Vorwurf der Lieblosigkeit, die diese Denkschrift gegenüber den Vertriebenen darstelle, geantwortet: "Recht verstandene Liebe zu denen, die unter uns um den Verlust ihrer Heimat Leid tragen, (kann) nach unserer Überzeugung nicht darin bestehen, sie mit politischen, juristischen und theologischen Argumenten immer weiter in der Vorstellung bestärken, es sei nur kommunistisches

Teufelswerk, was sie am Rückgewinn der Heimat hindere ...
Das deutsche Volk ... soll nicht im Wunschdenken und in
der Selbstgerechtigkeit, sondern in der Wahrheit leben!
Nur so kann auch die notwendige und heilende Verschmelzung
gelingen, während alles Reden über unverzichtbare Rechts-
ansprüche die Wunden immer neu aufreißt."

- 41 Kirchl. Jb. 1965, S. 59; vgl. auch S. 64
- 42 Kirchl. Jb. 1966, S. 54
- 43 D. Bonhoeffer, Ethik, S. 52 ff.
- 44 zit. bei D. Koch, a.a.O. S. 5
- 45 ebd. S. 513
- 46 Evangel. Theol. 1948/49 H. 1/3, S. 37. 41
- 47 Bund der Ev. Kirchen in der DDR, Drucksache 2310 - 875/76:
Wie wird das Evangelium über die Motivation hinaus für
das Engagement von Christen im gesellschaftlichen Leben
wirksam?
- 48 vgl. die Bemerkung von L. Raiser, Kirchl. Jb. 1965, S. 63
- 49 zit. bei D. Koch, a.a.O. S. 188
- 50 E. Lohmeyer, Das Vater-Unser, 1947, S. 129; vgl. die
ganze Auslegung der 5. Bitte

Diskussionsgrundlage zum Thema:
Friedensliche Abrüstung

Aus Anlaß einer Beratung des Nationalrates mit jungen Christen im September 1966 in Zwickau hielt G. Götting ein Referat unter dem Thema: "Das bewußte Mitwirken der Christen bei der Verteidigung unserer sozialistischen Heimat". Dieses Referat muß zu dem Schluß führen, daß der Friedensdienst des Christen in der DDR ausschließlich in der Erfüllung der Wehrpflicht in den bewaffneten Organen geschehen wird. Unterstrichen wird hier dieser Verdacht durch die Ausführung des Hauptvorstandesmitgliedes der CDU, W. Moryl, in der NZ vom 26.2.66: "Wehrdienstverweigerung kann in einem sozialistischen Staat nicht wirklicher Friedensdienst sein". (Vgl. "Kein untätigter Pazifismus" auf der 11. Tagung des Hauptvorstandes der CDU; NZ vom 25.10.66.) Es ist sicherlich für einen Christen nicht gut, so zu verallgemeinern, da es jeder Liebe und Achtung für den anders Denkenden entbehrt. Unserer Auffassung nach kann der Friedensdienst eines Christen auch in anderer Weise in voller Verantwortung vor Gottes Wort realisiert werden. Wir stimmen mit den in den Berichten der Arbeitsgruppen der II. Allchristlichen Friedensversammlung gemachten Aussagen und Empfehlungen überein:

(Aus dem Bericht der Arbeitsgruppe Frieden und Abrüstung): "In unserer Verkündigung und mit unserer Lebenshaltung haben wir als Christen in Ost und West zu bezeugen, daß uns Christus von Angst, Hass und Misstrauen und Selbstsicherheit befreit. Darum treten wir aller Haß- und Kriegspropaganda entgegen und möchten uns um bewußte Erziehung zur Friedensgesellschaft (z.B. Verbot des militärischen Spielzeugs). Allen, die durch Kriegsdienstverweigerung ihr Friedenszeugnis zum Ausdruck bringen wollen, ist in unseren Gemeinden Verständnis und Hilfe zu gewähren. Wir hoffen mit ihnen auf die Errichtung einer Friedensgesellschaft, in der Militärdienst durch Friedensdienst zum Wohl der Menschheit abgelöst werden kann."

(Aus dem Bericht der Arbeitsgruppe Friedensdienst der Jugend): "Die Frage der Waffen- bzw. Wehrdienstverweigerung soll neu durchdacht werden. Diese Aufgabe wurde durch einen Beschuß folgendermaßen begründet: Wir haben in der Gruppe 'Friedensdienst der Jugend' über Waffen- bzw. Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen gesprochen. Wir verstehen diese als eine Möglichkeit des Friedensdienstes der Jugend. Es bedrückt uns, daß dieses Handeln immer noch bestraft und diese Möglichkeit des Friedensdienstes immer noch diffamiert wird."

(Aus dem Bericht der Arbeitsgruppe Frieden und Okumene): "Wir bitten daher alle Christen, ihre ganze Phantasie zu gebrauchen, um neue Wege zu suchen, ihren Friedenswillen und ihre Verantwortlichkeit Tat werden zu lassen."

Wir sind uns dabei bewußt, daß es mehrere Wege gibt, Friedensdienst zu tun. Wir wissen, daß Christen in voller Verantwortung unter Gottes Gebot sowohl mit der einen als auch der anderen Haltung zum Friedensdienst gelangen.

Wir sind uns auch bewußt, daß den Staaten und Regierungen bestimmte Wege auf Grund der politischen Lage vorgezeichnet sind. Die angeführten Zitate aus den Dokumenten der II. Allchristlichen Friedensversammlung zeigen aber, daß wir nicht die ersten sind, die die Aufgaben und Möglichkeiten des Christen umfassender sehen, weil uns unter Christi Gebot der Frieden als Versöhnung mehr Möglichkeiten öffnet.

Dieses Nebeneinander verschiedener ethischer Möglichkeiten macht deutlich, daß wir uns in einer Übergangszeit befinden. Wir zitieren Weizäcker: "Bedingungen des Friedens": wir befinden uns in einer Übergangszeit, der der große Krieg schon schlechthin verwerflich, aber doch noch möglich ist. So ist auch unser ethisches Verhalten zur Möglichkeit des Krieges ein unsicheres Verhalten des Übergangs. Einige versuchen heute schon streng nach derjenigen Ethik zu leben, die eines Tages wird die herrschende sein müssen, und verweigern jede Beteiligung an der Vorbereitung auf den möglichen Krieg. Andere, die die Forderung nicht minder deutlich verstehen, versuchen inmitten der heute noch geltenden Normen für die Festigung einer rechtlichen und freiheitlichen Friedensordnung zu wirken. Beide tun etwas Notwendiges, etwas, das zu tun sich jemand bereit finden muß." Und wir zitieren Jesaja 2, 3b-5: "Denn von Zion wird das Gesetz ausgehen und das Wort des Herrn von Jerusalem. Dann wird er zwischen den Völkern richten und vielen Völkerschaften Recht sprechen; und sie werden ihre schwerter zu Pflugscharen umschmieden und ihre Lanzenspitzen zu Winzermessern; kein Volk wird noch gegen ein anderes Volk das Schwert erheben, und sie werden sich hinfest nicht mehr auf den Krieg einzubauen. Haus Jakobs, auf! laßt uns wandeln im Licht des Herrn!"

Das verpflichtet uns nach zivilen Möglichkeiten des Friedensdienstes intensiv zu suchen. Dabei ist es wesentlich, daß es nicht nur um einen Ersatzdienst gehen kann, der eine moralische Waffenverweigerung ermöglicht, sondern um Friedensdienst mit erkennbarem, der Gesellschaft und dem Frieden dienendem Nutzen.

In diesem Sinne danken wir der Regierung der DDR für die Schaffung der Baueinheiten, die einen Anfang zur Bildung solchen zivilen Friedensdienstes darstellen. U.E. ist es erforderlich, - und das zeigte die erwähnte Zwickauer Konferenz von neuem - die Diskussion über diese Fragen in einem offenen, vorurteilsfreien und ehrlichen Dialog zwischen allen Beteiligten (z.B. Ministerium für BV; Vertretern des Staats- und Verteidigungsrates, der CNS, des Friedensrates, der Kirchen; Wehrdienstverweigerern) weiterzuführen. Zur Förderung dieses Dialogs unterbreiten wir folgende Überlegungen zur persönlichen Abrüstung und zum zivilen Friedensdienst, die wir im Sinne einer verantwortlichen Mitarbeit für unsere Gesellschaft zu gunsten eines positiven Friedensdienstes verstanden wissen wollen:

1. Die Verteidigung moralischer, politischer, materieller oder ideeller "Werte" (Freiheit, Demokratie, sozialistische Errungenschaften, Vaterland) mit militärischen Mitteln ist angesichts der modernen Kriegsführung und -technik (siehe II. Weltkrieg - Hiroshima und Vietnam) fraglich.
2. "Der Friede hängt nicht nur von wohlwollen und Versöhnlichkeit ab, sondern in erster Linie vom Entstehen wirksamer, rechtlich verfaßter internationaler Institutionen" (Neu-Delhi 1951, Seerichtsband). Das bedeutet nach unserer Ansicht vor allen Dingen die moralische und finanzielle Unterstützung von Maßnahmen der UNO, die zur Wiederherstellung bzw. Festigung des Friedensdienstes und die Aufnahme beider deutscher Staaten und der VR China in die UNO. Das bedeutet ferner im größeren Maße als bisher Förderung internationaler Kontakte von der obersten bis zur untersten Ebene.
3. Raßpropaganda verbaut Wege zur Verständigung.
4. Die militärische Mentalität Deutschlands hat einen Namen der Welt. Es ist an der Zeit, in der Welt mit unmilitärischen Aktionen im Dienst der künftigen Friedensgesellschaft aufzufallen.
Aktion Sühnezeichen, Ostermarschbewegung und Ostseewoche sind gute Anfänge und beweisen außerdem die Realität der zweiten besseren deutschen Möglichkeit.

5. Möglichkeiten zum zivilen Friedensdienst:

- 5.1 Mitarbeit in Krankenhäusern und Pflegestiften (der wachsende Mangel an Pflegepersonal stützt diesen Vorschlag).
- 5.2 Wiederaufbauarbeit an noch immer kriegszerstörten Bauten, die dem Wohl des Volkes dienen, sowie Mitarbeit an sozialen und wirtschaftlichen Neubauten.
- 5.3 Mitarbeit an Wirtschaftsschwerpunkten der Industrie und Landwirtschaft (Arbeitsgruppen z.B. Schwedt, Schwarze Pumpe, Meliorationsbau, BPG).
- 5.4 Der Förderung des Friedensgedankens dienen internationale Kontakte auf institutioneller und persönlicher Ebene ähnlich Aktion "Sühnezeichen", internationaler Austausch im Friedens- und Aufbaudienst.
- 5.5 Die materielle Vergütung sollte ähnlich dem Sold sein. Die Beteiligten melden sich freiwillig zu diesem Friedensdienst nach Eintritt des entsprechenden Alters bzw. nach Abschluß der Berufsausbildung ohne die Einberufung abzuwarten.
- 5.6 Zu einem Teil sind diese Gedanken schon mit der Aufstellung der Baueinheiten realisiert worden. Verschiedentlich auftretende Schwierigkeiten in den Baueinheiten beruhen auf ihrer militärischen Unterstellung. Eine zivile staatliche Unterstellung böte größere Möglichkeiten (z.B. Min. f. Arbeit, Gesundheitswesen, Aufbau).
6. Der Friedensgedanke kann besonders nachdrücklich gefördert werden, wenn die Erziehung aller Menschen zur Bildung eines verantwortlichen Friedensbewußtseins ausgerichtet wird. Freude der Kinder an Spielzeug, sportlicher Ehrgeiz, technisches Interesse und Abenteuerlust dürfen nicht militärisch mißbraucht werden.
Ein positives erzieherisches Moment können dagegen solche Filme wie die "Abenteuer des Werner Holt", Bücher wie "Tränen und Rosen", (Verlag der Nation 1965, herausgegeben von Roscher) sein.

„... D. Becker“

Im Mai 1967

Für innerkirchlichen Dienstgebrauch!
Nicht zur Veröffentlichung!

Mitteilung

an die Gliedkirchen über ein Gespräch der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen am 7. 4. 1982

Der Staatssekretär für Kirchenfragen hatte der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen für den 7. 4. 1982 ein Sachgespräch zur Erläuterung des neuen Wehrdienstgesetzes und des Gesetzes über die Staatsgrenze der DDR angeboten. Auf Wunsch der Konferenz wurden in dieses Gespräch die Belastungen einbezogen, die für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche durch die staatliche Entscheidung gegen das Symbol der Friedensdekade 1981 in der Form des Aufnämers "Schwerter zu Pflugscharen" entstanden sind.

Die Vertreter der Konferenz haben in Aufnahme und Weiterführung der Stellungnahme der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 14. März 1982 folgende Position vertreten:

- die Friedensbemühungen der DDR erübrigen nicht den kirchlichen Abrüstungs-impuls
- die Kirche betreibt eine eigenständige Friedensarbeit
- Sie ist nicht einfach Verstärker der Außenpolitik des Staates.

Die Konferenz hat unterstrichen, daß sie in der staatlichen Entscheidung gegen das Symbol der Friedensdekade eine Einschränkung des öffentlichen Zeugnisses der Kirche und eine Einschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit sehen muß.

Sie hat unter Nennung einer Fülle konkreter Fälle dagegen Einspruch erhoben,

- daß das eigenständige christliche Friedenszeugnis als Bildung einer "unabhängigen Friedensbewegung" verdächtigt wird;
- daß das Tragen des Friedenssymbols "Schwerter zu Pflugscharen" als Bestreitung der Friedenspolitik der DDR und als Versuch der Schwächung derVerteidigungsbereitschaft angesehen wird;
- daß das Friedenssymbol als im Westen hergestellt und illegal in die DDR eingeführt ausgegeben wird;
- daß seitens der Sicherheitsorgane den Trägern dieses Symbols unterschiedlich mißbräuchliche Absichten unterstellt und sie durch weithin unangemessene Maßnahmen kriminalisiert, in ihrer persönlichen Würde verletzt und in ihrem Vertrauen nachhaltig beeinträchtigt werden.

Es ist dem Staatssekretär gegenüber erklärt worden,

- daß sich die Kirchen außerstande sehen, den Jugendlichen die staatliche Haltung verständlich zu machen;
- daß sie schwerwiegende Folgen aus dem Vorgehen der staatlichen Organe für das Verhältnis der überwiegend gutwilligen Jugendlichen zu unserem Staat, für den inneren Frieden unserer Gesellschaft und für die persönliche Entwicklung der Jugendlichen befürchten.

Die Konferenz hat ihre Betroffenheit darüber zum Ausdruck gebracht, daß bei Eingriffen keine klare Auskunft über die rechtliche Grundlage gegeben wird.

Der Staatssekretär hat gegenüber der Konferenz offiziell wiederholt, was er zuvor in verschiedenen Einzelgesprächen zum Ausdruck gebracht hatte:

- Die Einwände des Staates richten sich nicht gegen die Aussage und Bedeutung des Symbols, wie sie die Konferenz in ihrer Stellungnahme vom 14. März noch einmal erläutert hatte.
- Da das Symbol aber mißbräuchlich zur Schwächung der Wehrbereitschaft in der DDR benutzt worden sei, könne es in der Öffentlichkeit nicht mehr geduldet werden.

Es wurde im Gespräch deutlich, daß es sich um eine politische Entscheidung handelt, für deren generelle Durchsetzung verschiedene Rechtsvorschriften oder Anordnungen herangezogen werden. Eine pauschale Beurteilung der Träger des Symbols stehe aber nicht in Übereinstimmung mit dem Sinn der staatlichen Entscheidung. Er bestätigte, daß die Kirchen in Fällen von Übergriffen sich unmittelbar mit den zuständigen staatlichen Organen in Verbindung setzen sollten. Er sagte zu, sich selbst für die Klärung schwerwiegender Fälle einzusetzen zu wollen.

Unter Berufung auf die staatliche Verantwortung hat die Konferenz dringlich um eine positive Würdigung des Symbols der Friedensdekade, um eine differenzierte Behandlung seiner Verwendung und um eine Abstellung der Übergriffe gebeten.

Die Konferenz informiert Mitarbeiter und Gemeinden über dieses Gespräch, das fortgesetzt wird. Sie bittet in den gegenwärtigen Belastungen das christliche Friedenszeugnis so auszurichten, daß es gehört und wirksam werden kann. Die Erklärung der Konferenz vom 14. März 1982 kann dafür als Orientierung dienen, An einer Verschärfung des Konfliktes kann angesichts unseres umfassenden Friedensauftrages niemandem gelegen sein.

7. April 1982

Der Vorsitzende
der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen
in der DDR

Die Kirchenleitung der
Evangelischen Kirche in
Berlin-Brandenburg
Der Bischof

1120 Berlin, den 8. April 1982

An alle
Pfarrer und Pastorinnen
der Evangelischen Kirche
in Berlin-Brandenburg

Liebe Schwestern und Brüder!

Die beiliegende Mitteilung über ein Gespräch der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen übersende ich Ihnen mit der Bitte, sie in den Ostergottesdiensten bekannt zu geben. Bitte seien Sie so freundlich, mein nachfolgendes Schreiben an alle Gemeinden der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg erst nach der Mitteilung zu verlesen.

Indem ich Ihnen für Ihren Dienst in der Osterzeit viel Freude wünsche, bin ich mit herzlichen Grüßen Ihr

gez. Gottfried Forck

An alle
Gemeinden der Evangelischen
Kirche in Berlin-Brandenburg

Liebe Schwestern und Brüder!

Der Mitteilung lassen Sie mich nur noch einen Dank an die hinzufügen, die das Symbol der Friedensdekade 1981 "Schwerter zu Pflugscharen" getragen und sich trotz aller entstandenen Schwierigkeiten dabei eine wirklich friedliche Gesinnung bewahrt haben.

Trotz aller Bemühungen der Kirchenleitung ist es in den meisten Fällen nicht möglich gewesen, die Träger des Aufnämers vor unangenehmen Folgen zu schützen. Es muß freilich klar sein, daß unsere Verantwortung für den Frieden weiter reicht als das Tragen der Aufnäher. Alle Christen sollten bereit und in der Lage sein, Rechenschaft von der Friedenshoffnung und dem Friedensauftrag zu geben, die sie bewegen.

Die Auferstehung Jesu Christi von den Toten gibt uns den Mut und die Hoffnung, uns auch in Zukunft für Frieden und Verständigung und den Abbau allen Hasses einzusetzen, auch wenn wir immer wieder auf Mißverständnisse stoßen und mit gutgemeinten Aktionen scheinbar keinen Erfolg haben werden. Am Ende wird sich der Friede Jesu Christi durchsetzen. Geben wir ihm schon jetzt Raum in unserm Leben!

Es grüßt Sie

Ihr

gez. Gottfried Forck

An alle
Pastorinnen und Pfarrer
der Evangelischen Kirche
in Berlin - Brandenburg

Liebe Schwestern und Brüder!

Angesichts der starken seelsorgerlichen und persönlichen Belastung, unter denen Gemeindeglieder, aber auch Mitarbeiter der Kirche stehen, sind in der Anlage theologische Überlegungen wiedergegeben, die sich mit dem Aufnäher und dem Wort "Schwerter zu Pflugscharen" für uns als Gemeinde Jesu Christi verbinden.

Mit brüderlichem Gruß!

Ihr
gez. Dr. Winter

Schwerter zu Pflugscharen: Eine biblische Besinnung

1. Zur Auslegung

1.1 Jesaja 2,2 - 4; Micha 4,1 - 3

Es ist umstritten, ob diese Texte zur Zeit der beiden Propheten (um 725 v. Chr.) entstanden oder erst nach dem Exil durch einen Redaktor eingefügt worden sind. Damit hängt auch zusammen, daß nicht klar ist, ob den Worten historische Vorgänge zugrundeliegen oder nur Bilder verwendet worden sind, die keinen direkten historischen Hintergrund besitzen. Doch soviel ist deutlich:

- a) Der Tempelberg Zion, wo Gott gegenwärtig ist und seine Macht offenbar werden wird (Bildwort: höher als alle Berge) wird zum Wallfahrtsort für alle Völker. -
- b) Sie rufen einander auf, die von Gott ausgehenden guten Regeln des Lebens anzunehmen. -
- c) Gott wird dann die Streitereien zwischen den Völkern als oberster Richter schlichten. -
- d) Und dann wird Frieden unter den Völkern sein. - Das ein- oder zweischneidige Schwert (als Kurzschwert = Dolch; als Langschwert= Säbel) wurde zum Hauen und Stechen verwandt; der Spieß, aus Holz mit einer Metallspitze, als Stoß- und Wurfwaffe. Beide galten als Angriffswaffen. Der hölzerne Pflug hatte eine schmiedeeiserne "Schar", d.h. ein Metallteil, das die Erde durchfurcht. Die Sichel wurde zum Schneiden des Getreides verwendet bzw. konnte auch als Winzermesser zum Abschneiden von Weintrauben dienen. Also: Angriffswaffen werden in landwirtschaftliche Nutzungsgeräte verwandelt, durch die der Mensch ernährt wird. Und diese Wandlung werden die Menschen, die Gott ernstnehmen werden, selbst herbeiführen.
- e) Das wird geschehen "zur letzten Zeit", bzw. "am Ende der Tage", wenn der Urzustand, das Paradies, wiederhergestellt sein wird, Gott und Menschheit wieder beisammen sind.

1.2 Der Zusammenhang

Bei Jesaja ist diese hoffnungsstarke Aussage in seine durchweg von der Gerichtsansage bestimmten Predigt eingelagert. Das Volk, das in Ungerechtigkeit lebt, verfällt Gottes strengem Urteil (1,21-31).

Götzendienst und unsoziales Verhalten führen Gottes Strafgericht herbei. Doch zuletzt wird alles gut sein (2,1-4). Aber die, die das hören, werden aufgerufen, schon jetzt "im Licht des Herrn" zu leben (2,5). Von dem her, was sein wird, leben die, die Gottes Sammlungs-, Richter- und Friedenswillen ernst nehmen.

Micha stellt Gottes hartes Gerichtshandeln über das ungläubige und sozial ungerechte Volk fast noch schärfer heraus (Kap. 1-3). In 4,6-8 wird die Wiederkehr der Schwachen beschrieben, in V. 9 und 10 die Errettung der Leidenden. Es folgt dann in V.11-13 eine Schilderung des Gerichtes Gottes an den Völkern, die gegen ihn und sein Volk antreten. Das Volk Gottes soll mit Gewalt die Feinde vernichten und die Ehre seines Herrn wiederherstellen: ein kriegerischer Abschnitt, der so anders klingt als V 1-4. Jetzt aber ist es noch nicht so weit, daß der Friede den Völkern ermöglicht, unter Weinstock und Feigenbaum, d.h. in Ruhe und satt, zu wohnen (4,4). Das liegt daran, daß die Völker mit ihren anderen Göttern leben. Das aber soll Gottes Volk gerade herausfordern, nach seines Gottes Ordnung zu leben. Die Friedensverheibung endet bei Micha mit dem Bekenntnis, daß auch, wenn andere anders glauben, "wir" mit Gott leben wollen und werden (4,5).

1.3 In Joel 4,10

wird den Völkern, die sich gegen Gott auflehnen, ironisch zugerufen, sie möchten doch Pflugschare zu Schwertern und Sicheln zu Spießen umschmieden. Doch obwohl sie sich dann stark vorkommen, werden sie an Gottes Gericht scheitern. Ihm kann keiner beikommen: Ob dieses umgekehrte Bild vom Umschmieden landwirtschaftlicher Nutzungsgeräte in Kriegsgeräte vor oder nach Jesaja und Micha entstanden ist, ist kaum zu ergründen. Nur soviel ist sicher: Es besteht Verwandtschaft im Bildmaterial.

1.4 Im Neuen Testament

kommt der Begriff "Pflugschar" überhaupt nicht vor, freilich der Begriff "Schwert":

- a) Die Waffen in der Hand der Feinde Jesu (Matth. 26,47). -
- b) Im Unterschied zu ihnen verbietet Jesus, ihn und Gottes Herrschaft mit Waffengewalt zu verteidigen. Er muß leiden und sterben, dann kommt das Reich Gottes (Matth. 26,52).-
- c) Übertragen ist für Jesus das "Schwert" Zeichen für die waffenlose, konsequente Einsatzbereitschaft der Jünger für weine Sache (Luk. 22, 36).-
- d) Gottes Wort ist wie ein Schwert (Eph. 6, 17; Hebr. 4, 12).-
- e) Gott selbst wird am Ende der Tage als Richter das "Schwert" gebrauchen (Offbg. 1,16).-
- f) Die Regierung gebraucht das Schwert, d.h. übt Macht aus, um Gerechtigkeit zu schaffen (Röm. 13,4).

Das Bildwort "Schwerter zu Pflugscharen" findet sich im Neuen Testamente nicht. Das ist schade. Aber die damit ausgesprochene Zusage, daß Gott mit einem letzten Machtwort Gewalt, Haß und Leid unter den Menschen beenden wird, wird aufgenommen: Röm. 8,31-39; 1. Kor. 15,22-28; Offbg. 21,1-5. Dennoch bezeugen die beiden alttestamentlichen Texte am deutlichsten, daß Gott die Kriegswaffen und den Krieg überwinden wird, wenn er das Ende heraufführt (Das ist dann freilich nicht an den Berg Zion gebunden).

2. Zur Vergegenwärtigung

- 2.1 Durch die beiden Texte lassen wir uns in der Hoffnung bestätigen, daß der Krieg und eine Waffentechnik nicht das letzte Wort haben.
- 2.2 Gott wird es sein, der einen Zustand des Friedens wiederherstellt, in dem es keine Waffen mehr geben wird. Er ist als der Richter auch der letzte Errretter und Heilbringer.

- 2.3 Jesus hat dieses vorweggenommen, wenn er den Einsatz mit dem "Schwert" für Gottes und seine eigene Sache abgelöst hat. Damit ist für ihn jeder "heilige Krieg", wie ihn das Alte Testament für Angehörige des Volkes Gottes (Micha 4,11 - 13) wie für andere Völker kannte (Joel 4,10), ein für allemal abgeschafft. Wo es die Christenheit anders hielet, hat sie ihren Herrn übersehen (Kreuzzug).
- 2.4 Diese waffenlose Einstellung hat Jesus und die Menschen im Neuen Testament nicht gehindert, nüchtern zu sehen, daß es zur Durchsetzung von Gerechtigkeit noch das "Schwertes" bedarf (Mark. 10,42; Röm. 13). Es geht den Menschen heute nicht anders. Dennoch ist unsere Hoffnung von etwas anderem bestimmt.
- 2.5 Jesu Jünger- und dazu gehören wir auch -, die sich im Unterschied zu anderen Menschen, die anderen Instanzen verschrieben sind, an Gottes Verheibung halten, vertreten eine tiefe Hoffnung (Mi.4,4). Wir hören auch den Aufruf, schon heute aus Gottes Licht mit Jesus zu leben (Jes. 2,5): "Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen" (Matth. 5,9). Christen leiden mit ihrem Herrn, wenn es sein muß (Matth. 5,4;10; Mark. 8,34). Sie müssen sich wohl auch falsche Motive unterschieben lassen (1. Petr. 2,12). Darüber lassen sie sich nicht erbittern (1. Petr.2,15; 1.Kor. 13,5). Dennoch versuchen sie Frieden gegenüber jedermann zu halten, soviel es an ihnen liegt (Röm.12,18).
- 2.6 Wie die Christen dieses alles, besonders ihre letzte Hoffnung, politisch umsetzen, dafür geben Altes wie Neues Testament keine direkten Anweisungen; aber wer unter Gottes Verheibung mit Jesus seine Hoffnung behalten möchte, trägt sie mit seinem Denken und Handeln, Schweigen und Reden auch in den politischen Raum mit hinein. Die letzte Hoffnung, daß Schwerter zu Pflugscharen werden, wird heute konkret in der Hoffnung und im Einsatz für die Abrüstung. Genau an dieser Stelle hält sich daher heute die Gemeinde Jesu Christi auf.
- 2.7 Das Motiv "Schwerter zu Pflugscharen" ist in die marxistische Zukunftshoffnung schon seit langem aufgenommen worden: Vgl. das Denkmal in der Nähe des UN-Hauptquartiers in New York, ein Geschenk der Sowjetunion mit der Aufschrift: Schmieden wir die Schwerter zu Pflugscharen um. Das Denkmal ist ebenfalls in Moskau zu sehen. Presseartikel, die sich mit diesem Denkmal und seiner Aufschrift beschäftigen, sich aus der letzten Zeit: H rizont 5/81, S. 5; NBI 9/81, S. 4/5. Vgl. auch besonders "Der Sozialismus - deine Welt" Berlin 1975, S. 25 und 36. Eine ideologische Einordnung des Prophetenwortes erfolgt in "Deutsche Zeitschrift für Philosophie", H.1/1982, S.117.

Der Unterschied: Die christliche Zukunftshoffnung gründet sich in Gottes letztem Handeln, das den völligen Frieden herbeiführt. Das schließt die Frage nicht aus: Sollte der Wille zur Abrüstung nicht Christen wie Marxisten, ja alle Menschen darüber hinaus, bestimmen können?

Stellungnahme zu Fragen des Wehrunterrichts

Durch die Einführung des Faches Wehrunterricht an den Polytechnischen Oberschulen der DDR ist vielen Mitarbeitern der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit die wichtige Rolle bewußt geworden, die die Erziehung zum Frieden hat.

Die Jugendkommission der CFK beschäftigt sich seit langem kontinuierlich mit diesem Thema. In der 1974 dazu herausgegebenen Arbeitshilfe sind wir davon ausgegangen, daß die Schaffung gerechter gesellschaftlicher Strukturen Grundlage für einen beständigen Frieden ist. Wir wiesen darauf hin, daß der Sozialismus die objektiven Voraussetzungen für Frieden schafft und daß Christen dem Frieden dienen, indem sie an der Festigung dieser Voraussetzungen mitarbeiten.

Wir halten es für wichtig, daß Jugendliche im Bildungsprozeß an die Fragen der Friedenssicherung als dem wichtigsten aller gegenwärtigen Weltprobleme frühzeitig herangeführt werden. Wir wissen, daß die Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft Bestandteil der Sicherung des Friedens ist und die einer umfassenden und orientierenden Information über Friedensbedrohungen und ihre Überwindung bedarf.

Wir meinen, daß eine entsprechende Bewußtseinsbildung u.a. vermitteln muß, daß

- Kriege vermeidbar sind;
- Krieg nicht nur die sozialistischen Errungenschaften, sondern die physische Existenz unseres Volkes in Frage stellt;
- die friedliche Koexistenz die einzige Alternative zum Krieg ist;
- die sozialistische Entspannungspolitik die bestimmende Kraft zur Erringung eines beständigen Friedens ist;
- die Abrüstung ein notwendiger Bestandteil der politischen Entspannung ist;
- Die Abrüstungsbemühungen nur bei unverminderter Sicherheit der Beteiligten möglich sind und darum Armeen in den sozialistischen Ländern noch immer notwendig sind.

Im folgenden nennen wir eine Reihe von Problemfeldern, die wir als Bestandteile einer umfassenden Erziehung zum Frieden erkennen und die unserer Meinung nach in der gesamten Erziehung und Bildung, also auch im Fach Wehrunterricht, beachtet werden sollten:

1. Der Frieden wird durch das Wettrüsten immer mehr bedroht.

Der Rüstungswettlauf konnte bisher nicht zum Stehen gebracht werden. Das "Gleichgewicht der Abschreckung" ist nie wirklich stabil und wird durch neu entwickelte Waffen ständig in Frage gestellt. Das Wettrüsten ist ein Mißbrauch menschlicher Schöpferkraft, menschlicher Arbeit und wertvoller Rohstoffe. Die Gefahr eines Kriegsausbruches wächst mit zunehmender Rüstung und kann schlagartig bedrohlich zunehmen. Deshalb ist Abrüstung für alle verantwortlich denkenden und handelnden Menschen zum Weltproblem "Nummer 1" und zur wichtigsten Aufgabe der Menschheit geworden. Von unserer Regierung wird diese Erkenntnis immer wieder mit Nachdruck ausgesprochen und die sich daraus ergebenden Aufgaben und Ziele konsequent im internationalen Bereich vertreten. Denn es ist eine Tatsache, daß die Durchsetzung von Abrüstungsschritten dem Imperialismus entscheidende Niederlagen und dem Sozialismus größere Entfaltungsmöglichkeiten bringt.

Wie kann über diese Probleme, über konkrete Abrüstungsschritte und entsprechende Aktivitäten unserer Regierung und der befreundeten sozialistischen Länder besser informiert werden?

Müßte nicht der enge Zusammenhang zwischen unseren Abrüstungsbemühungen und den Verteidigunganstrengungen deutlicher zum Ausdruck kommen?

2. Die Schrecken des Krieges und seiner Folgen sind für viele heute lebende Bürger unseres Landes nicht mehr unmittelbar gegenwärtig. Dieser Erfahrungsschwund darf nicht dazu führen, daß Krieg - zumal ein drohender Atomkrieg - harmlos erscheint.

Wie kann man verhindern, daß die Beschreibung und Einübung von Schutzmaßnahmen gegen die Sofortwirkung einer Kernwaffenexplosion zu einer Unterschätzung der schrecklichen, auch langfristigen, Leben vernichtenden Schäden führt?

Wird genügend deutlich gemacht, daß es in einem zukünftigen Kernwaffenkrieg in Europa nicht mehr Sieger und Besiegte geben würde, sondern nur noch eine zerstörte, verbrannte Landschaft?

3. Der Kampf für den Frieden muß zu einer Angelegenheit aller werden. Da immer mehr Menschen in allen Ländern sich unter diesem Grundgedanken zusammenfinden, ist die Friedensbewegung bereits heute ein Faktor geworden, der es den Imperialisten immer schwerer macht, Kriege zu entfachen.

Welche Rolle spielt die Information über die Weltfriedensbewegung und ihre vielfältigen Traditionen in der Erziehung?

In diesen Zusammenhang gehört auch die Überlegung, daß im Friedenskampf die Zusammenarbeit aller, auch bei unterschiedlichen Motivationen und ideologischen Überzeugungen, nötig ist. Deshalb müssen auch Jugendliche, die aufgrund ihres Verständnisses des christlichen Glaubens und in der ehrlichen Überzeugung, damit dem Frieden am besten zu dienen, die Ausbildung an Waffen ablehnen, einbezogen werden. Von ihrer Motivation her müssen sie zur Mitarbeit an den politischen Aufgaben der Friedenssicherung gewonnen werden (Festigung der sozialistischen Gesellschaft, Unterstützung der Abrüstungsbemühungen, Engagement in der Friedensbewegung usw.).

Wie erreichen wir, daß eine solche Haltung nicht einer vernichtenden oder verletzenden Kritik unterzogen wird, sondern die Auseinandersetzung um diese Position von allen Beteiligten mit Sachlichkeit geführt werden kann?

4. Wir machen uns keine Illusionen über die tatsächliche Gefährlichkeit der imperialistischen Kräfte. Von ihnen und ihren Verbündeten geht eine ernste Bedrohung des Weltfriedens aus. Deshalb ist ein konsequenter Kampf gegen sie notwendig. Seine Wirkung ist umso größer je differenzierter dieser Kampf geführt wird. Dies ist nicht nur eine Frage der rationalen, sondern auch emotionalen Bildung Jugendlicher.

Was müßte geschehen, um Jugendliche dazu zu erziehen, besser zu differenzieren

- zwischen den tatsächlich Verantwortlichen für eine friedensfeindliche Politik und ihren Opfern, die oft genug ihre eigenen Völker sind?

- zwischen der gesunden Empörung und Unduldsamkeit gegenüber der offenen oder verdeckten Ungerechtigkeit kapitalistischer Gewalt und einem blinden, unreflektierten Haß?
- zwischen ökonomischen und kommerziellen Beziehungen sozialistischer mit kapitalistischen Ländern (die auf der Basis der friedlichen Koexistenz eine wichtigefriedensstabilisierende Wirkung haben) und ausbeuterischen ökonomischen Strukturen innerhalb des kapitalistischen Systems.

Auf einen Nenner gebracht geht es uns darum, daß die Probleme der Abrüstung und die konkreten Ergebnisse und Aufgaben der Politik der friedlichen Koexistenz stärker und schwergewichtiger als bisher in den umfassenden Prozeß von Erziehung und Bildung einbezogen werden. Dies ist nach unserer Meinung eine Aufgabe der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit und der staatlichen Organe, die für die politische Bewußtseinsbildung innerhalb der sozialistischen Volksbildung und insbesondere im Lehrfach Wehrunterricht verantwortlich sind.

Kreisjugendpfarramt
Oberhavel

8. Synode Berlin-Brandenburg

vierte ordentliche Tagung

16. - 20. 4. 1982

Auszug aus der Antwort der Kirchenleitung auf die Aussprache über den Bericht der Kirchenleitung

Zur Rechtslage um die Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen"

Die Auseinandersetzung um die Aufnäher hat einmal mehr die große Bedeutung klarer rechtlicher Bestimmungen und ihrer Einhaltung von allen Seiten für ein vertrauensvolles Zusammenleben in der Gesellschaft deutlich gemacht.

Das gilt umso mehr dort, wo sehr unterschiedliche Standpunkte bestehen. Die Rechtsordnung muß sich im Konflikt bewähren!

Das Problem ist uns auch innerkirchlich leider bekannt!

Wo Argument gegen Argument steht, darf eben nicht willkürlich administriert werden, sondern muß klar nach den Vorgaben der Rechtsordnung entschieden werden. Einschließlich der Inanspruchnahme von Rechtsmitteln. Deshalb ist in der Debatte um die Aufnäher von uns immer wieder nach der rechtlichen Grundlage staatliches Vorgehens gefragt worden.

Zunehmend ist es möglich geworden, das Gespräch auf rechtliche Tatbestände zu führen und so oft zugleich zu verschärfen. Auch viele unserer betroffenen jungen Christen haben es als vertrauensfördernd empfunden, wenn trotz gegensätzlicher Meinungen klare rechtliche Auskünfte erteilt wurden!

In einzelnen ist zu berichten:

1. Es gibt kein generelles Verbot der Aufnäher. Gesprächsteile Auskünfte, die auf § 244 StGB verwiesen waren u. d. rechtlich nicht haltbar und wurden nicht wiederholt.
2. Die 40 über Druck- und Vervielfältigungszeugnisse vom 20. 7. 59 - GBl. I Nr. 46 S. 640 - hat an das Vließverfahren noch nicht gedacht. Der in der Oberlausitz ansässige Hersteller hat demzufolge seit Jahren für Interessenten aller Art Prospekte, Kalender u. a. produziert. Vor kurzem ist ihm rechtlich verbindlich mitgeteilt worden, daß er künftig Genehmigungen einzuholen habe.
Das heißt im Klartext: Die Herstellung der jetzt vorhandenen Aufnäher war zulässig, künftig wird für alle Vließdrucke die Genehmigung nötig, das gilt auch für Nachauflagen.
3. In den Schulen ist das Tragen der Aufnäher mit Hinweis auf die Schulordnung vom 20. 11. 79 - GBl. I Nr. 46 S. 433 - verboten worden. Das ist auf der Grundlage des Weisungsbefehls des Direktors rechtlich möglich. Das entspricht alter Tradition des sog. Emaurechtes.

Hierzu wurde der Kl-Bericht II angefragt, ob es Fälle gäbe, wo Jugendliche von Ausbildungsstätten entfernt worden seien, obwohl sie das Zeichen nicht mehr in der Ausbildungsstätte tragen. Dazu ist heute zu berichten, daß bisher im Bereich unserer Kirche kein solcher Fall vollzogen wurde. Wir konnten intervenieren und wir hoffen, daß es nicht zu Verweisungen kommen wird!

Angemerkt sei noch, daß wir von einer Orientierung des Ministeriums für Volksbildung hörten, in der den Schuldirektoren empfohlen wurde, die Aufnäher innerhalb der Schule zu untersagen, zugleich aber, erinnert wurde, daß das offene Tragen von Kreuzen in der Schule zulässig wäre.

4. Die Maßnahmen der VP haben als Rechtsgrundlage das VP-Gesetz vom 11. 6. 68 - GBl. I Nr. 11 S. 232 -.

Danach ist die VP befugt, zur Abwehr von Gefahren und zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Das schließt die Möglichkeit der polizeilichen Zuführung und der Verwahrung von Sachen ein.

Wir haben hier gefragt,

ob denn dieses kirchliche Abrüstungssymbol wirklich eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sei und ob die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt sei.

Einige Beschwerden auf Grund des geordneten Beschwerdeverfahrens nach § 19 des VP-Gesetzes laufen hierzu noch.

Hier kann man sich mit rechtlichen Mitteln auseinandersetzen! Umso mehr, da in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie 1982 S. 117 zu lesen steht:

den Schriften dieser jüdischen Propheten entnehmen wir auch den religiösen Glauben an das kommende Friedensreich: "Sie werden ihre Schwerter zu Pflugshares und ihre Spieße zu Sicheln machen. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben und sie werden hinfert nicht mehr lernen Krieg zu führen." Welcher Marxist würde behaupten wollen, daß religiöser Glaube in dieser Form reaktionär sei und, obwohl er selbst noch kein wissenschaftlich fundiertes Bewußtsein darstellen konnte, unvereinbar mit Wissenschaftlichkeit sei? Dieser humanistische religiöse Glaube, als Ideologie fortschrittlicher Klassen, steht gewissermaßen die wissenschaftliche Erkenntnis von einer klassenlosen Gesellschaft, in der es keine Kriege mehr gibt, voraus.

Aber es gibt auch eine Gefahr:

Mit Sorge hören und sehen wir, daß in westlichen Medien unser kirchliches Abrüstungssymbol zum Abzeichen einer DDR-Oppositionspartei mißdeutet wird. Das trifft nicht nur nicht zu, sondern erschwert und gefährdet eine eigenständige kirchliche Friedensarbeit! Es erschwert darüber hinaus ungemein auch unsere rechtliche Argumentation.

Darf ich abschließend noch einmal hervorheben, daß das Herangehen an Streitfragen auf der Grundlage der Rechtsordnung eine gute Hilfe sein kann: sachlich und offen konstruktive Regelungen zu finden. Auch in der Aufnäherfrage. Das wäre überzeugende Praktizierung der von uns allen gewünschten Kirchenpolitik des 6. März 1978!

S Y N O D E
DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN BERLIN - BRANDENBURG

Berlin, d. 20.4.1982

An alle
Gemeinden
der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg

Liebe Schwestern und Brüder!

Während unserer Synodaltagung haben wir uns mit Fragen eines christlichen Friedenszeugnisses beschäftigt, die in den letzten Wochen viele bewegt haben. Dabei kamen die Bedrängnisse vieler junger Leute zur Sprache.

Wir danken allen, die sich um sachliche Klärung dieser Fragen bemühen und den Betroffenen beistehen.

Im Sinne des Briefes an die Gemeinden von Bischof Dr. Forck vom 8.4.1982 ermutigen wir alle Träger und Nichtträger des Abrüstungssymbols "Schwerter zu Pflugscharen", an der Verheißung des Propheten Micha festzuhalten. Dieses Symbol ist das Zeichen der Friedensdekade der Evangelischen Kirchen in der DDR.

Wer sich auf dieses Symbol beruft, wird sich darum bemühen, auch im Gespräch und im Verhalten Zeichen des Friedens zu geben.

Jeder einzelne von uns ist aufgefordert, aktiv und phantasievoll seinen Beitrag zu leisten, damit wir gemeinsam der Bedrohung des Friedens entgegenarbeiten.

Um noch bestehende Mißverständnisse in guter Weise klären zu können, übergeben wir beiliegendes Material.

Becker
(Becker)
Präses

Als Anlage erhalten Sie zur Rechtslage um die Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen" einen Auszug aus der Antwort der Kirchenleitung auf die in der Aussprache über den Kirchenleitungsbericht gestellten Fragen

8. Synode Berlin-Brandenburg
vierte ordentliche Tagung
16. - 20. 4. 1982

A u s z u g aus der Antwort der Kirchenleitung auf die Aussprache über den Bericht der Kirchenleitung

Zur Rechtslage um die Aufnäher "Schwerter zu Pflügscharen"

Die Auseinandersetzung um die Aufnäher hat einmal mehr die große Bedeutung klarer rechtlicher Bestimmungen und ihrer Einhaltung von allen Seiten für ein vertrauensvolles Zusammenleben in der Gesellschaft deutlich gemacht.

Das gilt umso mehr dort, wo sehr unterschiedliche Standpunkte bestehen. Die Rechtsordnung muß sich im Konflikt bewähren!

Das Problem ist uns auch innerkirchlich leidig bekannt!

Wo Argument gegen Argument steht, darf eben nicht willkürlich administriert werden, sondern muß klar nach den Vorgaben der Rechtsordnung entschieden werden. Einschließlich der Inanspruchnahme von Rechtsmitteln. Deshalb ist in der Debatte um die Aufnäher von uns immer wieder nach der rechtlichen Grundlage staatlichen Vorgehens gefragt worden.

Zunehmend ist es möglich geworden, das Gespräch auf rechtliche Tatbestände zu führen und so oft zugleich zu versachlichen. Auch viele unserer betroffenen jungen Christen haben es als vertrauensfördernd empfunden, wenn trotz gegensätzlicher Meinungen klare rechtliche Auskünfte erteilt wurden!

Im einzelnen ist zu berichten:

1. Es gibt kein generelles Verbot der Aufnäher. Gesprächsweise Auskünfte, die auf § 214 StGB verwiesen, waren u. E. rechtlich nicht haltbar und wurden nicht wiederholt.
2. Die AO über Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse vom 20.7.59 - GB1. I Nr. 46 S. 640 - hat an das Vließverfahren noch nicht gedacht. Der in der Oberlausitz ansässige Hersteller hat demzufolge seit Jahren für Interessenten aller Art Prospekte, Kalender u. a. produziert. Vor kurzem ist ihm rechtlich verbindlich mitgeteilt worden, daß er künftig Genehmigungen einzuholen habe.
Das heißt im Klartext: Die Herstellung der jetzt vorhandenen Aufnäher war zulässig, künftig wird für alle Vliesdrucke die Genehmigung nötig; das gilt auch für Nachauflagen.
3. In den Schulen ist das Tragen der Aufnäher mit Hinweis auf die Schulordnung vom 20.11.79 - GB1. I Nr. 44 S. 433 - verboten worden. Das ist auf der Grundlage des Weisungsrechtes der Direktoren rechtlich möglich. Das entspricht alter Tradition des sog. Hausrechtes.

Hierzu wurde der KL-Bericht II angefragt, ob es Fälle gäbe, wo Jugendliche von Ausbildungsstätten entfernt worden seien, obwohl sie das Zeichen nicht mehr in der Ausbildungsstätte tragen. Dazu ist heute zu berichten, daß bisher im Bereich unserer Kirche kein solcher Fall vollzogen wurde. Wir konnten intervenieren und wir hoffen, daß es nicht zu Verweisungen kommen wird!

Angemerkt sei noch, daß wir von einer Orientierung des Ministeriums für Volksbildung hörten, in der den Schuldirektoren empfohlen wurde, die Aufnäher innerhalb der Schule zu untersagen, zugleich aber, erinnert wurde, daß das offene Tragen von Kreuzen in der Schule zulässig wäre.

4. Die Maßnahmen der VP haben als Rechtsgrundlage das VP-Gesetz vom 11.6.68 - GB1. I Nr. 11 S. 232 -.

Danach ist die VP befugt, zur Abwehr von Gefahren und zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Das schließt die Möglichkeit der polizeilichen Zuführung und der Verwahrung von Sachen ein.

Wir haben hier gefragt, ob denn dieses kirchliche Abrüstungssymbol wirklich eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sei und ob die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt sei. Einige Beschwerden auf Grund des geordneten Beschwerdeverfahrens nach § 19 des VP-Gesetzes laufen hierzu noch. Hier kann man sich mit rechtlichen Mitteln auseinandersetzen! Umsomehr, da in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie 1982 S. 117 zu lesen steht:

Den Schriften dieser jüdischen Propheten entnehmen wir auch den religiösen Glauben an das kommende Friedensreich: "Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben und sie werden hinfert nicht mehr lernen Krieg zu führen." Welcher Marxist würde behaupten wollen, daß religiöser Glaube in dieser Form reaktionär sei und, obwohl er selbst noch kein wissenschaftlich fundiertes Bewußtsein darstellen konnte, unvereinbar mit Wissenschaftlichkeit sei? Dieser humanistische religiöse Glaube, als Ideologie fortschrittlicher Klassen, ahnt gewissermaßen die wissenschaftliche Erkenntnis von einer klassenlosen Gesellschaft, in der es keine Kriege mehr gibt, voraus.

Aber es gibt auch eine Gefahr:

Mit Sorge hören und sehen wir, daß in westlichen Medien unser kirchliches Abrüstungssymbol zum Abzeichen einer DDR-Oppositionspartei mißdeutet wird. Das trifft nicht nur nicht zu, sondern erschwert und gefährdet eine eigenständige kirchliche Friedensarbeit! Es erschweit darüber hinaus ungemein auch unsere rechtliche Argumentation.

Darf ich abschließend noch einmal hervorheben, daß das Herangehen an Streitfragen auf der Grundlage der Rechtsordnung eine gute Hilfe sein kann: sachlich und offen konstruktive Regelungen zu finden. Auch in der Aufnäherfrage. Das wäre überzeugende Praktizierung der von uns allen gewünschten Kirchenpolitik des 6. März 1978!

18.4.82

gez. Stolpe

Der Vorsitzende der Konferenz

BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN
in der Deutschen Demokratischen
Republik

An die
Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik
Der Staatssekretär für Kirchenfragen
Herrn Staatssekretär Niemeier, V. 3 i

1040 Berlin, den 19. April 1982

1040 Berlin
Normannenstrasse 36

Sehr geehrter Herr Staatssekretär

In Gespräch am 7. April dieses Jahres wurde abgesprochen, daß wir Ihnen eine schriftliche Zusammenstellung der vorgebrachten Anfragen zum Wehrdienstgesetz vom 25. März 1982, die sich auf den ersten Blick für uns ergeben haben, zuleiten. Wir danken Ihnen für die Zusage, diese Anfragen prüfen und uns schriftlich oder in anderer geeigneter Weise eine Antwort zukommen zu lassen.

1.- Durch die Festlegung im § 46 Abs. 2 ist klar, daß die im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung eingerichteten Bau-einheiten in den Kreis der anderen Organe gemäß § 2 Abs. 3 fallen. Durch die Bekanntmachung des Sekretärs des Nationalen Verteidigungsrates (GBI. I Br. 12) ist dies ausdrücklich bestätigt.

- Bedeutet die Bestimmung von § 3 Absatz 6 über andere altersmäßige Festlegungen in den Organen gemäß § 2 Abs. 3 für die Praxis der Bau-einheiten etwas, oder bezieht sich dies ausschließlich auf die anderen betroffenen Organe?
- Im § 38 Abs. 1 ist ausdrücklich festgelegt, daß Organe nach § 2 Abs. 3 keine besondere Reserve bilden. Wie verhält sich diese Feststellung zu § 8 der Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates über die Einrichtung von Bau-einheiten? Bedeutet dies, daß Reservisten, die ihren aktiven Wehrdienst in den Bau-einheiten geleistet haben, für die Reservistenübungen und Reservistenqualifizierungen nun in der normalen Reservistenstutzen? Oder bedeutet es, daß Reservisten, die ihren Dienst in den Bau-einheiten geleistet haben, keine Reservistenübungen oder Reservistenqualifizierungen zu erwarten haben?

2. Durch Wegfall des § 15 des Wehrpflichtgesetzes ist eine Zurückstellung wegen Hochschulbesuchs nicht mehr ausdrücklich vorgesehen.

- Wie sollen die kirchlichen Ausbildungsstätten mit jungen Männern verfahren, die im wehrpflichtigen Alter sind, aber noch keine Einberufung in Aussicht gestellt bekommen haben?
- In § 14 Abs. 1 ist der Kreis der für einen Rückstellungsantrag zuständigen Träger auf staatliche Organe und Betriebe beschränkt. Können wir davon ausgehen, daß kirchliche Institutionen und diakonische Einrichtungen Betrieben im Sinne von § 14 Abs. 1 des Gesetzes gleichgestellt sind?

3. § 5 regelt überraschend die Vorbereitung auf den Wehrdienst.
- Bedeutet die Voraussetzung eine Einbeziehung des Lehrunterrichts in den folgendesüblichen Oberstufen in die allgemeine Vorbereitung?
- Wird eine Teilnahme an der vorbildlichen Ausbildung der Gesellschaftsart, ihr Sport und Technik im Rahmen der Facharbeiterausbildung oder von Unterricht in den kognitiven Überzeugungen als völkerrechtlich angesetzt?
4. Angesichts des Rechts auf eine Gewissensentscheidung für außenorientierten Dienst in den Baueinheiten erhebt sich die Frage: Wie kann in der Vorbereitung auf den Wehrdienst (oder in der Zeit des Reservistenstatus n.v.) die Gewissensentscheidung berücksichtigt werden, dass aktiven Wehrdienst möglich ist?
5. Gemäß § 3 Abs. 5 können im Falle der Mobilisierung und des Vertheidigungszustand weibliche Bürger in die allgemeine Lehrpflicht einbezogen werden. Ist dies bereits bei Mobilisierungen (s. § 3 Abs. 5 letzter Satz) möglich?
6. Zu den grundlegenden Aufgaben der Ausbildung am Nationalen Volksarmee gehört gemäß § 22 Abs. 1, um der Grundlage der Errichtung die sozialistische Gesellschaftsordnung von im politischen Leben der Bürger gegen jeden Vertrag zu schützen. Beizubehalten sie das Vaterland und der Sozialistischen Staatsvertrag Deutschland wie der führenden gesellschaftlichen Kräfte treu und zuverlässig zu dienen, die mit der Dienstpflicht gegenüber einer Partei, auch wenn es die Führung ist, zu verbünden? Wie ist der Zusammenhang zwischen Errichtung der Verfassung und Dienstpflicht gegenüber der führenden Partei zu verstehen?
7. Gemäß § 38 Abs. 3g) gehört es zu den Aufgaben aller Reservisten (auch der ungedienten vgl. Abs. 2), die sozialistische Verbesserung, insbesondere die Verbesserung der Jugend auf den Lehrunterricht, und die Sicherung des Nachwuchses für militärische Berufe zu unterstützen. In Abs. 4 wird ausdrücklich auf die Möglichkeit hingewiesen, daß Reservisten die militärischen nach militärischen Bestimmungen zur Vereinigung gezwungen werden können, wenn sie dieser Pflicht zum Beispiel entgegenstehen. Bedeutet das, daß Wege, die den Wehrdienst nicht unterstützen oder nicht für militärische Berufe werden, vor der Regelung auf die Bestimmung § 38 Abs. 4 zur Vereinigung gezwungen werden können? Wie soll das abgeschlossen werden?
8. Nach § 24 werden Wehrpflichtige, die noch keinen aktiven Wehrdienst oder Reservistenstatus geleistet haben, möglichst weiter zur Reservistausbildung einberufen. Wie bereits oben bemerkt, ist aber in den Baueinheiten als Organ gemäß § 2 Abs. 3 nach § 38 Abs. 3 keine Feste vorgesehen. Wie kann gewährleistet werden, daß Wehrpflichtige, die noch keinen Wehrdienst geleistet haben, sich für einen waffenlosen Dienst nach diesen Bestimmungen entscheiden? Können wir davon ausgehen, daß in diesen Fällen § 8 der Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates über die Aufteilung von Baueinheiten angewendet wird?
- Sehr geehrter Herr Staatssekretär, wir würden für eine ins einzelne gehende Antwort außerordentlich dankbar, damit wir auf Fragen von Mitarbeitern und Gemeindemitgliedern eine kompetente Antwort geben können.

Mit vorbildlicher Beachtung
Ges. Dr. Werner Krusche, Mission

ena-InterviewRichtigstellungen zu einem ZeitungsberichtEin Gespräch mit Landesbischof Dr. Hempel in Genf

Der sächsische Landesbischof Dr. Johannes Hempel (Dresden) nimmt als Mitglied des Exekutivausschusses und des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen gegenwärtig in Genf an der Jahrestagung des Zentralausschusses teil. Dr. Hempel, der auch einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen der DDR ist, gab dem in Genf anwesenden Chefredakteur des Evangelischen Nachrichtendienstes in der DDR das folgende Interview:

Frage: Herr Landesbischof, ein dieser Tage in der Bonner Tageszeitung "Die Welt" erschienener Bericht beschreibt es als schlichte Tatsache, daß Sie im nächsten Jahr, wie dort formuliert, Ihren "Amtsbruder Werner Krusche an der Spitze der acht Landeskirchen ablösen"; das hieße, Sie würden den Vorsitz in der Konferenz der Kirchenleitungen, dem Leitungsgremium des DDR-Kirchenbundes, von Bischof Dr. Krusche übernehmen, wenn dieser, wie angekündigt, im Herbst d. J. dieses Amt niederlegt. Wie ist dieser Zeitungsbericht zu bewerten?

Dr. Hempel: Ich gehe davon aus, daß der erwähnte Artikel in guter Absicht geschrieben wurde, und einige Stellen scheinen mir solche Absicht auch auszuweisen. Gerade deshalb möchte ich aber einiges klarstellen und richtigstellen. Bischof Krusche hat angekündigt, daß er den Vorsitz in der Konferenz der Kirchenleitungen mit der Vollendung seines 65. Lebensjahres im Herbst 1982 niederzulegen gedenkt. Ob er bei dieser Entscheidung bleibt, unterliegt seiner Verantwortung. Wer gegebenenfalls die Nachfolge übernehmen soll, wird zum gegebenen Zeitpunkt durch die Konferenz der Kirchenleitungen entschieden. Natürlich ist von vielen überlegt worden, wem diese Aufgabe künftig auferlegt werden kann. Aber nichts ist geschehen, was irgendwie rechtliche Qualität hätte. Die Konferenz der Kirchenleitungen ist auch bei dieser Entscheidung frei und muß Wert darauf legen, es zu sein.

Frage: Derselbe Bericht nennt Sie den "Außenminister" der Protestanten der DDR, weil Sie Mitglied des ÖRK-Zentralausschusses sind und dem Ausschuß seinerzeit die Einladung übermittelt hatten, seine Jahrestagung in Dresden zu halten. Und wörtlich heißt es dann in dem Bericht über Sie: "Sein Feld ist die Ökumene, die den DDR-Kirchen das 'Fenster zur Welt' öffnete." Sehen Sie Ihr ökumenisches Wirken damit zutreffend beschrieben?

#####

#####

XXXV/30 v. 29.7.1982

- 17 -

Dr. Hempel: Den Ausdruck "Außenminister" versteh ich eher scherhaft, jedenfalls bildlich gemeint. Die Kirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR haben bewußt kein "Außenamt" gebildet, um anzugeben, daß die Beziehungen zur Weltchristenheit Sache aller Gliedkirchen des Bundes und möglichst vieler Gemeinden sind. Unsere Mitarbeit in der Ökumene geschieht durch eine ganze Anzahl Vertreter unserer Kirchen in vielfältiger Weise und auf vielen Ebenen. Im übrigen befinden sich hier im Zentralausschuß allein drei Mitglieder aus der DDR. Was die Einladung des Zentralausschusses zum August 1981 nach Dresden angeht, so wurde sie vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR ausgesprochen. Selbstverständlich habe ich die Einladung von Anfang an unterstützt. Ich erwähne das deshalb, weil wir, die wir im Ökumenischen Rat der Kirchen oder im Lutherischen Weltbund mitarbeiten können, uns tatsächlich gemeinsam als von unseren Heimatkirchen entsandt und als unseren Gemeinden zu Hause verantwortlich verstehen.

Frage: "Die Welt" bringt ferner im Zusammenhang mit dem "Friedensforum" vom 13. Februar d. J. in der Dresdner Kreuzkirche und Ihrem Mitwirken an dessen Zustandekommen und Durchführung Ihren Namen in Verbindung mit wie es dort heißt "einer christlich motivierten Friedensbewegung". Könnten Sie uns hierzu etwas sagen?

Dr. Hempel: Das Wort "Bewegung" schätzen wir im Zusammenhang mit kirchlicher Friedensarbeit und den christlichen Friedensinitiativen nicht besonders, weil es - jedenfalls in unserer Lage - von manchem leicht mit Institutionen oder Organisationen in Verbindung gebracht wird. Die Friedensinitiativen christlicher Gemeinden, besonders auch junger Christen, kamen spontan, von niemandem gesteuert, und haben gerade dadurch ihren Wert und ihre Glaubwürdigkeit. Freilich stehe auch ich aus persönlicher Überzeugung hinter diesen Friedensinitiativen und versuche, wie viele andere, sie geistlich zu begleiten.

Frage: Herr Landesbischof, Ihren Bemerkungen entnehme ich, daß in dem erwähnten Bericht offensichtlich Fehlinformationen verbreitet wurden, die sich nicht nur als Mißdeutungen wegen mangelnder Sachkenntnis erweisen, sondern einfach nicht den Tatsachen entsprechen. Was ist Ihre Meinung dazu?

Dr. Hempel: Sie haben mich gut verstanden. Danke für die Möglichkeit, einiges richtigzustellen.

(ena)

Gossner - Mission

Evangelisches Konsistorium
Berlin-Brandenburg
K Ia Nr. 2178/82

1020 Berlin, den 21.9.1982
Neue Grünstr. 19
Tel.: 20030

An alle
Superintendenten und Vorsitzenden
der bruderschaftlichen Leitungen
der Evangelischen Kirche in
Berlin - Brandenburg

Supt. Oberspree
Eingang
Tgb. Nr.
A.Z.

Liebe Schwester, liebe Brüder!

Nachfolgend geht Ihnen der Beschuß der Konferenz der Kirchenleitungen vom 11.9.1982 zum Thema Friedensdekade zu.

Mit brüderlichem Gruß!

gez. Dr. Winter

Beschluß der Konferenz vom 11.9.1982

82. Tagung der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen in der DDR

Zur Information über die Beschlüsse der Konferenz zur Friedensdekade 1982 und ihre Durchführung in den Gliedkirchen

1. Die Konferenz hat das Thema für die Friedensdekade 1982 gebilligt und das Zeichen "Schwerter zu Pflugscharen" als Kennzeichen für die kirchlichen Veranstaltungen in der Friedensdekade und für das schriftliche Arbeitsmaterial bestätigt.
2. Das Symbol soll so gestaltet werden, daß der Bezug auf die Friedensdekade 1982 ausdrücklich genannt wird. Seine inhaltliche Deutlichkeit erhält es aus diesem Bezug auf die Veranstaltungen. Dadurch wird es aus der Vieldeutigkeit einer Meinungsmarke herausgenommen. Für die inhaltliche Auslegung des Symbols ist die Stellungnahme der Konferenz vom 14. März 1982 maßgebend, die von der Konferenz im Mai bestätigt wurde.
3. Die Konferenz hat darauf verzichtet, daß das Symbol erneut in einer Form hergestellt wird, die als Aufnäher oder Abzeichen verwendet werden kann. Das Symbol ist ein Zeichen des Friedens und soll auch von Andersdenkenden so verstanden werden. Nur mit ihnen zusammen kann mehr Frieden in unserer gefährdeten Welt erreicht werden. Die Konferenz bittet die Kirchenleitung, gemeinsam mit den Jugendmitarbeitern dafür Sorge zu tragen, daß diese Zielsetzung der Konferenzbeschlüsse bei der Durchführung der Friedensdekade deutlich bleibt. Eine, wie auch immer geartete Neuherstellung des Symbols in einer Form, die als Aufnäher oder Abzeichen verwendet werden kann, oder die Ausgabe noch vorhandener Aufnäher würde dem Sinn der Beschlüsse der Konferenz widersprechen.
4. Die Verwendung des Symbols als Hinweis auf Veranstaltungen der Friedensdekade soll so geschehen, daß das Thema der Friedensdekade 1982 deutlich im Vordergrund steht. Außerhalb kirchlicher Räume soll sie auf den zeitlichen Rahmen der Friedensdekade begrenzt sein.
5. Die Konferenz setzt sich für eine Herstellung von Lesezeichen unter Verwendung des Symbols, eines Faltblattes für die tägliche Andacht und von Material für die Gestaltung von Schaukästen in ausreichender Anzahl ein.